



Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

5 DM

C 21734 E

Jg. 17, Nr. 278, 12. 1. 87

Die Spätgeburt

Am 4.1. war es wieder mal so weit. Ein dunkler Schatten umwölkte die Augenbrauen des Bundeskanzlers, seine Mundwinkel zuckten und sein Gesichtsausdruck nahm die berühmte Mischung zwischen Ärger und Irritation an, als er zu sprechen anhub: Blackout. Diesmal traf es die DDR, der Kohl die Existenz von Konzentrationslagern anhängen wollte. Der schlappe Wahlkampf hatte sein Thema.

Die SPD warf dem Kanzler vor, die Ostpolitik aufs Spiel zu setzen (Olotz), um Stimmen von rechts außen zu halten (Rau). Etwas schärfer sprach Vogel davon, Kohl wecke einen dumpfen Rechtsradikalismus. Brandt erklärte, die Union wolle in den kalten Krieg zurück und stelle den „eindeutigen Bruch“ bundesrepublikanischer Nachkriegspolitik mit der nazistischen Vergangenheit infrage. Die Grünen sahen ein „schlimmes völkisch-nationales Getöse“ von „Militaristen und Faschisten“ am Werk. Die DDR verwahrte sich gegen die Unterstellungen, gab in ihren Medien empörten Basis-Reaktionen Raum, machte aber — bisher — deutlich, daß das Bemühen um Entspannung nicht von der parteipolitischen Zusammensetzung der Bundesregierung abhängen könne.

Während die FDP vorsichtig auf Distanz ging, sprang dem Kanzler eine Reihe von Unionspolitikern aus CDU und CSU zur Seite. Zimmermann erklärte, die DDR selbst sei das größte Gefangenelager der Welt. CSU-Ministerin lieferte die Steigerung dazu: Größtes KZ der Welt. Kanzleramt-Schäuble und andere CDU-Leute benutzten zwar nicht ausdrücklich diesen Begriff, begrüßten es aber, daß Kohl die „Menschenrechtsverletzungen in der DDR“ beim Namen nenne. Die Bereitschaft der Bundesregierung, mit der DDR zu reden und zu verhandeln, könne nicht bedeuten, auf ein „offenes Wort“ zu verzichten. Im übrigen habe auch Brandt nach dem Mauerbau in Berlin dieses Symbol auf die DDR angewandt.

Während die FDP vorsichtig auf Distanz ging, sprang dem Kanzler eine Reihe von Unionspolitikern aus CDU und CSU zur Seite. Zimmermann erklärte, die DDR selbst sei das größte Gefangenelager der Welt. CSU-Ministerin lieferte die Steigerung dazu: Größtes KZ der Welt. Kanzleramt-Schäuble und andere CDU-Leute benutzten zwar nicht ausdrücklich diesen Begriff, begrüßten es aber, daß Kohl die „Menschenrechtsverletzungen in der DDR“ beim Namen nenne. Die Bereitschaft der Bundesregierung, mit der DDR zu reden und zu verhandeln, könne nicht bedeuten, auf ein „offenes Wort“ zu verzichten. Im übrigen habe auch Brandt nach dem Mauerbau in Berlin dieses Symbol auf die DDR angewandt.



„Die Deutschen haben ein Recht zu lächeln“

Die bürgerlichen Medien zeigten sich jedoch wenig geneigt, der großen Regierungspartei in diesen ideologischen Schützengruben zu folgen, nachdem Kohl bereits mit seinem Versuch, Gorbatschow mit Goebbels zu vergleichen, weil die Gattin des KPDSU-Chefs gut aussähe, kärglich im Regen gestanden hatte. Schon wieder sei ihm ein Vergleich mit der Nazi-Zeit mißlungen, er gehe mit solchen Begriffen nicht eben genau um und rede unverschämlich unverantwortlich

daher, hieß es auch in konservativen Blättern. Selbst die „FAZ“ stöhnte ein wenig, der Kanzler hätte lieber von „Hafnarbeitslagern“ sprechen sollen, statt sich mit einer „inkorrekten, drastischen Vokabel“ eine „Blöße“ zu geben (was übrigens — unfreiwillig natürlich — ziemlich scharf ist, denn beim Entblößen wird ja sichtbar, was gewöhnlich irgendwie verhüllt werden soll).

Fortsetzung auf Seite 8

Kurswechsel in der KP-Vietnam

Die Hälfte der Parteiführung einer KP abgesetzt, ohne daß es sichtbar zu heftigen internen Machtkämpfen gekommen ist? Man glaubt es kaum. Der Parteitag der KP Vietnam löste Ende Dezember nicht nur die alte Führungsschicht ab, er beilegte ihre Mehrheit dennoch in verantwortlichen politischen und Parteipositionen. Ein Zeichen für die Fähigkeit der Partei zur Erneuerung, ohne daß Köpfe rollen müssen? Es wäre diesem vom Krieg des Imperialismus gegen seine Befreiung gebeutelten Land zu gönnen, daß es die Chance für eine friedliche Entwicklung bekommt. An Kritik insbesondere an der Mißwirtschaft und dem herrschenden bürokratischen Zentralismus ließ die Diskussion auf dem Parteitag nicht zu wünschen übrig. Zwei Hauptprobleme lassen

Vietnam nicht zur verdienten ruhigen Entwicklung seiner eigenen Strukturen kommen. Der Staat war bislang nicht in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zur Lösung der Versorgungsprobleme der Bevölkerung zu ermöglichen. Formale Lösung der Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln und ebenso formaler, bürokratischer Sozialismus wurde auf dem Parteitag kritisiert. Eine dezentrale ökonomische Erneuerungsbewegung soll für Änderungen sorgen. Das zweite Problem bleibt die außenpolitische Isolierung, das militärische Engagement in Kampuchea und die Feindschaft mit der VR China — vor wenigen Tagen bei blutigen Grenzgefechten wieder aufgeflammt.

Unser Bericht auf Seite 3

Zweiter Anlauf BuKo der Anti-AKW-Bewegung

Nachdem Ende November '86 die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen in Regensburg am Verbot der bayerischen Landesregierung gescheitert war (siehe ausführlichen Bericht im letzten AK), gab es verschiedene Überlegungen in der Bewegung, wie nun weiter vorzugehen ist: Sollte man auf „Nummer Sicher“ gehen und mit dem Ziel einer normal tagenden BUKO von vornherein darauf vor-

Versammlung zu gewährleisten sei: Eine Frage, vor der hier seit 20 Jahren noch keine Bewegung gestanden hat.

Um diese Fragen zu diskutieren und zu entscheiden, kamen am 20. Dezember in Frankfurt Vertreter von rund 30 BIs aus allen größeren Orten der BRD zusammen. Vorgabe war einerseits ein Beschluß — noch unter Jagd-Bedingungen in Regensburg gefaßt —, es möglichst noch einmal in Bayern zu versuchen. Andererseits hatte die Zeitschrift Radi-Aktiv — selbst Opfer zahlreicher Anklageschriften und Ermittlungsverfahren — bereits in Nürnberg die Initiative für die Durchführung der BUKO ergriffen. Ihr Konzept bestand darin, einen aus einem breiten Spektrum bestehenden Trägerkreis zu gewinnen, unter dessen „Schirmherrschaft“ die BUKO stattfinden sollte. Die Radi-Aktiv hatte bereits begonnen, mit einem entsprechenden Aufruf Unterschriften zu sammeln und auch schon eine stattliche Anzahl zusammenbekommen.

Fortsetzung auf Seite 5

Zweiter Anlauf BuKo der Anti-AKW-Bewegung

Nachdem Ende November '86 die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen in Regensburg am Verbot der bayerischen Landesregierung gescheitert war (siehe ausführlichen Bericht im letzten AK), gab es verschiedene Überlegungen in der Bewegung, wie nun weiter vorzugehen ist: Sollte man auf „Nummer Sicher“ gehen und mit dem Ziel einer normal tagenden BUKO von vornherein darauf verzichten, einen nochmaligen Versuch in Bayern zu starten? Daran schloß sich die Frage, ob sich die Bewegung angesichts der gerade am 1. Januar in Kraft getretenen Gesetze überhaupt so sicher sein kann, BUKOs wie bisher durchführen zu können. Oder sollte der Vorstoß der CSU, von dem alle total überrascht worden waren, als Herausforderung begriffen werden, auf die zu reagieren politische Notwendigkeit und ein Akt der Selbstverteidigung war? Das warf das Problem auf, wie denn — angesichts der Brutalität und Entschlossenheit, mit denen das Verbot in Regensburg durchgesetzt worden war — die Durchführung so einer

Versammlung zu gewährleisten sei: Eine Frage, vor der hier seit 20 Jahren noch keine Bewegung gestanden hat.

Um diese Fragen zu diskutieren und zu entscheiden, kamen am 20. Dezember in Frankfurt Vertreter von rund 30 BIs aus allen größeren Orten der BRD zusammen. Vorgabe war einerseits ein Beschluß — noch unter Jagd-Bedingungen in Regensburg gefaßt —, es möglichst noch einmal in Bayern zu versuchen. Andererseits hatte die Zeitschrift Radi-Aktiv — selbst Opfer zahlreicher Anklageschriften und Ermittlungsverfahren — bereits in Nürnberg die Initiative für die Durchführung der BUKO ergriffen. Ihr Konzept bestand darin, einen aus einem breiten Spektrum bestehenden Trägerkreis zu gewinnen, unter dessen „Schirmherrschaft“ die BUKO stattfinden sollte. Die Radi-Aktiv hatte bereits begonnen, mit einem entsprechenden Aufruf Unterschriften zu sammeln und auch schon eine stattliche Anzahl zusammenbekommen.

Fortsetzung auf Seite 5

Aus dem Inhalt

Volksaushorcbung

Totalboykott der Volks-„zählung“ ist angefragt, denn „nicht der Mißbrauch, sondern der Gebrauch der Daten“ ist die eigentliche Gefahr. Seite 9

Gewerkschaften

Die erneute „Auseinandersetzung“ um die 35-Stunden-Woche, und — bislang kaum beachtet — die in diesem Jahr auslaufende Monatl.-Mitbestimmung werden 1987 für die Gewerkschaften von zentraler Bedeutung sein. Seite 10

Hafenstraße

Die „harte Linie“ gegenüber der Hafenstraße hat einen vorläufigen Mißerfolg hinnehmen müssen. Weder gelang es der Polizei bei der Hamburger Solidaritätsdemo, den „Revolutionären Block“ zu isolieren und die Demo zu zerlegen, noch konnten die Häuser in der Hafenstraße, wie lange angekündigt, zum Jahresbeginn geräumt werden. Seite 11

SPD im ALKEM

Die SPD-Bundestagfraktion votiert für weitere zehn Jahre Plutonium-Produktion bei ALKEM. Die Bundes-Grünen, deren Hessen-Abteilung dies zum etwaigen Bruchpunkt der Koalition mit der SPD erklärt hatte, verschleierte die SPD-Aktion. Seite 5

Antikommunismus

Die World Anti-Communist League konstituiert sich zunehmend als informelles Organ des internationalen Konservatismus und fungiert als eine der zentralen Koordinierungsstellen für staatsterroristische Interventionen unterhalb der offiziellen Staatsebene. Seite 26

Produktion bei ALKEM. Die Bundes-Grünen, deren Hessen-Abteilung dies zum etwaigen Bruchpunkt der Koalition mit der SPD erklärt hatte, verschleierte die SPD-Aktion. Seite 5

Antikommunismus

Die World Anti-Communist League konstituiert sich zunehmend als informelles Organ des internationalen Konservatismus und fungiert als eine der zentralen Koordinierungsstellen für staatsterroristische Interventionen unterhalb der offiziellen Staatsebene. Seite 26

AK-Register 1986

Wo stand doch nur der Artikel, wo der Diskussionsbeitrag? Banges Fragen und langwieriges Suchen hat ein Ende. In diesem AK der erste Teil des Registers für 1986.

Den Lagerkrieg im Libanon wie auch die Vorgänge in den von Israel besetzten Gebieten wertet Arafat in einem Interview mit „Al-Fajr“ als israelisch-amerikanische Verschwörung, in die auch einige arabische Regimes verwickelt seien. Die Angriffe würden geführt von Arafat, unterstützt teils von Israel, teils von Syrien. Und der Angriff sei die Zerstörung der Lager muslimischer

Interview mit Yassir Arafat

Die Friedensbewegung des Libanon hat sich entschieden — die jungen palästinensischen Kämpfer, die wichtigsten linken oppositionellen Kräfte in und PLO, der PFLP, hatten, so Arafat, eine gute Grundlage für die Befreiung des Libanon im israelisch-amerikanischen Imperialismus gewonnen.

Über den Wahnsinn der Normalität

Gespräch mit Elfriede Jelinek

Das ist Elfriede Jelineks Botschaft: Ätzend, aufstachelnd, unerträglich aufrührerisch, radikal feministisch, von aggressiver literarischer Attraktion. Im Sommer wurde ihr der Böll-Preis 1986 „für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der deutschen Literatur“ zugesprochen, den sie am 2. Dezember erhalten hat. CDU und CSU schäumten.

Wir führten ein Gespräch mit Elfriede Jelinek in ihrer Wiener Wohnung: über ihre Arbeit, über sie selbst, über den alltäglichen Wahnsinn, über Feminismus, über ihre Mitgliedschaft in der KPÖ.

Der erste Teil dieses Gesprächs in dieser Ausgabe auf Seite 13



Vor 45 Jahren: Wannsee-Konferenz zur „Endlösung der Judenfrage“

Am 20. Januar 1942 traf man sich in einer Villa am Berliner Wannsee, um über die Ermordung von 11 Millionen Juden zu sprechen. Eingeladen hatte Reinhard Heydrich, Polizei-/SD-Chef und seit Juli 1941 „Beauftragter für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage“. Seine Gäste waren hochrangige Vertreter der „unmittelbar beteiligten Zentralinstanzen“: Innenministerium, Außenministerium, Justizministerium, Ministerium für die besetzten Ostgebiete, das Amt für den Vierjahresplan, Reichskanzlei, Parteikanzlei, das Amt des Generalgouverneurs (d.h. der Verwaltung des besetzten Polen), Rasse- und Siedlungshauptamt, Reichssicherheitshauptamt (RSHA, die Zentrale von Polizei und SD der SS),

Polizei und SD des Generalgouvernements (Polen) und des Reichskommissariats Ostland (besetzte Gebiete der UdSSR).

Das Treffen war ursprünglich Ende November 1941 auf den 9.12. angesetzt worden, dann aber wegen der Ereignisse, die zum amerikanischen Kriegseintritt führten, kurzfristig verschoben worden. (1)

Als Wannsee-Konferenz ist die kaum zweitündige Besprechung in der Geschichte festgehalten, und es bestehen weltweit übertriebene Vorstellungen — sofern überhaupt Vorstellungen da sind — über die Funktion dieses Treffens.

Fortsetzung auf Seite 12

Der Erkennerbrief

Hallo Gorb!

entschuldige, daß wir Dir so spät antworten, aber Du hast uns ja nicht geschrieben. Dieser Brief geht per Express an Dich ab, damit Du ihn noch vor dem 25.1.87 in die Finger kriegst, denn wir befürchten, daß Du nach diesem Datum alle Post aus der BRD ungeöffnet zurückgehen läßt. Jedenfalls hätten wir dafür eine Menge Verständnis.

Gorbi, Lieber, verliere bloß keine Zeit über den Unfug, den der Politstrolch an der Spitze unserer Regierung anstellt. Die brauchst Du dringend für die Lösung wirklich wichtiger Probleme, zum Beispiel: Wie willst Du die Hürde SDI überwinden? Hier wird gemunkelt. Du habest Sacharow nur freigelassen, damit er im weltweiten Friedenskampf gegen die Weltraumrüstung mitmacht. Das ist natürlich clever von Dir, wie wir in Amerika sagen. Du brauchst kompetente Gesprächspartner. Wir vermissen die sogar noch mehr als Du, denn bei uns gibt's ja nicht mal genügend Schachspieler.

Aber wir waren bei SDI, und da haben wir, die wir als Glacé der USA fungieren und nicht mit unter den himmlischen Schutzschirm kriechen können, natürlich ein enormes Interesse zu erfahren, was wirklich läuft. Wir vermuten Folgendes:

Fast alle naturwissenschaftlichen Experten des Westens sprechen sich gegen SDI aus. Begründung: Es funktioniert nicht. Selbst für uns, die wir keine diesbezüglichen Fachidioten sind, klingen die Begründungen einleuchtend. SDI kann gar nicht funktionieren. Unter uns Friedensfreunden kommt da Freude auf: Weil Abrüstung im Imperialismus trotz aller gegenteiligen Beteuerungen unmöglich ist, begrüßen wir es auf's schärfste, wenn die kapitalistischen Staaten ihr schmutziges Money in Waffensystemen verpulvern, die nix taugen.

Klar, Gorbi? Klar ist auch, daß Du immer und immer wieder vor SDI warnst und glaubwürdig versicherst, daß Du das SDI-Projekt für die entscheidendste aller Bedrohungen hältst. Aber Du weißt natürlich Bescheid, jedenfalls hoffen wir das, und regst Dich nicht wirklich auf. Wichtig ist nur, Präsident Reagans Altersstarrsinn zu bekräftigen, nur ja ein SDI festzuhalten und ihn in dem Glauben zu bestärken, daß für die USA das Beste ist, was die UdSSR zum größten Übel erklärt. Laß nicht nach, Gorbi, in Jammern und Wehklagen, und der Yankee wird seinen letzten Cent an diesen Quatsch vergeuden. Daß Du von uns via Initiativen und Unterstützung jede Unterstützung erhältst, ist ja wohl klar. Unser Zehnklappern dringt über den Atlantik wie Kastagnetten!

Ok, Gorbi, den Trick ziehen wir durch, auch wenn uns die klammheimliche Freude die Disakration erschwert. Aber wie geht's weiter?

Irgendwann wird selbst der stupideste US-Präsident merken, daß SDI ein Flop ist. Und dann? Dann wird er lieberhaft überlegen, wie lang er die Pleite verheimlichen kann: ein Vierteljahr? Vier Wochen? Oder nur ein paar Tage lang?

Das, Gorbi, wird genau der Zeitpunkt sein, wo das Schicksal der Erde wirklich am seidenen Faden hängt, auch wenn mit etwas Glück nur die nördliche Hemisphäre draufgehen würde. Glaubst Du vielleicht, das Weiße Haus würde die gigantischste Fehlinvestition der Geschichte eingestehen, den Yankee-Staat bankrott erklären, die Creme der Wirtschaft in Konkurs und die Elite der Streitkräfte nach Hause schicken, während der Dollar unter die Lira fällt und die Epoche des Imperialismus im internationalen Hohngelächter zuende geht? Oder werden die USA nicht umgekehrt schnellstens los schlagen wollen, bevor die Sache ruchbar wird?

Wenn Dir Deine Spione, die hoffentlich so fix sind wie ihr Ruf, diese Situation melden, dann behalte um der Menschheit willen die Nerven, sei gut ausgeschlafen und ein Großmeister in revolutionärer Weitsicht und Entschlossenheit. Nein, nicht daß Du zuerst draufhaust, Gorbi, sowas darfst Du nicht mal denken! Alles hängt von Deinem Geschick als Oberjammerer ab. Du mußt vortäuschen, daß die Sowjetwirtschaft gerade in dem Moment unter dem Druck des Wetttrübens zusammenklappt. Inszeniere eine Versorgungskrise, laß zum Schein ein paar Provinzen rebellieren und lanciere entsprechende Schlagzeilen in die Weltpresse. Das ist die einzige Chance, daß der Finger in Washington in letzter Sekunde vom roten Knopf zurückzuckt: Bonzo wird glauben, daß SDI, was nicht funktionieren kann, trotzdem funktioniert, weil Du daran glaubst und deshalb Dein Land tottrütest. Er wird sich sagen, dann kann ich ja zum Schein noch ein bißchen weitermachen und sich ziemlich schlaue dabei vorkommen. Aber — und das ist Deine Chance, in die Gegenoffensive zu kommen — er wird auch psychisch ziemlich fertig und intellektuell schwer überfordert sein.

So könntest Du ihn zu einem Gipfel einladen und unter vier Augen beispielsweise die folgende Frage stellen: „Paß auf, Alter, Du weißt doch hoffentlich, daß ich weiß, daß Du glaubst, SDI würde funktionieren, weil ich daran glaube und mich deswegen tottrüteste oder haben Dir das Deine Berater wieder mal verschwiegen, weil sie nicht wollen, daß Du erfährst, daß ich schon lange weiß, daß SDI gar nicht ...“

Spätestens da wird er nach den uns vorliegenden Präsidenten-Psychogrammen abwinken und sagen, daß es gut ist und er natürlich voll durchblickt und überhaupt schon immer gegen den Krieg war usw. Wenn Du eventuell noch eine sowjetische Bereitschaft erkennen läßt, mit Dollaraufkäufen auf dem Devisenmarkt die US-Währung zu stützen, müßte er eigentlich bereit sein, alles zu unterschreiben, was Du vorträgst hat.

Logo ist das ein riskanter Weg, aber siehst Du einen anderen? Nur Mut! Keep on runnin', Gorbi, runnin' for peace, und bei dem Sympathiespurt, den Du vorgelegt hat, wird kein Mißtrauen Dich aufhalten können. Und dann haben wir's: Keine Atomraketen mehr in Ost und West. Die kapitalistischen Länder sind pleite, haben aber ein schmeckes SDI-System ohne Funktion, und Du hast die überlegene konventionelle Bewaffnung. Damit wirst Du dann ja wohl in der Lage sein, zu verhindern, daß der ganze Uninn wieder von vorn anfängt. Du hast doch die überlegene konventionelle Bewaffnung, oder? Wenn nicht, laß es uns wissen. Dann müssen wir mit den Chinesen reden, obwohl das weihnünftig schwierig ist, weil man nie genau weiß, was die denken.

Du weißt aber jetzt, wie wir denken.

Und teilt uns mal mit, was Du darüber denkst.

Zwei, die es gern genauer wüßten.



Olympiagelände in Seoul

Olympia am 37. Breitengrad

Informationskomitee Südkorea und Olympia gegründet

Olympia am 37. Breitengrad

Informationskomitee Südkorea und Olympia gegründet

1988 finden in Korea die 24. Olympischen Sommerspiele statt. Die letzten beiden Veranstaltungen dieser Art in Moskau und Los Angeles hatten zu politischen Auseinandersetzungen und daraus folgendes Boykotten geführt. Mit der Wahl der südkoreanischen Hauptstadt Seoul hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) erneut für politische Brisanz gesorgt.

Die Länder des realsozialistischen Lagers unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu Südkorea und erkennen das dortige Regime nicht an. Deshalb wurde inzwischen versucht, einen Teil der Wettbewerbe in die Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR), hier allgemein als „Nordkorea“ bekannt, zu verlegen. Darüber ist noch keine endgültige Entscheidung gefallen. Die KDVR verlangt eine angemessene Berücksichtigung und nicht nur eine symbolische Beteiligung mit ein paar Disziplinen. Alternativ dazu wurden Gespräche zwischen den beiden koreanischen Olympischen Komitees über eine gemeinsame Mannschaft geführt, aber hier ist ein erfolgversprechendes Ergebnis noch unwahrscheinlich.

Aber die anstehenden Spiele haben nicht nur einen außen- sondern auch einen gewichtigen innenpolitischen Aspekt. Im Schatten der über die staatlich kontrollierten Medien hochgepushten Sportbegeisterung werden Repressionen gegen die Opposition und drastische Verschlechterungen der Lebensbedingungen durchgezogen.

Unterschiedliche Haltung der Opposition zum Olympia-Spektakel

Innerhalb der Opposition gehen die Erwartungen und Befürchtungen auseinander. So heißt es im „Korea Forum Nr. 2“: Nur die vage Hoffnung, eine erzwungene Öffnung des diktatorischen Systems nach außen vor und während der Spiele könne günstige Bedingungen für die Opposition schaffen, ist zur Zeit die Devise der NDKP (Neue Koreanische Demokratische Partei — parlamentarische Oppositionspartei). Ihr bekanntester Vertreter ist der aus dem Exil zurückgekehrte Kim Dae Jung). Ein wesentlicher Teil der außerparlamentarischen Opposition sieht in den Spielen 1988 eine Legitimierung der Militärdiktatur und fordert daher den Boykott der Spiele; dieser Kreis berücksichtigt gleichzeitig die Massenstimmung unter der Bevölkerung.

Ein anderer Teil der außerparlamentarischen Opposition, vor allem die inzwischen radikalisierten Studenten und Arbeiter, sieht in den Olympischen Spielen das Hauptübel der wachsenden Systemkonkurrenz und Spannung zwi-

schen beiden Teilen Koreas. Dieser Kreis fordert daher die Durchführung der Spiele in Süd- und Nordkorea sowie die Bildung einer gesamtkoreanischen Mannschaft. Natürlich ist dieser Kreis innerhalb der außerparlamentarischen Opposition als „pro-nordkoreanisch“ und „links“ diffamiert und systematischer, brutaler Verfolgung ausgesetzt. („Korea Forum Nr. 2“)

Erfahrungen mit den wirtschaftlichen Aspekten machte die südkoreanische Bevölkerung bereits während der Asien-Spiele 1986, einer Generalprobe für Olympia 1988: Inmitten des Sportrausches wurde die 14prozentige Aufstockung des Haushalts für das Jahr 1987 bekannt, was zusätzliche Steuerbelastungen für die Bevölkerung bedeutet. Besonders die unteren Einkommensschichten werden durch die beiden Sportspektakel und eine Vielzahl indirekter Steuern überproportional belastet. Die Situation der Armen am Rande des städtischen Ballungszentrums von Seoul ist durch Sanierungsmaßnahmen und Bodenspekulation noch untragbarer geworden. (...) Die Armen fordern ein engmaschiges soziales Netz und halten die Investitionen in Höhe von etwa vier Milliarden US-Dollar für beide Spiele für sinnlose Geldverschwendung. („Korea Forum Nr. 2“)

„Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88“

Um auch in der BRD eine kritische Sicht der Olympiade 1988 in Seoul zu erreichen, hat sich eine „Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88“ gegründet. Träger der Kampagne sind unter anderem: Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Evangelische Studentengemeinde Deutschland, Deutsch-Koreanische Freundschaftsgesellschaft, Koreanische Arbeitsgemeinschaft, Korea-Komitee, ASK, Jusos, Die Grünen, terre des hommes.

Die Arbeitsgemeinschaft hat bisher ein Faltblatt zur Begründung der Kampagne und mehrere Informationsblätter „Korea Forum“ herausgegeben. In dieser Reihe soll Hintergrundmaterial zu den Stichworten:

- Politische Entwicklung
- Wirtschaft/Soziales
- Widerstand/Opposition/Soziale Bewegungen
- Dokumente
- Kultur/Sport/Touristik
- Aspekte zu Nordkorea
- Literaturverzeichnis

veröffentlicht werden.

Die Blätter erscheinen mindestens einmal monatlich und sind kostenlos

zu beziehen.

Neben „Korea Forum“ baut die Arbeitsgemeinschaft in den beiden nächsten Jahren auf:

- Eine kommentierte Bücherrundschau und Zusammenstellung audiovisueller Medien
- Vermittlung von Referenten und Experten
- Angebote für Kulturveranstaltungen mit koreanischen Künstlern und Kulturgruppen.

Informationen/Publikationen

Rainer Werning
Korea-Informationsstelle
c/o terre des hommes
Ruppenkampstraße 11 a
4500 Osnabrück
Telefon 0541 / 7101-122

Kontakt/Koordination/Anfragen

Michael Denis
Arbeitsstelle Ostasien
ESG Frankfurt
Guilottenstr. 64
6000 Frankfurt 1
Telefon 069 / 724898

Ho./Hamburg

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4,
2000 Hamburg 20; Telefon:
Redaktion/Verlag 040/43 53 20,
Abowerwaltung 040/43 53 46;
V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis
jährlich DM 60,-, halbjährlich
DM 33,- (als Förderabo jährlich
DM 100,-, halbjährlich DM 50,-);
Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA
Hamburg 27175-203 oder Dresdner
Bank Hamburg, BLZ 200 800 00,
Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM
5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei
Nichterscheinen durch höhere Ge-
walt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem
Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

VI. Parteitag der KP-Vietnam Reform an Haupt und Gliedern

Wenn die bürgerliche Presse von „Reformern“ und „Konservativen“ in sozialistischen Ländern berichtet, ist in der Regel Vorsicht geboten, denn bei den „Konservativen“ sind meistens die Linken gemeint. In Vietnam ist das anders. Der VI. Parteitag der KP-Vietnam hat sich für eine drastische Korrektur der Wirtschaftspolitik des Landes entschieden und dabei auch die Führungsspitze der Partei ausgetauscht. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Vietnam seinen sozialistischen Entwicklungsweg verlassen wird.

Die Diskussion um die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams bestimmten den Verlauf des VI. Parteitages der KP-Vietnams. Vorab ein paar Fakten zu den grundsätzlichen Problemen, mit denen Vietnams Ökonomie zu kämpfen hat.

Die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung

Vietnams Bevölkerung wächst in jedem Jahr um 1,04 % und hat damit eine der höchsten Zuwachsraten der Welt. Jährlich drängen eine Mill. Jugendliche zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Als Folge des jahrzehntelangen Befreiungskrieges verteilt sich die 60 Millionen starke Bevölkerung sehr unterschiedlich über die Regionen. So gibt es im Norden des Landes Gebiete mit einer Bevölkerungsdichte von mehr als tausend Menschen pro km², während im fruchtbaren Hochplateau 15 pro km² leben. Zwischen 900.000 und 1,2 Mill. ha Ackerland, das sich für den Anbau von Reis, Kautschuk, Tee und Kaffee eignen würde, liegt brach. Hinzu kommt eine riesige Waldfläche von ca. 12 Mill. ha, die forstwirtschaftlich nicht genutzt wird.

Nach der Befreiung Südvietnams 1975 und der baldigen Wiedervereinigung richtete die Regierung sogenannte neue ökonomische Zonen (NÖZ) in wenig besiedelten, fruchtbaren Landesteilen ein. Zwischen 1981 und 1985 wurden ca. 950.000 Menschen aus den überquellenden Städten, besonders in den NÖZ übersiedelt. Die Umsiedlungen in die NÖZ wurde oft überhastet betrieben; z. T. gab es dort keinerlei Infrastruktur, keine Wasser-, Energie- und Düngemittelversorgung. Viele der Umsiedelten flüchteten aus den NÖZ zurück in die Städte, um dort das Heer der Arbeitslosen oder Klein- und Kleinstgewerbetreibenden aufzufüllen. Nach offiziellen Angaben gibt es heute in Vietnam eine Million Arbeitslose, auf dem Parteitag selbst war von „Millionen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten“ die Rede. Vietnam ist es nicht gelungen, die in den vergangenen zwei Fünfjahresplänen gesteckten Ziele für die Industrie, sowie Nahrungsmittelproduktion zu erreichen. Laßt man Faktoren, wie etwa die enormen Folgekosten des Befreiungskrieges oder die Unwetterkatastrophen der Jahre 1984/85 außer acht, so lassen sich im wesentlichen vier Gründe für die wirtschaftliche Stagnation ausmachen:

1. Der Versuch, in Vietnam aus dem Stand industrielle Großprojekte und eine Schwerindustrie aufzubauen, ohne daß dafür die erforderliche materielle Basis wie etwa die Energieversorgung, technologisches Know How und Managementwissen vorhanden war.
2. Die nach der Befreiung des Südens forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft, Verstaatlichung der Produktion und des Handels wurde z. T. mit rein administrativen Maßnahmen und gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt. Sie führte zu Versorgungsengpässen und Mißwirtschaft.
3. Die außenwirtschaftliche Isolierung Vietnams. Unmittelbar nach der Befreiung wurde Vietnam von den imperialistischen Ländern boykottiert, der Internationale Währungsfond erklärte Vietnam für kreditunwürdig. Außenpolitisch und wirtschaftlich isolierte sich Vietnam auch durch die Intervention in Kampuchea 1979. Es verlor jegliche Unterstützung durch die VR-China und muß sich heute in seinen Außenhandelsbeziehungen weitgehend auf die RGW-Staaten beschränken. Die Sowjetunion leistet eine jährliche Unterstützung im Gegenwert von 1 Mrd. US-Dollar, ohne die die vietnamesische Ökonomie kaum überlebensfähig wäre.
4. Vietnam unterhält mit ca. 1,1 Mill. Soldaten das dritgrößte stehende Heer

VI. Parteitag der

KP-Vietnam

Reform

vom

Haupt



In der Nähe von Ho-Chi-Minh-Stadt

In der Nähe von Ho-Chi-Minh-Stadt

der Welt. Etwa 150.000 Soldaten davon sind seit dem chinesischen „Erziehungsfeldzug“ 1979 an der Grenze zu China, etwa 140.000 in Kampuchea stationiert. Die Kosten des Truppenunterhalts belasten den Haushalt und binden Gelder, die für Investitionen gebraucht werden.

Die staatlichen Handelsinstitutionen sind heute nicht mehr in der Lage, der Nachfrage nach Gebrauchsgütern und Lebensmitteln nachzukommen. Die Bevölkerung muß sich weitgehend auf dem freien oder Schwarzmarkt versorgen. Die Inflationsrate steht bei ca. 350%. Während im August 1985 25% des durchschnittlichen Lohnes für Lebensmittel ausgegeben wurden, waren es im Februar 1986 schon 81%, beklagt sich die Zeitung des vietnamesischen Gewerkschaftsverbandes.

Der VI. Parteitag

Alle fünf Jahre muß laut Statut der KP-Vietnam ein Parteitag zusammengetreten. Die KP-Vietnam hat heute an die 2 Mill. Mitglieder, die in mehr als 100.000 Parteizellen organisiert sind. Zu den Aufgaben eines Parteitages gehört es, den Bericht des Zentralkomitees (ZK) über die Arbeit der letzten fünf Jahre zu billigen und ein neues ZK zu wählen. Das ZK wiederum bestimmt aus seinen Reihen das Politbüro, wählt ein Sekretariat und den Generalsekretär des ZK. Das ist die höchste Funktion, die innerhalb der KP zu vergeben ist. Neben diesen wichtigen Personalentscheidungen mußten die 1129 Delegierten, die sich vom 15.-18.12.86 in Hanoi versammelten, über die Grundlinien der Außen- und Innenpolitik für die Periode bis 1990 entscheiden.

Der Parteitag wurde mit dem Bericht des ZK eingeleitet. In einer für solche Veranstaltungen ungewohnt scharfen Weise setzt sich dieser Bericht mit den Fehlern und Irrtümern der Parteielite der letzten Jahre auseinander. (s. a. nebenstehenden Kasten)

Der Bericht stellt fest, daß die Partei die Dauer der Phase des Übergangs zum Sozialismus unterschätzt habe. Für diese Übergangsphase sei es charakteristisch, daß kapitalistische, als auch sozialisierte Sektoren der Ökono-

mie nebeneinander existierten. In dieser Übergangsphase komme es darauf an, daß die sozialisierten Sektoren die führende Rolle übernehmen und die privaten Sektoren der Ökonomie kontrollierten. „Es gab eine ausgeprägte Haste, wir wollten die nicht sozialistischen Sektoren in einem Rutsch loswerden, die privatkapitalistischen Sektoren unmittelbar in staatlich geleitete Sektoren überführen.“ (1) So seien oftmals Kooperativen und Produktionsgenossenschaften der Form halber aus dem Boden gestampft worden, ohne daß die Partei das nötige Wissen und die qualifizierten Kader gehabt hätte, diese Kooperativen auch anzuleiten. Der Partei sei es vielfach wichtiger gewesen, formal die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln zu lösen, ohne nach der Qualität und Arbeitsproduktivität der neu geschaffenen sozialistischen Sektoren zu fragen. Weiter stellt der Bericht fest, daß sich die Partei zu sehr mit der Entwicklung von industriellen Großprojekten verzettelt habe, während die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln bis heute nicht gelöst sei. „Wir müssen sicherstellen, daß Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischereiwesen eingeschlossen bei der Versorgung mit Investitionsmitteln, Energie, Material und technischer Intelligenz die allererste Priorität einnehmen. Wir müssen uns bemühen, Leichtindustrie, Handwerk und Handwerksbe-

triebe auszubauen, um einerseits mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften die Versorgung mit Konsumgütern zu gewährleisten und andererseits die Ausstattung der Nahrungsmittel-, Holz- und Fischindustrie sicherzustellen.“ (2) schließt folgend das ZK für die Zukunft.

Der VI. Parteitag stellte die Weichen für eine Wirtschaftspolitik, die sich vornehmlich an den direkten materiellen Interessen der Bevölkerung orientiert. Dabei sollen auch freie Produktionskapazitäten der Schwerindustrie und Rüstungsindustrie für die Konsumgüterproduktion eingesetzt werden. Für den Bereich der Schwerindustrie beschloß der Parteitag, erst einmal die materiellen Voraussetzungen für eine Industrialisierung des Landes zu schaffen. So werden die Entwicklungsschwerpunkte der nächsten Zeit im Bereich der Energiewirtschaft liegen. Vietnam ist zur Zeit noch zu 100% von Erdölimporten der SU abhängig. Die Ausbeutung eigener Öl- und Kohlevorkommen steht also im Vordergrund.

Dezentralisierung der Planung und des Managements

In Zukunft sollen lokale und zentrale Behörden sich aus direkten betrieblichen Entscheidungen heraushalten. Der Staat soll die wirtschaftlichen Rahmendaten vorgeben, die Einhaltung der Wirtschaftsgesetze überwachen und die technologische Erneuerung der Produktion steuern. Das Kontraktssystem soll weiter ausgebaut werden. Die staatlichen Handelsorganisationen schließen dabei Abnahmeverträge über Warenmengen mit den Betrieben ab. Betriebe mit höherer Produktivität werden in Zukunft vermehrt Gewinne an die Arbeiter ausschütten, um zu einer leistungsorientierten Lohnpolitik zu gelangen. Exportorientierte Großbetriebe dürfen in Zukunft direkt ins Ausland verkaufen, wobei ein Teil der erwirtschafteten Gewinne in den Betrieben verbleiben soll. Die bürokratische Erstarrung der vietnamesischen Ökonomie soll also vom unten, durch die Initiativen und den Handlungsspielraum der Betriebe und Kooperativen aufgebrochen werden.

Auch wenn der Bericht des ZK und seine Vorschläge einmütig angenommen wurden, scheint sicher, daß die Erneuerungsbewegung von den bisher für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Kadern mit Skepsis betrachtet wird. Nach dem Scheitern des alten Konzeptes einer zentralistischen Wirtschaftspolitik, die das Schwerkraft auf die schnelle Umsetzung sozialistischer Strukturen in allen Bereichen der Ökonomie setzte, der es aber nicht gelang, die materiellen Lebensbedingungen des Volkes nachhaltig zu verbessern, wird nun dem reformpolitischen Flügel der Partei eine Chance gegeben. Das mußte sich auch zwangsläufig auf die personalpolitischen Entscheidungen der Partei auswirken.

Wechsel in der Führungsspitze

Truong Ching, der vor einem halben Jahr das Amt des verstorbenen Generalsekretärs Le Duan übernommen hatte, Pham Van Dong, der bisherige Ministerpräsident des Landes und Le Duc Tho vom Sekretariat des ZK, stellten sich nicht mehr für eine Wiederwahl zum ZK zur Verfügung. Diese drei Männer repräsentieren z. T. seit mehr als 30 Jahren die Führungsspitze der Partei. Alle drei sind älter als 75, werden sich jedoch nicht ganz aus dem politischen Leben zurückziehen. Sie erhalten einen informellen Beraterstatus am ZK.

Neuer Generalsekretär der Partei wurde Nguyen Van Linh. Er ist 71 Jahre alt und stellt damit nicht gerade eine Verjüngung der Parteispitze dar. Was Nguyen Van Linh zum Generalsekretär prädestinierte, waren seine Erfahrungen als Parteichef von Ho-Chi-Minh-Stadt. Bereits 1981 hatte er dort Reformen, wie sie jetzt offizielle Politik der ganzen Partei wurden, eingeleitet; damals wurde er für dieses Vorgehen von der Parteiführung kritisiert und 1982 nicht in das Politbüro wiedergewählt.

Weitere einschneidende Veränderungen gab es in der Zusammensetzung von Politbüro und Sekretariat. Im Politbüro wurden sechs von 14 Kadern ausgetauscht und das Sekretariat fast vollständig neu gewählt. Wie seit Jahrzehnten üblich, ist nicht eine Frau in diesen höchsten Gremien der Partei vertreten.



Generalsekretär
Nguyen Van Linh

Eine Lösung des Kampuchea-Konfliktes ist nicht in Sicht

Der VI. Parteitag fand unter sehr lebhafter ausländischer Beteiligung statt. Mehr als 30 Parteien und Befreiungsorganisationen hatten Delegationen entsandt. Neben den KP's der RGW-Staaten waren Organisationen wie FSLN, FLNM, SWAPO, ANC, PLO und andere vertreten. Mit großem Interesse wurde die Rede des sowjetischen Politbüro-Mitglieds Ligatschow verfolgt. Nach der von Gorbatschow verfolgten Normalisierung der Beziehungen zur VR-China und der Erklärung von Deng Xiaoping, die SU solle Druck auf Vietnam ausüben, seine Truppen aus Kampuchea abzurufen, erklärte Ligatschow ausdrücklich, daß die SU keinesfalls eine Beziehung zur VR-China auf Kosten vietnamesischer Interessen verbessern wolle. Er machte gleichzeitig deutlich, daß die Zeit überreif für eine vietnamesisch-chinesische Aussöhnung sei und forderte beide Seiten auf, mit Verhandlungen zu beginnen. Vietnam hat dieses Verhandlungsangebot mehrfach gemacht; es wurde auf dem Parteitag wiederholt: „... zu jeder Zeit, auf jeder Ebene und an jedem Ort ...“ sei Vietnam bereit, Normalisierungsverhandlungen mit der VR-China aufzunehmen. Die VR-China macht jedoch zur Vorbedingung für solche Verhandlungen, daß Vietnam seine Truppen aus Kampuchea abzieht. Der sofortige Abzug aller Einheiten ist für Vietnam jedoch undenkbar, der blutige Guerillakrieg in Kampuchea würde sich in einen offenen Bürgerkrieg verwandeln. Abzug aller Einheiten ist für Vietnam jedoch undenkbar, der blutige Guerillakrieg in Kampuchea würde sich in einen offenen Bürgerkrieg verwandeln. Die Guerillatruppen des „Demokratischen Kampuchea“, die von Thailand aus oder im Landesinneren operieren, verfügen heute nach westlichen Schätzungen über eine Truppenstärke von 60.000 Mann. Darunter befinden sich 35.000 von der VR-China gut ausgerüstete Khmer Rouge des ehemaligen Pol Pot-Regimes. Das Heer der VR-Kampuchea ist einem solchen Truppenkontingent bislang nicht gewachsen. Vietnam hat den schrittweisen Abzug seiner Truppen begonnen, er soll 1990 abgeschlossen sein. Bis dahin konzentrieren sich die Bemühungen der VR-Kampuchea darauf, ein Verteidigungspotential aufzubauen, das sie in die Lage versetzt, ab 1990 ihr Land eigenständig zu verteidigen. Währenddessen geht der seit dem chinesischen Überfall 1979 schwellende Grenzkrieg zwischen der VR-China und Vietnam weiter. Bereits drei Wochen nach dem Parteitag, am 7. Januar, kam es abermals zu schweren Grenzgefechten, in deren Verlauf nach vietnamesischen Angaben 1.500 chinesische Soldaten getötet wurden.

Als der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang Ende November die Grenzregion besuchte, betonte er: solange Vietnam mit seinen Aktionen gegen China und seiner Aggression gegen Kampuchea fortfahre, „wird China Druck auf Vietnam an der Grenze ausüben. Unsere Truppen müssen zu notwendigen Aktionen jederzeit bereit sein.“ (3)

Eine schnelle Lösung des Kampuchea-Konfliktes und eine Aussöhnung zwischen der VR-China und Vietnam bleibt leider bis auf weiteres unwahrscheinlich.

M.

a) Summary of World Broadcast, 17. 12.1986, BBC
b) Zitat aus dem Resolutionsentwurf des Parteitages, SWB 20.12.86, S. 4
c) wie 1) S. 20
d) wie 1) S. 8
e) zitiert nach FA vom 8.1.87

Anmerkungen:
1) Zitat aus dem politischen Bericht des ZK, SWB 20.12.86, S. 8
2) Zitat aus dem Resolutionsentwurf des Parteitages, SWB 20.12.86, S. 4
3) wie 1) S. 20
4) wie 1) S. 8
5) zitiert nach FA vom 8.1.87

Interview mit Yassir Arafat über die Lage im Libanon

„Der Aufstand zeigt, das Volk steht hinter der PLO“

Interview mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat aus der Zeitung „Al-Fajr“, 19.12.86.

Al-Fajr: Was ist deine Meinung über die Ereignisse im Libanon und was sind dort deiner Ansicht nach die Ziele?

Arafat: Es handelt sich um eine israelisch-arabische Verschwörung, in die auch einige arabische Regimes verwickelt sind. Der Zweck ist, Libanon in religiöse Kantons zu teilen und die Region auf sektiererischer Grundlage zu „balkanisieren“. Was jetzt geschieht, ist nur ein Teil des Plans. Als Gegenleistung für die Erlaubnis, einen schiitischen Kanton zu schaffen, wird von Amal die Vernichtung der angegriffenen Palästinenserlager erwartet. Diese Runde des Lagerkriegs ist gekennzeichnet durch seinen umfassenden Charakter: Amal mit der israelischen Luftwaffe und Marine, zusammen mit israelischen Geschützen, greifen uns von Süden her an, und Amal und die syrischen Kräfte greifen uns von Norden her in Beirut an. Alle diese Kräfte gemeinsam haben sich gegen unsere Verteidiger im Gebiet von Sidon vereint. Die Kräfte der (Libanesischen) Ersten Brigade, die nur auf syrischen Befehl operiert, wurden mit syrischen Hubschraubern verlegt, während gleichzeitig israelische Düsenjäger im gleichen Gebiet in den libanesischen Luftraum einfliegen, ohne daß Syrien dagegen etwas unternimmt.

Al-Fajr: Gibt es noch andere Anzeichen für eine direkte Beteiligung Syriens am Kampf gegen die Lager?

Arafat: Alle Nachrichtenagenturen melden, daß an den Kämpfen gegen unsere Lager beteiligte Panzer Bilder von Hafes al-Assad und syrische Kennzeichen tragen; sie standen bei der Kuwaitischen Botschaft, in der Nähe des Lagers Shatila. Es wurde auch beobachtet, daß syrische Geschütze die Lager aus dem Gebiet von Sofar heraus beschossen. Die (Libanesischen) Erste Brigade, daran muß man denken, wurde von Syrien geschaffen, ausgebildet und bewaffnet...Die neuen, direkten Befehle Assads an seinen Operations- und Geheimdienstchef, der im Libanon vom Hamadeh Palast aus operiert, sehen vor, die beiden Fatah-Schirmjäger-einheiten einzusetzen, die Lager Sabra, Shatila und Burj al-Barajneh zu erledigen. (...)

Al-Fajr: Welche Voraussetzungen sind nötig, um die Angriffe auf die Lager zu stoppen?

Arafat: Dafür gibt es keine Voraussetzungen. Das Ziel ist die Zerstörung unserer Lager. Das zwischen Assad und McFarlane geschlossene Abkommen legt fest, daß die Rückkehr palästinensischer Kämpfer in den Libanon nicht erlaubt werden soll; daß die Sicherheit der nordisraelischen Siedlungen aufrechterhalten werden soll und daß eine Massenausweisung der Palästinenser aus dem Libanon nach Jordanien unternommen werden soll, um den Sharon-Plan zur Schaffung eines alternativen Homeland in Jordanien durchzuführen.

Al-Fajr: Wie endeten die Gespräche mit Dr. George Habasch (1) über die Einheit der (PLO-) Fraktionen, und gibt es eine Abmachung, sich wieder zu treffen?

Arafat: Die Gespräche waren gut. Es reicht zu bemerken, daß diese Gespräche eine positive Wirkung auf die Kämpfer in Beirut hatten, die alle zusammen gegen die Angreifer kämpften: Kämpfer von der PFLP, der PDFLP (2), Fatah, und alle, die da waren, kämpften unter der Fahne der PLO, um unsere Lager und die Menschen darin zu schützen. Die Gespräche sorgten auch für eine gute Grundlage für den Aufbau einer echten Einheit zwischen den palästinensischen Fraktionen. Die nationale Einheit der Palästinenser ist eine Realität. Der beste Beweis dafür ist das, was jetzt in den besetzten Gebieten und im Flüchtlingslager Yarmuk in Syrien passiert

(Demonstrationen zur Unterstützung der Verteidiger in den Lagern).

Al-Fajr: Wer war Initiator der Gespräche, Fatah oder PFLP?

Arafat: Es kommt nicht darauf an, wer die Gespräche initiierte. Wichtig ist, daß beide Seiten ihre Bereitschaft ausdrückten, solche Gespräche zu beginnen.

Al-Fajr: Wie sind die Chancen, daß diese Gespräche erfolgreich verlaufen und Einheit zwischen den Fraktionen schaffen?

Arafat: Wir wünschen uns, daß sie Erfolg haben. Die PFLP hat uns gebeten, das Nationalratstreffen (3) zu verschieben (damit sie Zeit haben, über die Themen nachzudenken). Wir hoffen, daß es auch künftig solche Gespräche zur Herbeiführung der Einheit geben wird.

Al-Fajr: Gibt es eine Frist, bis zu der von der PFLP eine Antwort erwartet wird, und gibt es einen Zeitpunkt, zu dem der Nationalrat einberufen werden soll?

Arafat: Wir haben es nicht eilig. Wenn etwas mehr Wartezeit zu mehr gegenseitigem Verständnis führen und die Fraktionen enger zusammenbringen kann, dann haben wir mit der Zeit keine Probleme.

Al-Fajr: Es gibt Meldungen, daß die PFLP von Fatah die Kündigung des Amman-Abkommens (4) gefordert habe. Was ist deine Meinung?

Fatah: Vergesse nicht, daß ich Vorsitzender der PLO und als solcher vom Nationalrat gewählt bin. Es liegt alleine beim Nationalrat, das Abkommen zu kündigen. Die Leute können sagen, was sie wollen, aber ich kann mich ohne Zustimmung des Nationalrats zu gar nichts verpflichten. Und was immer der Nationalrat beschließt, wird unsere Politik sein.

Al-Fajr: War Dr. George Habasch mit dieser Vorstellung einverstanden?

Arafat: Dies war alles, worüber wir sprachen und worauf wir uns einigten, ob nun in Prag, Moskau oder Algier, ob mit Dr. Habasch oder mit anderen. Wir sind eine demokratische Organi-

sation, und die Demokratie hat ihre Spielregeln von Aktion und Wechselwirkung. Habasch und andere Fraktionen wissen, daß wir eine der wahren Oasen der Demokratie in dieser Region sind. Die Gespräche mit der PFLP waren ein guter Anfang, und wir hoffen, daß sie in künftigen Gesprächen bekräftigt werden.

Al-Fajr: Wann also erwartest du die nächste Sitzung des Nationalrats?

Arafat: Ich hoffe, das wird Anfang nächsten Jahres sein, unter Beteiligung der anderen Fraktionen. Wir haben ih-

nen Gelegenheit zum Nachdenken gegeben — aber nicht für unbegrenzte Zeit.

Al-Fajr: Was ist mit den Vorgängen in den besetzten Gebieten?

Arafat: Das ist die andere Seite der Verschwörung gegen unser Volk. Im arabischen Jerusalem und anderswo in den besetzten Gebieten gehen extremistische, terroristische Banden, die von den Besatzungsbehörden unterstützt werden, gegen unser Volk vor, töten und verletzen viele. Der Aufruhr in den besetzten Gebieten zeigt, wie unser Volk stets angesichts dessen empfunden hat, was in den Lagern im Libanon geschieht. Diese Welle von Protesten und Demonstrationen ist ein Zeugnis der Einheit unseres Volkes in unserer Heimat, Palästina, und in der Diaspora. Es ist ebenso ein klares Zeichen, daß unser Volk geschlossen hinter den Zielen unseres Kampfes und hinter der PLO steht, ihrer einzigen rechtmäßigen Vertreterin.

Al-Fajr: Gibt es besondere Pläne, wie angesichts der Ereignisse im Libanon und in den besetzten Gebieten vorgegangen werden soll?

Arafat: Was die Vorgänge in den besetzten Gebieten angeht, zum ersten Mal haben wir, mit der Hilfe unseres Freundes Zimbabwe und anderer Freunde in der Blockfreien-Bewegung, erfolgreich einen Konsens im UN-Sicherheitsrat zu unseren Gunsten erreicht. Der Rat stimmte 14:0; die USA enthielten sich, statt von ihrem Veto-recht Gebrauch zu machen, wie sie es sonst immer getan hatten. Wir haben versucht, das Gleiche hinsichtlich der Angriffe auf unsere Lager zu machen, aber der libanesischen Vertreter stellte sich dagegen, daß wir unsere Beschwerde wegen der Vorgänge im Libanon vor der UNO bringen. Die Außenminister der Liga Arabischer Staaten verurteilten die Angriffe auf unsere Lager und unser Volk in den besetzten Gebieten.

Al-Fajr: Die Presse in den USA und anderen westlichen Ländern hat behauptet, daß die Verhaftung und Ausweisung nationalsozialistischer Elemente in den besetzten Gebieten ein jordanischer Plan sei, der von Israel ausgeführt wird. Was meinst du dazu?

Arafat: Was in den besetzten Gebieten geschieht, ist eine amerikanisch-israelische Verschwörung gegen unser Volk, wie ich schon gesagt habe. Großer Druck wird auf die jordanische Regierung ausgeübt, sich diesem Plan anzuschließen und die gleiche Aktionslinie zu übernehmen. Leider haben einige Stellen dieser Regierung das tatsächlich getan; wir müssen die Dinge beim richtigen Namen nennen. Wir hatten lange Diskussionen, direkt oder durch arabische Freunde, mit unserer arabischen Familie in Jordanien über diese Dinge und über den Entwicklungsplan für die (besetzte) West Bank. Wir glauben nicht, daß die USA Jordanien 200 Millionen Dollar zur Entwicklung der West Bank geben werden. Was uns angeht: die PLO billigt die Ausgabe jedweden Geldbetrags, unabhängig von seiner Herkunft, so lange er dazu dient, die Leiden unseres Volkes unter der Besatzung zu erleichtern. (...)

(Das Interview fand am 10.12.86 in Bagdad statt)

Anmerkungen

- 1) G. Habasch ist Vorsitzender der wichtigsten linksoppositionellen PLO-Fraktion, der PFLP.
- 2) Die PDFLP folgt weitgehend der Politik der UdSSR und steht unter der Linksoppositionellen der Politik Arafats am nächsten.
- 3) Der Nationalrat ist das oberste Gremium der PFLP.
- 4) Das Abkommen von Amman beinhaltet Zusammenarbeit zwischen der PLO und der jordanischen Regierung. Es ist von beiden Seiten zur Zeit „eingefroren“. Die Linksopposition hat das Amman-Abkommen von Anfang an entschieden abgelehnt und fordert kategorisch dessen Kündigung.



Fatah-Truppen verweigern Abzug aus Maghdousheh

Palästinensische Kämpfer, die Maghdousheh, ein libanesisches Dorf nahe Sidon, kontrollieren, weigern sich, ihre Stellungen zu räumen, solange sie dazu keine klaren Befehle von der PLO-Führung erhalten. Das meldet die Presse am 16. Dezember aus dem Südlibanon.

Den Berichten zufolge haben die Palästinenser, die loyal zum PLO-Vorsitzenden Arafat stehen, gesagt, daß sie das strategisch bedeutende Maghdousheh halten würden, solange sich die schiitischen Amal-Milizen nicht an einen vom Iran vermittelten Waffenstillstand zwischen den sich bekriegenden Gruppen halten. Das Waffenstillstandsabkommen, das letzte Woche in Damaskus zwischen Amal und Vertretern der in Damaskus residierenden palästinensischen Nationalen Rettungsfreie (NSF) unterzeichnet wurde, sieht vor, daß sich die Palästinenser aus Maghdousheh zurückziehen und daß Amal seine seit zweieinhalb Monaten andauernde Belagerung palästinensischer Flüchtlingslager in Beirut und im Südlibanon aufhebt. Mitglieder einer anderen schiitischen Gruppe, der pro-iranischen Hizbullah, sollten die von den Palästinensern geräumten Stellungen übernehmen.

Mitglieder der NSF, einer palästinensischen Gruppe, die in Opposition zu Yassir Arafat steht, deren Streitkräfte aber trotzdem im Lagerkrieg während der letzten zwei Monate Seite an Seite mit Fatah-Truppen kämpften, zogen sich am 14. Dezember aus einigen Stellungen in Maghdousheh zu-

rück. Fatah-Guerrillas rückten sofort dort ein, um ihren Platz einzunehmen. Eine Reihe von Hizbullah-Kämpfern zog ebenfalls in Maghdousheh ein und errichtete neutrale Posten in der Nähe der Fatah-Guerrillas.

PLO-Vertreter erklärten, sie würden keinem Rückzug aus Maghdousheh zustimmen, falls sie nicht ganz klare Garantien von Amal und Syrien erhalten würden, daß das Dorf zukünftig nicht dazu benutzt werden wird, von dort aus das Flüchtlingslager Ein al-Hilweh bei Sidon zu beschleichen. Sie forderten außerdem die sofortige Aufhebung der Belagerung der Flüchtlingslager Rashidiyeh bei Tyrus und Shatila in Beirut.

In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Reuters stellte der stellvertretende Kommandeur der palästinensischen Streitkräfte, Khalil al-Wazir (Abu Jihad) zwei Bedingungen für die Annahme einer endgültigen Vereinbarung mit Amal auf. Dazu gehörte, daß die Kämpfe zu einem endgültigen, umfassenden Ende gebracht werden müssen, einschließlich der Aufhebung der Belagerung der palästinensischen Flüchtlingslager, und die Übergabe von Maghdousheh an neutrale Streitkräfte, die in den Angriff auf die Lager nicht verwickelt waren.

In dem am 15. Dezember veröffentlichten Interview sagte Abu Jihad, die PLO stehe in Kontakt mit der in Damaskus ansässigen NSF, um die Lage im Libanon zu diskutieren.

Unter denen, zu denen Abu Jihad Kontakt hatte, war Khalid al-Fahoum, früher Vorsitzender des palästinensi-

schen Nationalrats und jetzt Führer der NSF. Reuters zitierte eine palästinensische Quelle in Damaskus, al-Fahoum habe telefonisch Kontakt zu Abu Jihad aufgenommen, der sich in Damaskus befand. Dies ist das erste Mal seit 1983, daß so ein Kontakt zwischen einem Fatah-Vertreter und dem NSF-Führer zustande kam.

Inzwischen hat der libysche Führer Muammar Gaddafi die palästinensischen Kämpfer gedrängt, sich auf keinen Fall aus Maghdousheh zurückzuziehen. Gaddafi, der in Tripolis sprach, sagte, daß Maghdousheh die einzige Trumpfkarte sei, die den Palästinensern noch geblieben sei. Sie sollten sich daher nicht zurückziehen, bevor Amal die Belagerung der Flüchtlingslager aufhebt. Außerdem forderte er die Palästinenser auf, nicht mit Amal zu verhandeln.

Gaddafi sagte, Maghdousheh sei ein christliches Dorf und Amal hätte deshalb dort nichts zu suchen. Er sagte, Amal sei nicht die legitime Regierung im Libanon und habe daher kein Recht, über die Zukunft der Palästinenser dort zu entscheiden.

Maghdousheh ist ein griechisch-orthodoxes Dorf. Es hatte 6000 Bewohner, bevor Amal-Milizionäre dort vor zwei Jahren einzogen und es als Basis für die Beschließung des Lagers Ein al-Hilweh zu benutzen begannen. Nach den letzten Kämpfen dort haben die meisten Einwohner das Dorf verlassen und sind nach Ostbeirut geflüchtet. Nur 300 Menschen sind, Berichten zufolge, geblieben.

Unterdessen wird in anderen Gebieten des Libanon weiter gekämpft. Das belagerte Lager Rashidiyeh wurde am 16. Dezember beschossen, eine Frau wurde dabei getötet. Es wurde berichtet, daß die Geschosse aus Amal-Stellungen rund um das Lager gekommen seien.

Amal setzte auch die Versuche fort, die Verteidigung des Lagers Shatila im Gebiet Beirut zu durchbrechen. Eine größere Amal-Offensive gegen das Lager am 13. Dezember wurde von Shatilas palästinensischen Verteidigern zurückgeschlagen. Dem Angriff war schwere Geschützfeuer mit 15 Granaten pro Minute vorausgegangen.

Schätzungsweise 700 Menschen wurden bisher im Lagerkrieg getötet und mehr als 1500 verletzt. Eine Presseerklärung der UNRWA vom 11. Dezember besagt, daß 157 registrierte palästinensische Flüchtlinge seit dem 30. September im Libanon getötet wurden. Von 604 sei bekannt, daß sie verletzt wurden, heißt es dort weiter. Diese Zahl schließt nicht die Verletzten aus dem Gebiet von Tyrus ein, wo sich die UNRWA-Leute nicht frei bewegen konnten. Laut Presseerklärung sind unter den Toten fünf palästinensische Mitarbeiter der UNRWA. UNRWA schätzt, daß durch die Kämpfe etwa 18.000 palästinensische Flüchtlinge obdachlos wurden, die nun in selbstgefertigten Unterkünften in basements, Baustellen und „sogar in Autos“ im Gebiet von Beirut und Sidon leben.

(aus Al-Fajr, 19.12.86)

Ein zweiter Anlauf Bundeskonzferenz der Anti-AKW-Bewegung

Fortsetzung von Seite 1

Kaum umstritten war in Frankfurt, daß der Versuch in Nürnberg gemacht werden sollte. Stundenlange Diskussionen und Auseinandersetzungen gab es dann aber um die Frage: Was tun bei einem neuerlichen Verbot? Der KB, die Radi-Aktiv, einige Autonome aus Frankfurt und Mörfelden-Walldorf u.a. schlugen vor, im Falle eines „harten Verbots“, wie es der offenkundige Absicht von Gauweiler (Polizei-Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium), keine BUKO zustandekommen zu lassen, entspricht, einen Ausweich-Ort außerhalb Bayerns anzupfeifen.

Dagegen stand der Vorwurf, solche Überlegungen seien zurückweichend und man müsse mit aller Entschlossenheit und allen Mitteln die BUKO in Nürnberg durchsetzen. Schließlich habe die Anti-AKW-Bewegung auch schon andere Verbote durchbrochen, siehe Brokdorf-Demo 1981. Das Gegenargument, eine Demo mit 100.000 Leuten auf freiem Feld sei eine Aktion von ganz anderem Charakter als eine Versammlung von einigen hundert Leuten, die in geschlossenen Räumen und unter ruhigen Bedingungen stattfinden muß, wurde beantwortet mit Vorschlägen, man müsse möglichst viele Leute nach Nürnberg mobilisieren, alles müsse eben versucht werden usw. Konkret setzte sich das Frankfurter Treffen mit diesem Problem nicht auseinander. Auf wiederholtes Nachfragen insbesondere der Radi-Aktiv, was denn nun im Fall des harten Verbots gemacht werden könnte — vor allem im Unterschied zur Regensburger Katz- und Maus-Situation, die ganz klar von der Polizei diktiert war — mußten sich die Nürnberger anhören

Der Ablauf der BUKO:
Freitag, 16.1., 19.00 Uhr, KOMM
Veranstaltung
„Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und die Folgen der neuen Anti-Terror-Gesetze 129a und 130a“
Referenten:
Robert Jungk, Brigitte Hebrich, Helga Davis (Büdingenfeld), Rolf Gössner, Wolf-Dieter Narr u.a.
Vernachlässigt: Radi-Aktiv

Samstag, 17.1., 10.00 Uhr,
Lorezstraße
Kundgebung und anschließende
Demonstration zum KOMM
12.00 Uhr Beginn der Arbeitsgruppen
20.00 Uhr Fest im KOMM

Sonntag, 18.1., Plenum der BUKO

(u.a. von Hamburger BI-Vertretern), ihnen fehle es wohl an Mut und Entschlossenheit.

Aber auch aus anderen Gründen wurde die Einbeziehung eines eventuellen Ausweichortes abgelehnt: Bremer Biller z.B. befürchteten, daß nicht mehr entschlossen genug für „Nürnberg“ eingetreten werde, insbesondere daß bündnispolitisch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden. Ergebnis der gesamten Debatte war eine klare Zweidrittel-Mehrheit gegen jede Ausweich-Option.

Der aktuelle Stand vom 10.1.87

Die Bemühungen um eine Verbreiterung der öffentlichen Aufmerksamkeit waren — trotz der kurzen Zeit und der dazwischenliegenden Weihnachtstage — äußerst erfolgreich. Z.B. zeigt die Unterstützerliste unter dem Radi-Aktiv-Aufruf, daß der Skandal von Regensburg weit über den Rahmen der Anti-AKW-Bewegung hinaus bekannt gemacht werden konnte, bis in die christliche Friedensbewegung einerseits und Gewerkschaftskreise andererseits hinein. Der Erfolg dieses Aufrufs lieferte dann den notwendigen Druck, der die Nürnberger SPD dazu bewegen konnte, selber einen positiven Beschluß zu fassen (siehe abgedruckte Erklärung). Wochenlang hatten sich Stadträte und bayerische SPD-Mandaträger bedeckt gehalten, hatten am Telefon immer wieder erklärt, sie seien überhaupt nicht informiert (obwohl sie umfangreiche Materialmappen erhalten hatten), sie müßten erst einmal Rücksprache halten usw.

Nicht nur Unterschriften wurden gegeben, auch konkrete Unterstützung wurde angeboten: Klaus Vack und Wolf-Dieter Narr vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ werden den gesamten Ablauf der BUKO beobachten. Der Bundesausschuss der Grünen will seine Sitzung am gleichen Wochenende ebenfalls im KOMM durchführen. Journalisten vom österreichischen Fernsehen und Rundfunk wollen — gerade nach den letzten „Grenzzwischenfällen“ — am 17./18.1. nach Nürnberg kommen und berichten.

Inquisitorische Befragungen

Wie ernst die SPD den ganzen Vorgang nimmt, zeigen Formalitäten: Nicht wie üblich soll der Mietvertrag zwischen Veranstalter der BUKO und der Stadt Nürnberg über die Räume des KOMM auf unterer Ebene abgeschlossen werden. Diesmal hat sich der städtische Rechtsreferent Dr. Sauber — direkt dem Oberbürgermeister unterstellt — selbst eingeschaltet. Es fand inzwischen ein Gespräch statt zwischen den offiziellen Veranstaltern der BUKO (Hans-Günter Schramm, MfL für die Grünen/Friedensliste und jeweils einer Vertreterin der Nürnberger BI gegen die WAA und der Radi-Aktiv) und Vertretern der Stadt, in dem Dr. Sauber die Voraussetzungen für den Mietvertrag klären wollte.

Dort sahen sich die BUKO-Vertreter einer inquisitorischen Befragung ausgesetzt. Es reichte den städtischen Vertretern keineswegs, zu Beginn der BUKO offiziell erklären zu wollen, daß die Teilnehmer nicht zu Straftaten aufgerufen dürfen. „Das ist ja wohl selbst-

verständlich“, so Dr. Sauber. Nein, er wolle vielmehr wissen, was denn die Veranstalter zu tun gedächten, wenn solche Äußerungen fallen: Würden sie a) das Mikrofon abbrechen, b) den eigenen Ordnerdienst rufen und c) die Polizei verständigen, wenn solches geschähe? Wie wollten sie die Arbeitsgruppen-Leiter dazu bewegen, Gleiches zu tun? Wer denn eigentlich die Arbeitsgruppen-Leiter seien, ob die schon feststünden, wie die hießen? Was wollten sie machen, wenn ein Arbeitsgruppen-Leiter sich weigern sollte, diese Auflagen zu befolgen? Auf die Bemerkung der Radi-Aktiv-Vertreterin, es ginge hier ja wohl auch um die Durchsetzung der Meinungsfreiheit, antwortete Dr. Sauber nur: Die Einhaltung der Gesetze sei verlangt, nichts anderes. Auf eine Diskussion darüber, daß es ja manchmal auch umstritten sei, was eine strafbare Handlung ist und was nicht, und wie denn Laien entscheiden sollten in Dingen, über die selbst Rechtsprofessoren stritten, wollte er sich schon gar nicht einlassen. Das stünde alles im Gesetz, war seine lapidare Antwort.

Offensichtlich war, daß Sauber sich in seinen Fragen streng an das Urteil

des Münchener Verwaltungsgericht zum Regensburger BUKO-Verbot hielt, das war seine einzige Orientierungslinie. Die BUKO-Veranstalter waren sich hinterher unsicher, inwiefern sie sich überhaupt auf so ein Gespräch hätten einlassen dürfen und ob es nicht schon „Verrat“ sei, sich überhaupt auf die von Sauber eingeschlagene Diskussionslinie ziehen zu lassen. Resümee ist zumindest mal, daß es bereits Ausdruck der politischen Lage ist, wenn Veranstalter einer solchen Versammlung in eine so entwürdigende und inquisitorische Situation geraten, nur weil sie einen städtischen Raum mieten wollen.

Nach den neuesten Informationen scheint nun aber die Stadtverwaltung doch bereit zu sein, das KOMM vom 16.-18. Januar an die BUKO-Veranstalter zu vermieten. Allerdings hat sich Oberbürgermeister Urschlechter (ehemals SPD, jetzt parteilos) schon vor Weihnachten vorbehalten, selbst die Entscheidung über den Mietvertrag zu treffen — das könne aber erst am Montag (den 12.1.) geschehen, weil er bis dahin „in Urlaub“ sei. Aber selbst wenn diese Hürde genommen ist, hieße das noch nicht viel: Das bayeri-

sche Innenministerium kann in die kommunale Verwaltung eingreifen und selbst ein Versammlungsverbot aussprechen — und damit wäre nicht nur das KOMM sondern auch jeder andere Raum in Nürnberg „verbotenes Gelände“. Gauweiler hat sich schon gelübt: Er könne sich nicht vorstellen, daß die Stadt Nürnberg eine Versammlung zulasse, in der zu strafbaren Äußerungen aufgerufen würde. D.h. er wartet ruhig ab — und entscheidet dann.

Zwischenbilanzierend kann man heute auf jeden Fall sagen: Sämtliche Vorbereitungen für die BUKO, die ungeheure Arbeit, die in Nürnberg bisher in kürzester Zeit geleistet worden ist, haben sich schon jetzt gelohnt. Das Verbot von Regensburg hat nachträglich einen großen Bekanntheitsgrad erreicht. Ein erneutes Verbot am nächsten Wochenende kann allein von daher nicht mehr so heimlich ablaufen wie noch im November. Es ist nur zu hoffen, daß es der CSU nicht gelingt, am Samstag in Nürnberg eine große Schlacht zu veranstalten.

M., KB/Gruppe Nürnberg

SPD gibt grünes Licht für ALKEM SPD gibt grünes Licht für ALKEM

Schon vor der Bundestagswahl ist die Scham vorbei. Am 11. Dezember 1986 forderte die SPD-Bundestagsfraktion in einem Entschließungsantrag zu ALKEM, daß „die Bearbeitung und Vorbereitung von Plutonium zur Herstellung von Mischoxidbrennelementen nur (!) noch ... bis zum 31. 12. 1996 zulässig“ sein, also auf gut deutsch für weitere zehn Jahre genehmigt werden solle.

Die einzige bundesdeutsche Anlage zur Herstellung plutoniumhaltiger Mischoxid-Brennelemente liegt freilich in Hessen und heißt ALKEM. Die grünen Bundestagsabgeordneten haben diesen Vorgang komplett verschlafen. Dabei handelt es sich bei ALKEM um die derzeit wohl skandalumwitterteste Plutoniumanlage der Welt: Die Staatsanwälte beschlagnahmten 2.000 ALKEM-Akten und erhoben anschließend gegen zwei ALKEM-Geschäftsführer und drei hessische „Aufsichts“-beamte Anklage wegen illegalen Betriebs einer Atomanlage.

Die internationalen Kontrollen gegen militärische Atomabzweigungen rufen sich seit Jahren die Haare, weil die Bundesregierung gerade für den Plutoniumbunker der ALKEM adäquate Kontrollen hintertreibt.

Das vom hessischen Umweltminister bestellte Rechtsgutachten der Weidener Rechtsanwaltskanzlei Schilly/Geulen resümiert, daß die Hanauer Atombetriebe ALKEM, NUKEM und RBU „von Anfang an bis heute keine Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb ihrer Anlage eingeholt haben“, d.h. von Staats wegen als Sonderbetriebe schon immer illegal gehalten und gleichzeitig (mit mehr als einer halben Milliarde DM) üppig bezuschußt wurden. Kein Wunder also, daß ALKEM als der Bruchpunkt der Hessenkoalition und der miese hessische Atomkompromiß, eine ALKEM-Neugenehmigung sei „nicht entscheidungsreif“, als das Fundament des rot-grünen Bündnisses gilt.

Noch einen Monat vor der Vorlage des unheilswangeren SPD-Antrags gaben sich die hessischen Oppositionsparteien CDU und FDP deshalb auch überzeugt, „daß es Wirtschaftsminister Steger (SPD) nicht riskieren werde, angesichts dieser Meinungsunterschiede die ausstehenden Genehmigungen für eine der Atomfirmen zu erteilen.“ (FR, 6.11.86) Am 8.1.87 jedoch war es soweit. Steger verkündete vor Journalisten, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Landesregierung noch Ende Februar die erste Teilerlaubnis für ALKEM nach § 7 Atomgesetz (I) erteile. Als Voraussetzungen nannte er:

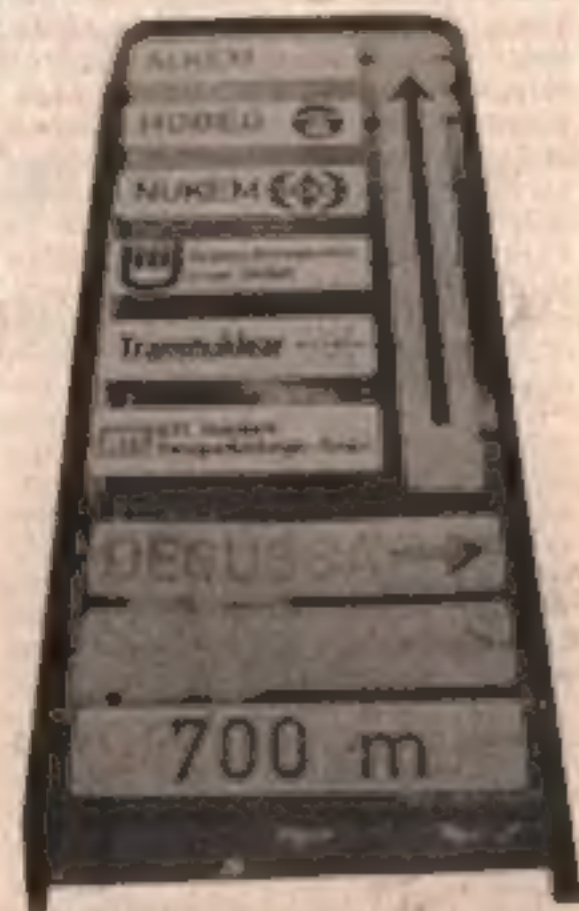
— statt der von ALKEM beantragten Erweiterung der Plutonium-Umgangsmenge auf 6,7 Tonnen sollte es beim jetzigen Umgang von 460 kg bleiben.

— ALKEM sollte zukünftig nur für Leichtwasserreaktoren, nicht aber für schnelle Brüter plutoniumhaltige Brennelemente herstellen.

— Spätestens Ende 1996 sollte ALKEM auf nichtnukleare Technologien und Produkte umgestellt sein.

Da jedoch die Bundesregierung eine Genehmigung des ALKEM-Antrags ohne diese Änderungen erzwingen könne, „erwäge“ für diesen Fall das Land Hessen eine Klage beim Bundesverfassungsgericht.

Bei Licht betrachtet bleibt von dem Beiwerk des hessischen Wirtschaftsministers wenig übrig: Eine Klage gegen den „Ausbau“ der Plutoniumwirtschaft macht wenig Sinn, wenn eben diese für weitere zehn Jahre abgesegnet werden soll. (Darüberhinaus hatte bereits Ende '85 der SPD-linke Jörst und Mitautor des hessischen Atomkompromisses, Prof. Stenberg, von einem derartigen Verfahren „nachdrücklich“ abgeraten, da es „aussichtslos“ sei (FR, 29.11.85). Sicher ist nur, daß Steger erneut entschlossen ist, auf eine politische Konfliktstrategie im Falle einer Bundesanweisung durch Wallmann zu verzichten. (2)



Noch erbärmlicher stellen sich die Vorbehalte gegen zuviel Plutoniumwirtschaft dar:

— Die Befristung auf 1996 ist schon deshalb ein schlechter Witz, weil befristete Genehmigungen nach § 7 Atomgesetz ausgeschlossen sind. Abgesehen davon beabsichtigt ALKEM ab 1996 eine große Zweigstelle bei Wackersdorf zu betreiben.

— Die Brennelemente für den Kalkar-Brüter wurden selbstverständlich bereits produziert und lagern im Bunker der ALKEM. Darüberhinaus macht die ALKEM gar keinen Hehl daraus, daß Plutoniumbrennelemente für Normal-AKW's und Brüter „mit derselben Technologie und den gleichen Fabrikationslinien“ hergestellt werden (Nuclear Europe 10/82).

— Die beantragte Plutonium-Umgangsmenge teilt sich in eine Lagermenge (3 Tonnen) und eine Verarbei-

tungsmenge (1,7to). Die ALKEM könnte problemlos 5 Tonnen auch weiterhin der Bundesregierung unterstellen. Bereits heute kann die ALKEM beliebig auf das Plutonium in Bundesverwahrung zurückgreifen, solange im Produktionsbereich die zugelassene Menge nicht überschritten wird. Für die notorischen Verteidiger des hessischen Bündnisses stellt sich der Sachverhalt freilich ganz anders dar: Mit geradezu überschwänglichem Lob regierte die „ta“ Originalton des rotgrünen Hochrechnen kpk: „Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik will ein Minister der Atomindustrie die kalte Schulter zeigen ... Daß die hessische SPD keine Plutoniumpartei mehr sein will“, habe Steger mit der Ablehnung der Plutoniummarge von 6,7 to „durchaus glaubwürdig unter Beweis gestellt.“ (ta, 9.1.87) Da lacht der Regierungschef und der AKW-Gegner wundert sich.

MOX — die friedliche Alternative?

Das schärfste Argument der ALKEM-Kritiker ist das Atomwaffenargument. Diese berechtigte Sorge wird nunmehr von der SPD als zentrales Argument für die Neugenehmigung der ALKEM ins Feld geführt. Da nun einmal das Plutonium aus der französischen WAA zurückkomme, sei es, so Steger, „in neuen Brennelementen für herkömmliche Leichtwasserreaktoren einzubinden, um es besonders gegen militärischen Mißbrauch zu sichern.“ Auch im Antrag der SPD-Bundestagsfraktion will man „vor allem gegen militärischen Mißbrauch“ die Plutoniumverarbeitung bei ALKEM fortsetzen. Die Überlegung, Plutonium, wenn es nun schon da ist, nicht liegenzulassen, sondern lieber gleich weiterzuverarbeiten, leuchtet spontan vielleicht ein, bewegt sich aber realiter auf dem Niveau des bekannten Werbebegriffs, wonach die WAA als Anlage zur Rohstoffverwertung durch Recycling in Wirklichkeit ein ökologischer Musterbetrieb sei. Zum einen hat sich die SPD im Rahmen des Bundestages immer gegen eine Kündigung der Wiederaufbereitungsverträge mit Frankreich und Großbritannien ausgesprochen. Der „Sachzwang“ Plutonium ist in Wirklichkeit politischer Wille. So gäbe es kein besseres Druckmittel zur Aufkündigung der WAA-Verträge als jede weitere Plutoniumlagerung in Hessen zu untersagen.

Zum anderen ist auch die Plutoniumverarbeitung für MOX-Brennelemente kein Hindernis, sondern umgekehrt geradezu eine Voraussetzung für den Griff zur Bombe:

— Bereits der Atombericht der Ford-Foundation von 1977 hat darauf hingewiesen, daß sich die Möglichkeiten zur nuklearen Bewaffnung mit dem Vorhandensein von Mischoxid (= MOX)-Brennelementen stark erhöht.

Fortsetzung nächste Seite

Kanten:

SPD für Durchführung der BUKO in Nürnberg

Vom 16.1. bis 18.1.1987 findet in Nürnberg die Bundeskonzferenz der Anti-AKW-Bewegung (BUKO) statt.

Diese Konferenz sollte vor einiger Zeit in Regensburg durchgeführt werden, wurde jedoch von der bayerischen Staatsregierung verboten. Dieses Verbot wurde damals auf ganz Bayern ausgedehnt und damit begründet, es sei nicht auszuschließen, daß während dieser Konferenz auch über den Einsatz von Gewalt diskutiert wird.

Die Nürnberger SPD verurteilt die Politik der bayerischen Staatsregierung, mit der unliebsamer Widerstand gegen die Atompolitik der CSU kriminalisiert werden soll. Die Grundrechte der Versammlungsfreiheit und der Meinungsfreiheit müssen auch in Bayern gewahrt bleiben. Verfassungsfeindlichen Tendenzen mit dem Ziel, diese Grundrechte rechtswidrig einzuschränken, wird die Nürnberger SPD entschieden entgegengetreten.

Auch in Bayern gilt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb muß es möglich sein, die BUKO — wie vorgesehen — in Nürnberg durchzuführen.

Sollte während dieser Konferenz von einigen Gruppen der Einsatz von Gewalt diskutiert werden, vertraut die SPD auf die Mehrheit der demokratischen Kräfte in der BUKO, die Gewalt als Mittel der Politik ablehnen.

Ein solcher öffentlicher Klärungsprozeß in der BUKO über die Form des Widerstandes gegen die bedenkenlose Atompolitik der CSU entspricht demokratischen Grundregeln und ermöglicht es demokratischen Gruppierungen, sich klar von denjenigen zu distanzieren, die glauben unter Einsatz von Gewalt politische Ziele verwirklichen zu können.

Die Nürnberger SPD geht davon aus, daß die Durchführung der BUKO nicht durch parteipolitisch motivierte Verbote behindert wird und hofft auf ein gutes Gelingen dieser Konferenz mit dem Ziel eines gewaltfreien, effektiven Widerstandes gegen die Atompolitik der CSU.

— Stadtratsfraktion der SPD
— UB-Nürnberg (Unterbezirk)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Denn: „Die Trennung des Plutoniums aus frischem Oxid-Gemisch-Brennstoff wäre viel einfacher als die von bestrahltem Brennstoff, da sie nur einfache chemische Arbeiten benötigt und die Strahlungsgefahr gering ist ... Die Verfügbarkeit von Plutonium, als Ergebnis ... von Oxidgemisch-Brennstoff im eigenen Land, würde daher Konflikte verstärken und destabilisieren.“

— Durch den Einsatz von MOX-Brennelementen in AKWs wird selbstverständlich permanent weiteres abtrennbares Plutonium erzeugt. Es ist eine Lüge, zu behaupten, die Gesamtbilanz an Plutonium würde durch dieses Verfahren abnehmen.

— Nach Auskunft des ALKEM-Managers Roepennack verschafft die MOX-Produktion „die Möglichkeit einer zusätzlichen Unterstützung für die Entwicklung der Plutoniumtechnologie“ (Nuclear Europe 10/82). Dies dürfte technisch wie auch politisch gelten: Nach dem offenkundigen Scheitern der Brüderlinie ist die MOX-Produktion das letzte „zivilisierte“ Mantelchen für eine WAA.

— Interessant ist die technische Möglichkeit, über MOX-BEs den „wertvollen“ Rohstoff Plutonium über längere Zeiträume hinweg optimal zu konservieren. So zerfallen im Falle einer simplen Plutonium-Lagerung jährlich 12% verschiedener PU-Isotope in starke Gamma-Strahler, die für eine Weiterverwendung des Plutoniums erst mühsam abgetrennt werden müßten. Über die MOX-Produktion hingegen ist es nach Auskunft des französischen Informationsdienstes WISE möglich, das Plutonium in eine langfristig lagerfähige Form zu bringen.

Ist es nach Auskunft des französischen Informationsdienstes WISE möglich, das Plutonium in eine langfristig lagerfähige Form zu bringen.

Die BRD ist schon seit geraumer Zeit das Land mit der umfangreichsten MOX-Brennelementproduktion (40-80 t pro Jahr).

Nach den Berechnungen von Klaus Traube kostet die Herstellung eines MOX-Brennstabes heute etwa zehnmal mehr als die Verwendung von normalen Brennelementen mit leicht angereichertem Uran. Daß die Bundesregierung derartige Extrakosten (vgl. ALKEM-Subventionierung) ausgerechnet zur Vermeidung der Atomwaffenrisiken ausbildet, wird nicht einmal der hessische Umweltminister ernsthaft annehmen.

Hessische grüne Landesversammlung am 8.2.87

„Die Landesversammlung stellt fest, daß die Koalition mit der SPD beendet ist, wenn diese nicht der Stilllegung aller Atomanlagen in Hessen zustimmt, die bis zum Ende der Legislaturperiode abgewickelt sein muß. Vereinbarungen und konkrete Maßnahmen zum Erreichen dieses Ziels müssen noch vor Ende 1986 vollzogen werden.“

Dieser Beschluß der letzten grünen Landesversammlung am 7.6.86 in Pohlheim wurde mit vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen verabschiedet. Heute kann von Konsequenzen aus diesem Beschluß von Seiten der Grünen keine Rede sein. Im Nehmen sind die hessischen Grünen Weltmeister. Die von Gegnern und Befürwortern besetzte Biblis-Kommission zur Prüfung der AKW-Sicherheit ist nicht das Ergebnis der Koalitionsdrohung von Pohlheim, sondern war den Grünen bereits am 4.6.84 als Preis für die Tolerierung einer SPD-Regierung zugestanden worden.

Als in Sachen Hanau mit dem Geulen-Gutachten auch die juristische Stilllegungsvoraussetzung perfekt schien, sagte Holger Börner schlicht und ergreifend No und begann, im hessischen Landtag von der Hanauer „Verbindung von unternehmerischem Wagemut und Forschungswitz der Ingenieure“ zu schwärmen. „Weiter wie bisher“ soll an diesem Tag Joachim Fischer Lösung und Hoffnung gewesen sein. Allein auch das macht die SPD nicht mit, sondern stößt mit Alkem weit vor. Bei den Grünen ist Rache Blutwurst. Ein neuer Minister, je eher desto besser. Das wird es sein. Weiter wie bisher ...!

ms, Bonn

Anmerkungen:
1. Seit 12 Jahren produzieren die Hanauer Anlagen ohne die seit 1978 vorgeschriebene Genehmigung mit Öffentlichkeitsbeteiligung nach Atomgesetz.
2. Das Grundgesetz berücksichtigt in Artikel 37 ausdrücklich die Möglichkeit, daß sich ein Bundesland einer Anweisung durch die Bundesregierung widersetzt. In diesem Fall benötigt die Bundesregierung die Zustimmung des Bundesrates, um eine Zwangsanweisung auszuüben. Bisher die Landesregierung standhaft, möchte ein Staatskommissar die Anweisung durchsetzen.



Fortsetzung von Seite 1

Die Spätgeburt

Erst später, nachdem sich die Wogen etwas geglättet hatten, holte Friedrich Karl Fromme höchstpersönlich auf den hinteren Seiten seines Organs zur Verteidigung des Kanzlers aus (s.u.).

„Selbstverständlich, haben die Medien Karl Fromme höchstpersönlich auf den hinteren Seiten seines Organs zur Verteidigung des Kanzlers aus (s.u.).“

Relativ ausführlich gaben die Medien Kritiken an dem verbalen Unfist Kohls wieder, von DDR-Stellungnahmen bis zu Erklärungen von Vertretern der niederländischen Anne Frank-Stiftung oder der internationalen Komitees der Lager-Überlebenden (Wien). Progressive DDR-Dissidenten wie Wolf Biermann oder Roland Jahn wiesen den Vergleich in nicht gerade gewohnter Eindringlichkeit zurück. Falls es tatsächlich so etwas wie eine kritische Öffentlichkeit noch gibt, so pendelte sie sich ungefähr bei dem Standpunkt ein, Kohl habe diesen Ausfall inszeniert, um die Stimmen des rechtsradikalen Sumpfs für CDU/CSU zu sichern — eben das, was ansonsten der Job von Strauß sei.

Doch schon die Inszenierung des Spektakels widerspricht dieser Interpretation. Kohls Äußerung fiel ja keineswegs wie bei der Beleidigung von Gorbatschow im mehr oder weniger vertraulichen Tete-a-tete mit Journalisten. Seine Kulisse war eine Großveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle, CDU-Auftakt für die heiße Phase des Wahlkampfes, den „Endspurt“. Die „FR“ (6.1.) berichtet von rund 50 000 Unionsanhängern, angezogen in schwarz-rot-goldenen Schals und sich bereits dem Rausch der Siegesstimmung hingebend. Man befand sich also weder in Passau noch in Kreuth und hatte wohl im wesentlichen Bienenkopfs-Landesverband beisammen. Doch dort wurden starke Sprüche gefeiert, je rechter und lauter desto besser.

Zunächst heizte Strauß die Gemüter auf, indem er sich nicht entblödete, die Meute zum deutsch-nationalen „aufrechten Gang“ aufzufordern. „Wir müssen mit unserer Geschichte herantreten aus dem Schatten der Vergangenheit“. Nachdem der Bayer ausgiebig in der Masse gebadet hatte, kam Kohl. Langer Beifall, als er sagte, man sei von einer „Normalität in den deutsch-deutschen Beziehungen noch meilenweit entfernt“, solange an der Mauer geschossen werde. Keine Zustimmung bei dem Nachsatz, man müsse trotzdem mit der DDR-Führung sprechen. Langer, starker Beifall aber für die dann folgende Behauptung, die DDR halte „immerhin fest politische unsere Landsleute als politische Gefangene ... in Gefängnissen und Konzentrationslagern“.

Die „großartige Veranstaltung“ (Geißler), die sich die CDU einiges hatte kosten lassen, hatte natürlich den Sinn, die eigenen aktiven Parteireihen auszurichten. Das, was in den letzten vier Jahren schon an angeblichen „Pannen“ geboten worden war, von Blüburg über Feilner, Graf Spee von Korschbroich und der Unterstützung für Waldheim bis zur Gorbatschow-Beleidigung, wird mit zornigem Logik nun auch auf dem Wege von Massenveranstaltungen ins Wahlvolk transportiert. Vor allem die anschließende Stellungnahme Geißlers läßt erkennen, daß es sich um einen wohl vorbereiteten Coup gehandelt hatte. „Kommunismus und Nationalsozialismus seien allemal menschenverachtende Systeme, die Einrichtungen

wie Konzentrationslager hatten oder haben. Im übrigen ... handle es sich um einen ganz allgemeinen Begriff, und bei der Benutzung des Wortes gebe es bestenfalls „semantische Unterschiede“ („FR“, 6.1.)

um einen ganz allgemeinen Begriff, und bei der Benutzung des Wortes gebe es bestenfalls „semantische Unterschiede“ („FR“, 6.1.)

Allemaal. Das Wort taucht in F.K. Frommes „FAZ“-Apologie wieder auf, schon in der Überschrift: „Schrecklich sind solche Lager allemal“. Hier haben wir die Fortsetzung der Historiker-Debatte um Auschwitz und Gulag. Fromme versucht eine Definition des Begriffes Konzentrationslager und kommt, was niemand verwundern wird, zum Schluß, daß nicht alle Nazi-KZs Vernichtungslager wie Auschwitz gewesen seien und daher ihre Entsprechung in anderen Ländern und Zeiten fanden. Fromme schlägt einen sachlich-informativen Ton an, was sein Unternehmen nur noch über macht. Denn er unterschlägt vollständig, was das NS-Programm ausmachte, das sich, zumindest was seinen antisemitischen Teil betrifft, in drei Stufen vollzog, deren planvoller Zusammenhang — die Organisation eines mit industriellen Techniken durchgeführten Massenmords — auf der Hand liegt: Registrierung, Konzentration, Vernichtung und dementsprechend gelber Stern, Ghetto, Lager, Gasofen. Es ist mehr als bemerkenswert, wenn das Gespinnst Geißler/Fromme nur noch „semantische Unterschiede“ zwischen diesem NS-Programm und beispielsweise Lagern von Kriegsgefangenen — die in der Tat schrecklich sind, weil der Krieg schrecklich ist — einräumt.

Es ging also wieder einmal um die absichtsvolle Entlastung bundesdeutscher Politik von ihren Vorgängern, deren Erbe die BRD doch ausdrücklich und per Rechtsanspruch sein will. Bewußt wird mit NS-Attributen gegen Länder und Politiker des realen Sozialismus um sich geworfen, um in der verblödeten Wendehängerschaft die letzten Erinnerungen daran zu tilgen, was deutsche imperialistische Großmannspolitik bedeutet. Dieses Unternehmen dient der systematischen Senkung von Hemmschwellen. Dabei ist die Methode, Begriffe ihres ursprünglichen Inhalts zu berauben und umzuwerten, wozu nebenbei bemerkt auch der Mißbrauch des „aufrechten Ganges“ (Dutschke, Bloch) durch Strauß gehört, direkt von Hitler abgekupfert. Nicht nur allemal, sondern definitiv.

Es ist nicht falsch, wenn die SPD nun vor dem Rückschlag steht. Leider kann man keines ihrer Worte ernst nehmen. Denn sie ist es ja, die durch die strikte Absage an jedes Zusammengehen mit den Grünen von vornherein kapituliert und überhaupt erst bewirkt hat, daß dieser Wahlkampf noch vor dem 25.1. entschieden scheint. Und erst durch diese Selbstauflösung der parlamentarischen Opposition können Kohls Blackouts zur massenwirksamen Wahlkampfhetze werden, statt daß die Union Stimmenverluste fürchten muß. Wobei wir nun die richtige Übersetzung kennen: Blackout — gemessen an der objektiven historischen Wahrheit handelt es sich wirklich um geistige Umnachtungen. Gemessen an Kohls und Geißlers subjektiven Absichten geht es darum, die schwarze Sau herauszulassen.

DDR-Bürger: Infam!

In der Woche nach Kohls Ausfall gaben DDR-Zeitung Stellungnahmen einzelner Bürger wieder. Darin spiegelt sich zunächst Besorgnis vor einer westlichen Politik des Kalten Krieges wider. Auf dieser Basis könnten keine normalen Beziehungen zur BRD unterhalten werden, äußert eine Reihe von Betriebs-Kolleginnen und Kollegen. Mit unwarhen Behauptungen und Unterstellungen würde das Bemühen um friedliche Koexistenz zwischen den beiden Staaten untergraben. Mit Wahlaktik sei derart infame Unterstellungen nicht mehr zu entschuldigen. Ein Brief aus dem Jenauer Zeits-Kombinat: „Kohls Äußerungen vergiften die politische Atmosphäre und sind ganz auf Spannung ausgerichtet. Er soll wissen, daß wir seine Äußerungen nicht nur entschieden verurteilen, sondern als Bürger der DDR stets alles tun werden, damit der Sozialismus stärker und der Frieden sicherer wird.“ (zit. nach „UZ“, 9.1.) In solchen Reaktionen wurde auch darauf verwiesen, daß Nazi-Verbrecher in der DDR ganz anders zur Rechenschaft gezogen und so wohl strenger als auch schneller bestraft wurden als in der BRD.

Weiter findet die — westlichen Politikern und Journalisten genügend bekannte, aber hierzulande meist ver-

schwiegene — Tatsache Erwähnung, daß ein Gutteil der Staats- und Parteiführung der DDR selbst in Konzentrationslagern eingesperrt war, Honecker ebenso wie Volkskammerpräsident Siedemann, Politbüro-Mitglied Axen oder der stellvertretende Ministerpräsident Naumann.

Scharfe Worte fand auch der durchaus kritische Schriftsteller Stefan Hermlin. Wenn es auch tatsächlich politische Gefangene in der DDR gebe, könne Kohl unmöglich falsch informiert sein und lüge daher wissentlich. Seine Äußerung laie den moralischen oder seelischen Druck derer erkennen, die die Nazi-Vergangenheit schönfärben oder nicht auf sich anwenden wollten. Die Verwendung dieses Begriffs in Richtung DDR sei nichts als der Versuch, die Hypothek der wirklichen Konzentrationslager aus der NS-Zeit loszuwerden („FR“, 7.1.).

Weitere Reaktionen veröffentlichte das „Neue Deutschland“ am 8.1.: So wie Kohl könne nur jemand sprechen, der die Vergangenheit nicht bewältigt hat, wird ein Arbeiter aus Magdeburg zitiert. Ehemalige KZ-Häftlinge werden mit den Worten wiedergegeben, Kohl wisse nicht, was die Hölle der Konzentrationslager gewesen sei.

„faz“, 6.1.87

DOKUMENTATION

„faz“, 6.1.87

DOKUMENTATION

DDR reagiert auf Kohl

Wortlaut der ADN-Meldung zu Kanzler Kohls KZ-Wort

„Auf Anfragen von Korrespondenten an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, ob die gestrigen Ausführungen Kohls in der Dortmunder Westfalenhalle zutreffen, wonach die DDR über 2.000 unserer Landsleute als politische Gefangene in Gefängnissen und Konzentrationslagern hält, wird von zuständiger Seite erklärt, daß

1. sich aus politischen Gründen kein Bürger der BRD in der DDR in Haft befindet;
2. DDR-Bürger, soweit sie aus irgend einem Grunde straffällig wurden, keine Landsleute von Kohl sind;

3. daß es in der DDR keine Konzentrationslager gibt, in denen man politische Gefangene festhalten kann,

4. in den Gefängnissen der DDR sich keine politischen Gefangenen befinden, mit Ausnahme von Personen, die wegen Kriegs- und Nazi-Verbrechen, Ermordung von jüdischen Bürgern, Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt sind;

5. Bürger der BRD, die wegen Spionage zu Gunsten bundesdeutscher Geheimdienste verurteilt wurden, werden in der DDR wie in anderen zivilisierten Staaten, nicht als politische Gefangene geführt, sondern als kriminelle Verbrecher.“

„FR“, 10.1.87

Im Wortlaut:

KZ-Überlebende verhöhnt

Mit Verbitterung hat der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma die jüngsten Äußerungen von Bundeskanzler Helmut Kohl zu angeblich in der DDR vorhandenen Konzentrationslagern zur Kenntnis genommen. In einer Erklärung wirft der Zentralrat dem Kanzler vor, die Überlebenden des Nazi-Terrors zu verhöhnen und ihre Anliegen nach Entschädigung lächerlich zu machen. Wir veröffentlichen die Erklärung im Wortlaut:

Mit der Verwendung des Begriffes „Konzentrationslager“ für Gefängnisse in der DDR verhöhnt Bundeskanzler Helmut Kohl die Überlebenden des Völkermordpolitik der Nationalsozialisten. Der Bundeskanzler macht damit — mit oder ohne Absicht — die Anliegen ehemaliger KZ-Häftlinge, nach über 40 Jahren endlich minimale Entschädigungen von monatlich 1000 Mark für ihre schrecklichen Leiden während der Nazi-Herrschaft zu erhalten, lächerlich.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma betrachtet dieses Ränke über „Konzentrationslager“ in der DDR deshalb mit Empörung, weil sich der Bundeskanzler bislang vor Finanzminister Gerhard Stoltenberg bei der Ablehnung dieser Entschädigungen stellen. Stoltenberg begründet seine Ablehnungen zum Beispiel damit, daß die in den Nazi-Dokumenten als Konzentrationslager bezeichneten Orte im ehemaligen besetzten Frankreich nach Auffassung der Bundesregierung nicht als solche bezeichnet werden könnten.

Die Schicksale von „Zigeunern“ und Juden in diesen Lagern, das Ermorden von Kindern im KZ Pöhlitz, das Zutode-Foltern in mit Wasser gefüllten Stehbüchsen im KZ Montreuil-Bellay, das Ertränken von jüdischen Kin-

dern auf mit Sprengstoff gefüllten Schiffen im KZ Argelès auf der Mittel- und das Wegräumen der angeschwemmten Leichen durch die Häftlinge, das Abmagen zu Skeletten während der Zwangsarbeit unter SS-Bewachung in diesen Lagern und ähnliche Schicksale seien laut Bundesfinanzminister Stoltenberg nicht Teil der nationalsozialistischen Rassenpolitik, sondern „kriegsbedingt“ und „kein besonders schweres Verfolgungsschicksal“ gewesen.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma betrachtet dieses Vorgehen der Bundesregierung als beängstigend und eine äußerst eigenartige Ausübung und Verhöhnung mit den Überlebenden der Völkermordpolitik der Nazis. Denn einerseits will Bundeskanzler Helmut Kohl über Hathebdingungen und „Konzentrationslager“ in der DDR diskutieren. Aber andererseits läßt nur wenige Tage zuvor sein Kanzleramtchef, Minister Wolfgang Schäuble, dem Zentralrat mit zum Thema sofortige Entschädigungen für die 435 der Bundesregierung im November 1986 übergebenen Fälle von ehemals in Konzentrationslagern inhaftierten Sinti und Roma „erscheint ein Gespräch beim Bundeskanzler zum gegenwärtigen Zeitpunkt entbehrlich“.

Dauerfinsternis

Kohl? Der Mann hat nicht gedient und trotzdem das klassische Gefleitengehirn. Das sagt alles über seine Fähigkeiten, er ist der Sprecher der Mehrheit, und die Mehrheit ist das Produkt von 30 Jahren Medienpolitik ad nauseam. Da sitzen keine Liebhaber von Blackouts vor dem Fernsehgerät, sondern Anhänger einer Dauerfinsternis, Gespensterjäger, die alles Nonkonforme ausgrenzen und dämonisieren. Vor 100 Jahren war's die Arbeiterbewegung, die Internationale der Vaterlandsverräter; dann das internationale Judentum, die Weisen von Zion; und schließlich die kommunistische Weltverschwörung. Kohl ist fest verwurzelt in dieser Tradition hysterischer Angstbeißerei. Als deutscher Meister im Durchhinken von Vergleichswerten wertete er Goebbels auf und Nazi-KZ's ab, bis er eines Tages braune Scheiße zu einem schwarz-rot-goldenen Bonbon promoviert. Vermutlich hätte es der regierende Pfälzer Saumagen unter Bruder Eichmann auch mindestens bis zum Hauptabteilungsleiter gebracht, denn er verbindet in sich die Aufrichtigkeit Friedrich Zimmermanns mit der Kompetenz Heinrich Lübkes — und das sind genau die Charakteristika, die sich das Kapital von seinen Repräsentanten wünscht.

Kohl ist ein ganz normaler deutscher Stammtischnazi. Und er ist, wie wir alle, ein juristisch beglaubigter Affe. Das vor allem macht ihn gefährlich.

Venke

Der Un-Kanzler

Geliegt werden wir unsanft daran erinnert, daß der amtierende Bundeskanzler Helmut Kohl heißt. Das wird sich nach der kurz bevorstehenden Bundestagswahl höchstwahrscheinlich nicht ändern.

Was macht den Saumagenfresser aus Oggersheim mehrheitsfähig? Vorzüge und Fähigkeiten jedenfalls sind es mit Sicherheit nicht. Kohls unverkennbar von Underdog-Ressentiments und Neid geprägter Ausfall gegen Gorbatschow ließ es ahnen: für eine Persönlichkeit mit Ausstrahlung und politischem Geschick hält Helmut Kohl sich selbst nicht. Und das ist auch schon die Bundestagswahl noch zu ändern.

Was macht den Saumagenfresser aus Oggersheim mehrheitsfähig? Vorzüge und Fähigkeiten jedenfalls sind es mit Sicherheit nicht. Kohls unverkennbar von Underdog-Ressentiments und Neid geprägter Ausfall gegen Gorbatschow ließ es ahnen: für eine Persönlichkeit mit Ausstrahlung und politischem Geschick hält Helmut Kohl sich selbst nicht. Und das ist auch schon die erste wichtige Gemeinsamkeit, die den Kanzler mit seinen Wählern verbindet: auch sie halten Kohl für eine glatte Null. Kohl ist der Gegenpol zu Franz Josef Strauß, dem selbst seine Gegner hohe Intelligenz und Gefährlichkeit anrühmen. Wer Kohl wählt, erwartet von ihm keine Fähigkeiten. Kohl ist kein begeisterter Redner. Er ist kein geheimer Analytiker. Er ist alles andere als ein „Macher“. Frau Hannelore kann aus dem Stegreif eine Rede in Englisch oder Französisch halten. Ihr Ehemann könnte sie nicht einmal verstehen. Niemand würde ihm zutrauen, in einem richtigen Konzert auf dem Flügel begabt zu diletieren wie sein Vorgänger. Höchstens „Alle meine Entchen“ auf der Blockflöte, aber wirklich höchstens. Er kann vermutlich einen Chagall nicht von einem Kandinsky unterscheiden, und seine Fähigkeiten am heimischen Herd dürfen mit der Zubereitung eines Spiegeleis schon ausgereizt sein. Der Mann ist nichts und kann nichts. Selbst seine Entgleisungen sind niveaulos, ohne die blerschwitzende Volkstümlichkeit eines Strauß, ohne die traumwandlerische Infamie eines Oelbier, ohne Originalität und Phantasie. Die Vorstellung, daß Kohls Ausfälle an bundesdeutschen Stammtischen mit feuchtföhlichem Applaus vermerkt werden — „Der hat's dem Gorbatschow aber gut gegeben!“, „Genau, die Zone ist ein KZ!“ usw. — überschätzt den Mann bei weitem. „Das hätte aber nicht sein müssen“ oder allenfalls „Er hat ja nicht ganz unrecht, aber das war doch diplomatisch ungeschickt“ lautet Volkes Stimme an den Stammtischen.

Was also ist sein Erfolgsgeheimnis? Warum wählen die Leute sich einen Mann als Repräsentanten, dessen Begabung und Erscheinung eher unter dem Durchschnitt seiner Wähler liegt und von dem sich niemand irgendwas erhofft? Es kann gar nicht anders sein: Nicht obwohl, sondern weil Kohl eine Niete ist, fallen ihm die Stimmen zu. Wer darin eine Rechtswende sehen will, geht in die Irre. Die Stimmen für Kohl sind in erster Linie Ausdruck einer tiefstehenden Staatsverdrossenheit



Die Wahrheit über den Kanzler

offene Worte — die Dinge beim Namen nennen

Die Wahrheit über den Kanzler

offene Worte — die Dinge beim Namen nennen

und antiautoritären Aufstässigkeit: Die Leute wollen nicht mehr regiert werden. Weder gut noch schlecht, sondern am liebsten überhaupt nicht. „Keine Macht für niemand“ ist angesagt. Helmut Kohl ist die personalisierte Abgabe an die menschenverachtenden Standards der Leistungsgesellschaft. Selbst die Dummsten seiner Wähler können noch ein bißchen schadenfroh auf ihn herabblicken.

Die SPD hat das Problem anscheinend im Grundsatz begriffen und hat reagiert, indem sie Kohl einen Kandidaten entgegenseitelt, der ähnlich wie der Kanzler selbst das absolute Nichts verkörpert. Jedoch: hat über Rausch schon irgendwann mal das Volk von Herzen hämisch lachen können? Daran wird der SPD-Kandidat scheitern.

Kl.

Unser täglich Polit-AA

Der regierende Zuhälter des Historikerstrichs ist zum Glück kein neuer Führer, sondern nur der Triumph Görings über Hitler. Kohl verfügt über Tertiärlugenden, wie sie in Unternehmer- und anderen Syndikaten mit Barem aufgewogen werden: Hinter der harmlos gemühten Maske des Preisdarstellers kombiniert er die Sensibilität eines Brecheisens mit der Skrupellosität eines katholischen Ordens. Obendrein hat ihn die Natur mit dem frischen Charme einer Sondermülldeponie und der Ausstrahlung eines Parkhochhauses beschenkt.

Von Anfang an hat Kohl die Gesellschaft von Giftmischern, Weinpanthern, Abschreibungsakutisten, Steuer- und Subventionsbetrüglern, Etikettenschwindlern, Waffenschleppern und Juwelentrüglern gesucht und in seiner engsten Nachbarschaft gefunden. Als Zögling versierter Politökonomien, die ihren Schnitt mit Artillerie und Sklavenhaltung von Zwangsarbeitern gemacht haben, verfügt er über eine Ausbildung, die ihm im Umgang mit Reagan und Botha ungeheuer behilflich ist. Deren Dienst an Ehre und Größe des Vaterlands schwebt ihm vor, wenn er bei der Entgegennahme von Spendenschecks die Leistung rühmt, die sich wieder lohnen muß oder bei der Pensionierung von NS-

Richtern die vorbildliche Pflüchterfolge gerade in harten Zeiten.

Das halbe Dutzend Faustregeln, das den Erfolg westlicher Politiker garantiert, ist ihm in Fleisch und Blut übergegangen: Daß ein akademischer Titel wertvoller als ein Intelligenzquotient ist, ein weißer Kragen wichtiger als ein reines Gewissen, die richtige Konfession, Partei und Burschenschaft nützlicher als Freundschaften und eine intakte Verdauung gesünder als ein unruhiger Kopf. Seine ethisch-religiösen Überzeugungen sind schlicht, aber effektiv: Lieber ein goldenes Kalb als zehn steinerne Geboite. Auf dem heiligen Stuhl würde er mit seinem feisten Grinsen eine taumhafte Figur machen. Der Machtantritt des schwarzen Simpel aus Oggersheim verhalf einem Sprachfehler zu internationaler Beachtung, markierte aber auch eine neue Qualität des eingeborenen Konservatismus. Unfähigkeit zu trauern steigert sich zu giftigen Abwehr- und Haßreaktionen gegen die sog. Miesmacher der Nation. In diesen Kontext gehört die Vergeßlichkeit für die Jugend, die durch sein tägliches Polit-AA und Gemeinschaftskunde-Pippi den denkbar besten Anschauungsunterricht über diesen Staat erhält.

Kohl war schon als Bub ein gieriger

Profitinteressen

Kohl ist nicht nur Spiegelbild eines Großteils bundesdeutschen Bewußtseins. Beleidigung und Realität decken sich: Kohl hat nie gegen die Kapitalinteressen seiner Brötchengeber BASF und Co. verstoßen. Genauso wenig wie sein polychlorierter Weichmacher Wallmann. Mit seiner Industrie-PR-Maßnahme „Gorbatschow-Goebbels-DDR-KZs“ will Kohl die mörderischen Verbrechen der IG Farben/BASF/Bayer/Hoechst AG zudecken. Damit auch in Zukunft für deren Profitinteressen Kinder ersticken, Landarbeitern vergiftet werden — hier, in Lateinamerika oder anderswo.

Jetta Dikferth

Schokoladenfresser, der sich nach reichlichem Puddinggenuß gern mit Klopapier den Mund wischte. Sein raffiniert bedachsamer Einstieg in den braunen Urschlamm mag den analen Zwangscharakter des Bundeskanzlers tief befriedigen, verriß aber doch nur, was wir schon immer wußten, aber nie wahrhaben wollten: Daß es keinen Konservatismus ohne Faschismus gibt, weil es keinen Faschismus ohne Konservatismus gibt.

Kohl wird weiter für Frohsinn in der Geisterbahn sorgen. Außerdem ist er ein Geschenk für die Jugend, die durch sein tägliches Polit-AA und Gemeinschaftskunde-Pippi den denkbar besten Anschauungsunterricht über diesen Staat erhält.

Zawl

Vorsätzliche Beleidigung

Auf die strafrechtliche Bedeutung des Vorsatzes hingewiesen und unter Verzicht auf die Geltendmachung mildernder Umstände beleidige ich, der Unterzeichnete, im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte und in Kenntnis der strafrechtlichen Bestimmungen (§§ 185/Beleidigung, 187a/Üble Nachrede sowie — sicherheitshalber — 189/Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) den Herrn Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wie folgt: Dr. Helmut Kohl ist ein großes Arschloch.

gez.
Hermann L. Gremliza
Hamburg, den 9.1.1987

Kein Zufall

„Es ist kein Zufall, daß solche Äußerungen ausgerechnet von jenen politischen Exponenten kommen, die sich früher von den Mordgehilfen Hitler haben aushalten lassen.“
Otto Schily („faz“, 7.1.)

„Wir erleben in Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl Auseinandersetzungen, die die große Gefahr in sich bergen, den letzten Rest von Gemeinsamkeit der demokratischen Kräfte in diesem Land empfindlich zu mindern. Bei diesen Äußerungen in letzter Zeit kann es sich nicht mehr um Zufälle alleine handeln, sondern hier wird offenkundig — das empört und erschreckt zugleich —, daß gewisse Instanzen bestimmter Bevölkerungskreise angesprochen werden sollen, die zum Kreis der Unbelehrbaren gehören.“
Helmut Gallnack, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Westberlin („Hamburger Abendblatt“, 6.1.)

„Wir erleben in Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl Auseinandersetzungen, die die große Gefahr in sich bergen, den letzten Rest von Gemeinsamkeit der demokratischen Kräfte in diesem Land empfindlich zu mindern. Bei diesen Äußerungen in letzter Zeit kann es sich nicht mehr um Zufälle alleine handeln, sondern hier wird offenkundig — das empört und erschreckt zugleich —, daß gewisse Instanzen bestimmter Bevölkerungskreise angesprochen werden sollen, die zum Kreis der Unbelehrbaren gehören.“
Helmut Gallnack, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Westberlin („Hamburger Abendblatt“, 6.1.)

„Rüpelzene!“
Uwe Kant, DDR-Schriftsteller („HA“, 7.1.)

„Es gibt diese Touren, vor denen man schier verzweifeln könnte.“
Günter Gaus („Zeitung am Sonntag“, 11.1.)

„In meinem Augen bedeutet diese Verharmlosung der Nazi-Verbrechen aus dem Munde des Bundeskanzlers eine noch schlimmere Verwässerung der politischen Landschaft als alles, was Terroristen bisher verbrochen haben.“
Wolf Biermann („FR“, 8.1.)

„Seit 33 Jahren bin ich in der DDR als Rechtsanwalt tätig. Ich nehme es auf meinen Eid, daß es Konzentrationslager nicht gibt. Mir ist um das Erreichte und die weitere humanitäre Verständigung bange.“
Wolfgang Vogel, Berlin („FR“, 7.1.)

„Die jüngste Äußerung des Kanzlers macht klar genug, worum es bei dem Schlußstrich (unter die Vergangenheit) geht: das instinktive Wissen, daß ein angrißlustiger Antikommunismus nur florieren kann, wenn der moralische Stachel der NS-Vergangenheit abgestumpft ist. Mehr als die Kohl-Außerung muß die Einsicht erschrocken, daß er hierzulande keine wirksame öffentliche Macht mehr gibt, die diesem Kanzler wenigstens Zurückhaltung auferlegt. Wer sich mit der Analyse zu beruhigen versucht, es handle sich um ein wahltaktisches Manöver, den rechten Rand einzufangen, liegt falsch. Hier wird die Mitte nach rechts getrieben.“
Klaus Hartung („faz“, 6.1.)

Der Räumungstermin ist verstrichen, doch die Häuser in der Hamburger Hafenstraße sind immer noch bewohnt. Alfons Pawelczyk, aus der Traum? Noch im Bürgerkriegskampf hatten sich oppositionelle CDU und regierende SPD in dem Versprechen übertrifft, dem Hamburger Chaos zum Jahreswechsel ein Ende zu bereiten. „Ich bin nicht der einzige, der sich wegen der Hafenstraße Sorgen um das Ansehen Hamburgs macht. Hüte wir uns, Hamburg zu einem Dorado für Chaos und zum Ziel eines Anarcho-Tourismus zu machen.“ So mahnte der Handelskammer-Präsident in seiner traditionellen Neujahrssprache des „Ehrbaren Kaufmanns“ in Hamburg seine Regierenden, die er gleichzeitig zur Großen Koalition aufrief.

Neue Nahrung bekamen diese Sorgen kurz vor Weihnachten. Über 30 Organisationen hatten sich auf Anregung des „Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraße“ zu einem Bündnis zusammengeschlossen, von dem ausgehend vor der Räumung der Protest gegen den Kahlschlag in der Hafenstraße und die Hamburger Polizeistadt-Methoden am 20. Dezember auf die Straße getragen werden sollte. Vorausgegangen waren dieser Demonstration eine Reihe neuer Entwicklungen: Der Initiativkreis hatte eine öffentliche Erklärung von Prominenten für den Erhalt der Häuser in der Hamburger Presse veröffentlicht; Pastoren bemüht sich um eine friedliche Lösung mit eindeutiger Parteilnahme für die Bewohner; in der SPD regte sich in unteren Instanzen Widerstand gegen die Pawelczyk-Lange-Dohnanyi-Politik am Hafen, das Wort von einem „Moratorium“ zur Ermöglichung von Verhandlungen machte die Runde.

Die Demonstration am 20.12.86

Dennoch, eine Demo zur Hafenstraße am verkaufsoffenen Weihnachtssamstag war nicht ohne Brisanz. Nach dem stehenden Kessel vom Heiligengeistfeld und der von Polizei fast unbeteiligt gestandenen Scherben-demo am Tag X von Brokdorf gehörte in Hamburg der wandernde Kessel zum üblichen Bild von Demonstrationen einer bestimmten politischen Szene: Zwei spontane Demos nach Teilmüßiggang in der Hafenstraße und eine weitere ursprünglich von der GEW gegen den Sozialabbau geplante mit jeweils zwischen 600 und 2000 Teilnehmern waren so verlaufen. Noch einmal durfte es so nicht laufen, sollte das polizeipolitische Konzept nicht aufgehen, immer mehr Leute vom Demonstrieren abzuhalten.

Die Demo am 20. hatte daher für alle Seiten in dem Konflikt eine große Bedeutung. Für die Gegner der Senatspolitik mußte sie einerseits ein Mobilisierungserfolg werden, andererseits durfte die de facto Einschränkung des Demonstrationsrechts durch Einkesselung nicht erfolgreich sein. Das Bündnis von Jusos bis Autonomen sollte ein größeres Spektrum erreichen; durch gemeinsames Vorgehen sollte die Einkesselung verhindert und das volle Demonstrationsrecht durchgesetzt werden. Daß letzteres bei den unterschiedlichen Vorstellungen von zweckmäßigen Aktionsformen nicht einfach werden würde, war fast allen Beteiligten klar. Die Tatsache, daß Autonome bundesweit zum „Revolutionären Block“, „mit Helmen und entsprechenden sonstiger Ausrüstung“ aufrufen, um gegen Polizei und Spalier gerüstet zu sein, ließ Befürchtungen für den Verlauf aufkommen. Tom Janssen, bewährter TAZ-Experte für alle Arten von Spökenkicker, sah „Die letzte Schlacht“ herandämmern. Ein „neues Klee“ und das Laufen in die „staatliche Gewaltfälle“ wären vorprogrammiert, wenn nicht der nicht-autonome

Aufschub für die Hafenstraße

Solidaritätsbündnis setzt den SPD-Senat unter Druck



Foto: M. Stroux

Teil eindeutig erklärte „Mit uns nicht!“. Er forderte zwei Tage vor der Demo eine entsprechende Distanzierung, was allerdings nicht geschah.

Die Gegenseite tat das ihrige. Die Demonstration wurde in einem Teil der Innenstadt aus Verkehrs- und Cash-Gründen verboten, eine Abschlussschließung in der Hafenstraße nicht genehmigt, sondern nur einen halben Kilometer davon entfernt. Die übliche Chaos-in-der-Innenstadt-Kampagne der Springerpresse setzte ein und Pawelczyk kündigte an, die Demonstration „einschließend zu begleiten“. Dies wurde nach Verhandlungen mit den Anmeldern zunächst zurückgezogen, allerdings wurde das Einsatzmittel der Polizei zunächst zurückgezogen, allerdings wurde das Einsatzmittel Spalier für den Fall von „Gewalttaten“ angedroht.

Am 20. Dezember versammelten sich dann rund 10.000 Leute, darunter ein starker schwarzgekleideter Block. Zu Beginn wurde das Demonstrationsziel, gemeinsam und geschlossen ohne mobilisierte Polizeikessel zur Hafenstraße zu gelangen, verkündet. Ein Sprecher aus der Hafenstraße gab der eigenen Klientel bekannt, daß ausdrücklich diesmal keine anderen Ziele wie etwa Banken gewünscht seien. So zog der Demozug dann friedlich und mit Straßenmusik durch die Innenstadt, wobei Teile des autonomen Blocks ihr Silvesterfeuerwerk Richtung stehender Polizei vor Banken und Geschäften und teilweise auch Passanten abgaben. Bei zwei Banken ging jeweils eine Scheibe zu Bruch. Als der Demozug die Innenstadt verlassen und zu einer Kundgebung vor dem Untersuchungsgefängnis gestoppt hatte, folgte die vorbereitete Provokation der Polizei. Sie zog massive Kräfte um den „Revolutionären Block“ zusammen und knüpfte wild drauflos. Offensichtlich, wenn auch bestrittenes Ziel war, den im Zug mitfahrenden Lautsprecherwagen des Blocks hopezunehmen. Das Polizeivorgehen stieß allerdings auf entschiedenen, militanten Widerstand des speziell für diesen Fall ausgerüsteten Blocks und konnte abgewehrt werden. Die Demonstration wurde gemeinsam fortgeführt. Von diesem Zeitpunkt an begannen Pawelczyks Truppen — zunächst einseitig, dann auf beiden Seiten des Demozuges — ihre einschließende Begleitung des Blocks aufzubauen. Den Demonstranten gelang es teilweise, dieses Vorgehen durch Einkessel-

lung der Polizei, Abdrängen, der Ketten etc. zu stören. Sie konnten aber nicht verhindern, daß das Spalier immer weiter verstärkt wurde.

Erfolg im Bündnis

Die Auseinandersetzung war vorprogrammiert, denn die Veranstalter hatten ausdrücklich in ihrem Aufruf erklärt, einen solchen Kessel nicht hinzunehmen. Eine Viertelstunde tobte auf der Feldstraße, nur unweit vom Ort des Heiligengeistfeld-Kessels entfernt, eine militante Straßenschlacht, die Demonstration war durch Polizeiketten mehrfach geteilt. Während dieser Auseinandersetzung verhandelten die Demonstranten der GAL mit der Einsatzleitung und verlangten den Abzug der Polizeiketten. Der größte Teil der Militanten verhielt sich auch in dieser Situation sehr diszipliniert und verstand es diesmal auch, die eigenen Reihen zusammen- und zum richtigen Zeitpunkt zurückzuhalten, so daß es möglich war, die Demonstration wieder zu sammeln. (Dennoch waren wieder eine Reihe Leute mit dem eigenen Gefährdenden und verletzenden Steinwerfen aus den unmöglichsten Situationen beschäftigt — mindestens in einem Fall hat eine Frau eine schwere Kopfverletzung durch Steinwurf aus den eigenen Reihen bekommen). Als die Polizei registrieren mußte, daß ihr Einsatz nicht zum gewünschten Erfolg geführt hatte, kam der Einsatzbefehl zum Abziehen und die Zusage an die Anmelder, auf weiteres Spalier zu verzichten. Schätzungsweise drei Viertel der Demonstranten blieben zusammen und zogen geschlossen zur Abschlussschließung am Hafen. Unter diesen Umständen wurde von fast allen Mitveranstaltern, die Jusos eingeschlossen, die Demonstration und ihre Durchsetzung als politischer Erfolg eingeschätzt, keiner der Veranstalter sah es für nötig an, sich angesichts des Auftretens der Hamburger Polizei von den militanten Gegenaktionen zu distanzieren.

Allerdings: Zwei schwere Verletzungen auf Seiten der Demonstranten, eine Frau mit Kopfverletzung (i.o.) und der Grüne Michael Stamm, der bei dem ersten Polizeieinsatz Kopfverletzungen, Rippenprellungen und einen Wirbelsäulenbruch erlitt und einen Monat ho-

rizontal im Krankenhaus liegen muß (alle guten Wünsche an dieser Stelle, Michael). Über 80 Verletzte registrierten die Demo-Sanis, davon 50 durch Gaseinsatz, 31 durch Schlagstöcke, darunter 9 Kopfverletzungen. Ohne Helme, so die Sanis, hätte es bedeutend mehr Kopfverletzungen gegeben. Die Polizei meldete 100 Verletzte, davon eine schwere Kopfverletzung. Drei Demonstranten wurden festgenommen, gegen einen Haftbefehl erlassen, der nach vier Tagen gegen eine von der GAL bezahlte (BILD tobte) Kaution von 10.000 DM aufgehoben wurde.



Foto: H. Weyh

Mißerfolg für die harte Linie

Für den Senat und die Pawelczyk-Linie war dieser Tag ein weiterer Misserfolg. Er mußte sich wieder Kritiken von links und diesmal vor allem von rechts gefallen lassen. Zu recht, denn einerseits begründete er den Polizeieinsatz mit der statgefundenen Gewalt in der Innenstadt, andererseits trat er den Rechten, die ein Demoverbot von Anfang an forderten, mit der Aussage entgegen, die Polizei hätte ja die Gewalt in der Innenstadt verhindert. Daß seine Wertung, der Polizeieinsatz sei ein „großer Erfolg“ gewesen, zum Aufheulen bei den Rechten führen würde (Zimmermann: 100 verletzte Bullen und nur drei Verhaftete, in München wären solche Häuser schon längst abgerissen), war vorhersehbar. Langsam verliert Pawelczyk selbst bei seiner CDU-Klientel an Glanz, konnte er doch die Scherben-demo am Tag X nicht verhindern und jetzt dieses, vor allem aber: die polizeiliche Einsatzakt der Entmischung von Demonstrationen in Friedliche und Gewalttätige hatte keinen Erfolg. Von welchem simplen Weltbild ausgehend der Oberst a.D. die polizeiliche Einsatzakt bestimmt, hatte er im „tagesthemen“-Interview am 22.12. zum Besten gegeben: „Die Gewalt muß isoliert werden. Der friedliche Bürger ... soll dann mal bei einer Demonstration wegbleiben, damit man an die Gewalt herankommt ... es geht darum, Platz zu schaffen für das Vorgehen der Polizei gegen Gewalt“, eine Zielsetzung, die fast wortwörtlich der Leitkommentar der BILD-Zeitung nach Brokdorf vom 7.

Jan. gefordert hatte. Dies ist am 20. Dezember gründlich danebengegangen.

Gedämpft wurde der Demoerfolg des Bündnisses und Pawelczyks Mißerfolg nur durch die Brandstöße, die „Revolutionäre für ein feuriges Fest“ im ausdrücklichen Zusammenhang mit der Demonstration und der bevorstehenden Räumung in Hamburger Kaufhäuser gelegt hatten. Die Diskussion um Kaufhausbrände und Käufergefährdungen verdrängte die Diskussion um die Demonstration und das polizeiliche Vorgehen. Abgesehen von der Unbeteiligte gefährdenden Wirkung, die Revolutionäre sich nicht erlauben dürfen, zeugt die Placierung zu diesem Zeitpunkt von wenig politischem Gespür für das, was in der aktuellen Räumungssituation sinnvoll ist, es sei denn, man hat die Verhinderung der Totalräumung bereits aufgegeben. Es steht zu befürchten, daß bei Teilen von Autonomen und Antilaps die Erfolge im Zusammenhang mit der Hafenstraße und der Verhinderung ihrer Isolierung politisch als Ergebnis der glänzenden Verbindung von wie auch immer gearteter „Guerrilla“ mit Massen- und Bündnispolitik abgefeiert werden. Vielleicht berechtigen die positiven Erfahrungen vom 20.12. ja zu der Hoffnung, daß sich solches perspektivloses Sektierertum nicht durchsetzt.

Wie weiter mit der Hafenstraße?

Wie geht's nun weiter mit der Hafenstraße? Hamburgs SPD hat sich nach intensiven Beratungen auf eine neue, typisch sozialdemokratische Lösung geeinigt, die jetzt offenkundig von allen maßgeblichen Flügeln vertreten wird. Pawelczyk kann weiterhin erklären, „es wird konsequent weitergerudert“ (in „tagesthemen“) auf der Basis einer „zügigen, aber streng rechtsstaatlichen Beendigung des Experiments“ (Senatsklärung) und der „linke“ Sozialsenator Ehlers vertröstet auf die „soziale Abfederung der Räumung“ („Hamburger Rundschau“, 8.1.87). Im einzelnen: Die drei Sechserhäuser in der Hafenstraße sollen auf jeden Fall abgerissen werden und dem neuen Anbaugebäude des „Unternehmens Hamburg“ — der protzigen Hafenrandfassade — weichen. Die fünf benachbarten Fünferhäuser und im neuen Bebauungsplan für die Modernisierung vorgesehen. Für alle acht Häuser sind die Mietverträge am 31. Dezember auslaufen. Dennoch ist bislang noch nicht weiter geräumt worden, obwohl seit einigen Tagen für drei Wohnungen gerichtliche Räumungsverfügungen der Eigentümerin SAGA vorliegen, die Pawelczyks Truppen umsetzen könnten. Möglicherweise wollte der Senator das neue Jahr nicht gleich wieder mit Schlagzeilen um die Hafenstraße beginnen. Hauptgrund für die Verzögerungen sind Klagen gegen mit dem Abriss der Häuser begründete Zwangsrumrungen. Dieser Abriss ist weder im — noch nicht rechtswirksamen — Bebauungsplan zwingend vorgeschrieben, noch mit der Bausubstanz der Sechserhäuser zu begründen. Die ist nach den Erkenntnissen des alternativen Sanierungsträgers „Stattbau“ teilweise besser als in den Fünferhäusern. Es wird damit gerechnet, daß sich diese juristischen Auseinandersetzungen Monate hinziehen können. Greift das Senatskonzept, dann wäre die Zahl der Bewohner von etwa 120 auf zunächst 70 verringert. Den Bewohnern der Fünferhäuser bietet der Senat bislang vage gehalten die Möglichkeit begrenzter Eigensanierung an: Gründung eines Nutzervereins, Beauftragung eines Architekten, „die baulich zu begleiten“, einen alternativen Sanierungsträger zu finden und „sich selbst mit eigener Muskelkraft in die Sanierung einzubringen“ (Ehlers in „Hamburger Rundschau“). Gelten die Bewohner auf dieses Befriedigungskon-

Fortsetzung nächste Seite



Foto: M. Stroux

Schmetterlinge: „Mit dem Kopf durch die Wand“

so lautet der neueste Titel der österreichischen Politrockgruppe („Proletenpassion“). Sie treten auf einer Solidaritätsveranstaltung „Die Hafenstraße muß bleiben“ des Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraße auf. U.a. sprechen dort der Jugendrichter Joachim Katz von der AG sozialdemokratischer Juristen und der Pastor Wolfgang Grell von der Solidarischen Kirche.

19. Januar 1987 um 19.30 Uhr
Kampagnefabrik, Jarrostraße 20
Eintritt: 10 DM/5 DM ermäßigt

Fortsetzung von vorheriger Seite

zept ein, wäre für den Senat zunächst mit den drei Hafenstraßenhäusern ein Hauptstein des Anstoßes beseitigt, der derzeitige Bewohnerzusammenhang geschwächt und für den Senat Zeit gewonnen. Gehen sie nicht drauf ein, verweist Ehlers darauf, daß auch in den Fünferhäusern die Mietverträge auslaufen sind und alternativ die Modernisierung nach dem Standard des sozialen Wohnungsbaus statifünde, was bedeuten würde: Die Bewohner müßten während der Sanierungsarbeiten ausziehen und könnten sich nach getaner Arbeit „die Rückkehr einfach nicht mehr leisten“ (Ehlers). Der juristische Ärger wäre bei dieser Lösung allerdings erheblich größer.

Auf jeden Fall wird der Senat ein Wahlversprechen nicht halten können: Das Problem Hafenstraße zum Jahresanfang gelöst zu haben. Das hat der anhaltende Widerstand der Leute um die Hafenstraße erreicht, vor allem aber die labile politische Situation nach der Bürgerschaftswahl und die innenpolitische Situation seit dem „Hamburger Kessel“ vom Juni letzten Jahres. Alles zusammen hat bewirkt, daß Hamburgs law and order-Politik ganz schön durch den Wind ist, wie man hier zu sagen pflegt. Doch glaube ich, daß damit das letzte Wort bereits gesprochen ist. Zunächst einmal hoffen sozialdemokratische Senatskreise auf Stärkung durch die Bundestagswahlen.

hr.

Volkszählung 87:

Ihr Privatleben ist vollkommen Ihr Bier...

Als die für 1983 geplante Volkszählung durch eine einstweilige Verfügung des Bundesverfassungsgerichts gestoppt wurde, war die Freude zunächst groß. Von Teilen der damals binnen sehr kurzer Zeit entstandenen Bewegung wurde die neugeborene „Informationselle Selbstbestimmung“ gefeiert, die Vernunft und Kritikfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts gepriesen. Andere Teile freuten sich auch über die — wie wir heute feststellen müssen — vorübergehende Aussetzung der Volkszählung, betonten aber vor allem die Janusköpfigkeit des Gerichtsurteils: Zwar „Informationselle Selbstbestimmung“ einerseits, aber andererseits eben auch die Zustimmung in den „Eingriff“ in dieses neugeschaffene Grundrecht, wenn das „im überwiegenden Allgemeininteresse“ geschehe. (1).

Durch dieses Urteil wurde nicht nur der Bundesregierung eine Schlappe erspart und dem radikalen Widerstand der Boden entzogen, sondern gleichzeitig eine verbindliche Rechtsgrundlage geschaffen. Genau bezugnehmend auf den Spruch des Verfassungsgerichts wurde dann in den letzten zwei Jahren die Debatte um die verschiedensten Maßnahmen zur Inneren Sicherheit vorangetrieben; gerade das geplante neue Bundesdatenschutzgesetz (das wie alle anderen aus der Reihe eigentlich einen richtigeren Namen verdiente) und auch das jetzt verabschiedete ZEYIS-Gesetz werden in der Begründung auf dieses Urteil des BVerfG zurückgeführt.

Keine „verfassungsrechtlichen Bedenken“ werden aber auch beim maschinenlesbaren Personalausweis und Reisepaß sowie bei dem noch drohenden Rest der „Sicherheits“-gesetze gesehen.

Und jetzt geht's auch für die VoBo (Volkszählungsboykott)-Bewegung wieder von vorne los.

Daß die am 25. Mai startende Volkszählung die gesammelten — positiv zu bewertenden — Erkenntnisse des Verfassungsgerichtsurteils enthalte und daß die Bürgerinnen und Bürger nunmehr vor der mißbräuchlichen Weitergabe ihrer Daten geschützt seien — was nach Meinung der höchsten bundesdeutschen Richter 1983 nicht der Fall war — legt nahe, daß sich an Konzeption und Aussehen der Volkszählung gegenüber 1983 etwas grundlegendes geändert haben müsse. Dem ist allerdings nicht so. Geboten wird aber, wenn in neuen Schläuchen, verlangt werden neue Daten für die alten Computer.

Hundertprozentige
Ersterhöhung

Der augenfälligste Unterschied ist zunächst einmal eine fast hundertprozentige Ersterhöhung, nämlich von 371 Mio. DM 1983 auf insgesamt 715 Mio. DM für 1987. Noch beeindruckender ist allerdings die Steigerung des Werbebudgets von 30.000 DM auf 16 Mio. DM heute (2). Die Werbetrommel wird schon jetzt eifrig gerührt — für die Zukunft ist das schlimmste zu erwarten — und während die Bürger nach Religionsgemeinschaft, Schulbildung und Art des Einkommens („etwa Sozialhilfe?“) gefragt werden, werden sie in schillernd bunten Anzeigen auch noch dreist angeleitet: „Ihr Privatleben ist vollkommen Ihr Bier...“

Der sogenannte Melderegisterabgleich, also das Übermitteln von Ergebnissen an die Meldebehörden wurde durch das Verfassungsgericht verboten und darf gesetzlich gesehen nicht mehr stattfinden. Die Kopfgeldjagd auf nicht gemeldete Mitbürger, wie sie

Nach der Räumung von drei besetzten Häusern und dem Überfall auf das Jugendzentrum Innenstadt (Juzi) am 1.12.86 hatten die Gasschwaden sich kaum verzogen, waren die Knüppel noch nicht wieder weggesteckt und fuhr die Polizei mit dem Mannschaftswagen noch Streife, da wurde schon die nächste Aktion vorbereitet, derweil Niedersachsens Innenminister in geheimer Mission in Göttingen weilte. Die Lokalpresse meldete Gespräche Hasselmanns mit dem Präsidenten der Uni, dem Oberbürgermeister und dem Oberstadtdirektor (OT, S.12.). Über den Inhalt der Gespräche wurde nichts bekannt.

Erst am 17. Dezember, nach vollendeter Tat, war aus der Presse zu erfahren, welches Ei da gelegt und (fast) unbemerkt von der Öffentlichkeit ausgebrütet worden war: Für den Abend des 15. Dezember hatte man den „Dialog mit der Jugend“ oder auch ein sog. Deeskalationsgespräch geplant und im Stillen sorgsam vorbereitet. Das also hatte Hasselmann gemeint, als er drei Tage zuvor dem Landtag über seinen Ausflug nach Göttingen berichtete: „Ich bin auch der Ansicht, daß wir uns morgen und übermorgen genau darauf konzentrieren müssen, die rechtsstaatlichen demokratischen Kräfte zu sam-

Dialog mit der Jugend... und ein Waldspaziergang

Wie die Polizei in Göttingen versuchte, ein Deeskalationsgespräch zu führen

mein, die sich für die Bevölkerung in Göttingen sichtbar von solchen Randalierern distanzieren... Herr Levi (Göttingens OB) hat mir sogar den Vorschlag gemacht, die Kirchen, die Universitätsleitung, die Studenten und viele andere Gruppen einzubeziehen — dann kommen wir wohl einen Schritt voran.“

Zunächst hatte auch alles bestens geklappt: Der Göttinger Stadtjugendring übernahm die Schirmherrschaft, Kirchenkreise zeigten sich interessiert, Erzieher und Lehrer konnten gewonnen werden, und wenn auch das Jugendzentrum eine Teilnahme am Dialog mit dem Hinweis ablehnte, es sei „pervers“, sich mit den Verantwortlichen für die Polizeieinsätze an einen Tisch zu setzen, diese verfolgten die „Strategie, die einen zu verführen und zu kriminalisieren und mit anderen zu reden“ (Pressemitteilung), waren dennoch einige von den Polizeieinsätzen Betroffene bereit, mit der Polizei das Gespräch zu suchen. Diese wiederum hatte ihre gesamte Führung zum Dialog abgeordnet, und die Stadt war durch den OB, den Oberstadtdirektor und den Sozialdezernenten vertreten.

Da es nichts umsonst gibt, außer der Prügel vielleicht, muß auch für solche Dialoge bezahlt werden, jedenfalls

dann, wenn man zu den Opfern gehört(e). Den Preis bestimmte die Polizei, und der war hoch:

Die Veranstaltung sollte unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, lediglich ausgewählte Journalisten waren zugelassen. Die Teilnehmerzahl wurde begrenzt, eine entsprechende Namenliste war zuvor bei der Polizei einzureichen. Der Veranstaltungsort blieb bis zuletzt auch für die Teilnehmer geheim. Das Treffen fand schließlich „aus Sicherheitsgründen“ in einem im Wald gelegenen städtischen Jugendgästehaus statt, bewacht von einer wie üblich ausgerüsteten Hundertschaft und ebenfalls üblichen Spezialtruppen. Zuvor hatte die Polizei zunächst eine Kirche und dann ein Gemeindefest als Veranstaltungsort abgelehnt, weil dort „Gefahr für Leib und Leben“ durch Cliquen zu befürchten sei. Entsprechend zog die Polizei vor und in dem Gebäude auf, wie sie sich auch bei der Juzi-Razzia präsentiert hatte: In Leder, mit Helm und Knüppel. Die drei Herren von der Stadt (OB und Sozialdezernent von der SPD, der OstD von der FDP) führten in drei Limousinen vor und paradierten in schwarzem Schlips und schwarzem Anzug.

Veranstalter wie Teilnehmer hatten

ein derart aufrichtiges Interesse am Dialog, daß um seinetwillen all diese Kröten geschluckt wurden und eigentlich alles seinen Gang hätte gehen können, wenn die Polizeiführung nicht noch beim Treffen selbst einen letzten Akt der Unterwerfung verlangt hätte: Ein Kamerateam des NDR sollte mit Filmverbot belegt werden, sonst ginge gar nichts, verkündete Polizeichef Will, unter eifriger Zustimmung der Stadtoberen. Man wolle schließlich kein „Tribunal gegen die Polizei“ und keine „Fensterreden“, und beides gäbe es nunmal, wenn die Kamera laufen würde, so die Begründung für das geforderte Verbot.

Diese Forderung brachte nun selbst die duldsamsten und willfährigsten unter den Dialogbereiten auf den Gedanken, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit eher um einen Unterwerfungsakt handeln sollte, und das Treffen platzte. Nun muß Hasselmann mit seiner „Sammlung der rechtsstaatlichen und demokratischen Kräfte“ von vorn und in anderen Kreisen beginnen. Wer da wohl noch übrigbleibt?

KB Gruppe Göttingen

insassen — unterlassen und die datenschutzrechtlichen Auflagen in Teilbereichen verbessert, aber das kann die epochenmachende Weiterentwicklung auf datentechnischem Sektor weder umsetzen noch auffangen.

Datenverknüpfung

Im Gegenteil kann heute durch die Technik der Datenverknüpfung ein anonymer Datenbestand „reanonymisiert“ werden, d.h. es kann anhand von nur zehn Merkmalen bei 100.000 Personen festgestellt werden, wer einen bestimmten Fragebogen ausgefüllt hat. (5) Kennern der Materie wird dieser Vorgang bekannt vorkommen, nämlich als „Rasterfahndung“, wie sie seit Mitte der 70er Jahre vom BKA praktiziert wird.

Während es in wirtschaftlichen Rechenzentren eine Computerkriminalität gäbe, deren Schaden in die Milliarden ginge, traue man den Mitarbeitern der Behörden diese kriminelle Energie nicht zu, und da der Bürger nicht feststellen könne, ob, wann und von wem er identifiziert wurde (d.h. ob, wann und wer ihm seine Daten — freilich illegal — geklaut hat), laufe auch die vorgesehene Strafdrohung ins Leere, so der Hamburger Informatiker Brunstein. (6) Durch die Volkszählung wird demnach ein Datenbestand entstehen, der für nicht abzählbare Zeit den Zugriff auf 240 Daten aller Bürger, die sich an der Volkszählung beteiligen, sichert — sofern dabei gesetzliche Bestimmungen, die sich all zu oft schon als bloße Makulatur erwiesen haben, mit oder ohne Wissen, mit oder ohne Auftrag hoher Regierungsstellen umgangen werden.

Darüberhinaus muß auch als Argument gelten, daß viele Informatiker der Meinung sind, daß durch die Volkszählung in erster Linie Datenschnitz produziert werde. Die Daten seien nach einer kalkulierten Auswertungszeit von drei bis sechs Jahren veraltet und könnten dann nicht mehr die Grundlage für eine vernünftige Planung liefern. Zweiseitig ein und fünf Prozent der Bevölkerung würden die Fragen falsch beantworten, weil sie sie nicht verstehen, dazu käme dann noch die Zahl der Boykotteure, die Brunstein derzeit bei 15% ansetzt (7), was der Verwertbarkeit der Statistiken den Todesstoß versetzen würde.

Herrschaftswissen

Wesentlicher als diese an der Informatik und Statistik orientierten Argumentationen sind aber die politischen Argumente für einen Boykott der Volkszählung gerade in der heutigen Situation und sie sollten daher auch den Schwerpunkt unserer Argumentation gegen die Volkszählung bilden. Wie bei jeder Volkszählung wird auch hier wieder Herrschaftswissen produziert, werden auch hier wieder keine Daten für die bessere Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung sondern allenfalls

Daten zur besseren sozialen Kontrolle der Bevölkerung gesammelt.

Es geht auch diesmal nicht darum, bessere Daten für eine Arbeits-, Umwelt- oder Energiepolitik zu gewinnen — eindeutiger Daten als das Arbeitslosenheer, als die totale Verseuchung des Rheines, als Harrisburg und Tschernobyl können wohl kaum erforderlich sein, um zu erkennen, wo „politischer Handlungsbedarf“ besteht.

Allenfalls werden die gewonnenen Daten zur Rechtfertigung der herrschenden Politik im Interesse von Industrie und Kapital herangezogen werden, und bestimmt sind die gewonnenen Daten auch ein probates Mittel, die BRD nach Krisenherden (etwa hohe Ausländerdichte, miese soziale Bedingungen etc.) zu durchleuchten und dort eine stärkere soziale Kontrolle auszuüben, die bis hin zur Erarbeitung von „Krisenprogrammen“ für zu erwartende Verschärfung der Konflikte gehen können.

Vor allem aber muß der Zusammenhang mit den anderen Aktivitäten der Staatssicherheitsbehörden problematisiert werden, die wie seit langem nicht mehr zum Angriff auf Demokratie und Bürgerrecht blasen. Es sollte gelingen, deutlich zu machen, daß mensch die Polizeiorgien von Wackersdorf und Brokdorf, die Demonstrationseinschaltungen von Hamburg und Mainz, den Abbau des Datenschutzes zugunsten von Polizei und Geheimdiensten, das Schreib- und Redegebot für die Anti-AKW-Bewegung in Bayern, den maschinenlesbaren Personalausweis, die Überwachungs- und Terrorgesetze nicht als Betriebsunfälle in einer ansonsten intakten Demokratie sehen darf.

Harter Boykott!

Trotz des verschärften Kurses, der gegen die Bürgerrechte in der BRD in der letzten Zeit gefahren wird, ist es bislang kaum gelungen — und der Skandal von Regensburg ist da nur ein trauriges Beispiel unter vielen — eine größere demokratische Öffentlichkeit zu mobilisieren. Das trifft derzeit auch noch auf die Volkszählungskampagne zu. Während die Volkszählung 83 ein Renner war, läuft's derzeit eher zäh an.

Ein erster Versuch, die Volkszählungsbewegung bundesweit zu konstituieren fand am 6. Dezember in Wiesbaden statt. Eingeladen hatten die Grünen in den hessischen Landtag, die Humanistische Union (HU), die Jungdemokraten, die Bremer Gruppe Bürger beobachten die Polizei. Gekommen waren ungefähr 50 Leute, von den Bundestagsgrünen Roland Appel und Christian Ströbele, der allerdings schon ziemlich bald wieder ging. Außerdem waren eine Menge Grüner Kommunalpolitiker vertreten, die sich besonders dafür interessierten, wie sich was auf kommunalpolitischer Ebene in Sachen Volkszählung bewegen ließe, was sich auch in einer Arbeitsgruppe niederschlagen sollte. Von den hessi-

schen Landesgrünen war Marion Papatsek vertreten, ansonsten einige Funktionäre der HU und der Jungdemokraten, einige Leute aus dem gewaltfrei/antimilitaristischen Spektrum sowie viel zu wenige Vertreter von Bürgerinitiativen.

In verschiedenen Arbeitsgruppen lief die Diskussion sehr konstruktiv ab, Mißverständnisse verursachte allerdings die Arbeitsgruppe zu den Zivilungehörigen Wintex/Cimex, die sich von der Zusammenkunft hauptsächlich Erkenntnisse für die eigene Arbeit im antimilitaristischen Bereich versprach. Im Plenum wurde dann hauptsächlich die Frage des harten oder weichen Boykotts diskutiert, also die Frage, ob eine Orientierung auf das bloße Verschmutzen, mit Kugelschreiber ausfüllen oder teilweise Verfälschen von Angaben sinnvoll sei. Für Verwirrung sorgten, auch schon im Vorfeld, die Grünen in dieser Frage, die in einem bundesweiten Flugblatt zu beiden Formen aufrufen. Man einigte sich schließlich darauf, daß der harte Boykott am sinnvollsten sei, evtl. kombiniert mit dem Abgeben der Bögen bei „alternativen“ Sammelstellen. Nur durch diese Boykottform ist gewährleistet, daß eine Bewegung, die auch als gesellschaftliche Kraft sichtbar werden muß, entsteht. Beim weichen Boykott begreift sich jeder Volkszählungsgegner als Don Quixote, der allein gegen die Windmühlen kämpft und dessen Protest gegen die Volkszählung nur von zwei, drei Mitarbeitern der Erhebungsstellen zur Kenntnis genommen wird.

„Nicht der Mißbrauch, sondern der Gebrauch der Daten“, wurde klargestellt, sei die eigentliche Gefahr.

f., Kiel

Quellen:

- 1 vgl. auch ARBEITERKAMPF Nr. 241
- 2 Der Spiegel, 1986, S. 93
- 3 Volkszählung 87, Berlin Sept. '86, S. 11
- 4 ebda.
- 5 Der Hamburger Informatiker Brunstein in einem Interview mit der taz, 6.1.87, S. 10
- 6 ebda.
- 7 ebda.

Literaturtipps:

Neben den Statistischen Landesämtern, die ihre Informationen mit größtem Vergnügen unter Volk jubeln, sind mir derzeit folgende Bücher oder Broschüren bekannt:

Volkszählung 1987, Berlin Sept. 1986, 24 Seiten, 2,- DM, evtl. zu beziehen über: Papeterger, Friedrichstr. 31, Berlin 61. Zur Zeit glaube ich, die beste Broschüre, die es gibt.

Volkszählungsbroschüre aus Mainz, die sich exemplarisch mit aktueller Werbung beschäftigt, zu beziehen über: ESG Mainz/AOTS, Am Gonsenheimer Spieß 1, Mainz

M. Hoffmann, J.P. Regelmann, Volkszählung '87, 9,80 DM, Schwerpunkt liegt in der Dokumentation

Tager, Die VZ 83, rororo

G. Ab, K.H. Roth, Die rastlose Erfahrung, Rotbuch, Schwerpunkt liegt im historischen Teil / J. Reich

Rottmann, Strohm, Was ist gegen Mikroprozess und VZ tun können, 2001, 5,- DM.

Was wird 1987 den Gewerkschaften bringen? Zwei Fragen werden im Mittelpunkt stehen: Die bereits im Dezember letzten Jahres begonnene Fortsetzung der Auseinandersetzung um die Einführung der 35-Stundenwoche und — bislang kaum beachtet — die Behandlung der in diesem Jahr auslaufenden Montanmitbestimmung. Beide Fragen sind für die DGB-Gewerkschaften von großer Bedeutung. Der 1984 begonnene Kampf um die 35-Stundenwoche, der mit dem 38,5-Stundenkompromiß und begrenzter flexibler Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung endete, soll die angeschlagene tarifpolitische Durchsetzungsfähigkeit kollektiver Vertragsregelungen durch die Gewerkschaften wiederherstellen und ihre Zukunft als gesellschaftlich relevanter Faktor rechtfertigen. Die Montanmitbestimmung ist praktisch das letzte Relikt gewerkschaftlicher Nachkriegsvorstellungen von der Neuordnung der Wirtschaft. Der Ausgang der Arbeitszeittarifrunde und die Krisiskonstellationen der Tarifpartner, das Verhältnis des DGB zur voraussichtlich wieder konservativen Regierung wird darüber mitbestimmen, wie weit die Montanmitbestimmung zu einer weiteren Kraftprobe um die Schwächung der politischen Stellung der Gewerkschaften wird.

Die politische Ausgangslage ist für die Gewerkschaften 1987 nicht günstig. Ihre Rolle ist in über vier Jahren konservativer Regierung geschwächt. Ihnen fehlt als ausdrücklich staatstragender Kraft seit der Zugang zu politischen Entscheidungen. Zudem haben die Auseinandersetzungen um die Neue Heimat und die übrigen gewerkschaftlichen Unternehmen ihnen erhebliche Ansehensverluste bereitet, die nicht ohne Einfluß auf ihre politische Durchsetzungsfähigkeit bleiben dürfen. Wie weit sich ihr Gewicht als Sozialpartner weiter verringern wird, das wird die Entscheidung über die Zukunft der Montanmitbestimmung zeigen.

Das Ende der Montanmitbestimmung?

Das Ende der Montanmitbestimmung?

Im Herbst läuft nämlich das Mitbestimmungsergänzungsgesetz aus dem Jahre 1981 aus. Montanmitbestimmung, das hieß 1951 nach gewerkschaftlicher Vorstellung Einfluß auf die Schlüsselindustrien von Eisen, Stahl und Bergbau. Das heißt paritätische Besetzung der Aufsichtsräte, wobei die Gewerkschaften die Hälfte der Arbeitnehmervertreter bestimmen dürfen. Das heißt Beteiligung an der Unternehmensführung durch den Arbeitsdirektor und die bescheidene Illusion, mit an den Hebeln unternehmerischer Macht zu sitzen.

Das heißt zudem eine ganze Menge an Pöschchen, auf denen Gewerkschafter sitzen und Geldern, die in ihre und ihrer Organisationen Taschen fließen. Montanmitbestimmung, das hieß in der Vergangenheit auch soziale Abfederung ökonomischer Krisenbereinigung insbesondere im Bergbau der sechziger Jahre. War das Montanmitbestimmungsgesetz 1951 bereits ein Kompromiß zwischen den weitergehenden DGB-Vorstellungen, von Wirtschaftsdemokratie und der damaligen Adenauer-Regierung, hat die Mitbestimmung seither keine Stärkung erfahren, sondern ist weiter abgeschwächt worden und zwar — was heute gern vergessen wird — in sozialliberalen Regierungsjahren, 1976 scheiterte der Traum von der Ausdehnung der Montanmitbestimmung auf die gesamte Wirtschaft. Statt Parität in den Aufsichtsräten verabschiedeten SPD und FDP das Übergewicht von Kapitalvertretern.

1981 folgte der Vorstoß von Mannesmann, durch Umstrukturierung des Konzerns die Voraussetzungen für die Montanmitbestimmung zu verändern und das Unternehmen in die allgemeine, nicht-paritätische Mitbestimmung zu überführen. Der Versuch der Gewerkschaften, dies durch ein Gesetz zu verhindern, brachte ihnen nur einen Teilerfolg. Das Mitbestimmungsergänzungsgesetz von 1981 sieht vor, daß in Betrieben, wo die Montanvoraussetzungen entfallen sind, die paritätische Mitbestimmung erst nach sechs Jahren ausläuft. In diesem Jahr ist so weit: Mannesmann und die Salzgitler AG fallen raus. Gibt es nicht noch eine gesetzliche Änderung, folgen 1989 Thy-



Neue Kraftprobe mit den Gewerkschaften

sen und 1992 Klockner. Von den großen Stahlkonzernen haben nur Hoesch und der Stahlwerk von Krupp noch keine Anstalten gemacht, aus der Montanmitbestimmung auszusteigen. Für den DGB und die IG Metall geht es in dieser Frage um Eingemachte, denn fällt die paritätische Mitbestimmung, dann entfällt auf absehbare Zeit die Perspektive nach Erweiterung der Mitbestimmung auf die heutigen Schlüsselindustrien, etwa Chemie-, Elektro- und Elektronikindustrie. Die CDU hält sich in dieser Auseinandersetzung bislang bedeckt, erwähnt schon mal den positiven sozialpartnerschaftlichen Beitrag der Montanmitbestimmung. Die FDP will sie auf jeden Fall beseitigen und möchte am liebsten auch das neue 1976er Gesetz kippen. Nach der Bundestagswahl sind konkrete Gesetzesvorstöße zu erwarten.

neue 1976er Gesetz kippen. Nach der Bundestagswahl sind konkrete Gesetzesvorstöße zu erwarten.

„Solange Unternehmer darauf setzen, die Gewinne auf Kosten der Beschäftigten zu steigern, suchen sie den Opfern einzureden, daß dies ihren eigenen Bedürfnissen entspreche. Vor 150 Jahren sollte die Fabrikarbeit die Kinder vor Müßiggang und Verwahrlosung schützen; die Kirche hielt ihre segnende Hand darüber. Später rechtfertigte Bismarck die Sonntagsarbeit damit, den Arbeiter in gleicher Weise vor Alkoholkonsum wie vor sozialdemokratischer Agitation zu bewahren. Merke: Nie ging es um Profit, stets um das leibliche und geistige Wohl der Ausgebeuteten.“

Detlef Henneke, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier (7)

Streit um Samstagsarbeit schwächt Gewerkschaftsposition

In der Metallindustrie begannen die Verhandlungen um den neuen Tarifvertrag zur Arbeitszeit bereits am 17. Dezember und wurden auf Mitte Januar vertagt. Der 1984 abgeschlossene Tarifvertrag, der die Arbeitszeit auf 38,5 Stunden in der Woche verkürzte, ist zum 31.12.86 gekündigt worden. Im Frühjahr folgt die Druckindustrie, die IG Druck hat die Verträge zum 31. März gekündigt. Drei Schwerpunkte wird diese Auseinandersetzung haben. Zum einen, ob der Sprung in die 35-Stundenwoche gelingt oder ob ein weiterer Stufenabschluß vereinbart wird. Zum zweiten, wie weit die Unternehmensvorstellungen von Flexibilisierung der Arbeitszeit sich weiter durchsetzen können. Und zum dritten, ob es Regierung und Unternehmensverbänden gelingt, den im Mai letzten Jahres verabschiedeten neuen § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zur Eindämmung gewerkschaftlicher Streikmaßnahmen anzuwenden.

Die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung war von der IG Metall u.a. auch als Wahlkampfthema gedacht. Sie hatte einen denkbar schlechten Start. Der neue Arbeitgeberchef Klaus Murmann warf den Ball: Er wüßte sich eine stärkere tarifvertragliche Öffnung für die Option der Unternehmen auf Samstagsarbeit, erklärte er Anfang Dezember als ein Hauptziel der Kapitalisten. IG Chemie-Chef Hermann Rapp, eigentlich gar nicht Adressat dieses Vorstoßes, nahm den Ball auf: „Wenn wöchentliche Arbeitszeitverkürzung oder andere Arbeitszeitverkürzungsarten sich weiterentwickeln, dann ist bei zunehmender teurer werdender Technologie die Frage der Ausnutzung der Aggregate eine betriebswirtschaftliche Frage, die die Tarifvertragspartner lösen müssen.“ Unverblümt erklärte er die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeit zur Ausdehnung der Schicht- und Samstagsarbeit: „Es geht dabei um die Frage, die die Tarifvertragspartner lösen müssen.“ Unverblümt erklärte er die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeit zur Ausdehnung der Schicht- und Samstagsarbeit: „Es geht dabei um die Frage, die die Tarifvertragspartner lösen müssen.“

Die Aussage war eindeutig. Und sie produzierte wenig später einen innergewerkschaftlichen Eklat, als Rappes IG Chemie-Kollege Mettke auf einer Frankfurter DGB-Kundgebung für die 35-Stundenwoche am 12. Dezember vor 13.000 Teilnehmern wegen dieser Äußerungen dermaßen ausgepöflet und ausgebuht wurde, daß er seine Rede abbrechen mußte. Die IG Chemie versuchte den Spieß umzudrehen und sich zum „Opfer der Krawalle“ und „akustischen Terror“ der IG Metall zu erklären. Sie kündigte zunächst den Boykott gemeinsamer DGB-Veranstaltungen an, bis geklärt ist, wie ihre Sprecher volles Rederecht bekommen. Nach DGB-Intervention ist dieser Konflikt auf ein gemeinsames Gespräch mit den beteiligten Gewerkschaften vertagt worden. Dennoch trommelte Rapp weiter. In der BILD-Zeitung wiederholte er die Bereitschaft, über die Ausdehnung von Samstagsarbeit zu verhandeln (15.12.86). Das Echo war entsprechend: BDA-Präsident Murmann wiederholte seine Forderung und bemühte dafür „Hunderttausende von Arbeitnehmern, die freiwillig lieber am Sonnabend arbeiten würden, um dafür einen freien Wochentag zum Einkaufen oder zum Besuch einer nicht so vollen Schwimmhalle zu haben“ (Hamburger Abendblatt, 15.12.). Blum fand den Einstieg darüber, daß er sich als guter Christ kämpferisch gegen die Ausdehnung der Sonntagsarbeit aussprach, gegen mehr Samstagsarbeit aber nichts einzuwenden hatte.

Rappes Begründung für die Verhandlungen um Samstagsarbeit decken sich aufs Haar mit den Intentionen der Metallunternehmer von Gesamtmetall in dieser Tarifrunde: „Die kapitalintensiven Anlagen müssen aus betriebswirtschaftlichen Gründen möglichst intensiv genutzt werden. Die erforderliche Ausweitung der Betriebsmittel-Nutzungszeiten läßt sich nur durch eine vorausschauende und bewegliche Arbeitszeitgestaltung erreichen“ (3), was die IG Metall durch Rückkehr

„zum Kolonnendenken, zur Trillerpfeife“ blockierte. Die „Entkopplung von Arbeitszeit und Betriebszeit“ erfordert nicht, daß nun jeder wieder samstags arbeiten müsse, sondern nur häufiger als bislang. Daß die Maschinen mehr als acht Stunden und fünf Tage laufen können, sei das Ziel. Das heißt zwangsläufig stärkere Verschiebemöglichkeiten beim Einsatz der Arbeitskraft, mehr Schicht- und Samstagsarbeit, Ausbau der Gleitzeit. Dieses sowie die Ausdehnung des Ausgleichszeitraums für unterschiedlich verteilte Arbeitszeit (der gültige Tarifvertrag schreibt den Freizeitausgleich innerhalb von zwei Monaten vor) sind daher auch Gesamtmietalls wichtigste Eckpunkte für die bevorstehenden Verhandlungen. Diese Forderungen wurden nur knapp zwei Wochen vor Rappes Intervention formuliert.

Dabei ist die Samstagsarbeit sowieso heute kein Tabu mehr. Fast ein Viertel aller Werktätigen, 5 Millionen, müssen nach DGB-Angaben heute schon am Samstag arbeiten. Laut Angaben des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers hat sich zudem die Zahl derjenigen, die zeitweise son- und feiertags arbeiten müssen, in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt.

Dabei ist die Samstagsarbeit sowieso heute kein Tabu mehr. Fast ein Viertel aller Werktätigen, 5 Millionen, müssen nach DGB-Angaben heute schon am Samstag arbeiten. Laut Angaben des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers hat sich zudem die Zahl derjenigen, die zeitweise son- und feiertags arbeiten müssen, in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt.

„Für die gesetzliche Regelung der deutschen Arbeitszeitfrage ergibt sich für uns die Forderung, sich jedes schematischen Eingriffs zu enthalten, die betriebliche Regelung im Einvernehmen mit der Belegschaft nicht durch Tarifzwang zu hemmen und jede zweckmäßige Gestaltung auch in dieser wichtigen Wirtschaftsfrage zu vermeiden.“

Reichsverband der Deutschen Industrie, 1925 (2)

Die gewerkschaftliche Flexibilisierungsdiskussion

Die Rapp-IG Chemie-Variante ist nicht die einzige im DGB, die den Flexibilisierungsvorstellungen der Unternehmer weit entgegenkommt. Sein Kollege Günter Döding von der NCG hat schon vor einiger Zeit unter Berufung auf den Arbeitnehmer-Wunsch nach variabler Arbeitszeit sehr weitgehende Vorstellungen entwickelt. Ihm schwebt ein Arbeitszeitkonto jedes einzelnen Beschäftigten vor, das für einen bestimmten Zeitraum vereinbart wird. Ein Jahr scheint ihm dafür zuviel, drei bis sechs Monate hält er für denkbar. Innerhalb dieses Zeitraums soll eine sehr unterschiedliche, zwischen Betriebsrat und Unternehmen auszuhandelnde Lage der Arbeitszeit möglich sein. Der Freizeitausgleich für längere Arbeitszeit soll dann in dem vereinbarten Zeitraum erfolgen (4). Auch er

wirbt für dieses Konzept mit der freiwilligen Zustimmung der Beschäftigten zur Lage der Arbeits- und Freizeit — eine Freiwilligkeit, die nach Ansicht von IG Druck und IG Metall angesichts der realen Drucklage in den Betrieben alles andere als realistisch ist.

Solche Vorstellungen spielen in der Diskussion dieser Gewerkschaften bislang kaum eine Rolle und werden als Fortsetzung des Boykotts der Wochenarbeitszeitverkürzung durch Rapp/Döding betrachtet. Scharfster Gegner jeglicher Flexibilisierung ist der stellvertretende IG Druck-Vorsitzende Henneke. Die 35-Stundenwoche und der 7-Stundentag sollen nach seinen Vorstellungen der Normalfall bei der Arbeitszeitverkürzung sein. In der diesjährigen Verhandlung will die IG Druck nur in Ausnahmefällen der Ausdehnung auf 40 Wochenstunden zustimmen, wenn der Freizeitausgleich innerhalb von 14 Tagen vorgenommen wird. Zusätzlich fordert sie für Beschäftigte im Drei-Schicht-Betrieb und Nachtarbeiter einen Freizeitausgleich von 2,5 Stunden, das bedeutet die 32,5 Stundenwoche.

In der IG Metall hat nach den Erfahrungen mit der Umsetzung der 38,5-Stundenwoche seit 1984 eine intensive Diskussion um die Flexibilisierung eingesetzt, die auf ihrem Gewerkschaftstag im Oktober eine zentrale Rolle spielte. Einerseits machte der neue Vorsitzende Steinkühler seinen Gewerkschaftlern Mut, als er einschätzte: „Auf vielen Feldern haben wir die Ausgangsbedingungen für den Kampf um die 35-Stundenwoche verbessert.“ Ihre „objektive Dringlichkeit ist gleichgeblieben. Die subjektiven Grundlagen für ihre Durchsetzung aber sind besser geworden. Wir haben mehr Mitglieder. Und wir haben mehr kampferfahrene Mitglieder.“ (5) Doch in der verabschiedeten Entscheidung 12 zur Tarifpolitik heißt es auch besorgniß, daß neben der Durchsetzung weiterer Arbeitszeitverkürzung „die Auseinandersetzung um die Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit immer mehr Gewicht erhält“. Gegen die unternehmerischen Flexibilisierungsvorstellungen stellen wir den Wert von kollektiv geregelter Arbeitszeit und Normalarbeitsverhältnissen für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, für die kollektive Interessenvertretung der Arbeitnehmer und für die Lebensbedingungen einer ganzen Gesellschaft.“ (6) Verteidigt werden daher die 5-Tage-Woche, das freie Wochenende und der 8-Stunden-Tag als tägliche Höchstarbeitszeit. Mehrarbeit (Überstunden) soll weiter begrenzt werden und ab der ersten Überstunde nicht durch Bezahlung (mit Ausnahme

als tägliche Höchstarbeitszeit. Mehrarbeit (Überstunden) soll weiter begrenzt werden und ab der ersten Überstunde nicht durch Bezahlung (mit Ausnahme der Zuschläge) sondern in Freizeit ausgeglichen werden. Teilzeitarbeit soll eingegrenzt werden — ganz im Gegensatz zum Vorschlag Rappes, sie auszuweiten (7). Schicht- und Nachtarbeit sollen eingeschränkt werden und mit mehr bezahltem Freizeitausgleich erholten werden. Flexible Arbeitszeitformen sollen in Orenzen möglich sein, wenn sie keine negativen Beschäftigungsfolgen haben, keine zusätzlichen Belastungen und verschlechterte Preizsituation nach sich ziehen. Als Grenzen der Flexibilisierung hat der neue Tarifexperte der IGM die folgenden Varianten angeführt: ganze freie Tage; Beibehaltung der 8-Stundentags, an einem oder mehreren Wochentagen früher frei; Kombination aus beidem im Zeitraum von zwei Monaten; bei Schichtarbeit acht Stunden in der Frühschicht, sechs Stunden in der Spätschicht; Einpassen der Verkürzung in die Gleitzeitregelungen. Voraussetzung dafür soll allerdings die tarifvertragliche Festschreibung solcher Orenzen sein (8). Gegenüber der ersten Arbeitszeittarifrunde 1984 wird damit der Abwehr von Flexibilisierung als Mittel der stärkeren Verfügbarkeit der Arbeitskraft eine wesentlich größere Bedeutung beigemessen.

Dennoch gab es gerade hierum eine größere Kontroverse auf dem Gewerkschaftstag, in der der Vorstand sich gegen Anträge vor allem aus Baden-Württemberg durchsetzte. Das Übel aller nachteiligen Flexibilisierung besteht nach Einschätzung von Kritikern des 1984er Tarifabkommens vor allem in der erstmals vorgegebenen Möglichkeit, die Betriebsnutzungszeit über die Arbeitszeit auszudehnen. Damit, so die Ergänzungsantragsteller, sei die „schleichende Einführung von Schichtarbeit vorprogrammiert“ und würde zudem zulasten der Arbeitsplätze gehen, da das erreichte Mehr in der Produktion nicht nur mit relativ weniger Arbeitskräften, sondern auch nur auf Kosten konkurrierender Betriebe zu erzielen sei. Die Ergänzungsanträge forderten daher: „die Betriebsnutzungszeit bei Normalarbeitszeit auf 40 Stunden zu begrenzen (entsprechende Regelung bei Schichtarbeit) und die Schichtar-

Fortsetzung nächste Seite

'Deregulierung' von Arbeitszeiten und -märkten

Der folgende Textauszug beschreibt die Einschätzung der Politik der Flexibilisierung des Kapitals durch die Tarifabteilung der IG Metall.

(...) Die „Deregulierung“ der Arbeitszeiten als erster Schritt zur „Deregulierung“ der Arbeitsmärkte insgesamt steht im Mittelpunkt des Programms. Die sogenannten „Selbstheilungskräfte des Marktes“ auch auf den Arbeitsmärkten wirksam werden zu lassen, ist erklärtes Ziel nationaler und internationaler konservativer Politik.

Die Zielsetzung einer „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ wird nicht isoliert verfolgt. Sie steht im Rahmen einer generellen Flexibilisierungsstrategie, die neben:

- flexiblen Arbeitszeiten auch
- flexible Lohn- und Gehaltsstarifverträge,
- flexible Einstellungs- und Kündigungsmöglichkeiten und
- flexible Einsatzmöglichkeiten der Arbeitnehmer in den Betrieben will.

Eine umfassende Flexibilität des Arbeitsmarktes wird von den Befürwortern dieser Strategie als Voraussetzung für die Besserung der Beschäftigungslage propagiert (vgl. FDP-Aussagen und Erklärung des Weltwirtschaftsrates). Zur Erleichterung einer unternehmensorientierten Personalpolitik werden flexible Einstellungs- und Kündigungsmöglichkeiten verlangt („Heuern und Feuern“), die Erleichterung für Zeitarbeitsverträge, die Begrenzung von Sozialplänen, die Begünstigung von Leiharbeit und die Ausdehnung von Teilzeitarbeit gefordert. Wichtige Schritte in diese Richtung sind durch das am 1. Mai 1985 in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz in der Bundesrepublik realisiert.

Insgesamt zielen diese Flexibilisierungsstrategien auf die Ausbreitung kollektivrechtlicher Schutz- und Gestaltungsvorschriften (...)

Mit dem Tarifabschluß des Jahres 1984 sind die Flexibilisierungsvorstellungen des Arbeitgeberlagers in Sachen Arbeitszeit (und natürlich auch darüber hinaus) weder quantitativ noch qualitativ erfüllt.

Quantitativ geht es den Arbeitgebern darum, die Differenzierungsmöglichkeit zu erweitern (d.h. die Anerkennung jedes Teilzeitarbeitsverhältnisses als „Regelarbeitszeit“) und damit die Auflösung jeglicher genereller Regelarbeitszeit, sei es als abschließende Tarifnorm, sei es als Durchschnittsnorm zugunsten einer nur noch indivi-

duellen Regelarbeitszeit. Und es geht um die Ausweitung des Bezugszeitraums, innerhalb dessen die individuelle Regelarbeitszeit erreicht werden muß, auf mindestens ein Jahr mit Schwankungsmöglichkeit innerhalb der Grenzen der AZO (Arbeitszeitordnung) (von 0 Stunden bis 48 bzw. 54 Stunden pro Woche).

Unter qualitativen Aspekten geht es dem Arbeitgeberlager um eine Verlängerung der Betriebsnutzungszeit an allen Tagen der Woche und während 24 Stunden am Tag, d.h. also konkret um den Pausendurchlauf bei sämtlichen Pausen (Pausen aufgrund von Erholzeiten, Pausen zur Essenseinnahme, AZO-Pausen), Einbeziehung des Samstags in die regelmäßige Arbeitszeit und Ermöglichung der Sonntagsarbeit in einer Vielzahl von Fällen. Damit soll die Anpassung der Beschäftigung an das niedrigste Produktionsniveau und der Ausgleich von Produktionspitzen durch Verlagerung der regelmäßigen Arbeitszeit in diese Zeiträume, die Vermeidung der Mitbestimmungsmöglichkeiten und der Kosten, die sonst bei Mehrarbeit erforderlich sind, ermöglicht werden. Den Arbeitgebern geht es um eine möglichst große Verringerung der technischen und räumlichen Produktionskapazitäten (Fabrikhallen, Verwaltungsgebäude und Maschinen), um eine maximale Auslastung dieser Betriebsmittel über eine Entkopplung von Arbeits- und Betriebszeit sowie eine Verdichtung der Arbeit durch maximale Ausnutzung des menschlichen Leistungsvermögens.

Kurzfristig wird es voraussichtlich Ziel der Arbeitgeber sein, folgende Punkte durchzusetzen:

- eine Verlängerung der regelmäßigen täglichen individuellen Arbeitszeit auf 9 Stunden,
- die Einbeziehung des Samstags in die Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit;
- eine Ausweitung der Gleitzeitspanne auf mindestens 12 Stunden täglich;
- eine Ausdehnung der Spanne bei ungleichmäßiger Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit auf einzelne Wochen auf 0 bis 48 Stunden;
- eine Ausdehnung des Ausgleichszeitraumes für Erreichung der wöchentlichen Arbeitszeit auf ein halbes Jahr, bzw. ein Jahr.

(Aus: „Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen“, Positionspapier des Vorstands der IG Metall, vollständig abgedruckt in „Frankfurter Rundschau“, 19.8.86.)

eine Ausweitung der Gleitzeitspanne auf mindestens 12 Stunden täglich,

- eine Ausdehnung der Spanne bei ungleichmäßiger Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit auf einzelne Wochen auf 0 bis 48 Stunden;
- eine Ausdehnung des Ausgleichszeitraumes für Erreichung der wöchentlichen Arbeitszeit auf ein halbes Jahr, bzw. ein Jahr.

(Aus: „Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen“, Positionspapier des Vorstands der IG Metall, vollständig abgedruckt in „Frankfurter Rundschau“, 19.8.86.)

Arbeitsmarkt und Betriebsarbeit

Der Einbruch der neuen Techniken hat zur Folge, daß nicht nur in der Fertigung, sondern auch in der Entwicklung, Konstruktion und in der Verwaltung der Kapitalanlage pro Arbeitsplatz erheblich steigt. Deshalb müssen diese Kapitalintensiven Arbeitsplätze auch über die Arbeitszeit des einzelnen Mitarbeiters hinaus genutzt werden.

Neben der traditionellen Schichtarbeit sollten dazu neue, auch für die Mitarbeiter attraktive Arbeitszeitmodelle (individuelle Teilzeitarbeit, Flexibilisierung der Arbeitszeit) bzw. Aufbau von Freizeitböden entwickelt werden, die die

individuelle Arbeitszeit und Betriebszeit zunehmend ausgleichen. Dabei sollten auch die Möglichkeiten genutzt werden, Pausen und besonders unattraktive Zeiten (zum Beispiel Nacharbeit) durch bedienfernen Betrieb zu überbrücken.

Bei der Ausgestaltung der Einsatzpläne sollten alle Möglichkeiten der Flexibilisierung ausgenutzt und den Mitarbeiterwünschen entgegengekommen werden. Auch hier schaffen die neuen Techniken neue Spielräume.

Die Einbeziehung von Arbeitszeit und Betriebszeit in die Flexibilisierung und schrittweise Einführung von flexiblen Arbeitszeiten.

Gesamtmittel, Neue Techniken und Arbeit — Empfehlungen an die Unternehmen der Metallindustrie, 1986

Fortsetzung von vorheriger Seite

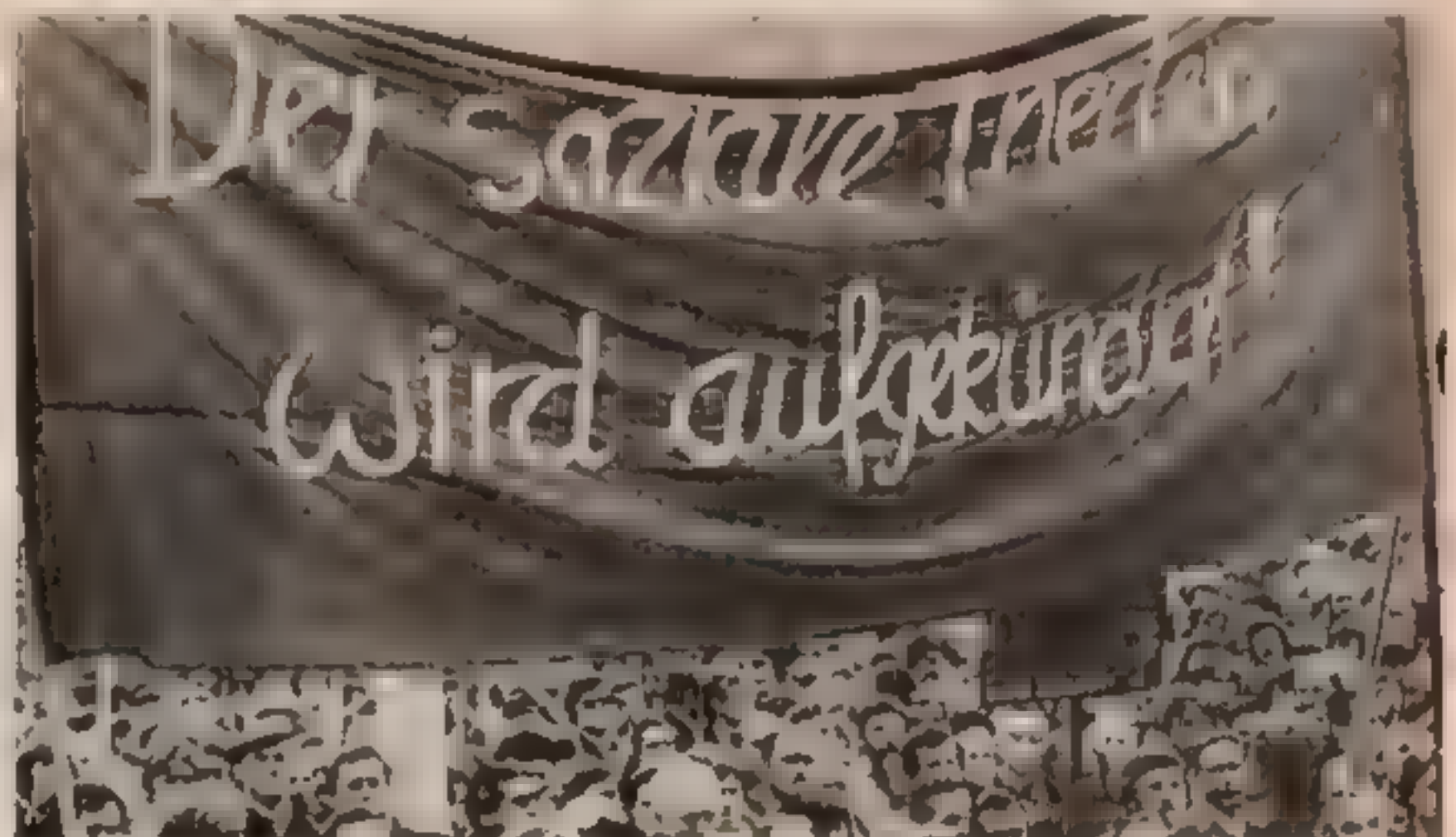
belt mit dem Ziel ihrer Einschränkung weiter zu regeln“. Und daß „die Bedingungen der Arbeit so definiert werden, daß Arbeitszeitverkürzung nicht zu zusätzlichen Belastungen führt“ (9) Gegen beide Positionen polemisierte Steinkühler offensichtlich von der Einschränkung ausgehend, daß sie in Verhandlungen mit Gesamtmetall nicht durchsetzbar seien. Sie wurden als Materialien angenommen, sind aber nicht Bestandteil des Tarifabschlusses. Dennoch wird es in den demnächst fortgesetzten Tarifverhandlungen gerade um diese Fragen gehen und es wird sich zeigen, wie kompromißbereit der IGM-Vorstand ist. Steinkühler hatte in der Tarifrunde 1984 sogar die Samstagsarbeit zur Disposition gestellt und auch im letzten Jahr als Gegenleistung zur 35-Stundenwoche die 11-Stunden-Betriebsnutzung für möglich erklärt. Auf dem Gewerkschaftstag lehnte der Vorstand die Übernahme einer Position ab, die er selber zwei Monate vorher seinen Funktionären zu überlegen gab. Als Fazit seines Positionspapiers zur Flexibilisierung hieß es da: „Für die Zukunft ist daher zu überlegen, ob aus humanen und beschäftigungspolitischen Gründen von uns nicht auch auf eine Regelung der Betriebsnutzungszeiten gedrungen werden muß. Dies gilt

vor allem auch deshalb, weil eine Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten und somit des Produktionsumfangs ohne Ausweitung der Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland keine zusätzlichen Arbeitsplätze schafft und über ruinösen Wettbewerb Arbeitsplätze zu vernichten droht.“ (10) Mehr Arbeitsplätze war bislang aber neben dem Humanisierungsspekt eine der gewerkschaftlichen Hauptbegründungen für die 35-Stundenwoche.

hr.

Anmerkungen/Quellen:

- (1) Dieter Henache, Flexible Arbeitszeiten und Wertewandel, in WSI-Mitteilungen 10/86
- (2) WSI-Mitteilungen 10/86
- (3) Gesamtmetall - Bewegliche Zeitgestaltung im Betrieb
- (4) Interview mit Günter Döding in „Welt der Arbeit“, 18.8.86
- (5) „Protokoll“ des HL IGM-Gewerkschaftstages vom 18. bis 20.10.86
- (6) Entscheidung 12. Tarifpolitik, in „Der Gewerkschaftler“, 11/1986
- (7) Rappe im Bild-Interview „Ich bin für Teilzeitarbeit. Warum soll es nicht neue Formen und Möglichkeiten für Teilzeitarbeitsplätze geben? Viele Arbeitnehmer wären dazu bereit. Wir werden im Januar gemeinsam mit den Arbeitgeber im Papier dazu vorlegen.“ (15.12.86)
- (8) Klaus Zwickel in „Frankfurter Rundschau“, 1.12.86
- (9) Sonderheft der Metall mit den Anträgen zum Gewerkschaftstag
- (10) Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen, Positionspapier des IGM-Vorstands, veröffentlicht in FR, 19.8.86



Drohung oder Klage?

Betriebliche Umsetzung der 38,5-Stundenwoche

So lautet der Titel eines Zwischenberichts des Projekts „Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung“ (1), herausgegeben vom DGB-Institut WSI. Wie so vieles, was derzeit von Soziologen und Sozialwissenschaftlern zum Thema herausgegeben wird (2), ist auch diese bislang umfangreichste Untersuchung sehr schwer zu handhaben, da nur wenig konkretes Zahlenmaterial vorliegt und vor allem kaum Vergleiche angestellt werden, die es ermöglichen könnten, Entwicklungen einzuschätzen.

Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß die Tarifabschlüsse der IG Druck und der IG Metall 1984 „eine allgemeine Tendenz zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Gang gesetzt“ haben. Für 45 % der in der Wirtschaft Tätigen betrage die Arbeitszeit mittlerweile 39 oder weniger tariflich vereinbarte Wochenstunden. Im Durchschnitt aller sei sie auf 39,3 Stunden gesunken (siehe Tabelle).

Auffällig sind die Autoren bemüht, die über den bisherigen Rahmen hinausgehende Flexibilisierung der Arbeitszeit eher zu verniedlichen. Es habe sich der Flexibilisierungsdruck „als Preis für die Arbeitszeitverkürzung eher verstärkt als verringert. Dennoch sei Wochenarbeitszeit im Gültig gesetz“ haben. Für 45 % der in der Wirtschaft Tätigen betrage die Arbeitszeit mittlerweile 39 oder weniger tariflich vereinbarte Wochenstunden. Im Durchschnitt aller sei sie auf 39,3 Stunden gesunken (siehe Tabelle).

Auffällig sind die Autoren bemüht, die über den bisherigen Rahmen hinausgehende Flexibilisierung der Arbeitszeit eher zu verniedlichen. Es habe sich der Flexibilisierungsdruck „als Preis für die Arbeitszeitverkürzung eher verstärkt als verringert. Dennoch sei Wochenarbeitszeit im Gültig gesetz“ haben. Für 45 % der in der Wirtschaft Tätigen betrage die Arbeitszeit mittlerweile 39 oder weniger tariflich vereinbarte Wochenstunden. Im Durchschnitt aller sei sie auf 39,3 Stunden gesunken (siehe Tabelle).

der Ausweitung der Samstags- und Nacharbeit, der Ausweitung des Normalarbeitsverhältnisses.

Einge Ergebnisse der Untersuchung im einzelnen: Für 37,8 % aller betroffenen Beschäftigten wurden einheitliche Formen der Arbeitszeitverkürzung gewählt, für 52,6 % ein sogenanntes dominantes Modell, d.h. für einen kleineren Teil eine andere Verteilung, als für die Mehrheit, für knapp 10 % differenzierte Modelle der Arbeitszeitverteilung. Die Zweimonatsfrist, innerhalb derer der Freizeitausgleich zu erfolgen hat, wird in 61,4 % der Betriebe eingehalten, in 13,6 % der Fälle überschritten, bei 23 % bewirkt kein genauer Einblick. Die Abkopplung der Betriebs- von der Arbeitszeit hat sich verstärkt. In 42,4 % der Betriebe sind explizit Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung der alten Nutzungszeiten vereinbart worden, wobei sich dieser Trend bei Großbetrieben mit mehr als 5000 Beschäftigten verstärkt (69,3 %). Daß die Betriebszeiten im Durchschnitt erheblich über der tariflichen Arbeitszeit liegen, wurde bereits vor dem Tarifabschluß ermittelt. Im Vergleich der Betriebe lag bereits 1984 die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei 40,4, die durchschnittliche Betriebszeit bei 60,6 Stunden.

Die Zahlen über Schicht- und Samstagsarbeit sind kaum brauchbar, da sie nur feststellen, daß 27,3 % der Betriebe Schichtarbeit, in 5,8 % Samstagsarbeit üblich ist, ohne daß eine Vergleichszahl zur Zeit vor dem Abschluß genannt wird. In 17,9 % der Fälle haben die Autoren versetzte Arbeitszeiten in den Betrieben ermittelt, eine Vorstufe der Schichtarbeit. In 30 % der Betriebe wird Gleitzeit praktiziert — in 72 % dieser Betriebe wurde die Arbeitszeitverkürzung auf die Gleitzeitregelungen übertragen.

Umstrittener Teil des Metalltarifvertrags war die Möglichkeit der differenzierten Verteilung der Arbeitszeit

auf unterschiedliche Beschäftigtengruppen in einem Betrieb zwischen 37 und 40 Wochenstunden. In 14 % der Betriebe — „überraschend“ wenig, schreiben die Autoren — wurde dieses Modell angewandt. Je größer die Betriebe, desto mehr. Im Fahrzeugbau und der elektrotechnischen Industrie soll es jeder vierte Betrieb sein.

Anmerkung: (1) Autorenkollektiv des WSI und des Forschungsinstituts für Arbeitsbildung, Betriebliche Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 12, Oktober 1986 (2) So u.a. verschiedene Aufsätze in den WSI-Mitteilungen 10/86

„Mit Politik hat das nichts zu tun!“ Der „Fall Briefs“ und die innergewerkschaftliche Demokratie

Unter diesem Titel hat das „Solidaritätskomitee für Ulrich Briefs“ eine Dokumentation zum Fall des langjährigen WSI-Mitarbeiters herausgegeben. Briefs — als unbe-

„Mit Politik hat das nichts zu tun!“ Der „Fall Briefs“ und die innergewerkschaftliche Demokratie

Unter diesem Titel hat das „Solidaritätskomitee für Ulrich Briefs“ eine Dokumentation zum Fall des langjährigen WSI-Mitarbeiters herausgegeben. Briefs — als unbequemer und kritischer WSI-Mitarbeiter bekannt — wurde im letzten Jahr unter fadenscheinigen Vorwänden von der WSI-Geschäftsleitung und dem DGB-Bundesvorstand entlassen. Hintergrund: Er ist Mitglied bei und nordrhein-westfälischer Bundestagskandidat der Grünen. Sein sozialdemokratischer Gegenkandidat ist der berühmte beruhtige IG-Bergbau-Schmierer Horst Niggemier.

Die Dokumentation ist zum Preis von 3 DM zu bestellen bei Komitee Solidarität mit Ulrich Briefs, c/o Annette Quaedflieg, Oberer Lindweg 38, 5300 Bonn

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit* Stand 30.8.1986

Wirtschaftsbereich	Anteil der Beschäftigten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von ... Stunden in %						durchschnittl. wöchl. Arbeitszeit in Stunden
	unter 30	30	30,5	36	40	41 und mehr	
Gesamtes Land und Festwirtschaft	—	—	0,0	—	97,7	1,3	40,1
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	—	2,2	0,3	0,8	97,3	—	40,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	—	14,8	2,4	—	79,8	—	38,6
Metallgewerbe	0,2	—	10,4	—	8,4	—	38,6
Vermittlungsgewerbe	—	2,8	32,9	—	63,6	—	39,4
Nahrung- und Genussmittelgewerbe	—	—	—	—	100,0	—	40,0
Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie	—	—	—	—	100,0	—	40,0
Handel, Verkehr und Dienstleistungen	0,3	—	0,8	84,7	13,6	—	39,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0,1	—	7,1	—	92,7	0,8	39,3
Private Dienstleistungen und Öffentliche Dienste	1,2	0,3	2,1	0,0	94,8	0,4	39,9
Gesamtes Wirtschaft	0,3	1,8	41,3	1,4	54,9	0,0	39,3

1) Die Tabelle bezieht sich auf die zum Stichtag 30.8.86 vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei außerordentlicher Verlängerung der Arbeitszeit in der letzten Stunde unabhängig vom Datum des Infotextes der bis zum Stichtag vereinbarten Arbeitszeitverordnungen, ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen; Tarifverträge mit einer Arbeitszeitverkürzung in Form von freien Tagen unter Substanzierung der tariflichen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden sind in der Spalte „40“ erfasst, so z.B. der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst mit 8, die deutschen Betriebsverträge mit 8, die Deutsche Bundesbahn und Bundespost sowie der öffentliche Dienst mit 8 zusätzlichen bezahlten freien Tagen, — 2) Keine Aufnahme in Tabelle 1, — 3) Die Berechnungen stützen sich auf die Basis aller von Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften beschützten Arbeitnehmer = 100; sofern sich die Anteile nicht zu 100 aufaddieren, enthalten in den bet. Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Arbeitszeitregelung oder Sonderregelung.

*) Davon 900 000 Arbeitnehmer (46,1 %) mit 35,75 Stunden/Woche.

Aus WSI-Arbeitsmaterialien 12, Oktober 1986

Wannsee-Konferenz zur "Endlösung der Judenfrage"

Fortsetzung von Seite 1

Die Judenvernichtung sei dort beraten oder sogar beschlossen worden, ist immer wieder zu hören und zu lesen. Die Wannsee-Konferenz verdankt diesen unbegründeten Ruf wahrscheinlich der Tatsache, daß sie das protokollarisch am besten dokumentierte Treffen auf dem Weg zur praktisierten „Endlösung“ war. Entschieden wurde dort gar nichts, denn Entscheidungen waren schon Monate vorher an höchster Stelle, wahrscheinlich in erster Linie zwischen Hitler, SS-Chef Himmler und Heydrich, gefallen. Auch diskutiert wurde am Wannsee nur wenig und eher Sekundäres, wie etwa die weitere Behandlung der Frage, wer denn nun als Jude im Sinne der „Endlösung“ zu definieren sei, was man den nicht unter diese Definition fallenden „Mischlingen“ antun könnte, und wie die „Endlösung“ in den (von Deutschland abhängigen) verbundenen Ländern zu „behandeln“ sei. In erster Linie scheint, dem Protokoll zufolge, Heydrich seine Gäste in Monologform über den Stand der Dinge „unterrichtet“ zu haben. Er sei mit der „Vorbereitung der Endlösung“ beauftragt worden. „Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht“. Land für Land zählte er die geplanten Opfer auf, wobei er weder den Kriegsgegner England noch die neutrale Schweiz vergaß. (2) „Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgelände, einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren (Westteil der Tschechoslowakei) wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozial-politischer Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen. Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangslager gebracht, um von dort aus weiter nach Osten transportiert zu werden.“ (3) Dort sollten sie „zum Arbeitseinsatz kommen“. Dabei schon „werde zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfal-

anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.

Ich beauftrage Sie weiter mit in Betracht einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Voraussetzungen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.“

Es ist unbekannt, ob ein detaillierter „Gesamtentwurf“ jemals ausgearbeitet wurde, erhalten ist er nicht. Aus Heydrichs Referat bei der Wannsee-Konferenz geht hervor, daß es damals den „Gesamtentwurf“ jedenfalls (noch) nicht gab. (3)

Der Befehl an Heydrich ist nicht, wie man wohl erwarten würde, von Hitler oder Himmler (als direktem Vorgesetzten Heydrichs) unterzeichnet, sondern von Göring, und zwar in seiner Funktion als Beauftragter für den Vierjahresplan. Das führt zur direkten Vorgeschichte der „Endlösung“. Görings Auftrag an Heydrich vom 31.7.41, aus dem Stadium allgemeiner Absichten zur praktischen Vorbereitung (und Einleitung) der Judenvernichtung überzugehen, betont ausdrücklich die Kontinuität mit dem Heydrich schon Anfang 1939 ebenfalls von Göring erteilten Mandat. Dieses Mandat, das sich damals lediglich auf die Juden im „großdeutschen“ Gebiet (Deutschland, Österreich und Sudetenland) bezog und nur von „Auswanderung“, noch nicht von „Evakuierung“ sprach, ging einher mit der Bildung einer „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“, zu deren Chef Heydrich ernannt wurde. Mit „jüdischer Auswanderung“, richtiger gesagt Ausplünderung und Vertreibung, befaßten sich in erster Linie Stellen des Außenministeriums, des Wirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums. Die Einsetzung des eigentlich bereichsfremden Heydrich als Koordinator dieser Aktivitäten deutet auf die Langfristigkeit der NS-Vernichtungspläne hin. Die „(End-) Lösung der Judenfrage“ war schon Anfang 1939 aus den Händen der Ministerialbeamten in die der SS übergegangen.

in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“

Eine knappe Woche zuvor, am 24.1., war an Heydrich das erste Mandat ergangen, „die Judenfrage einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen“. Der enge zeitliche und sachliche Zusammenhang liegt auf der Hand.

Die erste Phase der Massenvernichtung begann mit dem Überfall auf die Sowjetunion, Ende Juni 1941. „Einsatzgruppen“ aus Polizei und SD betrieben in enger Kooperation mit den Wehrmachtsteilen die „Liquidierung“ der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten der UdSSR durch Massenerschießungen. Ihnen fielen innerhalb weniger Monate Hunderttausende zum Opfer.

Die zweite Phase der Judenvernichtung begann Mitte Oktober 1941 mit Deportationszügen aus Deutschland „nach Osten“. Ein großer Teil der Deportierten wurde nach der Ankunft sogleich erschossen. Damit waren nun auch Juden außerhalb der UdSSR zur Vernichtung „freigegeben“. Goebbels erwähnte in seiner Zeitschrift „Das Reich“ am 16.11.41 an Hitlers Vernichtungsdrohung vom 30.1.39 und kommentierte triumphierend: „Wir erleben eben den Vollzug dieser Prophezeiung.“

Die dritte Phase der Judenvernichtung begann im Dezember 1941 mit der Anwendung von Giftgas, zunächst in mobilen „Gaswagen“ im KZ Chełmno/Kulmhof. Als die Wannsee-Konferenz stattfand, hatten die Gas-kammern in Auschwitz bereits zu „funktionieren“ begonnen.

Wt.

Anmerkungen

1) Am 7.12.41 griff Japan den US-Stützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii an. Am 8.12. erklärte die USA Japan den Krieg. Am 11.12. folgte die deutsche Kriegserklärung an die USA.

2) Heydrichs Zahlen für die einzelnen Länder waren teils zu hoch, teils zu niedrig angelegt, in der Summe schließlich zu hoch im „deutschen Einflußgebiet“ lebten damals etwa 8 Millionen Juden, von denen 6 Millionen ermordet wurden.

3) Goebbels erwähnt in seinem Tagebuch am 7.12.41, er habe gerade eine „ausführliche Denkschrift“ des SD und der Polizei über die Endlösung der Judenfrage gelesen. Dies könnte der „Gesamtentwurf“ sein, vermutlich aber nur das Wannsee-Protokoll, das z.T. erst Ende Februar 1942 verabschiedet worden war. — Heydrichs Mandat für die „Endlösung“ endete am 4.8.42 durch seinen Tod infolge eines Attentats.

Z a h l	Seit
A. Altreich	131.800
Ostmark	45.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Baltikum	400.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.200
Estland	
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	45.000
Dänemark	5.600
Frankreich / Besetztes Gebiet	165.000
Unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.600
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300
B. Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien einschl. Sardinien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien einschl. Bessarabien	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europ. Teil)	55.500
Ungarn	742.800
UdSSR	5.000.000
Ukraine	2.994.684
Weißrussland einschl. Bialystok	446.484
Zusammen:	Über 11.000.000

„Im Zuge der Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht.“ Eine Seite aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz

lich aber nur das Wannsee-Protokoll, das z.T. erst Ende Februar 1942 verabschiedet worden war. — Heydrichs Mandat für die „Endlösung“ endete am 4.8.42 durch seinen Tod infolge eines Attentats.

4) Daß dieser Zusammenhang schon damals im Staatsapparat weithin begriffen wurde, zeigt ein Memorandum des Auswärtigen

Amts vom 25.1.39 (notabene: einen Tag nach dem ersten Mandat Görings an Heydrich), in dem es heißt: „Es ist wohl kein Zufall, daß das höchste Jahr 1938 zugleich mit der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht hat. Denn die Judenpolitik war so wohl Voraussetzung wie Konsequenz der Ereignisse des Jahres 1938.“



len“. Der „endlich verbleibende Restbestand“ werde den „widerstandsfähigsten Teil“ der verbliebenen Judenheit darstellen und müsse „entsprechend behandelt“, d.h. gezielt ermordet werden.

Die Wirklichkeit war noch schlimmer, als es aus diesem Protokoll hervorgeht: die NS-Führung hatte die totale Vernichtung der europäischen Juden beschlossen und zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz schon eingeleitet, wobei die Herauspressung von Sklavenarbeit eher als Nebenprodukt erschien.

Den Auftrag zur „Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage“, auf den sich Heydrich bei der Wannsee-Konferenz bezog, hatte er schon am 31.7.41 erhalten. Der Befehl zum größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte lautete in klassischem Amtssdeutsch: „In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24.1.39 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtplanung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa. Sofern hierbei die Zuständigkeiten

Unmittelbar war die Bildung der „Reichszentrale“ und die Beauftragung Heydrichs mit der „Lösung der Judenfrage“ ein Produkt der verschärften antijüdischen Politik, zu der die NS-Führung 1938 übergegangen war. Diese Verschärfung verlief auffallend parallel mit dem gleichzeitigen deutschen Kriegskurs. Die Annexion Österreichs (März 1938) und des Sudetenlands (Oktober 1938) markierten die wichtigsten Daten dieser Konfrontationspolitik. (4) Nach dem großen Pogrom vom 9./10. November 1938 („Kristallnacht“) hatte am 12.11. eine Konferenz von Regierungsvertretern stattgefunden, auf der Göring bekanntgab: er habe von (Hitlers) engem Vertrauten) Bormann einen Brief erhalten, in dem ihm „namens des Führers“ mitgeteilt worden sei, „daß die Judenfrage nun als Ganzes betrachtet werden müsse, um sie auf die eine oder andere Art zu lösen.“

Erstmals auf dieser Konferenz wurde von Göring die Drohung geäußert, Deutschland würde bei einem künftigen (militärischen) Konflikt „in erster Linie“ daran denken, „mit den Juden abzurechnen“. Hitler trug diese Drohung mit einer Reichstagsrede am 30.1.39 auch in die Öffentlichkeit. „Was an dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelagert sollte, die Völker noch einmal

Der Traum vom Sattwerden

Hamburg in den Hungerjahren 1945/46

Mit den Hungerjahren 1945 - 1946 in Hamburg hat sich der Historiker Michael Wildt in einem Buch mit dem Titel „Der Traum vom Sattwerden“ beschäftigt. Die handliche und durch zeitgenössische Fotos anschauliche Untersuchung basiert auf der Auswertung einer Fülle von Material, das von Zeitungen jener Jahre und zahlreichen Veröffentlichungen bis zu erstmals publizierten Berichten von Zeitgenossen reicht. Vor allem aber hat der Autor die im Hamburger Staatsarchiv befindlichen Akten der Behörde für Ernährung und Landwirtschaft ausgewertet. Was die Hamburger damals aßen, wie sie ihre Lebensmittel beschafften, wie der Alltag aussah, darüber gibt das Buch Auskunft. Angesichts der erbärmlichen Lebensumstände verfaßt Wildt erfreulicherweise nicht in Larmoyanz über schuldlos in Not geratene Deutsche. Er konstatiert, daß 1945 die osteuropäischen Länder verwüstet waren, Asien einschließlich Indiens vor einer Hungerkatastrophe stand, und überdies in Kanada, Australien und Argentinien schlechte Ernten hinzukamen. „Vor diesem Hintergrund“, so Wildt, „darf es nicht verwundern, daß diejenigen, die den Krieg angezettelt und wie Vandalen in den eroberten Ländern gehaust hatten, mit Lebensmittelimporten nicht gerade verwöhnt wurden.“

Bei der Beschreibung des legendären „Schwarzen Marktes“ weist der Autor nach, daß es den Schwarzmarkt als Einheit nicht gab und daß sinnvollerweise zwischen Otto Normalverbraucher, der sich nur Lebensmittel besorgte, und professionellen Großhändlern unterschieden werden muß. An die Adresse der z.T. skrupellosen Schieber, die sich eine „goldene Nase“ verdienten, richtete sich das von der SPD favorisierte Gegenmittel aus dem Rezeptbuch Stalins: Arbeitslager. Auch wenn dieses Mittel von den Besatzungsbehörden und ihren deutschen Hilfspartnern nicht angewandt wurde, verurteilten in den Jahren 1945 bis 1948 alle Parteien von CDU bis KPD

den Schwarzmarkt. Differenzen traten jedoch bald zutage, als es um das zukünftige Wirtschaften ging. Bemühungen der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften, die Kontrolle über die Lebensmittelverteilung zu erlangen, kamen über halbherzige Vorstöße nicht hinaus. Die autoritären und schwerfälligen Strukturen des Nazi-„Reichsnährstandes“ wurden in den Westzonen von den Besatzungsbehörden übernommen und zeigten ihre Unfähigkeit, ohne Ausplünderung ganz Europas die Ernährung der deutschen Bevölkerung zu gewährleisten.

Den Schönrednern der „freien Marktwirtschaft“ gelang es unter diesen Umständen leicht, jegliche wirtschaftliche Planung zu verteideln. Die Währungsreform im Juni 1948, die volle Läden bei zunächst nahezu leeren Geldbeuteln bescherte, konnte nach den Jahren der Mangelwirtschaft langfristig leistungsmotivierend wirken. Gegen die Legende allerdings, die Westdeutschen hätten 1948 allesamt mit 40 Mark in der Tasche Ludwig Erhard zugejubelt, setzt Michael Wildt Fakten. Am 12. November 1948 streikten in der britischen und amerikanischen Zone 9,25 Mio. Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die hohe Arbeitslosigkeit und die für die Arbeiter extrem ungünstige Lohn-Preis-Schere. Parlamentarische Gremien jedoch stützten die Wirtschaftspolitik des CDU-Politikers Erhard. Bereits vor dem Siegeszug der „freien Marktwirtschaft“ wurde manche NS-Mitläufer durch amerikanische Freipakete dazu begünstigt, sein Heil in künftigen Siegen Amerikas zu erblicken. Wer nicht in den Genuß nordamerikanischer Eipulvers und Corned beefs kam, bemühte sich einzuweisen, aus Eichelmehl Brot zu backen oder aus einer Mischung von Ahorn-, Brombeer- und Kirschblättern einen Tabakersatz zu mischen, vor dessen Nikotingehalt keine Krankenkasse zu warnen brauchte.

Als die ohnehin achtmal Brottration im März 1946 noch halbiert wurde, ließen es zahlreiche Hamburger nicht bei

der Suche nach Ersatzstoffen bewenden. Hunderte von Frauen, Männern, Jugendlichen und Kindern plünderten um hellichten Tage Brotläden, Bäckereien und Brotwagen. Solche spontanen Selbsthilfsaktionen waren allerdings eher die Ausnahme als die Regel. Anstöße zur eigenwilligen Selbstbedienung gaben in den Monaten nach der Währungsreform im Sommer 1948 mancherorts die Obst- und Gemüsepreise. In Kiel führte dies dazu, daß Marktbesucher die Verkäufer verprügelten und das Gemüse untereinander verteilten.

Kollektive Selbsthilfe gab es in den Hungerjahren in Hamburg kaum. Jeder war sich selbst der nächste. Wildt sieht darin eine Folge der zwölf Jahre langen Nazi-Diktatur, die nicht nur die politischen Strukturen und soziokulturellen Zusammenhänge der Arbeiterbewegung zerstörte, sondern auch durch Modernisierung der Fertigungstechnik und soziale Differenzierung einen Individualisierungsprozeß vorantrieb. Die gelegentlichen von Zeitzeugen zu hörenden Bemerkungen, nach 1945 sei hinter der Fassade der „Volksgemeinschaft“ ein gemeines Volk hervorgekrochen, finden hier eine plausible Erklärung.

Ich habe in Wildts Buch eine klassenspezifische Untersuchung der Alltags- und Ernährungsverhältnisse in Hamburg vermisst. Wurden von den von Bomben weitgehend verschont gebliebenen Villen an der Elbchaussee auch Brote aus Eichelmehl gebacken, waren die Mahlzeiten dort auch so karglich wie in den Stagenwohnungen in Altona und Barmbek? Darüber freilich dürfte empirisches Material in größerem Umfang nur schwer zu erhalten sein. Vermutlich galt schon damals die Devise: Der Hunger muß gestillt und schweigt.

Gerd Eggeling

Michael Wildt: Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Schwarzmarkt, Protest und Selbsthilfe, VSA-Verlag, 176 Seiten, 10,90 DM.

Das Interview

Arbeiterkampf: In der „Emma“ wurde die wie folgt charakterisiert: „Die Jelinek ist eine Provokation. Sie ist Spezialistin für den Haß. Sie schreibt eine Literatur der totalen Negation. Keine Haltung ist mehr möglich, weil alle Haltungen negiert werden. Jede Individualität wird aufgefressen. Anstelle von Individuen finden sich extreme Prototypen und meist aus dem Kleinbürgerium lauter defekte, aber exemplarische Monster. „Nur das Exemplarische reizt mich“, sagt die Jelinek.“ In einem Interview der „Cosmopolitan“ hieß es noch: „Der Pessimismus der sozialkritischen Feministin ist bodenlos.“ „Erkenntst du deine Arbeit und dich selbst in diesen Charakteristiken wieder?“

Elfriede Jelinek: Das sind ja sehr viele diffuse Punkte. Da müßte man im Grunde auf jeden einzelnen eingehen. Manche stimmen. Manche stimmen überhaupt nicht. Einer stimmt sicher, daß ich offenbar nicht imstande bin, positive Dinge zu schildern, meine Gesellschaftskritik immer negativ formulieren muß, geradezu zwanghaft. Das liegt vielleicht an den Haßgefühlen, die mir gesellschaftliche Zustände einflößen, die ich wiedergebe. Ich bin nicht imstande, meine Kritik an einer positiven Utopie zu messen. Das ist mir nicht möglich.

Andererseits ist es mir immer unverständlich gewesen, wieso man mich so herzlos und auch teilnahmslos gefunden hat in dem, was ich schildere. Das hat man ja Flaubert — er war ja Arzt — auch vorgeworfen, daß er in seinen Figuren wie mit dem Skalpell herum-schneidet. Es war aber bei Flaubert schon falsch. Flaubert hat sich mit sei-

ner Madame Bovary geradezu leidenschaftlich identifiziert. Es ist mir unbegreiflich, wie man bei mir darauf kommen kann. Ich finde, daß meine Parteinahme für meine Figuren eine extrem starke und auch leidenschaftliche ist. Nur ist die Parteinahme nicht so, daß ich sage, das sind die Unterdrückten, leidet mit ihnen und vernichtet die Ausbeuter, diese Schweine, also im Sinne einer Agitprop-Literatur des sozialistischen Realismus. Meine Parteinahme für meine Figuren ist eben eine indirekte, liegt in der Schürdung selbst. Es ist nicht Satire, aber ich beuge die Wirklichkeit, und in dieser extremen Beugung, die auch extremes Schlaglicht bewirkt, das auf diese Wirklichkeit geworfen wird, versuche ich eben einen Bewußtseinsprozess einzuleiten.

Wenn man mir z.B. nach den „Liebhaberinnen“ gesagt hat, ich würde die Ehen vernichten, dann kann ich nur sagen: Die Ehen sind schon vernichtet. Ich bin nicht diejenige, die sie vernichtet. Ich bin diejenige, die aufzeigt, warum sie es sind. Es ist eben ein vollkommener Kurzschluß, den Schilderer von Zuständen mit einem Verursacher dieser Zustände gleichzusetzen. Das ist allerdings etwas, was den meisten gesellschaftskritischen Autoren, ob das jetzt Brecht oder wer immer war, geschehen ist.

Was heißt für dich „exemplarisch“?

Exemplarisch heißt, daß ich die relativ einfachen Strukturen bloßlege, die den gesellschaftlichen Prozessen zugrunde liegen. Der Kapitalismus hat zwar etwas sehr Kompliziertes, aber man kann Ausbeutungsstrategien eigentlich sehr

klar und sehr einfach bis in privateste Verästelungen und Details hinein darstellen. Insofern bin ich eine Vereinfacherin. Ich bin nicht jemand, der mit Zwischentönen arbeitet, sondern — ich sag das immer so — der dann mit der Axt dreinschlägt.

Heißt „exemplarisch“ bei dir also sozial, schichten-, klassentypisch?

Ja, absolut. Deshalb Prototypen, weil es eine Illusion wäre, daß bei der Geschlossenheit dieses Systems noch ein Individualismus möglich wäre. Diese Lüge des Individualismus des 19. Jahrhunderts von dem bürgerlichen Individuum, das noch ungebrochen agiert und reagiert, muß man als Ideologie und Lüge entlarven. Individuelles Handeln ist einfach nicht mehr möglich. Deshalb kann ich auch Personen exemplarisch beschreiben. Eben als Prototypen, als Bedeutungsträger, als Figuren, die für etwas stehen. Vor allem in meinen Stücken sind das keine Menschen, die da auftreten, sondern Figuren, die eben eine Ideologie oder eine Lehren transportieren.

Dein Stil spiegelt diese unterschiedlichen Realitäts Ebenen ja offensichtlich bewußt wieder.

Ja, natürlich. Und es ist mir unklar, wie jemand behaupten kann, es wäre nur vergrößert, wäre einfach nur pessimistisch, es wäre keine Parteinahme. Ich wäre meinen Figuren gegenüber — was ich sehr oft gehört habe — kalt und arrogant. Dieser ferne Blick, den ich auf meine Figuren werfe, also gewissermaßen dieser Naturforscherblick, bedingt ja auch eine größere Scharfsichtigkeit, eine größere Klar-sichtigkeit für gesellschaftliche Prozesse. Diese Klar-sichtigkeit hat man wahrscheinlich nicht, wenn man sich mühen unter sie beugt, weil man einfach durch den fernen Blick mehr sieht. In den „Liebhaberinnen“ ist es ganz eindeutig, daß ich auf der Seite der Unterdrückten bin, genauso wie in den anderen Büchern meine Parteinahme eindeutig ist. Nur ist sie nicht ausgesprochen, sondern literarisch verarbeitet. Das soll Literatur eigentlich leisten.

ist eigentlich das, was ich beschreibe.

Was heißt Determiniertheit für dich? Ist sie überwindbar?

Diese Determiniertheit ist natürlich überwindbar. Es gibt ja Klassenverräter, sowohl in der einen wie in der anderen Richtung. Es gibt einen Engels und es gibt die Emporkömmlinge, die charakteristisch sind für das Kleinbürgerium. Trotzdem kann man Klassen-zugehörigkeit schon sehr genau beschreiben. Mit Determiniertheit meine ich aber nicht Unabwendbarkeit. Ich will ja keinen Determinismus das Wort reden. Aber wenn man heute sagt, es gibt keine Arbeiterklasse mehr, dann ist das eine Lüge. Es gibt sehr wohl eine Arbeiterklasse, nur hätten viele gerne, es gäbe sie nicht.

Jüdische Traditionen

Die Kritik hält dir vor, daß du deine Figuren als Monster schilderst. Siehst du sie auch so?

Monströse sehe ich sie überhaupt nicht, aber sie sind natürlich deformiert. Wenn ich die herrschende Klasse schildere z.B. in „Oh Wildnis, oh Schutz vor ihr!“, schildere ich sie wahrscheinlich schon als Monster. Aber das ist auch ein legitimes Mittel der Literatur und auch der bildenden Kunst von George Grosz oder Daumier. Da gibt es ja genügend Beispiele, auch in der Literatur. Natürlich sind das auch Karikierungen zu finden, Übertreibungen, aber das ist eben meine Methode und das ist eine literarische Technik von vielen. Im Grunde ist es eine jüdische Tradition. Es ist eben das Saitische. Ich will da jetzt nicht auf russische Dinge hinaus, aber in der Literaturgeschichte fällt jüdische Skepsis und auch die jüdische Liebe zum Wort einfach auf, so eine antumetaphysische Literatur, wo metaphysische oder mythologisierungselemente sehr mißtrauisch betrachtet werden, während man dem Wort selbst mehr vertraut, gleichzeitig aber in einer

werden, während man dem Wort selbst mehr vertraut, gleichzeitig aber in einer gewissen Skepsis das Wort immer wieder auf seine Bedeutung hin abklopft. Die jüdische Religion ist ja sehr auf das Wort gegründet, auf den Text des alten Testaments. Und mir ist alles sehr suspekt, was in mythologisierungselemente die Dinge verewigt, erstarren läßt. Ich bin eigentlich eine man sehe Ent-mythologisierung, d.h. ich will die Dinge nicht in ihrer scheinbaren Unschuld belassen, sondern versuche — wie Roland Barthes sagt, in ihre Geschichte einzudringen. Diese Tradition ist aber — wie viele andere, auch experimentelle Traditionen — durch den Faschismus unterbrochen. Deswegen wirken meine Sachen vielleicht manchmal etwas fremdartig und ungewohnt, weil diese Tradition — wie es jetzt Karl Kraus oder auch Walter Serner und andere — vernichtet worden ist und wir eigentlich bei Null anfangen.

Du siehst dich ausdrücklich in der Tradition von Nestroy, Kraus...

Ich sehe mich in der ost-österreichischen, wienerischen Tradition der Literatur, die doch eine jüdische Tradition ist im Gegensatz zur west-österreichischen. Diese satirische Literatur, wie auch Tucholsky in der deutschen Literatur, das ist eine Tradition, die vernichtet worden ist. Die aber z.B. in Amerika noch ganz ungebrochen ist.

Phallische Anmaßung?

In den erwähnten Kritiken erscheint du auch selbst als neurotisches Monster, das seine schwere Jugend als „Kunstkind“ u.s.m. nicht überwinden konnte, und das nun seine Neurose als Schriftstellerin selbst-therapiert und mit einem exzessiven Individualismus kompensiert — gerade so als wärst du aus einem deiner Bücher entsprungen. In der „Emma“ heißt es: „Sie hat es verstanden, ihre Aggressionen als Extravaganzen herzurichten und ihre Zerstörungswut glanzvoll böse zu literarisieren. Bei ihr ist Schreiben auch Selbsttherapie, Ersatz für Psychotherapie.“

Kannst du dich selbst so sehen oder ist das ein journalisiertes Bild von dir?

Da sind eben auch wieder zwei verschiedene Dinge. Das eine ist der Prozess des Schreibens, also der libidinöse Akt. Das ist ja ein libidinöser Akt, das Schreiben, auch ein aggressiver Akt und für eine Frau auch eine phallische Anmaßung — wenn wie schon mal bei der Psychoanalyse sind. Das andere ist der Gegenstand, die Arbeit selbst, das was ich schreibe. Und da auf die „Kunstkinderia“ sehe ich da keineswegs neurotische Monster. Im Gegenteil, es ist eigentlich so, daß sie noch viel de-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Geschlechter generell keine Chance einräumt und zum zweiten eben jene

Fortsetzung von vorheriger Seite

Geschlechter generell keine Chance einräumt und zum zweiten eben jene „pflegerische“ weibliche Rolle, die ihre Mutter ihr gegenüber einnimmt, für sich militant ablehnt. Mit solchen Widersprüchen müsse sie leben, sagt sie.

Der Kritik war „Die Klavier-spielerin“, obwohl als „hart am Rande der Pornografie“ klassifiziert, doch noch das sympathischste von allen Jelinek-Produkten. Die Cassandra der übrigen Bücher ist dem Femurleton dagegen offenbar eher unheimlich. Lieber macht man sich schon wie im FAZ-Magazin vom Okt. 86 über die aufregende Frage her, warum sich eine radikale Feministin so auffallend schmücke. Es charakterisiert Elfriede Jelinek, daß sie selbst auf solche blöden Fragen souveräne Antworten findet: „Im Grunde, um mich zu vergrößern, genau wie ich in meiner Literatur keine psychologischen Texte schreibe. Ich habe eine Tendenz, die Dinge flüchtig zu machen und ihnen besondere Konturen zu geben. Das ist ein Entmythologisierungsvorgang. Ich denke mir, dieses Bloßlegen von Strukturen unterliegt demselben Impetus. Ich verändere ja auch die Form der Augen. Ich habe von meinen jüdisch-mongolischen Vorfahren ein leicht slawisches Gesicht. Das betone ich, indem ich die Augen schräger male. Ich betone, um leichter durchzudringen.“

Selbst die linke feministische Kritik wie z.B. die der „Emma“ neigt dazu, Elfriede Jelinek in das Image des neurotischen Monsters zu verpacken, das es geschafft hat, die eigene Destruktivität literarisch zu verkaufen.

Ich, angestoßener Leser, Mann, Redakteur dieser Zeitung einer ehemals neuen kommunistischen Bewegung, der ja auch Elfriede Jelinek entstammte, wollte für den AK wissen, wie sie — zusätzlich zu der von ihr geschilderten Unmöglichkeit der Verhältnisse — dieses Image erträgt. Welche Hoffnungen sie hat, persönliche, weibliche, politische. Ob überhaupt. Warum sie trotz Kritiken Mitglied der KPÖ geworden ist.

Zum Gespräch lud sie mich nach einem gemeinsamen Essen, das sie bezahlte, in das Vorort-Reihenhaus in Wern/Hütteldorf ein. Zwei feinsten-derübergende Zimmer mit weiter Glasfront zu den Hängen des Wienerwaldes hinaus. In einem ein großer schwarzer Flügel, im anderen ein cremefarbener Computer, großzügig aufgebaut, Blick frei nach draußen wie vom Cockpit eines Flugzeugs. Ein paar Bucherstapel, ein paar hochstülzige klassizistische Konsolen für ihre Pflanzen, ein Glaskisch, ein paar new-wave-gestylte Stuhlbeine. Viel Raum trotz baulicher Enge. Kaffee. Etwas zu knabbern. Endlich. Das Gespräch kann beginnen.

Karl Ehlers alias F.



Elfriede Jelinek in ihrer Wohnung

Photo: Peter Schuster

Individualität aus dritter Hand

Was meinst du, wenn du sagst, es sei nicht mehr möglich, individuell zu handeln?

Es wird ständig vorgegaukelt, daß man die Wahl hätte zwischen verschiedenen Dingen. Die hat man eben nicht, weil die Wirklichkeit so ist, wie sie ist. Deswegen kommt in fast allen meinen Büchern irgendwann mal eine fundamentale Medienkritik vor. Mir wird dann z.B. vorgeworfen, ich würde meine Wirklichkeit nicht aus erster Hand beziehen, sondern aus zweiter und dritter Hand, nämlich durch Medien, durch Fernsehen gefiltert. Als ob es irgendjemand von uns noch möglich wäre, Wirklichkeit aus erster Hand wahrzunehmen. Mich hat von den frühesten Sachen an, die ich geschrieben habe, immer die Trivialmythologie interessiert, wie sich Wirklichkeit gefiltert in Trivialromanen, in Groschenromanen, in der Fernsehserie, in der Familienserie niederschlägt, wie diese Wirklichkeit aus zweiter Hand dann wieder in uns. Wir haben dann die Wirklichkeit aus dritter Hand.

Ich glaube, daß die Kritik im Grunde davon ausgeht, daß Literatur einen Ausweg zu zeigen hat.

Ich würde niemanden davon abraten oder verbieten wollen, einen Ausweg aus der Misere zu zeigen. Ich wäre selbst glücklich, wenn ich einen wüßte. Aber ich weiß keinen und ich kann ihn nicht liefern. Bis jetzt beschränkt sich meine Literatur ausschließlich darauf, die Verhältnisse mit den Mitteln der Übertreibung, der Satire und der Beugung der Wirklichkeit, also zugegebenermaßen tendenziös und manipulativ so zu schildern, daß man mit Wut und Abscheu auf diese Verhältnisse reagiert, in denen sich Menschen so verhalten müssen, wie sie es tun. Denn meine Figuren verhalten sich nicht so, wenn sie sich so verhalten wollen, sondern weil sie sich nicht anders verhalten können. Die Dinge laufen einfach so ab, wie sie ablaufen müssen. Zufall ist nur eine geringe Bandbreite. Das Entscheidende ist für mich ist die Zugehörigkeit einer Person zu einem bestimmten Geschlecht, zu einer bestimmten Klasse. Die bedingt schon ihre Determiniertheit. In dieser Determiniertheit kann sie so oder so handeln, aber ihr Spielraum ist relativ eng. Das

Fortsetzung von vorheriger Seite

formierter sein müßten. In den „Liebhaberinnen“ z.B. unterliegen ja die Frauen vollkommen ihrer Illusion eines ganz glücklichen normalen, gesunden Hausfrauenlebens. Von mir wird das aber so geschildert, daß das, was diesem glücklichen, normalen, angepaßten Leben zugrundeliegt, eigentlich der nackte Machtkampf, der nackte Terror, eben unheimliche Verhältnisse sind. Ich seh mich komischerweise auch gar nicht so sehr neurotisch.

Wie glaubst du, kommt das Bild zustande, das da von dir entsteht?

Das ist mir eigentlich auch nicht ganz erklärlieh. Im Gegenteil, da ich eine Arbeit mache, die relativ wenig entfremdet ist im Verhältnis zu anderen Arbeiten, die andere Leute machen, bin ich im Grunde eigentlich sehr gesund (lacht) Ich wage es kaum zu sagen. Niemand ist gesund von uns, aber zumindest habe ich eben die Chance, mich in meiner Arbeit so weit wie möglich zu verwirklichen. Wer hat denn die schon! Es gibt ja kaum eine weniger entfremdete Arbeit als Kunst zu machen. Im Grunde sind wir in einer unglaublich privilegierten Situation im Vergleich zu den Leuten, die Fleißarbeit machen oder ähnlich entfremdete, langweilige uninteressante Arbeit. Die müßten alle neurotisch sein. Sind sie ja auch.

Elfriede Jelinek Michael Ein Jugendbuch für die Infanzil- gesellschaft

Der Traum von Doris Day

Kannst du dir überhaupt Menschen vorstellen, die unter den bestehenden Verhältnissen nicht neurotisch sind? Heile Welt? Harmonische Familienverhältnisse?

Kann ich mir nicht vorstellen, aber ich muß zugeben, da ich aus chaotischen Familienverhältnissen komme, daß manchmal die Illusion einer heilen Familienwelt, wie mir das hier in meiner Umgebung so geboten wird, schon große Sehnsüchte in mir auslöst. Und auch wenn ich weiß, daß mir dieser Weg versperrt ist, ich dann doch

Umgebung so geboten wird, schon große Sehnsüchte in mir auslöst. Und auch wenn ich weiß, daß mir dieser Weg versperrt ist, ich dann doch manchmal so den Wunsch habe, bzw. früher hatte, in einen Doris Day-Film zu gehen. Mich hat die scheinbare Harmonie dieser Filme seltsamweise sehr fasziniert. Obwohl ich doch ständig damit beschäftigt bin, diese Tünche abzukratzen, die Fritze, die dahintersteckt zum Vorschein zu bringen, muß ich doch zugeben, daß ich oft den Wunsch gehabt habe, mich selbst einmal dieser scheinbaren Harmonie hingeben zu können, das Leben einer Vororthausfrau mit zwei, drei Kindern zu führen. Das ist schon etwas, worin ich spiele. Es erscheint mir aber so exotisch, wie irgendwelche südseeinsulanschen Ausflüge von Margret Mead.

Das Chaos, von dem du sprichst, waren ja vor allem wohl extreme Widersprüche zwischen großbürgerlichem Katholizismus deiner Mutter und dem jüdisch-proletarischen Herkunft deines Vaters. Das muß ja auf dich zerstörende Wirkung gehabt haben.

Ja, es war der Zusammenprall zweier Welten. Das kann man wirklich sagen. Vater war ja nicht nur jüdisch und proletarisch, sondern auch politisch. Er war ja Sozialist wie sein Vater auch. Es war sozusagen ein ständiges Gezerre um mich als Kind, welche Seite die Oberhand gewinnt, d.h. ich bin zur Frontkämpferprozession in weißen Kleid gegangen und am 1. Mai mit roten Zöpfchen zum Mai-Aufzug (lacht). Normalerweise hat sich aber meine Mutter als die sehr viel stärkere durchgesetzt. Mein Vater ist ja auch unter tragischen Umständen geistig umgebracht worden. Er ist auch irgendwo — ich will das nicht mythologisieren — schon an den Verhältnissen zugrundegegangen. Jedenfalls hat mich meine Mutter als die Stärkere durchgesetzt. So kann ich sagen, daß der achjährige Aufenthalt in einer exklusiven privaten Klosterschule einem tieferen Einbruch in die Klassengesellschaft bechert als einige Sommeraufenthalte

bei den „Roten Falken“ oder im „Kinderland Junge Garde“.

Nach dem Abitur hastest du einen Totalzusammenbruch, bist in der Behandlung mehrerer Psychiater gewesen. Welche Erfahrung hast du daraus gezogen. Kann Psychotherapie Problemlöser sein?

Mir sind halt nach dem Abitur die Sicherungen rausgegangen. Im Grunde müßte das bei jedem passieren und schon früher passieren, nur die einen passen sich leichter an, setzen der Anpassung weniger Widerstand entgegen. Offenbar war es mir nicht möglich, mich so nahtlos anzupassen. Mein Protest war eben, ein Jahr nicht auf die Straße gehen zu können, aus klausurphobischen Gründen in kein Verkehrsmittel mehr steigen zu können. In diesem Jahr, in dem ich nur zuhause war, habe ich intensiv zu schreiben begonnen, weil ich zu nichts anderem instande war. Also gar kein so schlimmes Schicksal. Ich habe neulich erst gelesen, daß es — bedingt natürlich durch die wirtschaftlichen Krisenzeiten — immer mehr arbeitslose Akademiker oder Jugendliche, die keine Lehrstelle bekommen, gibt, die auch so reagieren. Schließlich sich ein, gehen nicht hinaus, weil sie die verachtungsvollen Blicke usw. der anderen nicht ertragen. Das ist eine vollkommen natürliche Reaktion. Man wundert sich ohnehin, daß nicht ständig viel mehr Leute wahnsinnig werden oder durchdrehen oder Morde begehen. Wo sowas passiert, da sind dann immer nur die Sicherungen rausgegangen.

Bist du wegen deiner jüdischen Herkunft selbst mit Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert worden?

Also nicht wie mein Vater, der ja tatsächlich verfolgt war. Die einzigen antisemitischen Anwürfe, die ich erlebt habe, kamen von sozialdemokratischen Funktionären, bezeichnenderweise, auch die einzigen antisemitischen Briefe, die ich je bekommen habe — als Reaktion auf Sachen, die ich geschrieben habe (nachdenkliches Schweigen, dann leise) Das ist schon lustig, schon sehr interessant. Eines vor allem, der hat sich deklariert als SPÖ-Funktionär — wenn er es war, ich will es sogar glauben —, der mich als slawische Brute beschimpft hat. Ich sollte doch zurückgehen. Gerade noch, daß er nicht gesagt hat: Sie haben vergessen, dich zu vergasen. Also wirklich unverstellter Antisemitismus. Mit verschleiertem Antisemitismus habe ich es sehr oft zu tun. Vor dem Wahlheim-Wahlkampf haben die sich nicht so herausgetraut. In diesem Wahlkampf haben sie sich sehr wohl herausgewagt.

„Umgekehrtes Prinzip Hoffnung“

„Umgekehrtes Prinzip Hoffnung“

Du lehntest den Zwang zum Positiven, die Forderung, literarische Gesellschaftskritik müsse mit dem Aufzeigen eines Auswegs, einer positiven Utopie verbunden sein, für dich ab. Unterliegt deiner Kritik trotzdem eine utopische Grundhaltung? Hast du Hoffnung, daß eine Gesellschaft anders sein könnte, als du sie schilderst?

Ich weiß nicht genau, wie diese Gesellschaft aussieht, aber natürlich habe ich, seit ich mich überhaupt politisch betätige, schon die Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft. Alle meine Inhalte zeigen, daß das unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen nicht möglich ist, aussichtslos ist und implizieren, daß sich die Verhältnisse einfach ändern müssen. Dann würde ich sicher ganz andere Literatur schreiben, wenn die Verhältnisse sich geändert hätten. Daß sich aber die Frau nicht automatisch befreien wird, selbst wenn die Vergesellschaftung der Produktionsmittel stattgefunden hat, ist auch eine Tatsache. Ich schwanke so: Ein Buch von mir ist eher politisch, eins feministisch. Ich habe das Gefühl, das wechselt sich immer, schon fast dialektisch, ab. Immer wenn ich ein politisches Buch schreibe, habe ich dann sehr stark das Bedürfnis (lacht), ein feministisches zu schreiben.

Siehst du das als Gegensatz?

Ich sehe es überhaupt nicht als Gegensatz. Aber ich sehe sehr wohl, daß die Frau nicht automatisch befreit sein wird, wenn die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, sondern daß die Frau immer noch weiter daraus kämpfen wird müssen. Vielleicht ist es auch einfach ganz banal so, daß ich, wenn ich mich an dem einen Punkt abregiert habe, sofort den Wunsch habe, auch bzgl. des anderen abzuregieren. Das kommt einfach darauf an, welche Dinge einem im Augenblick die größere Frustration bereiten. Bei „Oh

Waldnu, oh Schutz vor ihr!“ waren es eindeutig die politischen Verhältnisse, die Entwicklung, die die österreichische Sozialdemokratie genommen hat, die mich dazu gebracht hat, zu versuchen, eine ästhetische Form für die Politik zu suchen. Das hat Jura Soyfer eigentlich zuletzt gemacht. Er hat eine Partei zum Gegenstand eines Romans gemacht. Nur er hat ihn natürlich nicht fertig schreiben können, weil die Nazis ihn umgebracht haben. Aber das hat mich eben sehr gereizt, eine ästhetische Form zu finden, in der man Politik so darstellt, daß sie über ihre leicht verderbliche Aktualität hinaus eben Literatur wird und eine gewisse längerdauernde Gültigkeit bekommt. Im nächsten Text werde ich sicher wieder feministischer werden. Das sehe ich schon kommen (lacht).

Siehst du dich in der Rolle einer Cassandra, einer Mahnerin, einer nicht gehörten Seherin?

Ja (nachdenkliche Pause), so habe ich mich eigentlich noch nicht gesehen. Aber jetzt wo du es sagst! — Da ist schon was dran. Vor allem eine, die auch ziemlich angefeindet wird, denn Cassandra ist das auch nicht gedankt worden. Ich hab immer mehr den Eindruck, daß die Leute das nicht gerne hören. Sie fragen mich immer, wo das Positive bleibt. Sie lassen sich nicht gern deprimieren. Aber ich seh die Zustände nun einmal deprimierend. Auch im Widerspruch zu meiner politischen Überzeugung kann ich leider keinen revolutionären Optimismus aufbringen. Leider nicht. Da gerate ich selbst mit meinen eigenen, die mir politisch am nächsten stehen, in Konflikt, weil ja auch sie das eigentlich von mir erwarten. Aber ich würde das schon als verlogenes ansehen, wenn ich einen Partei-eintritt oder eine Politisierung als Rezept ausgehen würde. Diesen Schritt habe ich noch nicht machen können. Vielleicht kommt er noch.

Was hältst du von der wachsenden apokalyptischen Literatur?

So: Nach Tschernobyl ist kein Oed zhi mehr möglich? Wie schon, Adorno nach Auschwitz keines mehr für möglich gehalten hat? — Es sind eine Menge Gedichte geschrieben worden. Ich glaube auch nicht, daß Adorno das so gemeldet hat. Der hat wohl gemeint, man muß erst recht Gedichte schreiben, obwohl sie eigentlich nicht möglich sind. Wie auch die Gürtel Anders'che Position, der sagt: Es ist eigentlich alles verloren. Wir können nichts mehr tun. Wir müssen aber immer noch kämpfen. Also ein umgekehrtes Prinzip Hoffnung, wo man nicht weiß, wofür man kämpft, aber man kämpfen muß. Auf jeden Fall weiß man, daß das Kämpfen vergeblich ist, aber man muß trotzdem kämpfen. Ich meine, wenn man sich in dieser Endzeitumgebung bequem einrichtet, wie mir das bei Lektüre einschlägiger Zeitungen manchmal vorkommt, einfach so ein gewöhnliches Sich-Wälzen in der Apokalypse und atomarem Schmutz usw., das liegt mir, glaube ich, weniger. Ich bin immer dafür, die Verursacher zu nennen und so zu bekämpfen. Also keine irrationalen ökologischen Cassandra-Schreie. Sehr wohl ein Benennen derjenigen, die Schuld sind. Eine politische ökologische Sichtweise.

Politischer Anarchismus

In den „Ausgesperrten“ stellst du als letzten Ausweg für die Identitätsfindung der dort von dir dargestellten jugendlichen Gestalten den ritualisierten Mord, die Zerstörung des eigenen Umfelds, die Zerstörung des sozialen Zusammenhangs usw. dar.

Also, als Ausweg stelle ich es überhaupt nicht dar. Ich stelle einen Fall dar, wo es scheinbar der letzte Ausweg ist oder wo es zwanghaft darin münden muß, wenn Anarchismus eben nicht politisch wird. Es ist fast wie ein politisches Lehrstück. Es sind alle Klassen vertreten. Es ist die Arbeiterklasse, allerdings in Gestalt des Verräters an der eigenen Klasse, es sind zwei Kleinbürgergeschwister und ein Mädchen aus dem Großbürgertum. Es wird einfach gezeigt, wie der Anarchismus des Kleinbürgers, wenn er nicht politisch wird, eben in persönlichem Egoismus und Gewinnstreben, also im stürmischen Sinn von „Der Einzige und sein Eigentum“, in individueller Anarchismus äußert, und daß, wenn es eine gewalttätige Aktion — die werfen ja auch Bomben — betrifft, das Mädchen, das aus der herrschenden Klasse kommt, in seiner kriminellen Energie viel stärker ausfallen kann. Das Mädchen kann frei von ökonomischen Ängsten und Zwängen, von den damit verbundenen Aufstiegswünschen und Ehrgeiz agieren, freier als die beiden

chen kann frei von ökonomischen Ängsten und Zwängen, von den damit verbundenen Aufstiegswünschen und Ehrgeiz agieren, freier als die beiden Geschwister, die ursprünglich eigentlich die treibende Kraft dieser anarchistischen Gruppe waren, dann aber an ihren Aufstiegswünschen in ihrer verendeten Kleinbürgerschicht scheitern. Das kann eigentlich nur in einer Katastrophe enden — oder in der Anpassung. Was anderes bleibt nicht.

Was meinst du mit Anarchismus, der nicht politisch wird?

Ich will damit — ohne jede Parteinahme — einfach nur abgrenzen von kommunistischen Anarchisten wie Bakunin z.B. Ich benutze den Begriff „politischer Anarchismus“ nur als historische Terminologie. Gemeint ist: Nicht-Durchsetzung der eigenen egoistischen Wünsche auf Kosten von Minderheiten, auf Kosten ganzer gesellschaftlicher Gruppen — was ja andersherum der Faschismus ist. Ein Anarchist dagegen muß ja schon ein allgemeines gesellschaftliches Ziel im Auge haben, also ein gewalttätiges Zustandbringen der Herrschaft der Arbeiterklasse — ja nur selten in der Geschichte funktionierten das und auch nicht sehr gut, wie man weiß.

Kannst du dir einen solchen politischen Anarchismus heute vorstellen?

Wenn ich mir die neuen ökologischen Bewegungen anschau, die in ihrer Verzweiflung immer gewalttätiger werden, kann ich ihn mir allerdings vorstellen. Ich kann mir sogar vorstellen, daß in einer zu hoch technologisierten Gesellschaft auf diese Weise ein neues revolutionäres Potential heranwächst, was ich zum Beispiel 68 nicht für möglich gehalten hätte. Diese Entwicklung haben wir wohl alle nicht vorausgesehen, daß sich gerade an ökologischen Fragen ein neues revolutionäres Potential, das nicht unter der Hoheit einer Partei steht, bilden würde. Aber die Entwicklung ist sehr interessant und ich würde nie sagen, daß das abzulehnen wäre.

Elfriede Jelinek Die Liebhaberinnen Roman

VORWORT:

kennen Sie dieses SCHÖNE Land mit seinen Tälern und Hügeln? es wird an der ferne von schönen bergen begrenzt. es hat einen horizon, was nicht viele Linder haben. kennen Sie die wiesen, felder und felder dieses landes? kennen Sie seine friedlichen bauer und die friedlichen menschen darinnen? mitten in dieses schöne land hinein haben gute menschen eine fabrik gebaut. geduckt bildet ihr als-welldack einen schönen kontrast zu den laub- und nadelwäldern ringsum. die fabrik duckt sich in die landschaft. obwohl sie keinen grund hat, sich zu ducken. sie könnte ganz aufrecht stehen.

es ist gut, daß sie hier steht, wo es schön ist und nicht anderswo, wo es unschön ist. die fabrik sieht aus, als ob sie ein teil dieser schönen landschaft wäre. sie steht aus, als ob sie hier gewachsen wäre, aber nein! wenn man sie näher anschaut, nicht man es: gute menschen haben sie errichtet, von nichts wird schließlich nichts. und gute menschen gehen in ihr ein und aus. anschließend ergießen sie sich in die landschaft, als ob diese ihnen gehören würde. die fabrik und das darunterliegende grundstück gehören dem besitzer, der ein konzern ist. die fabrik freut sich trotzdem, wenn frohe menschen sich in sie ergießen, weil solche mehr leisten als unfrohe. die frauen, die hier arbeiten, gehören nicht dem fabrikbesitzer. die frauen, die hier arbeiten, gehören ganz ihren familien. nur das gebäude gehört dem konzern. so sind alle zufrieden. die vielen fenster blitzen und blinken wie die vielen fahrräder und kleinautos draußen. die fenster sind von frauen geputzt worden, die zuvor meistens von männern.

die vielen fenster blitzen und blinken wie die vielen fahrräder und kleinautos draußen. die fenster sind von frauen geputzt worden, die zuvor meistens von männern. alle leute, die zu diesem ort gekommen sind, sind frauen. sie nähern. sie nähern wieder, büstenhalter, manchmal auch korsetts und ... oft berühren diese frauen oder sie gehen sonderbar zugrunde. solange sie aber nähern, nähern sie. oft schneit ihr blick hinaus zu einem vogel, einer bume oder einem grauhalm. sie können manchmal die nester draußen besser genießen und verstehen als ein mann.

eine maschine macht immer eine arbeit. es wird ihr nicht langweilig dabei. sie erfüllt dort ihre pflicht, wohn sie gewohnt ist. jede maschine wird von einer angelernten oberin bedient, so wird der nähern nicht langweilig dabei. auch sie erfüllt ihre pflicht. sie darf dabei sitzen. sie hat viel verantwortung, aber keinen überblick und keinen weiblich. aber meistens einen haubalt. manchmal am abend fahren die fahrräder ihre besitzerinnen nach hause. beim. der besitzer stehen in derselben schönen landschaft. hier gedacht zufriedenhait, das sehr man. was die landschaft nicht zufrieden machen kann, den machen die kinder und der mann vollauf zufrieden. was die landschaft, die kinder und der mann nicht zufrieden machen kann, den macht die arbeit vollauf zufrieden. doch diese gedachte beginnt ganz wunderbar: in der großstadt. dort steht eine zweigstelle der fabrik, oder besser, dort steht die hauptstelle der fabrik und jene stelle im voralpengebiet ist die zweigstelle. auch hier nähern frauen, was ihnen liegt. sie nähern nicht, was ihnen liegt, sondern das nähern an sich liegt den frauen schon im blut.

es müssen diese blut nur noch aus sich herauskommen. hier handelt es sich um eine ruhige weibliche arbeit. viele frauen nähern aus halbem herzen, die andre herzenhäftig nimmt ihre familie ein. manche frauen nähern aus ganzem herzen, das und nicht die allerbesten, die das tun. in der rüdichen meel der robe beginnt unsere gedachte, die bald wieder zu ende ist. wenn man ein schicksal erlebt, dann nicht hier. wenn man ein schicksal hat, dann ist es ein mann. wenn einer ein schicksal bekommt, dann ist es eine frau. leider geht hier das leben an einem vorbei, nur die arbeit bleibt da. manchmal verurteilt eine der frauen, sich dem vorbeigehenden leben anzuschließen und ein wenig zu plaudern. leider fährt dann das leben oft mit dem auto davon, zu schnell für fahrrad auf wiederhol!

Dem Müll eine Abfuhr erteilen

Joschka Fischer organisiert den Notstand

Die erste Pflicht eines grünen Ministers, sprach Joschka Fischer im Sommer 85, noch vor seiner Amtseinführung, wäre es, diese Kluft (zwischen dem Notwendigen und dem Machbaren; Anm. AK) zur Mobilisierung zu nutzen, das heißt, das Machbare bis an die Grenzen des politisch und rechtlich Möglichen umzusetzen und gleichzeitig deutlich zu machen, wo die Hauptwiderstände gegen weitere Verbesserungen zu finden sind: bei der Industrie, in regionalen Gremien oder beim politischen Gegner, bei der SPD und den rechten Oppositionsparteien.

Nach einjähriger Amtszeit mobilisiert der erste grüne Minister der Welt zunehmend gegen sich selbst. Auch bei der Benennung der Hemmnisse und Widerstände gegen seine total neue Reformpolitik wird Joschka Fischer immer ungesauer: Neben den Oberschurken Wallmann, Hoechst und die „sehr mehr als 40 Jahren in der Regierungsverantwortung“ stehende, vielfach unbewegliche SPD treten mehr und mehr die „schrecklichen Suchzwänge“, die „Anlasten“ und die Müll-„Beseitigungslücke“.

Seine wesentliche Aufgabe sieht Joschka heute darin, im Amt zu bleiben: Die Leistung der ersten anderthalb Jahre wird vor allem das Überleben sein, weil man uns im wahren Sinne kaputt machen will. Das habe ich damals schon gesagt: Nicht unterzugehen, diese Koalition 1987 wieder bestätigt zu bekommen, das ist die Funktion, die diese Koalition erst mal hat.

Knotel im Müll

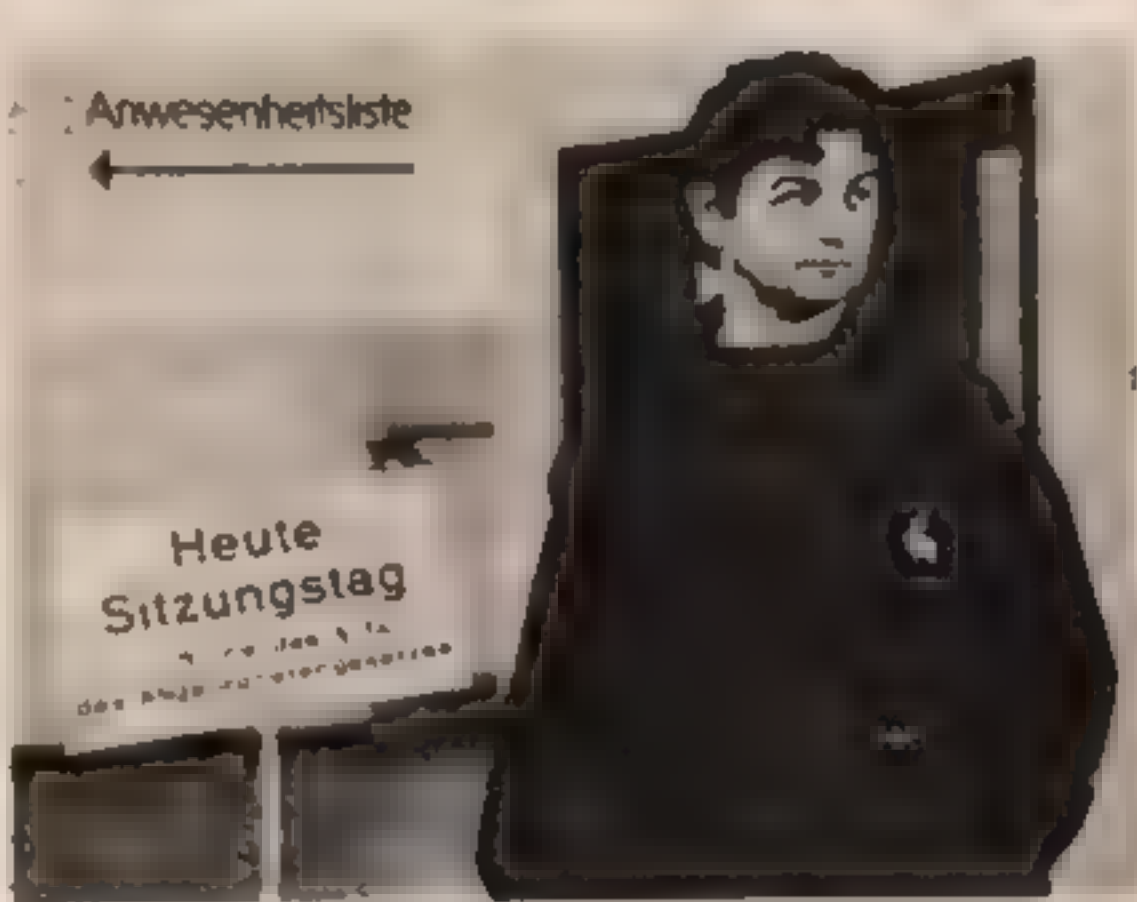
Nach den Schlagzeilen zum hessischen „Müll-Skandal“, speziell der „Spiegel“-Enthüllung über „Joschkas Dioxin-Export“, sah sich der Hessische Minister für Umwelt und Energie (HME) einer „regelrechten Kampagne“ ausgesetzt und reagierte über sein Pressereferat mit einem acht Seiten langen Rechtfertigungspapier adressiert an die grüne Basis.

„In Hessen besteht eine „Beseitigungslücke“ von etwa 2/3 der jährlich anfallenden 100 000 Tonnen Sondermüll. Im übrigen kommt „kein einziger

zuletzt Deponie Herfa Neurode einzulagern, gehen wir davon aus, daß auch uns Deponiekapazitäten in den Bereichen, wo wir aktuelle Engpässe haben, zur Verfügung gestellt werden müssen. Eine Krähne wäscht eben die andere. Den verantwortungslosen Fundis fällt stattdessen nur die „schöne Forderung“ nach sofortigem Stopp aller Mülltransporte ein — angesichts der vorgefundenen Situation würde dies praktisch über die rot-grüne Landesregierung unter einem Industriemüllnotstand begraben.

Die eigentlich erforderliche „konsequente Vermeidungspolitik“ sei derzeit nicht machbar. Außer „hochqualifizierten Experten“ fehlen auch rechtliche Instrumente: Da hier konkurrierende Gesetzgebung herrscht, liegt der Schlüssel für den Erlaß solcher Gesetze beim Bund. Das haben wir auch schon mal gehört — wenn Sozialdemokraten über die Schwierigkeit des Einsatzes in den Ausschüssen philosophieren. Bis auf weiteres muß noch im Müll gewühlt und geforscht werden. Anfangen kann man sofort, aber wirkliche Erfolge brauchen Zeit, Wissen, Organisation und Durchsetzungsmacht.

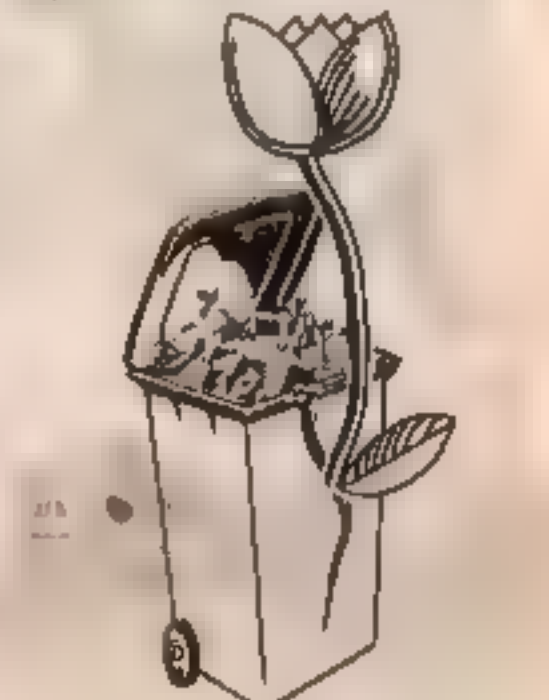
Nachdem die Giftmüllexporte in die DDR inzwischen gerichtlich untersagt wurden und der für 60 Mio. DM fast fertig gebaute Deponie Mainhausen ebenfalls durch Gerichtsbescheid die Genehmigungsgrundlage entzogen wurde, müssen neue Geschäftspartner gefunden werden. Mit dem Vorhaben, 10 000 Tonnen dioxinbelastete (an der Nachweisbarkeitsgrenze belastet wie das Ministerium versichert) Filterstäube aus Müllverbrennungsanlagen in Österreich zu deponieren, hatte der Minister dann echtes Pech: Daß das österreichische Parlament sich während der Verhandlungen der HME (Hessische Industriemüll GmbH; Anm. AK) aufhält, das war nicht vorzusehen. Als ich von dem Vertragsabschluß erfahren habe, war der Wahlkampf in vollem Gange, da war nichts mehr zu halten, und so ging die Lawine nach bekanntem Muster zu Tale. Und daß der „Spiegel“ aus diesem dann geplatzten Geschäft den Müll-Skandal des Jahres macht, ist natürlich total ungerecht.



rende Leitmotive nicht nur dieses Papiers, sind wesentliche Geschäftsgrundlage der hessischen Koalition. Die Sozialdemokraten, aus deren Munde vor allem das Zeit-Argument nach vierjähriger Regierungstätigkeit nicht mehr so richtig überzeugend klingen würde, sind dabei in der angenehmen Lage, das Wort an ihren Juniorpartner abtreten zu können. Der ist neu im Geschäft und fühlt sich so gar stark genug, seine links-grünen Kritiker zu beschimpfen. Woraus schöpft der gebeutelte hessische Umweltminister seine Kraft? Aus den Massen natürlich. Unsere Wähler sind doch viel avantgardistischer als breite Teile unserer Partei, und unsere Wähler werden den Konservatismus Tramperts und Diefurths, der sich bloß radikal geriert, nicht mitmachen. Die Wähler wollen Bewegung! Bewegung aber schafft Joschka Fischer, von Wiesbaden und Frankfurt nach Schönberg — und zurück über Hannover nach Herfa Neurode

Ja./ Hamburg

Anmerkungen
1) „Von der Machbarkeit des Unmöglichen. Politische Gespräche über grüne Praxis und grüne Perspektiven“ herausgegeben von Sabine Stamer (Lampus-Verlag).
2) „Schreckliche Suchzwänge“ Interview mit Joschka Fischer in „Kommune“ Nr. 1/1987



Experten aus anderen Bundesländern mit der Bitte um „praktikable Vorschläge“. Kennzettel irgend jemand eine noch nicht ausgelagerte, halbwegs umweltverträgliche Deponie? Nicht praktikabel, weil zu sauer findet man in Wiesbaden den Vorschlag der niedersächsischen Grünen: Die Industrie dazu zu bringen, ihren Sondermüll in „Parkhäusern“ unterzubringen, bis Wiederverwertung bzw. sachdienliche Deponierung sichergestellt werden können, könnte eine Regierung, die sich stark fühlt, vielleicht ja neu vorschlagen. Wer aber soll das dann kontrollieren? Das Schwein, der Verantwortliche, ist wieder der Fischer.

So wie der Ausstieg aus der Atomenergie nur im Einvernehmen mit den AKW-Betreibern machbar ist (Hauff, Dobnanyi), so gilt das Konsensprinzip auch in der Müllvermeidungspolitik. Dies ist der düstere „Ausblick“ des Acht-Seiten-Papiers.

Bis zur Entwicklung von umweltverträglichen Vermeidungstechnologien

und ihrer wirksamen praktischen Anwendung in der Industrie, bis zur Realisierung neuer, umweltverträglicher Deponien braucht es, wie gesagt noch Zeit. Bis dahin heißt die Alternative: Produktionsstilllegung, — weil der Müll nicht wegkommt, oder weitere Flickschusterei bei der Abfallbeseitigung. Das erstere halten wir politisch nicht für realistisch — wir Grüne haben dafür ganz einfach nicht die Macht, und die SPD auch nicht. Dazu wären 90 % nötig. Ein Versuch, z.B. Hoechst an diesem Punkt, in die Knie zu zwingen, würde allenfalls damit enden, daß Wallmann hessischer Ministerpräsident wird. Deshalb einen reaktionären Durchmarsch in Hessen zu verantworten und anschließend zuzusehen, wie unsere Skrupel und Umweltprobleme mit dem Polizeiknüppel beiseite gewischt werden, dazu sind wir nicht bereit.

Die Aufforderung zur Geduld und die Warnung vor der noch schlimmeren CDU-Politik, immer wiederkeh-

Üble Eskapaden eines grünen MdB

Freiheit siegt! Das muß sich der grüne Bundestagsabgeordnete Reents wohl gedacht haben, als er seine Partei mit dem Antrag konfrontierte, ihm und einer weiblichen Begleitung seiner Wahl einen Honeymoon auf der Vanille-Insel Madagaskar zu spendieren. Er hat seine Pappenheimer und Pappenheimerinnen offenbar richtig eingeschätzt, denn in beispielloser Dreistigkeit verzichtete er von vornherein darauf, halbwegs plausible politische Gründe für sein Vorhaben zu konstruieren. Seine Beschwörungen der „immergrünen“ Regenwälder und der vorgeblich tierpfegeerischen Gesichtspunkte müssen jedem, der wirklich mit der Dritten Welt aktiv solidarisch ist, die Schamröte ins Gesicht treiben. Reents' Krokodilstränen über seine ganz persönliche „Betroffenheit“ kann man nur als zutiefst verlogen und zynisch kennzeichnen. Noch korrupter und brutaleregoistischer geht es wohl nicht mehr. Kein Wunder bei einem „Volksvertreter“, dessen dekadente Vorlieben für französische Parfums und Weine, für mindestens 30 Jahre alten Scotch und für erlesene baskische Kräuterköre am Lande mittlerweile sprichwörtlich geworden sind.

Als besonders beschämend kommt hinzu, daß dieses im Jetset zwischen Bonn und Hamburgs Schöckerviertel Eppendorf vor sich hinfaulende Fröschchen der „ökologischen Revolution“ den Reichen einer kommunistischen Organisation entstammt, für die er vor einigen Jahren sogar als Verleger und Presseverantwortlicher aktiv war. Aber Reisen mit Damenbegleitung auf irgendwelche Südeinseln hat man ihm da natürlich nicht bieten können und wollen.

Dem Skandal die Krone aufgesetzt wird durch die Tatsache, daß dem Antrag des grünen „Schnorrerkönigs“ von seinen Ministern auch noch stattgegeben wurde. „Eine Hand wäscht die andere“, scheint man sich da lässig schmunzelnd gedacht zu haben. Lenin hat schon gewußt, warum er einst dazu aufrief, die bürgerlichen Parlamente auseinanderzujagen.

„Schwarzbußen“, sagte Lenin. „Reisebüro“ muß man heute wohl hinzufügen. Es wird dem siegreichen Proletariat nach der sozialistischen Revolution die Wahl schwerfallen, ob man diesen Halunken an die nächste Latrine hängt oder ihn für 20 Jahre in die Fischmehlfabrik nach Cuxhaven

Wahl Dackgassch



Im Wortlaut: Der Antrag des J.R.

Hiermit beantrage ich, nur zum Jahresende eine zweiwöchige Reise nach Madagaskar zu bewilligen.
Begründung: Bei Durchsicht der knapp vierjährigen Reisetätigkeit unserer Fraktion ist mir aufgefallen, daß es bislang keine einzige Reise nach Madagaskar gegeben hat. Mich hat das traurig, während und betroffen gemacht, und ich bin nicht bereit, dieses Veräumnis persönlich noch länger mitzutragen.

Offensichtlich herrscht eine Geringschätzung gegenüber diesem Land in weit in die Reihen der Grünen hinein. Dabei handelt es sich hier um die viertgrößte Insel der Erde mit heute wohl mehr als acht Mio. Einwohnern. Die führende Position Madagaskars in der Weltproduktion von Vanille, seine erloschenen Vulkane, seine immergrünen Regenwälder und die in Madagaskar noch häufig anzutreffende Schleichkatze, wie auch die Tatsache, daß 1% der Madagassern Moslems sind, sind für mich Grund genug, jetzt endlich diesen Reiseantrag zu stellen.

Daß andere in der Fraktion es bislang peinlichst vermieden haben, das Thema Madagaskar überhaupt auch nur anzuschneiden, hängt nach meiner Einschätzung damit zusammen, daß die CDU-Lüge von der Pest an Bord alter Schiffe, die vor Madagaskar liegen, ihre Wirkung auch in unserer Fraktion getan hat. Nach meiner Überzeugung darf man diese Behauptung nicht länger unwidersprochen zu stehen lassen, sondern es kommt darauf an, sie durch eigene Erfahrungen zu widerlegen. Dazu bin ich bereit.

Um den Grundrissen unserer Partei in vollem Umfang Rechnung zu tragen, erkläre ich mich außerdem bereit, mich noch um eine weibliche Beteiligung an dieser Reise zu bemühen.

Ich bitte um Brechtstimmung bei der A11 Sitzung am 9.12.86.

Schöne Grüße
Jürgen Reents



ges Bundesland ohne Export“ aus Schwerpunkt ist der Müll-Export in die DDR Deponie Schönberg. Kein schöner Zustand für die hessischen Grünen, vertreten sie doch die Ansicht, daß bei gleicher ökologischer Eignung die Deponierung im Inland (bei allen Protesten) dem Export in Länder, in denen aufgrund ihres politischen Systems der Protest sich nicht artikulieren kann, vorzuziehen ist.

Andererseits geht es auch nicht ohne Länder übergreifenden Müll-Austausch: Da wir erhebliche Mengen gefährlicherer Abfälle aus anderen Bundesländern annehmen, um sie in die noch höherem Standard in Europa

Vorbereitung auf den „Beseitigungsnotstand“

Trotz dieser arg am Image kratzenden Panne soll weitergewirtschaftet werden. Sühn mit der Industrie anlegen? In diese Falle geht Joschka Fischer nicht: Wir würden Hoechst natürlich einen Gefallen tun, wenn wir ihnen jetzt die Möglichkeit bieten würden, kurzzeitig durch das von Fischer herbeigeführte sogenannte Abfallchaos einführen zu können. Stattdessen wenden sich die Wiesbadener „Müllschlucken“ aus der Dostojewskistraße (haus eigene Formulierung) an die grünen Müll-

Offener Brief

an die Genossinnen und Genossen der RAF

Ich schreibe euch diesen Offenen Brief, weil ihr keinen Briefkasten habt und um der notwendigen öffentlichen Diskussion willen. Länger schon schreibe ich Briefe an Politiker (CDU und Grüne), nichtöffentlich, weil die im Gegensatz zu euch nicht auf einen Offenen Brief eines Gefangenen reagieren können.

Ich sag da ungefähr:

Über die Ursachen des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik, über die Gründe, die dazu führten, wird man sich noch in den nächsten Jahrzehnten streiten. Obwohl es so einfach ist: RAF und 2. Juni waren die „Folge der Unfähigkeit dieser Gesellschaft, sich der politischen Kritik (der APO, K.J.) zu stellen und anders als repressiv darauf zu reagieren.“ (Reinhard Kraus).

Bei euch weiß man noch besser wo ihr herkommt, wie ihr euch politisiert habt. Ihr kommt mehr oder weniger alle aus den Gruppen, die jahrelang gegen die Isolationshaft protestiert und demonstriert haben. Die endliche Aufhebung und Achtung dieser Haftform wurde auch wieder im neuesten Jahresbericht von amnesty international gefordert. Ich weiß nicht zum wievielten Mal schon. Das ist denen immer wieder zu sagen, die sich heute über die „Ursachen des Terrorismus“ und seine repressive Bekämpfung auf die bekannt makabre Weise streiten. Achtet endlich die Isolationshaft.

Das andere: es muß für jede/n, der/die in die Illegalität gegangen ist, auch wenn sie/er die schwersten Straftaten verübt hat, auch bei Tötungsdelikten, einen Rückweg zu einem Leben in der Legalität geben, der mit aufrechtem Gang begehbar ist.

Wer eine Wiedereingliederung im Kriegsgang will, der will eine Gesellschaft von Kriechern, und das ist allerdings nicht akzeptabel. Wer bereit ist, einem Kronzeugen Straffreiheit anzubieten, auch wenn er gemordet hat, der kann auch das genauso gut direkt anbieten, dafür daß ihr aufhört.

Damit würden die Politiker auch ihrer Verantwortung für das, was sich in den letzten Jahren an Anschlägen und Attentaten ereignet hat, gerecht.

Zu euch: In den zwei Jahren, von 1970 - 1972, in denen die ersten RAF-Mitglieder in der Fahmung waren, hatten wir als Verfolgte noch Sympathien, konnten auch unsere Sympathisanten aus diesem Rückhalt die Stärke beziehen, die es ihnen möglich machte, uns zu helfen. Die ungeplanten und ungewollten zufälligen Schießereien bei Verhaftungsversuchen, bei Personenkontrollen

Die ungeplanten und ungewollten zufälligen Schießereien bei Verhaftungsversuchen, bei Personenkontrollen und Banküberfällen, die von uns selbst als Unfälle und Notwehr verarbeitet worden waren, wurden von Teilen der Bevölkerung ähnlich bewertet, selbst wenn es Tote gab. Auch weil es Tote auf unserer Seite gab.

Als wir im Frühsommer 72 fast alle eingesammelt wurden, war das auch nicht unmittelbarer Erfolg dieser damals in der bundesdeutschen Geschichte beispiellosen Großfahndungen. Straßenpatrouillen, Fahndungsplakate, Aufrufe, der durch diese Maßnahmen erzeugte Druck, all das machte uns zu schaffen, es war aber nicht das Problem. Was uns schaffte war unsere Offensive, war die Tatsache, daß wir dazu übergegangen waren, bewußt und gewollt Menschen zu töten. Die Bombenanschläge des Frühlings 72 gegen amerikanische Hauptquartiere in Frankfurt und Heidelberg, gegen das Springerhochhaus in Hamburg, gegen einen BGH-Ermittlungsrichter in Karlsruhe, gegen Polizeidienststellen in München und Augsburg — diese Bombenanschläge änderten unsere Situation schlagartig. Wir alle konnten die Angst unserer Sympathisanten erleben. Und viele von uns die eigene. Wir konnten damit nicht mehr souverän umgehen. Mit der Entscheidung, Menschen zu töten, war eine Grenzlinie überschritten worden, die uns und unsere Sympathisanten überforderte.

Indem wir uns als Partei in einem weltweiten Krieg gegen die USA definiert haben, haben wir begründet, was wir taten. Tatsächlich hat uns zu Terroristen gemacht, daß wir für die Freiheit und das Glück aller Menschen Menschen getötet und verletzt haben, fast beliebig ausgewählt — ausgesucht vom jeweiligen Detonationszeitpunkt der Sprengkörper. Wer gerade in der Nähe war, den hat es erwischt. Damit hatten wir Angst und Schrecken auch in die eigenen Reihen getragen. Der Zweck heiligt eben nur die Mittel, der ihm entspricht. (Henry Jacoby)

Konkret haben wir das damals begründet mit der Vermittlung nordvietnamesischer Häfen und den Bombardements nordvietnamesischer Dörfer, später fast nur noch mit der erst im nachhinein bekanntgewordenen Tatsache, daß im Heidelberger Hauptquar-

Klaus Jünschkes

Offener Brief an die RAF

(in ungekürzter Fassung)

Am 29. 10. 86 veröffentlichte die taz — gekennzeichnet — eine gekürzte Fassung eines Briefes von Klaus Jünschke an die RAF. Jünschke, z. Zt. im KZ in Ditz an der Lahn, verurteilt seit 1972 eine lebenslange Haftstrafe wegen Mitgliedschaft in der RAF. Eine Woche nach Erscheinen des Offenen Briefes distanzierte Jünschke sich auf den taz-Leserbriefseiten mit einem knappen Statement von den taz-Kürzungen: „Der Veröffentlichung dieser politisch und inhalt-

lich verzerrten Version meines Offenen Briefes hätte ich niemals zugestimmt. Ein Freund wird den Brief drucken und ihn über die taz-Wiem allen Interessierten zugänglich machen.“

Der nachfolgende Text ist die aus jetzt zugewandte Originalfassung. Die von Klaus Jünschke markierten taz-Kürzungen sind kursiv kenntlich gemacht.

Im übrigen enthält das an den AK gerichtete Begleit Schreiben das Angebot, Stellungnahmen zum

Offenen Brief bzw. „zur immer wieder neu entstehenden Amnestiediskussion“ entweder direkt an Klaus Jünschke oder seine Kieler Kontaktadresse zu schicken:

Klaus Jünschke
Limburgerstr. 122
6252 Ditz/Lahn

Dirk Komitz
Trauerweg 60
2300 Kiel 14



tier der US-Army Computer durch die Explosion zerstört wurden, mit denen

tier der US-Army Computer durch die Explosion zerstört wurden, mit denen Bombardements in Vietnam berechnet und dirigiert wurden. Krieg in Vietnam von bundesdeutschem Boden aus. Wenn die Zerstörung dieser Maschinen wirklich unser Hauptanliegen gewesen wäre, hätten wir diese Computer sicher auch außer Funktion setzen können, ohne Menschen zu töten und zu verletzen. Unsere ohne Zweifel aufrichtige und gut gemeinte Solidarität mit dem vietnamesischen Volk war viel blinder, als wir es später darstellten.

Mit vielen kleinen und großen Lügen machten wir unsere potentielle Basis zu Objekten, und wir verloren sie, indem wir sie so instrumentalisierten. Diese Einseitigkeit ist in eurer Sprachlosigkeit nur größer geworden. Unsere Vorstellungen von der Entwicklung einer Revolution in der Bundesrepublik waren abgeleitet von der cubanischen Erfahrung. Regis Debray hatte das nach Diskussionen mit Fidel Castro und Che Guevara in dem Buch „Revolution in der Revolution“ niedergeschrieben. Die sehr lehrreiche Kritik von Debray an der Focus-Theorie und ihren Folgen, die 1975 unter dem Titel „Kritik der Waffen“ bei Rowohlt erschienen ist, wurde hier leider nie öffentlich diskutiert.

Was in Cuba erfolgreich war, die Schaffung einer revolutionären Situation durch einen Kern entschlossenen und intelligent kämpfender Guerrillas, war kein Rezept für die Bundesrepublik. Uns ist es jedenfalls nicht gelungen, mit denen, die sich in der Zeit der Außerparlamentarischen Opposition politisiert hatten, eine Aufstandsbewegung zu entwickeln. Als wir verhaftet wurden, waren wir politisch selbst innerhalb der Linken isoliert.

summenschoß resultierte, läßt sich vielleicht am Beispiel des Verhältnisses zur Polizei vermitteln. Anfangs sah das sehr hoffnungsvoll aus. So hieß es in einer Instruktion zur Spezialeinsatzdemonstration am 17.12.1966 auf dem Ku-Damm, die von der Kommune 1 und vom SDS organisiert wurde: „Um uns nicht zusammenzuschlagen zu lassen, um nicht die hilflosen Objekte der Aggressivität junger Leute in Polizeiuniform zu sein, demonstrieren wir nicht in der alten Form, sondern in Gruppen, als Spezialeinsatz, um uns beim Nahen der Freunde von der Polizei zu trennen und an einem anderen Ort wieder aufzutreffen.“

Da war noch Spiel in der Konfrontation. Dabei ist es nicht geblieben, wie Ulrike Meinhof im Interview mit der Journalistin Ray 1970: „Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen.“

Wie aus den Zeltzirkularen der 70er Jahre ersichtlich wurde, war Bulle und Schwein neben Ratte und Vögel eines der markanten Schimpfwörter geworden, mit dem wir uns zuletzt gegen-

tig und unsere Sympathisanten beleg-

Wie ihr heute miteinander umgeht, weiß ich nicht, euren Aktionen nach zu urteilen, kann es nur ähnlich finster sein.

Was Ulrike Meinhof damals der Ray sagte und später zurücknahm, war keine RAF-spezifische Tirade. So sprach damals ein Teil des militanten, gewaltbefürwortenden Spektrums der APO. „Pig is pig und pig muß put.“ Pig kam aus dem amerikanischen Ghetto und wurde mit der Identifikation mit dem schwarzen Ghetto-Widerstand übernommen und über die Identifikation mit den Randgruppen hier, die deutschen Varianten dieser barbarischen Sprache, in der sich die barbarischen Verhältnisse in Gefängnissen und Erziehungshäusern spiegeln. Diese kaputte Sprache des Ghettoa hier in der Bundesrepublik als die Sprache einer Avantgarde von Militanten, die einen revolutionären Prozeß einleiten wollten, der diese Gesellschaft umwälzen sollte — eine der unmöglichen Voraussetzungen und Produkte in diesem Unternehmern.

Zweifelslos haben alle revolutionären Gruppen — bei denen es auch heute noch sehr beliebt ist, sich gegenseitig und untereinander als „Spalter“ zu de-

nunzieren — eines geleistet: mit „Bulle“ und „Schwein“ und „natürlich kann geschossen werden“ wurde dieser Polizeiparagraf geeint — gegen sie. Und die Tendenzen in diesen Polizeiparagrafen zur Demokratisierung wurden von dieser Sorte Zuwendung geplättet.

Es war hilflos. Und so dumm sind die Autonomen heute noch, die die Hungerdemonstrationen vom letzten Wochenende denunzieren, weil sie Volksfestcharakter hatten, und es Gespräche mit Polizeibeamten gab. Vorstellungen, man könnte diese Gesellschaft ändern, ohne große Teile der Polizei und des Militärs auf seiner Seite zu haben, sind kindisch.

Der Niedergang der APO war daher nicht nur Ergebnis von Resignation und Beschwichtigung. Der Rückzug von dem entwickelten Militanzniveau war nicht nur realistisch, weil es zu wenige waren, die letztlich diesen Polizeiketten gegenüberstanden, es waren auch destruktive Seiten in den eigenen Reihen so unübersehbar geworden, daß es nur noch selbstmörderisch gewesen wäre, so weiterzumachen, ohne das aufgelöst zu kriegen.

Es gab auch andere Aspekte.

Wir waren 1968 Zeugen des Prager Frühlings und des Pariser Mai gewesen, nach dem Obristen-Putsch von 67 in Griechenland haben wir in Massendemonstrationen gegen die Notstandsgesetze und den Völkermord in Vietnam tatsächlich Massen in Bewegung erfahren. Neben allem, was dagegen sprach, hatten wir auch allen Grund zu glauben, daß es in der Bundesrepublik 25 Jahre nach dem Faschismus möglich sein könnte, die Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Erniedrigten und Beleidigten in Bewegung zu setzen. Die Lehre unserer Niederlage: die tätige Entwicklung der Massen ist nicht ersetzbar durch Stellvertreterpolitik, und die strategische Stärke der untersten Massen, ihre zahlenmäßige Überlegenheit kann nur zur Geltung gebracht werden, wenn die moralische Stärke des Kampfes sich in seiner Entwicklung nicht in ihr Gegenteil verkehrt. Wir sind darüber im Frühsommer 72 wie Maukfer vom Baum geschüttelt worden, weil unsere Aktionen im Frühjahr 1972 eben nicht in einem „transparenten Zusammenhang zu der Herbeiführung menschenwürdiger Zustände“ (Adorno) standen, sondern als Barbare wahrgenommen wurden, weil sie das auch waren. Wir hatten mit diesen Aktionen, bei denen es zu beliebigen Opfern kommen mußte, das Versprechen gebrochen, das wir uns gegeben haben, als wir in die Illegalität gegangen sind. Keiner von uns war als Terrorist in die Illegalität gegangen. Wir sind dazu geworden.

Dabei hatten wir in der Legalität mitgegangen sind. Keiner von uns war als Terrorist in die Illegalität gegangen. Wir sind dazu geworden.

Dabei hatten wir in der Legalität mit unseren Initiativen in der Randgruppenarbeit einen Schlüssel schon in der Hand: diese Gesellschaft läßt sich durch die Integration der Randgruppen verändern und nicht über das Abknallen von Spitzen aus Wirtschaft, Politik und Militär.

Die Morde jetzt und in den letzten Jahren sind auch Weigerungen, zur Kenntnis zu nehmen, daß das Konzept Stadtguerilla 1972 gescheitert ist. Sie verlängern dieses Scheitern und verschlimmern die Folgen dieser Niederlage von damals immer mehr.

Es ist verantwortungslos gegenüber euch selbst, gegenüber euren Familien, gegenüber den sozialen Bewegungen, gegenüber der Arbeiterbewegung, gegenüber dieser Gesellschaft, das, was ihr antirassistischen Kampf nennt, fortzusetzen. Diese destruktive Praxis macht niemandem mehr Hoffnung auf Freiheit und Glück. Wieviele Menschen wollt ihr noch unglücklich machen?

Je mörderischer ihr zuschlagt, desto härter wird darauf reagiert werden. Trotz aller Dementis identifizieren die meisten Politiker und Strafverfolger soundso Stärke mit Härte, menschliche Größe mit durch ein brutalisiertes Klima erzeugten großen Wahlerfolgen. Die vergangenen 16 Jahre können gelehrt haben, daß der Versuch, diesen Konflikt repressiv zu lösen, die Entscheidung für die Veränderung dieses Staates und dieser Gesellschaft in einen Staat des Ausnahmezustands und eine immer destruktiver werdende Gesellschaft ist. Mir scheint, gerade weil diese Entwicklung so offensichtlich von allen Seiten wahrnehmbar mit einer gewissen Zwangsläufigkeit daherkommt, daß es genau deshalb bei den Verantwortlichen die Neigung gibt, „sich davon nicht erschrecken zu lassen.“ Und so wird wider besseren Wissens fortgesetzt das Falsche getan, nicht wenige tun es, weil es ihnen in den Kram paßt. Wo sich eine Endsegmentalität gegen diese offenkundigen Tatsachen durchsetzt, wird deutlich, wie sehr in unserer Gegenwart unsere Vergangenheit anwesend ist. Dies gilt zweifelslos für beide Seiten in diesem Konflikt.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Was eine weitere Eskalation bringen wird, hat die italienische Entwicklung gezeigt. Hier kann es nur noch finstlicher werden. Wenn es zu einem großen Abwärtsschlag der militanten Kerne der verschiedenen sozialen Bewegungen und Widerstandsinitiativen kommt — das macht nur „Plopp“, wie das Gerede eines Stiebs, der ins Wasser fällt, und diese Gesellschaft geht davon unberührt ihren normalen Gang. Morgens die Massenverhaftungen und abends Dalli, Dalli im TV mit den üblichen Einschaltquoten. Und nicht, weil diese Gesellschaft vorwiegend aus verkommenen und konsumbetäubten Menschen besteht, sondern, weil ihr mit euren Aktionen auf alles scheint, was diese Menschen denken und fühlen, verachtet ihr in diesen Niederlagen alleingelassen bleiben. Das ist aber nicht mehr eure Sache allein, weil das, was ihr provoziert, mehr angeht als ein paar Dutzend RAF-Genosseninnen und Genossen und ihre Helfer. Und macht euch darüber keine Illusionen: weil ihr durch eure Aktionen so attraktiv auf Typen mit Aggressionsproblemen wirkt, habt ihr genügend labile jugendlich gebliebene Erwachsene um euch, die das keine 24 Stunden aushalten, was auf sie zukommt. Auch dafür seid ihr verantwortlich.

Als die amerikanischen Neger unter Führung von Martin Luther King ihren militanten gewaltlosen Widerstand gegen die Rassentrennung aufnahmen, hatte er aus zwei Gründen zur Gewaltlosigkeit aufgerufen: „nicht nur, weil er an die Lehren Christi glaubte, sondern auch, weil allein dadurch die Lage der Neger zu ändern war. Wie er einst darlegte, kann gewalttätige Revolution nur gelingen, wenn die Rebellen in der Mehrheit sind oder doch eine beträchtliche Minderheit der Bevölkerung bilden. Im Fall der amerikanischen Neger, die weniger als 12 Prozent der Bevölkerung der Vereinigten Staaten ausmachen und einen verschwindend kleinen Prozentsatz der verfügbaren Waffen besitzen, ist Gewalt selbstmörderisch.“ (Coretta Scott King) Das ist auch unsere Situation. Es nicht sehen zu wollen ist unverantwortlich.

Das ist auch unsere Situation. Es nicht sehen zu wollen ist unverantwortlich.

Verantwortliches Handeln setzt Selbstkenntnis und die Fähigkeit zur Wahrnehmung der Wirkungen der eigenen Handlungen voraus. Beides geht auch ab. Das ist bedauerlich. Und ihr wollt dennoch dieser Gesellschaft und den Kräften in ihr, die für menschlichere und menschenwürdiger Formen des Zusammenlebens kämpfen, vorschreiben, wo es längs zu gehen hat. Das ist grotesk. Den politischen Untergrund, den ihr mit euren Genickschüssen morden gebt, den hat niemand nötig. So sind auch die Rechtfertigungen eurer Morde:

Beispiel GI Pimental
Aus dem Arbeiterkampf (Hamburger Zeitschrift der gleichnamigen Gruppe, immer lesenswert) war dankenswerter Weise zu erfahren, wie ihr das zu rechtfertigen versucht: „Wir sagen heute, daß die Erschießung des GI in der konkreten Situation im Sommer ein Fehler war, der die Wirkung des Angriffs gegen die Air-Base und so die Auseinandersetzungen um die politisch-militärische Bestimmung der Aktion, wie der Offensive überhaupt, blockiert hat.“ Das habe „die Orientierung der Aktion verwechselt und so natürlich verstärkt dadurch, daß wir die ID-Card losgeschickt haben, ohne was dazu zu sagen“ — der Staatschutzpropaganda und auch einem Haufen Gefangenen in der Linken die Munition geliefert, den Widerstand an der Erschießung des GI zu spalten, unsere Fehler gegen die Einheit der Revolutionären Front, in der der Widerstand und wir uns im Winter einen entscheidenden Schritt weitergebracht haben, auszuspielen.“ Ihr ermordet einen 20-jährigen Amerikaner, von dem ihr nur wußtet, daß er GI war, mit einem Genickschuß, nennt das hinterher einen Fehler, ohne ein Wort des Bedauerns, und prangert gleichzeitig diejenigen, die diese Sorte „Politik“ oder „Krieg“ ablehnen, als Anschläge an.

Da kann einem schon die Spucke wegbleiben.
Trotzdem versucht der Arbeiterkampf, als einer der wenigen Gruppen, die dazu bereit sind, die Diskussion zu führen. Er fragt auch, warum es denn überhaupt möglich war, daß ihr so gehandelt habt, wie vorstellbarerweise auch von Fachleuten hätte gehandelt werden können? Eure Antwort auf diese Frage steht aus.

Ihr seid dem, was ihr zu bekämpfen vorgebt, zu ähnlich geworden, ihr müßt davon Abstand kriegen, anders könnt ihr solche Fragen nicht beantworten.

Jörg Schröder hat das mal sehr schön formuliert: „Man kann das große Wahnsystem nicht mit einem kleinen Wahnsystem bekämpfen.“

Das jüngste Beispiel dafür ist eure neueste Erklärung. Es war ja zu befürchten, daß ihr den „Fehler Pimental“ mit „besseren“ Morden zu korrigieren versucht, statt mit der einzig möglichen Korrektur, der Aufgabe eures bewaffneten Kampfes. Ihr seid dem nicht gewachsen, und nicht, weil ihr dazu nicht „gut“ genug seid, sondern weil dem kein Mensch gewachsen sein kann, dessen Falschheit.

Um den Unterschied zwischen Geneser Wischnewski, d.h. der Bundesrepublik einerseits und den USA andererseits zu bestimmen, bemüht ihr in der Kommando-Erklärung zum Mord an von Braunmühl den „Unterschied zwischen den amerikanischen Angriffen auf Libyen und den Einsatz der GSO 9 in Mogadischu.“

Unter den Gefangenen gab es 1977 immerhin noch den Konsens, daß die Einführung der Urfaubermaschine keine legitime Handlung in einem Befreiungskampf sein kann. Das ist jetzt bald 10 Jahre her und auf diese Einführung der Urfaubermaschine und die Ermordung des Piloten — darauf sollte anders zu reagieren gewesen sein, als durch die Befreiung der Geneser?

Was waren denn die Voraussetzungen für das, was in der Nacht zum 18.10.1977 in Stammheim passierte und Wochen später mit Ingrid Schubert in München, wenn nicht die Einführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und die Ermordung seiner Bewacher und die Einführung der Luftkassette-Maschine?

Drei derjenigen, die damals auf der Liste der zu befreienden Gefangenen standen, sind in den Jahren danach aus den Gefängnissen entlassen worden. Drei andere könnten demnächst entlassen werden, weil die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, was die abgelaufenen Jahre angeht. Vier sind tot. Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Ingrid Schubert.

Wer hat 1977 die Situation so verschärft, daß es dazu kam? War das allein der Staat?

Das ist heute meine Frage an euch, und nicht die nach „Mord oder Selbstmord“. Obwohl es wünschenswert ist, daß alle offenen Fragen zu Stammheim endlich beantwortet werden, auch von euch. Aber es ist doch ein Irrtum zu glauben, daß darüber eine genauere Antwort beantwortet werden kann, auch von euch. Aber es ist doch ein Irrtum zu glauben, daß darüber eine genauere Auskunft über diesen Staat und diese Gesellschaft zu erhalten wäre. Die Lebensmittelüberschüsse und der Umgang damit in unseren westlichen und östlichen Industriegesellschaften und der millionenfache jährliche Hunger- und in der dritten Welt, das und doch Auskünfte, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Es sind UNO-Angaben, die Jahr für Jahr bekanntgegeben, daß in der Dritten Welt jährlich mehr Menschen verhungern und an heilbaren Krankheiten sterben als im 2. Weltkrieg insgesamt — über 30 Millionen. Jahr für Jahr.

Ihr schafft weder mehr Bewußtsein und Sensibilität für die globalen Widersprüche, noch bringt ihr die Menschen der Dritten Welt dem Ende dieses Erds näher. Dazu seid ihr zu hochpolitisch, zu sehr vom realen Boden abgehoben, in Höhen, wo Politik nur drecksiges Geschäft ist.

„Es sind immer nur die vermittelnden und vermittelnden Aktionen und Gedanken, die sich massenhaft durchsetzen und verändernd wirken können.“ (Peter Brückner) Und bei emanzipatorischen Zielvorstellungen müssen sie wahrhaftig sein.

18.10.1986

Klaus Jünacke

PS: Ich schrieb diesen Brief nicht, weil Klaus Hartung am 14.10. in der taz in seinem schwachsinntigen Kommentar zum Mord an von Braunmühl u.a. schrieb: „Die Gefangenen stehen hier in der Pflicht, Stellung zu nehmen.“ Er und die taz hat zu solchen Sprüchen solange kein Recht, solange sie nicht alles dafür getan haben und tun, daß alle Gefangenen erträgliche Haftbedingungen haben und sich frei äußern können.

Am nächsten Tag stand auf Seite 1 der Frankfurter Rundschau im Artikel über den neuen Jahresbericht von amnesty:

„In Sachen Bundesrepublik kritisierte amnesty außerdem die oft monatelange (in Wirklichkeit jahrelange, K.J.) Isolationshaft von Gefangenen, die terroristischer Aktivitäten verdächtigt wurden. Bei all diesen Gefangenen habe es an kontinuierlicher medizinischer Beobachtung gemangelt, was im Blick auf die schädliche Wirkung der Isolation auf die Gesundheit von Gefangenen“ dringend notwendig wäre.“ Im Beitrag der taz zum Jahresbericht von amnesty International fand ich keine Zeile zum Thema Bundesrepublik.

Die unentbehrliche taz hat neben ihren guten noch viel zu viele gemeine, ignorante, dumme und verletzte Seiten.

Konservative Frauenpolitik Nur neue Propaganda

(Replik auf die Thesen zur CDU in AK 276)

Im Arbeiterkampf 276 stellte B. aus Stuttgart Thesen zur Diskussion der neuen konservativen (CDU) Frauenpolitik auf. Sie ist der Auffassung, daß es mehr sei als eine plumpe, zeitlich begrenzte Anbiederung im Wahlkampfzeiten, daß die Rechte den Politikbereich „Frauen“ in den Mittelpunkt (7) der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gerückt haben. Die Rechte hätten zweierlei erkannt: daß die Frauenfrage zunehmend mit der Lösung der gesellschaftlichen Probleme (Lösung im wesen Interesse?) verknüpft sei und daß die allgemeine gestiegene Anspruchshaltung von Frauen nicht so einfach wieder zurückzuschrauben sei.

und in allen Bereichen an verantwortlicher Stelle mitwirken.“ (Wohlge-merkt: an verantwortlicher Stelle.) Aber real haben diese Worte doch keine Bedeutung. Die „Menschenführung alter Prägung“ (Autorität und Hierarchie) mag im modernen Management „alternativen“ Umgangsformen (Selbsterfahrungskurse... für Manager usw.) gewichen sein, die vertuschen, daß Autoritäten und Hierarchien die gleichen geblieben sind. In vielen Branchen nimmt durch die Verflechtung von Unternehmen, die zusätzliche Abhängigkeit der Unternehmen von Computer- und Softwareproduzenten und die zunehmende Aufspaltung der Arbeits-

konservativen Konzept eine Schlüssel-funktion (hat)“, ist es doch nicht einleuchtend, daß gerade auf den Karrierestufen so wenig Frauen zu finden sind, sei es im Management der Unternehmen, sei es im Hochschul- oder juristischen Bereich, in den Parteien, hier vor allem in der CDU... Lt. einer Studie des Instituts „Frau und Gesellschaft“ sind in der bundesdeutschen Industrie von 32 000 Führungspositionen 2 000 mit Frauen besetzt (Süddeutsche Zeitung, „SZ“, 3.11.86). Obwohl 40 % aller Studierenden Frauen sind, beträgt der Anteil der Akademikerinnen am „Mittelbau“ der Universitäten 11 %, bei den Professorinnen 5-7 %. Die absolute Zahl der Professorinnen sinkt derzeit, während die ihrer männlichen Kollegen steigt. (Lt. „Lila Schwarzbuch. Zur Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft“). „Lovely Rita“ Sußmuth will die Frauen vor allem auf die neuen technologischen Berufe hinführen. In diesen Bereichen seien die neuen Sachbearbeiter verstärkt Männer, das zeigten schon die ersten Zahlen in der Arbeitsmarktstatistik, und die Frauen würden auf die einfachen, um nicht zu sagen ungelehrten Tätigkeiten abgedrängt (Sußmuth im Interview mit „Emma“, Oktober 1985). Und was werden da ein paar Modellversuche an einer sich so entwickelnden Struktur ändern?

Ebenso wenig einleuchtend ist, daß heute eine Hochschul-, Bildungs- und Ausbildungspolitik betrieben wird, in der erwiesenermaßen die Mädchen/Frauen als erste aus dem Rennen geworfen werden (Hochschulrahmengesetz, Befähigungsentwicklung, Bevorzugung von männlichen Auszubildenden in den Betrieben usw.), wenn gerade zukünftig die Einbeziehung der weiblichen Qualifikationen notwendig sein soll. (Vgl. „STZ“ 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 2680, 2681, 2682, 2683, 2684, 2685, 2686, 2687, 2688, 2689, 2690, 2691, 2692, 2693, 2694, 2695, 2696, 2697, 2698, 2699, 2700, 2701, 2702, 2703, 2704, 2705, 2706, 2707, 2708, 2709, 2710, 2711, 2712, 2713, 2714, 2715, 2716, 2717, 2718, 2719, 2720, 2721, 2722, 2723, 2724, 2725, 2726, 2727, 2728, 2729, 2730, 2731, 2732, 2733, 2734, 2735, 2736, 2737, 2738, 2739, 2740, 2741, 2742, 2743, 2744, 2745, 2746, 2747, 2748, 2749, 2750, 2751, 2752, 2753, 2754, 2755, 2756, 2757, 2758, 2759, 2760, 2761, 2762, 2763, 2764, 2765, 2766, 2767, 2768, 2769, 2770, 2771, 2772, 2773, 2774, 2775, 2776, 2777, 2778, 2779, 2780, 2781, 2782, 2783, 2784, 2785, 2786, 2787, 2788, 2789, 2790, 2791, 2792, 2793, 2794, 2795, 2796, 2797, 2798, 2799, 2800, 2801, 2802, 2803, 2804, 2805, 2806, 2807, 2808, 2809, 2810, 2811, 2812, 2813, 2814, 2815, 2816, 2817, 2818, 2819, 2820, 2821, 2822, 2823, 2824, 2825, 2826, 2827, 2828, 2829, 2830, 2831, 2832, 2833, 2834, 2835, 2836, 2837, 2838, 2839, 2840, 2841, 2842, 2843, 2844, 2845, 2846, 2847, 2848, 2849, 2850, 2851, 2852, 2853, 2854, 2855, 2856, 2857, 2858, 2859, 2860, 2861, 2862, 2863, 2864, 2865, 2866, 2867, 2868, 2869, 2870, 2871, 2872, 2873, 2874, 2875, 2876, 2877, 2878, 2879, 2880, 2881, 2882, 2883, 2884, 2885, 2886, 2887, 2888, 2889, 2890, 2891, 2892, 2893, 2894, 2895, 2896, 2897, 2898, 2899, 2900, 2901, 2902, 2903, 2904, 2905, 2906, 2907, 2908, 2909, 2910, 2911, 2912, 2913, 2914, 2915, 2916, 2917, 2918, 2919, 2920, 2921, 2922, 2923, 2924, 2925, 2926, 2927, 2928, 2929, 2930, 2931, 2932, 2933, 2934, 2935, 2936, 2937, 2938, 2939, 2940, 2941, 2942, 2943, 2944, 2945, 2946, 2947, 2948, 2949, 2950, 2951, 2952, 2953, 2954, 2955, 2956, 2957, 2958, 2959, 2960, 2961, 2962, 2963, 2964, 2965, 2966, 2967, 2968, 2969, 2970, 2971, 2972, 2973, 2974, 2975, 2976, 2977, 2978, 2979, 2980, 2981, 2982, 2983, 2984, 2985, 2986, 2987, 2988, 2989, 2990, 2991, 2992, 2993, 2994, 2995, 2996, 2997, 2998, 2999, 3000, 3001, 3002, 3003, 3004, 3005, 3006, 3007, 3008, 3009, 3010, 3011, 3012, 3013, 3014, 3015, 3016, 3017, 3018, 3019, 3020, 3021, 3022, 3023, 3024, 3025, 3026, 3027, 3028, 3029, 3030, 3031, 3032, 3033, 3034, 3035, 3036, 3037, 3038, 3039, 3040, 3041, 3042, 3043, 3044, 3045, 3046, 3047, 3048, 3049, 3050, 3051, 3052, 3053, 3054, 3055, 3056, 3057, 3058, 3059, 3060, 3061, 3062, 3063, 3064, 3065, 3066, 3067, 3068, 3069, 3070, 3071, 3072, 3073, 3074, 3075, 3076, 3077, 3078, 3079, 3080, 3081, 3082, 3083, 3084, 3085, 3086, 3087, 3088, 3089, 3090, 3091, 3092, 3093, 3094, 3095, 3096, 3097, 3098, 3099, 3100, 3101, 3102, 3103, 3104, 3105, 3106, 3107, 3108, 3109, 3110, 3111, 3112, 3113, 3114, 3115, 3116, 3117, 3118, 3119, 3120, 3121, 3122, 3123, 3124, 3125, 3126, 3127, 3128, 3129, 3130, 3131, 3132, 3133, 3134, 3135, 3136, 3137, 3138, 3139, 3140, 3141, 3142, 3143, 3144, 3145, 3146, 3147, 3148, 3149, 3150, 3151, 3152, 3153, 3154, 3155, 3156, 3157, 3158, 3159, 3160, 3161, 3162, 3163, 3164, 3165, 3166, 3167, 3168, 3169, 3170, 3171, 3172, 3173, 3174, 3175, 3176, 3177, 3178, 3179, 3180, 3181, 3182, 3183, 3184, 3185, 3186, 3187, 3188, 3189, 3190, 3191, 3192, 3193, 3194, 3195, 3196, 3197, 3198, 3199, 3200, 3201, 3202, 3203, 3204, 3205, 3206, 3207, 3208, 3209, 3210, 3211, 3212, 3213, 3214, 3215, 3216, 3217, 3218, 3219, 3220, 3221, 3222, 3223, 3224, 3225, 3226, 3227, 3228, 3229, 3230, 3231, 3232, 3233, 3234, 3235, 3236, 3237, 3238, 3239, 3240, 3241, 3242, 3243, 3244, 3245, 3246, 3247, 3248, 3249, 3250, 3251, 3252, 3253, 3254, 3255, 3256, 3257, 3258, 3259, 3260, 3261, 3262, 3263, 3264, 3265, 3266, 3267, 3268, 3269, 3270, 3271, 3272, 3273, 3274, 3275, 3276, 3277, 3278, 3279, 3280, 3281, 3282, 3283, 3284, 3285, 3286, 3287, 3288, 3289, 3290, 3291, 3292, 3293, 3294, 3295, 3296, 3297, 3298, 3299, 3300, 3301, 3302, 3303, 3304, 3305, 3306, 3307, 3308, 3309, 3310, 3311, 3312, 3313, 3314, 3315, 3316, 3317, 3318, 3319, 3320, 3321, 3322, 3323, 3324, 3325, 3326, 3327, 3328, 3329, 3330, 3331, 3332, 3333, 3334, 3335, 3336, 3337, 3338, 3339, 3340, 3341, 3342, 3343, 3344, 3345, 3346, 3347, 3348, 3349, 3350, 3351, 3352, 3353, 3354, 3355, 3356, 3357, 3358, 3359, 3360, 3361, 3362, 3363, 3364, 3365, 3366, 3367, 3368, 3369, 3370, 3371, 3372, 3373, 3374, 3375, 3376, 3377, 3378, 3379, 3380, 3381, 3382, 3383, 3384, 3385, 33

chen frei, je nach Interesse der Arbeitgeber an der optimalen Auslastung ihrer Produktionsanlagen. Je mehr die Männer derartige Arbeitsbedingungen haben, umso mehr bleiben Haushalt und Kindererziehung Frauensache, und umso mehr sind die Frauen darauf angewiesen, die Beschäftigungsbedingungen des Kapitals anzunehmen.

**B. betont sehr stark, daß die CDU/die
Rechten ihre Politik geändert hätte/n,
weil die weiblichen Qualifikationen für
die veränderten Produktionsbedingun-
gen notwendig seien und der weibli-
chen Intelligenz eine Schlüssel Funktion
für das Konzept des Kapitals zukom-
me.**

Wichtig scheint mir zu sein, daß die CDU nicht ihre **Politik**, sondern ihre **Ideologie** bzw. **Propaganda** geändert hat, und das nicht, weil sie die Frauen als qualifizierte Frauen in der Produktion braucht, sondern weil ihr sonst sowohl die weibliche Intelligenz als auch die breite Masse der Frauen davonläuft. Es geht darum, die Ideologie der realen Situation der Frauen und dem entsprechend geänderten gesellschaftlichen Bewußtsein anzupassen, gerade ohne dem Kapital einen Strich durch seine Rechnung zu machen, die Frauen als flexible billige Arbeitsmasse einzusetzen bzw. um sie ihm gerade zu verkaufen.

Die reale Situation ist heute, daß nur noch ein geringer Teil der Frauen dem Bild „Kinder, Küche, Kirche“ entspricht. Die Feministin Cora Kaplan schrieb 1984, daß „lediglich fünf Prozent der britischen Haushalte einen männlichen ‚Versorger‘, eine nicht berufstätige ‚Hausfrau und Mutter‘ und kleine Kinder aufweisen“ (Cora Kaplan, „Rote Weihnachten“, „taz“, 24.12.86). In der BRD dürfte der Anteil nicht viel anders sein. Diese „Minderheitenform des Haushalts“ (Cora Kaplan) kann demnach nicht immerzu als Idealform der Familie, wie sie sich die CDU wünscht, propagiert werden.

In einer Zeit, in der über 40 % der Erwerbstätigen weiblichen Geschlechts sind, ist es in der Tat maßgebend, darüber zu debattieren, ob Frauen zu Hause oder im Berufsleben tätig sein sollen." („SZ"-Kommentar, 21.7.86). Für die Familie gibt es nach Auffassung von Frau Sußmuth keine Zukunft, wenn „wir nicht die veränderte Lebenssituation und die veränderten Lebenspläne von Frauen in aller Konsequenz berücksichtigen und anerkennen". „Für die Familie gibt es nach Auffassung von Frau Sußmuth keine Zukunft, wenn wir nicht die veränderte Lebenssituation und die veränderten Lebenspläne von Frauen in aller Konsequenz uns deutlich machen und Antworten darauf finden" („FR", 2.8.86).

Schon das bis hin zu den CDU-Frauen selbst verschriebene „Blind-Papier“ (familienpolitische Leitstelle der CDU-Sozialausschüsse) von 1981 hatte sich raffiniert an gewisse „alternativ“ Modeströmungen angelehnt, um „den zu erwartenden Mißständen mit einem Arsenal von neuen Wertzuweisungen und Pseudonymen zubeiwerkzen“ (AK 213; z.B. in einer Zeit zunehmender Erwerbslosigkeit: „Die Erwerbsarbeit verliert ihren Nimbus. Freizeit gewinnt an Bedeutung.“)

Nichts anderes gilt für die neuen Leitstar der CDU von 1985 und für die CDU-Frauenpolitik seit Geißler und Süßmuth. Auf der materiell-sozialen Ebene hat sich die Situation der Masse der Frauen verschlechtert. Das betrifft die oben beschriebene Entwicklung der Beschäftigungsstruktur von Frauen ebenso wie die Tatsache, daß eine Umverteilung der Sozialleistungen stattfindet. „Wichtig ist noch festzuhalten, daß der Familienlastenausgleich vor allem über steuerliche Maßnahmen greift, während der Anteil der direkten Transfer Zahlungen wie Basiso, Kindergeld, Erziehungs-geld abnimmt was sich zugunsten der einkommensmäßig besser gestellten Familien auswirkt“ (Claudia Pini, „Iax“, 6.12.86). Bezugnehmend auf die veränderte Beschäftigungsstruktur meint Claudia Pini, Die Berufstätigkeit von Frauen in Form von Heimarbeiten, sozialer Arbeit, Familienarbeit, unqualifizierter Industriearbeit könnte sich die „moderne“ CDU sogar und gerade auch für Mütter vorstellen, „weshalb zwischen ‚privater‘ und ‚öffentlicher‘ Tätigkeit, zwischen entlohnter und nichtentlohnter oder auf gering entlohnter Arbeit

Die CDU knüpft dabei geschickt an real vorhandene Bedürfnisse von Frauen an, mehr Durchlässigkeit zwischen Familien- und Erwerbsarbeit, Geld für die bisher „unsichtbare“ Familienarbeit. Gleichzeitig wird aber durch die Aufrechterhaltung der herkömmlichen Familien und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung die Marginalisie-

Im letzten AK zogen wir eine vorläufige Bilanz über die Initiative von Alice Schwarzer für eine Verfassungsklage gegen den § 218. Wir wollen mit dieser Bilanzierung fortfahren, vor allem mit Blick auf die Aussagen der EMMA zu den anstehenden Bundestagswahlen, denn, so hatte die EMMA ja in der September-Ausgabe angekündigt: eine Partei, die keine Verfassungsklage gegen den § 218 einreicht, bekommt unsere Stimme nicht.

Unter der Überschrift „Mehrheit für Verfassungsklage!“²⁰ stellt die EMMA in ihrer Januar-Ausgabe eine Leserinnenumfrage vor. 84,1% von 1.896 befragten EMMA-Leserinnen sind demnach für eine Verfassungsklage. Davon sind 70,1% für die gänzliche Abschaffung des § 218 und 13,3% für eine Fristenregelung. Gegen den § 218, aber auch gegen eine Verfassungsklage und insgesamt 15,1% der befragten EMMA-Leserinnen. Damit ist für die EMMA klar die Basis, zumindest die der Grünen, ist in ihrer überwältigenden Mehrheit für einen offensiven Kampf gegen den § 218, denn gleichzeitig wählen 70,4% der EMMA-Leserinnen die Grünen.

Unter der Fragerstellung Parteizurück-
 zup von Fraueninteresse zieht die EM-
 MA dann vor den Wahlen abschlie-
 ßend Bilanz in Punkto Parteien und
 § 218. Der SPD und FDP bescheinigt
 sie, daß es bei ihnen so schwarz ausse-
 he wie bei der CDU/CSU. Unter den
 insgesamt 3 110 Unterschriften unter
 das Manifest seien nur 45, die sich als
 SPD-Mitglieder auswiesen. Die EM-
 MA beklagt auch die Haltung der Ar-
 beitgemeinschaft Sozialdemokrati-
 scher Frauen (ASF), die sich gegenüber
 ihrem Parteivorstand in Sprachlosig-
 keit öbt. Dieser wirbt ja 2. Zit be-
 kanntlich für die Indikationsregelung.
 Hart ins Gericht geht die EMMA in
 diesem Zusammenhang auch mit der
 1980 von Bonner SPD-Frauen gegrün-

diesem Zusammenhang auch mit der 1980 von Bonner SPD-Frauen gegrün-

nung der Frauen im Erwerbsleben vorfestigt. Die lebenslange Berufstätigkeit von Männern in den Stammbereichen dürfte erhalten. Frauen als Verschiedenmaxim im Erwerbsbereich, als diejenigen, auf deren Schultern die Privatierung des Dienstleistungsbereichs lastet (Erziehungsgeld statt Förderung kollektiver Formen wie Krippen oder Kindergärten), und dann Ergebnis einer Politik, die Abhängigkeiten vorfestigt bei gleichzeitiger Behauptung des Gegenziels¹⁰ („...“, 6.12.85; Hervorhebung AK).

Die Offensive der CDU in der Frauenpolitik wird ihr nicht zuletzt beigemessen durch eine kaum vorhandene Frauenbewegung, die gegen eine solche „Umwandlung“ von Begriffen u. a. aus der Frauenbewegung (die etablierten Parteien machen es mit Entzörung, Beschäftigungsabweichung usw.) genauso protestieren würde. Während um „Frauen und Macht“, Quotierung, Frauen und Karriere usw. diskutiert wird, wo die Frauen sämtlicher Parteien Schwierigkeiten haben, zu beweisen, daß sie die besseren Quotierer sind, um Frauenforschung, „neue Mütterlichkeit“, Gentechnologie usw., führt die Diskussion um die ökonomische und soziale Lage der Masse der Frauen eher ein Schattendasein - unter Gewerkschaftsfrauen, in Frauenwerbelosungsinformativen usw.

Verweisen sei auf folgende Artikel:

Die sanfte Gewalt der Reaktion — CDU will familienpolitisches Rollback, AK 213, 23.11.81, S. 24f.
Ti Grace-Aikinson: Vom Scheitern der Frauenbewegung — oder: Das Versagen des radikalen Feminismus, „faz“, 6.12.86
CDU-Parteielt im Zeichen der Frau — ist Geblir ein Feminist?, AK 257, 04.86, S. 8f.
Claudia Pini: Die CDU und die Frauen. Zwischen Modernität und Tradition. Heftel über die Frauen verfügen — eine Bilanz, „faz“, 6.12.86 (Originalfassung in „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis“, Heft 10, Köln 1986).

E., Franziska HH-Eisenbühl

deren „Frauenthema 6. Oktober“, die, so die EMMA, in Vorwahlzeiten immer in schöner Regelmäßigkeit für die SPD aktiv wird.

Hatte die EMMA also anfangs vielleicht noch die Hoffnung gehegt, daß die SPD oder einzelne SPD-Mitglieder sie bei ihrer Initiative unterstützen würden, muß sie nun konstatieren, daß mit dieser Partei nichts (mehr) geht. Damit scheint auch die EMMA vorläufig von der SPD zu verabschieden. Das war nicht immer so. In einem Artikel zum Wahlverhalten der EMMA-Leserinnen (ebenfalls in der Januar-Ausgabe) unter der Überschrift „Darum verliert die SPD die Wahl“, stellt die EMMA fest: Die SPD bezahlt die Rechnung für ihre Frauenignoranz. Für die SPD waren die Frauen in den letzten Jahren weniger denn je ein Thema. Nur noch 14,1% der EMMA-Leserinnen wählten 1987 die SPD (1976 waren es noch 68,6%). Der Trend weg von der SPD zeigt sich auch bei den EMMA-Redaktionsratswahlen durch, die in der Januar-Ausgabe ein offenes Streitgespräch über die „Qual der Wahl“ führen. Bekannten einige, in der Vergangenheit noch SPD gewählt zu haben, schwankt Frau Jenz zwischen Grün und Wahlboykott. Dennoch klingt bei Alice Leichte Wehmüt an: „Ob die SPD das nun glauben mag oder nicht – eindeutig ist die Tatsache, daß ihr die „progressiven“ Frauen wegläuft.“ (S. 13)

Hoffnungen setzt die EMMA statt in die SPD nun in die Gewerkschaften, von denen ja tatsächlich immer mehr die Streichung des § 218 fordern. Nach Meinung der EMMA und gerade die Gewerkschaften die einzige gesellschaftliche Kraft, die zunehmend gegen den § 218 Position bezieht. Und sie fragt: „Werden also die Gewerkschaften zu den Kräften gehören, die wenigstens nach den Wahlen versuchen werden, die SPD in dieser zentralen Frauenfrage in die Pflicht zu nehmen?“ Des kann aber kaum ernsthaft erwartet werden. Bleibt die Frage, ob es den Gewerkschaftsfrauen gelingen wird, über Beschlüsse hinaus die Gewerkschaften darauf zu verpflichten, mehr als bisher in der Öffentlichkeit gegen den § 218 aktiv zu werden. Bislang ist davon nämlich noch nicht viel zu spüren.

Zurück zu den Parteien. Nachdem die Auseinandersetzung zwischen der EMMA und den Grünen in den letzten Monaten reichlich eskaliert war, glaubte man fast, daß die Würfel gegen die Grünen schon gefallen waren. Einige prominente Grüne Frauen hatten sich etwas voreilig und vehement von der Verfassungsklage gegen den § 218 distanzieren, andere Grüne Frauen, die das Manifest unterzeichnet hatten, wurden zurückgepöffelt. Die EMMA hingegen reagierte darauf auch nicht gerade zimperlich. (s. AK 277) Da er-



Figuring Out the Nuclear Equation

naumt es doch jetzt, daß die EMMA in ihrer Januar-Ausgabe vor der Wahl recht vorsichtig und differenziert auf die Grünen eingeht: „Bei den Grünen ist es gemischt: Da sind die 'neuen Nachdenklichen', die das Recht von Frauen auf eine selbstbestimmte Mutterschaft neuerdings wieder offen in Frage stellen. Da sind die Gleichgültigen (Männer), denen die Frage eigentlich egal ist, und die sie nur angehen werden, wenn entsprechend Druck gemacht wird. Da sind die Gegner/innen des § 218, von denen ein Teil für die Verfassungsklage ist, ein Teil dagegen.“ Daß das Ja zur Verfassungsklage „quer durch alle grünen Polit-Fraktionen“ geht, stört sie nicht. Neben „Realos“ wie Haibach haben jetzt auch „Fundamentalisten“ wie Ebermann das Manifest unterschrieben. Und obwohl von den grünen Frauenorganisationen bisher nur die grünen Frauen aus Niedersachsen und Hessen die Verfassungsklage unterstützen, kann die EMMA rufen: „feststellen... „Die Taktik einiger eine wirkliche Diskussion um die Forderung einer Verfassungsklage zu verhindern“ („Nach und Nebelaktion“) hat also nicht geklappt. Die Diskussion läuft breit und quer durch die Fraktionen. Zumindest bei den Grünen.“

Eine eindeutige Aussage, ob frau denn nun die Grünen wählen soll oder nicht, trifft die EMMA nicht. Im September hatte sie ja, wie schon erwähnt, zwei andere die Wahlumfrage gemacht. *Zumindest bei den Grünen.*

Eine eindeutige Aussage, ob freilebend nun die Grünen wählen soll oder nicht, trifft die EMMA nicht. Im September hatte sie ja, wie schon erwähnt, angekündigt, die Wahlaussage von der Unterstützung der Verfassungsklage abhängig zu machen. Wohl auch mit Rücksicht auf ihre Leserinnen, von denen rund 70% die Grünen wählen, vermeidet es die EMMA, nun zur Nichtwahl der Grünen aufzurufen. Im Gegenteil, die Grünen kommen vor der Wahl noch erstaunlich gut in der EMMA weg.

In dem Schlußrhythmus zu ihrer Kampagne stellt die EMMA dann fest: Drei Ziele hätte die Kampagne, zwei hätte sie schon erreicht. Erstes Ziel: „Raus aus der Defensive (wir sind keine Mörderinnen) und rein in die Offen-

sive (wir fordern statt der Gnade das Recht auf Abrechnung)." Zweites Ziel: „Die Parteien sollen nicht nur reden, sondern Farbe bekennen, sie sollen endlich wieder handeln." Drittes Ziel: „Abschaffung des § 218 oder zumindest die Fristenregelung." Sie kündigt an, wenn die Parteien nicht handeln, wird sie selbst handeln. Dabei läßt sie immer noch offen, wie das konkret aussehen kann.

Ein so eindeutiges Gelingen Ihrer Kampagne, wie es die EMMA konstatiert – zwei von drei Zielen wären erreicht – läßt sich nun u. B. allerdings nicht so einfach festmachen. Zwar lag die Zahl von insgesamt 3.110 Unterschriften unter das Manifest beachtlich und auch eine ernste Diskussion um den § 218 hat Alice Schwarzer zweifellos erreicht. Darin liegt heute vielleicht auch die eigentliche Chance, nämlich stärker als bisher zwischen den diversen Frauenzusammenschlüssen, § 218-Gruppen und § 218-Gegner/Inne/n bei den Grünen zu einer Zusammenarbeit gegen den § 218 zu kommen.

Veranstaltungen zum § 218 und Verfassungsklage

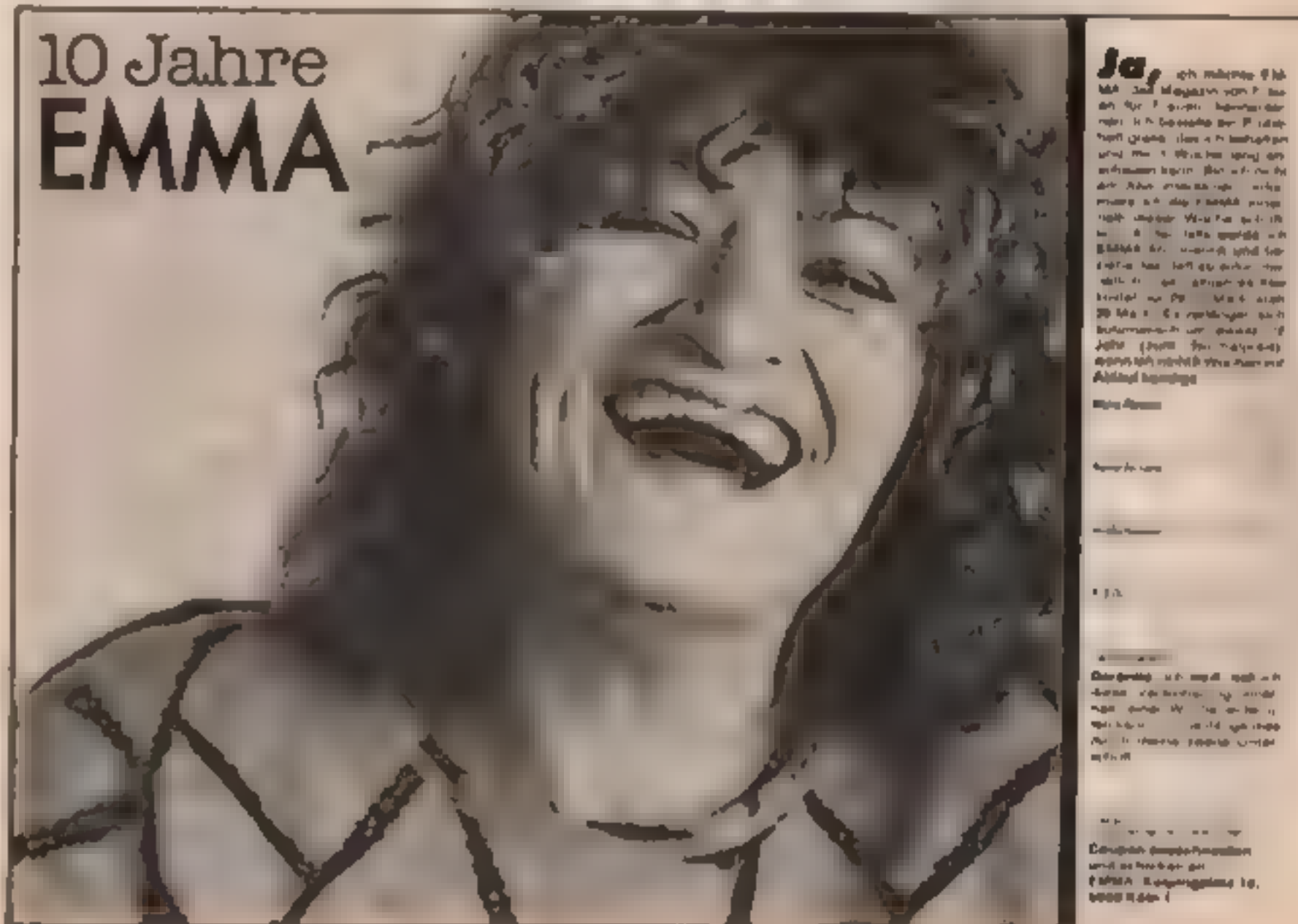
— am 19.1. in Hamburg

Veranstaltungen zum § 218 und Verfassungsklasse

— am 19.1. in Hamburg
im Carlo-Haus um 19.30 Uhr
mit: Alice Schwarzer (EMMA),
Lies Degener (§ 218-Koordination),
Renate Sedrowitzky (Pro-Familie
Hamburg)
Verena Krüger, Antje Volmer
(Grüne)
Moderation: Regula Bött (GAL)

am 23.1. in Bonn in der Aula
Beethoven-Gymnasium um 20 Uhr
mit: Alice Schwarzer (EMMA)
Lisa Depew (§ 118-Koordination)
Marita Halbach (Grüne/Feminin)
Rita Werkmeister
(Grüne/Frauenreferentin)

10 Jahre EMMA



Ja, ¹ ² ³ ⁴ ⁵ ⁶ ⁷ ⁸ ⁹ ¹⁰ ¹¹ ¹² ¹³ ¹⁴ ¹⁵ ¹⁶ ¹⁷ ¹⁸ ¹⁹ ²⁰ ²¹ ²² ²³ ²⁴ ²⁵ ²⁶ ²⁷ ²⁸ ²⁹ ³⁰ ³¹ ³² ³³ ³⁴ ³⁵ ³⁶ ³⁷ ³⁸ ³⁹ ⁴⁰ ⁴¹ ⁴² ⁴³ ⁴⁴ ⁴⁵ ⁴⁶ ⁴⁷ ⁴⁸ ⁴⁹ ⁵⁰ ⁵¹ ⁵² ⁵³ ⁵⁴ ⁵⁵ ⁵⁶ ⁵⁷ ⁵⁸ ⁵⁹ ⁶⁰ ⁶¹ ⁶² ⁶³ ⁶⁴ ⁶⁵ ⁶⁶ ⁶⁷ ⁶⁸ ⁶⁹ ⁷⁰ ⁷¹ ⁷² ⁷³ ⁷⁴ ⁷⁵ ⁷⁶ ⁷⁷ ⁷⁸ ⁷⁹ ⁸⁰ ⁸¹ ⁸² ⁸³ ⁸⁴ ⁸⁵ ⁸⁶ ⁸⁷ ⁸⁸ ⁸⁹ ⁹⁰ ⁹¹ ⁹² ⁹³ ⁹⁴ ⁹⁵ ⁹⁶ ⁹⁷ ⁹⁸ ⁹⁹ ¹⁰⁰ ¹⁰¹ ¹⁰² ¹⁰³ ¹⁰⁴ ¹⁰⁵ ¹⁰⁶ ¹⁰⁷ ¹⁰⁸ ¹⁰⁹ ¹¹⁰ ¹¹¹ ¹¹² ¹¹³ ¹¹⁴ ¹¹⁵ ¹¹⁶ ¹¹⁷ ¹¹⁸ ¹¹⁹ ¹²⁰ ¹²¹ ¹²² ¹²³ ¹²⁴ ¹²⁵ ¹²⁶ ¹²⁷ ¹²⁸ ¹²⁹ ¹³⁰ ¹³¹ ¹³² ¹³³ ¹³⁴ ¹³⁵ ¹³⁶ ¹³⁷ ¹³⁸ ¹³⁹ ¹⁴⁰ ¹⁴¹ ¹⁴² ¹⁴³ ¹⁴⁴ ¹⁴⁵ ¹⁴⁶ ¹⁴⁷ ¹⁴⁸ ¹⁴⁹ ¹⁵⁰ ¹⁵¹ ¹⁵² ¹⁵³ ¹⁵⁴ ¹⁵⁵ ¹⁵⁶ ¹⁵⁷ ¹⁵⁸ ¹⁵⁹ ¹⁶⁰ ¹⁶¹ ¹⁶² ¹⁶³ ¹⁶⁴ ¹⁶⁵ ¹⁶⁶ ¹⁶⁷ ¹⁶⁸ ¹⁶⁹ ¹⁷⁰ ¹⁷¹ ¹⁷² ¹⁷³ ¹⁷⁴ ¹⁷⁵ ¹⁷⁶ ¹⁷⁷ ¹⁷⁸ ¹⁷⁹ ¹⁸⁰ ¹⁸¹ ¹⁸² ¹⁸³ ¹⁸⁴ ¹⁸⁵ ¹⁸⁶ ¹⁸⁷ ¹⁸⁸ ¹⁸⁹ ¹⁹⁰ ¹⁹¹ ¹⁹² ¹⁹³ ¹⁹⁴ ¹⁹⁵ ¹⁹⁶ ¹⁹⁷ ¹⁹⁸ ¹⁹⁹ ²⁰⁰ ²⁰¹ ²⁰² ²⁰³ ²⁰⁴ ²⁰⁵ ²⁰⁶ ²⁰⁷ ²⁰⁸ ²⁰⁹ ²¹⁰ ²¹¹ ²¹² ²¹³ ²¹⁴ ²¹⁵ ²¹⁶ ²¹⁷ ²¹⁸ ²¹⁹ ²²⁰ ²²¹ ²²² ²²³ ²²⁴ ²²⁵ ²²⁶ ²²⁷ ²²⁸ ²²⁹ ²³⁰ ²³¹ ²³² ²³³ ²³⁴ ²³⁵ ²³⁶ ²³⁷ ²³⁸ ²³⁹ ²⁴⁰ ²⁴¹ ²⁴² ²⁴³ ²⁴⁴ ²⁴⁵ ²⁴⁶ ²⁴⁷ ²⁴⁸ ²⁴⁹ ²⁵⁰ ²⁵¹ ²⁵² ²⁵³ ²⁵⁴ ²⁵⁵ ²⁵⁶ ²⁵⁷ ²⁵⁸ ²⁵⁹ ²⁶⁰ ²⁶¹ ²⁶² ²⁶³ ²⁶⁴ ²⁶⁵ ²⁶⁶ ²⁶⁷ ²⁶⁸ ²⁶⁹ ²⁷⁰ ²⁷¹ ²⁷² ²⁷³ ²⁷⁴ ²⁷⁵ ²⁷⁶ ²⁷⁷ ²⁷⁸ ²⁷⁹ ²⁸⁰ ²⁸¹ ²⁸² ²⁸³ ²⁸⁴ ²⁸⁵ ²⁸⁶ ²⁸⁷ ²⁸⁸ ²⁸⁹ ²⁹⁰ ²⁹¹ ²⁹² ²⁹³ ²⁹⁴ ²⁹⁵ ²⁹⁶ ²⁹⁷ ²⁹⁸ ²⁹⁹ ³⁰⁰ ³⁰¹ ³⁰² ³⁰³ ³⁰⁴ ³⁰⁵ ³⁰⁶ ³⁰⁷ ³⁰⁸ ³⁰⁹ ³¹⁰ ³¹¹ ³¹² ³¹³ ³¹⁴ ³¹⁵ ³¹⁶ ³¹⁷ ³¹⁸ ³¹⁹ ³²⁰ ³²¹ ³²² ³²³ ³²⁴ ³²⁵ ³²⁶ ³²⁷ ³²⁸ ³²⁹ ³³⁰ ³³¹ ³³² ³³³ ³³⁴ ³³⁵ ³³⁶ ³³⁷ ³³⁸ ³³⁹ ³⁴⁰ ³⁴¹ ³⁴² ³⁴³ ³⁴⁴ ³⁴⁵ ³⁴⁶ ³⁴⁷ ³⁴⁸ ³⁴⁹ ³⁵⁰ ³⁵¹ ³⁵² ³⁵³ ³⁵⁴ ³⁵⁵ ³⁵⁶ ³⁵⁷ ³⁵⁸ ³⁵⁹ ³⁶⁰ ³⁶¹ ³⁶² ³⁶³ ³⁶⁴ ³⁶⁵ ³⁶⁶ ³⁶⁷ ³⁶⁸ ³⁶⁹ ³⁷⁰ ³⁷¹ ³⁷² ³⁷³ ³⁷⁴ ³⁷⁵ ³⁷⁶ ³⁷⁷ ³⁷⁸ ³⁷⁹ ³⁸⁰ ³⁸¹ ³⁸² ³⁸³ ³⁸⁴ ³⁸⁵ ³⁸⁶ ³⁸⁷ ³⁸⁸ ³⁸⁹ ³⁹⁰ ³⁹¹ ³⁹² ³⁹³ ³⁹⁴ ³⁹⁵ ³⁹⁶ ³⁹⁷ ³⁹⁸ ³⁹⁹ ⁴⁰⁰ ⁴⁰¹ ⁴⁰² ⁴⁰³ ⁴⁰⁴ ⁴⁰⁵ ⁴⁰⁶ ⁴⁰⁷ ⁴⁰⁸ ⁴⁰⁹ ⁴¹⁰ ⁴¹¹ ⁴¹² ⁴¹³ ⁴¹⁴ ⁴¹⁵ ⁴¹⁶ ⁴¹⁷ ⁴¹⁸ ⁴¹⁹ ⁴²⁰ ⁴²¹ ⁴²² ⁴²³ ⁴²⁴ ⁴²⁵ ⁴²⁶ ⁴²⁷ ⁴²⁸ ⁴²⁹ ⁴³⁰ ⁴³¹ ⁴³² ⁴³³ ⁴³⁴ ⁴³⁵ ⁴³⁶ ⁴³⁷ ⁴³⁸ ⁴³⁹ ⁴⁴⁰ ⁴⁴¹ ⁴⁴² ⁴⁴³ ⁴⁴⁴ ⁴⁴⁵ ⁴⁴⁶ ⁴⁴⁷ ⁴⁴⁸ ⁴⁴⁹ ⁴⁵⁰ ⁴⁵¹ ⁴⁵² ⁴⁵³ ⁴⁵⁴ ⁴⁵⁵ ⁴⁵⁶ ⁴⁵⁷ ⁴⁵⁸ ⁴⁵⁹ ⁴⁶⁰ ⁴⁶¹ ⁴⁶² ⁴⁶³ ⁴⁶⁴ ⁴⁶⁵ ⁴⁶⁶

1. **የጥያቄው ዓላማ**
 2. **የጥያቄው ዓላማ**
 3. **የጥያቄው ዓላማ**
 4. **የጥያቄው ዓላማ**
 5. **የጥያቄው ዓላማ**
 6. **የጥያቄው ዓላማ**
 7. **የጥያቄው ዓላማ**
 8. **የጥያቄው ዓላማ**
 9. **የጥያቄው ዓላማ**
 10. **የጥያቄው ዓላማ**

1991
 1992
 1993
 1994
 1995
 1996
 1997
 1998
 1999
 2000
 2001
 2002
 2003
 2004
 2005
 2006
 2007
 2008
 2009
 2010
 2011
 2012
 2013
 2014
 2015
 2016
 2017
 2018
 2019
 2020
 2021
 2022
 2023
 2024
 2025
 2026
 2027
 2028
 2029
 2030

Die Londoner Regierung zeigt sich vorrangig an den sicherheitspolitischen Aspekten des „Hillsborough“-Abkommens interessiert, wozu vor allem der Ausbau der Kooperation der „Sicherheitskräfte“ beiderseits der inneririschen Grenze zählt. Auf der politischen Ebene erhofft sie sich vom Abkommen eine Spaltung des loyalistischen, protestantischen Blocks und Herausbildung einer moderaten und moderateren Fraktion des Unionismus, die dazu bereit ist, mit der „konstitutionell-nationalistischen“ SDLP einen „deal“ einzugehen. Die Etablierung einer mehrheitsfähigen „interkonfessionellen Mitte“ soll London den Rückzug aus dem „Norden“ ermöglichen, ohne daß es zu dessen Folge zu einer weitreichenden, am Ende auch noch die Republik Irland erfassenden, Destabilisierung kommt. Bislang ist es London jedoch noch nicht gelungen, die nordirischen Protestanten, deren Wurzeln um ca. 350 Jahre nachgehen, in das 20. Jahrhundert zu ziehen und den aktuellen Erfordernissen des britischen Imperialismus anzupassen.

Zwölf Monate später ...

„Hillsborough“ hat nicht, wie es seine süd- und nordirischen Protagonisten versprochen, dem Alptraum der Minderheit ein Ende bereitet. Im Gegenteil: Wie es nicht anders zu erwarten war, hat die sektiererische Gewalt der Loyalisten, die um ihre Privilegien fürchten und von daher auch der kleinsten Reform eine Absage erteilen, seit Unterzeichnung des Abkommens zugenommen. Eine derartige Reaktion stünde zwar auch für den Fall eines tatsächlichen Rückzugs der Briten und einer Auflösung der britisch-nordirischen Verbindung zu erwarten, doch im Falle „Hillsborough“ erfolgt die Eskalation loyalistischer Gewalt „für nichts“.

Nordirland erlebt seit einigen Monaten die schlimmste Welle sektiererischer Anschläge seit 1969, dem Jahr des Ausbruchs des jüngeren Konflikts. Über 400 katholische/nationalistische Familien wurden bislang aus ihren Häusern — in mehrheitlich protestantischen Vierteln oder an deren Rand gelegen — vertrieben, zahlreiche katholische Schulen und Kirchen niedergebrannt, zwölf Zivilisten von loyalistischen Todesschwadronen ermordet. Elf der Opfer waren Katholiken; eine Protestantin wurde ermordet, weil sie einen Katholiken zum Ehemann hatte.

In den Monaten seit „Hillsborough“ wurde die britische Regierung lediglich in einer Angelegenheit aktiv, die dokumentiert, daß es sich bei dem Abkommen in erster Linie um einen „Sicherheitspakt“ handelt. Entlang der Grenze zwischen dem nordirischen South Armagh und der Republik Irland wurden für die britische Armee bislang fünf gigantische Beobachtungsräume installiert, die eine bessere Überwachung der Grenze, über die ein Teil des IRA-Nachschubs erfolgt und von deren anderer Seite her die IRA auch Operationen startet, zu gewährleisten. Von der dort ansässigen Bevölkerung wird diese Anlagekette bereits „Hillsborough“-Wall“ genannt. Desweiteren wurden im Landesinneren — auf den Hügeln von South Armagh — befestigte Beobachtungsanlagen errichtet, wofür die britische Armee Land konfiszierte. In South Armagh, das auch als „Provostland“ bezeichnet wird, bewegt sich die Armee bereits seit Jahren aus Angst vor Morden und Heckenschützenangriffen vorwiegend mit Hilfe von Hubschraubern.

Keine Realisierung ...

Hingegen ist eine Realisierung der Reformversprechen nicht in Sicht — Die „Diplock-Courts“, Sondergerichte, die ohne Geschworene tagen und in denen in der Regel ein einzelner Unionist (oftmals ehemalige Politiker) als Richter fungieren, bleiben auch fortan bestehen. Selbst der kosmetische Reformvorschlag, die Gerichte zukünftig mit drei Richtern zu bestücken, wurde von der britischen Regierung mit der bereits bekannten Arroganz abschlägig beschieden. Nicht beendet wird auch die Praxis der Kronzeugen-Prozesse, die bisweilen die Form von Massen- und Schauprozessen annehmen. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß erst kürzlich ein Kronzeugen-Prozess zusammenbrach, da der aussagewillige Kronzeuge sich demotiviert in Widerspruch verwickelte und das Baus vom Himmel lag, daß dem verurteilten Richter nichts anderes übrig blieb, als die Angeklagten wieder auf freien Fuß zu setzen. Daß dies ab und an vorkommt, ist dem Charakter der Kronzeugen, die nach Auffassung liberaler



Die Ergebnisse von 15 Jahren Besetzung durch die britische Armee: Die sogenannte „Friedensgrenze“, die das protestantische vom katholischen Gebiet trennt.

Ein Jahr britisch-irisches Abkommen: Ein Ende des Alptraums ist nicht in Sicht

Im November 1985 unterzeichneten die britische und die irische Regierung im nordirischen Örtchen Hillsborough ein „historisches“ Abkommen, dessen Inhalt und Intention sich wie folgt zusammenfassen läßt: Der Dubliner Regierung wird ein Mitsprache- bzw. Vorschlagsrecht bezüglich Nordirland eingeräumt, das jedoch die alleinige Souveränität Londons unangefastet läßt. Sinn dieses eher symbolischen Mitspracherechts ist es, Dublin zu ermöglichen, sich gegenüber der katholisch/nationalistischen Minderheit in Nordirland als deren vom London akzeptierte Interessenvertretung aufzuspielen. Denn die Unfähigkeit des „konstitutionellen Nationalismus“ — repräsentiert durch die nordirische gemäßigte nationalistic SDLP und die Dubliner Regierung —, auf London in Richtung Verbesserung der Situation der Minderheit hinzuwirken, hatte zur Stärkung des radikalen Republikanismus sowie zum Autoritätsverlust des „konstitutionellen Nationalismus“ geführt. Desweiteren sollte eine Reihe von Reformen die Integration der Minderheit und ihre Anerkennung des nordirischen Staatswesens von britischen Gesetzen erlauben. Die Entfremdung der nordirischen Minderheit gegenüber dem Staat und seinen Organen — hier insbesondere den sogenannten „Sicherheitskräften“ — wird von der Dubliner Regierung als hauptsächliche Ursache für Gewalt und Instabilität sowie für die Zustimmung, die die IRA erhält, betrachtet. Tatsächlich ist diese Entfremdung jedoch nur Ausdruck weit tiefer liegender Bestimmungsfaktoren, nämlich der imperialistischen Anbindung Nordirlands wie der dort nach wie vor existierenden Apartheidstrukturen.

Prozeßbeobachter den Eindruck erwecken, als seien sie einer Gehirnwäsche unterzogen worden, sowie der ausgezeichneten Verteidigung geschuldet.

Prozeßbeobachter den Eindruck erwecken, als seien sie einer Gehirnwäsche unterzogen worden, sowie der ausgezeichneten Verteidigung geschuldet. — Das verfaßte „Ulster Defence Regiment“ (UDR) (eine nordirische Einheit der britischen Armee, deren Mitglieder nachweislich über enge Verbindungen zu den loyalistischen Paramilitärs und Terrorkommandos verfügen) wurde weder reformiert geschweige denn aufgelöst, wie dies vor noch nicht allzu langer Zeit auch Forderungen der SDLP entsprach. Auch an der sektiererischen Praxis der Polizei (RUC), die von London und Dublin zur modernen und „unsektiererischen“ Polizeikraft gekürt wurde, hat sich seit „Hillsborough“ nichts geändert. Die von „amnesty“ und anderen Menschenrechtsorganisationen scharf attackierte „shoot to kill“-Politik der RUC — eine an Todesschwadronen erinnernde Hinrichtungspraxis — hat dieses Jahr weiteren vier nationalistischen Jugendlichen das Leben gekostet. In diesem Zusammenhang ist die sogenannte „Stalker-Affäre“ von Interesse, die in den Sommermonaten dieses Jahres die Spalten der irischen und britischen Zeitungen füllte. Der stellvertretende Polizeipräsident von Manchester, John Stalker, war seitens der Regierung beauftragt worden, den „shoot to kill“-Vorwürfen nachzugehen. Als Stalker einen für die Regierung unbequemen Bericht vorbereitete, der schwere Beschuldigungen gegen Armeen, Polizei und Nordirlandsmilitär umfaßte, wurde er mittels der Inzenerierung einer Schmierenskandale seines Postens und des Kommandos-Vorurtes enthoben. Als Hintermann der Schmierenskandale entpuppte sich John „Göring“ Hermon, der Chef der nordirischen Polizei. Laut „amnesty“ wurden seit Herbst 1982 34 Nordirler Opfer der offiziellen „shoot to kill“-Politik 18 der Ermordeten waren nachweislich unbewaffnet, als sie erschossen wurden. Die Exekutionen gingen zumeist auf das Konto einer „Headquarter Mobile Support Unit“ (HOMSU) der nordirischen Polizei. Laut „Observer“ bestand sie zum größten Teil aus ehemaligen Soldaten,

die von Angehörigen der berüchtigten Anti-Terror-Einheit SAS ausgebildet wurden. Verantwortlich für die Sondereinheit, die direkt der politischen Abteilung des Dubliner General

die von Angehörigen der berüchtigten Anti-Terror-Einheit SAS ausgebildet wurden. Verantwortlich für die Sondereinheit, die direkt der politischen Abteilung der Polizei („Special Branch“) in Belfast unterstand, war RUC-Chef John „Göring“ Hermon.

Polizeiführung und Regierung mußten die Veröffentlichung des Stalker-Reports aus zweierlei Gründen verhindern: Zum einen widersprechen die Erkenntnisse Stalkers ganz offensichtlich der offiziellen Propaganda, die die RUC als „unsektiererisch“ darzustellen versucht. Von daher mußte selbst Dublin gegen eine Veröffentlichung des Reports sein, da sich die Regierung darum bemüht zeigt, die Minderheit für die RUC zu erwärmen, um so der Entfremdung gegenüber dem nordirischen Staat und seinen ausführenden Organen ein Ende zu bereiten. Zum anderen drohte jeder Versuch, einzelne RUC-Beamte oder gar ganze RUC-Einheiten für ihre Missetaten zur Verantwortung zu ziehen, eine Rebellion innerhalb der Polizei auszulösen, zumindest aber die ohnehin zu registrierende Tendenz der Demoralisierung zu verstärken. Ohnehin sind Mittelbau und Basis der RUC mehrheitlich gegenüber dem „Hillsborough“-Abkommen und Reformen skeptisch bis offen ablehnend eingestellt. Lediglich die in England nach metropolitenen Mustern ausgebildete — einem modernen Sicherheits- und Anti-Terrorismus-Verständnis verpflichtete — Führungsschicht der RUC kann sich für das Abkommen begeistern und begreift dessen sicherheitspolitischen Wert. Der Mittelbau und die Basis sehen sich hingegen durch „Hillsborough“ zwischen zwei Stühle mandriert. Einerseits sind sie einer IRA-Offensive ausgesetzt, andererseits verlangt das Abkommen von ihnen, partiell auch die Konfrontation mit den radikalen Loyalisten einzugehen, was ihnen im eigenen Lager den Vorwurf des „Verrats“ einbringt. Da die RUC jedoch die „Sicherheitskraft“ ist, auf die London bezüglich der Durchsetzung von „Hillsborough“ baut, mußte und muß alles unterlaufen werden, was die RUC-Mitgliedschaft zusätzlich in

Rage bringt oder in die Demoralisierung treibt

... der Reformversprechen

— Auch auf dem kulturellen Sektor hat sich seit der Unterzeichnung des Abkommens nichts getan. Selbst socher symbolische Reformen, wie die Legalisierung der irischen Sprache und das Gestatten des Hissens der irischen Fahne, blieben bislang bloße Ankündigungen. Die Loyalisten, in deren Denken Symbole eine enorm große Rolle spielen, sollen nicht unnötig provoziert werden. Die RUC entfernt auch weiterhin die irische Trikolore, wo sie noch „Auffassung“ der „Sicherheitskraft“ eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung darstellt. Andererseits sind Nordirlands Republikaner überhaupt nicht darauf angewiesen, daß Dublin und die SDLP ein solches Zugeständnis für sie erringen. In Belfast und Derry tragen zahlreiche Straßen bereits Namenschilder in gälischer Sprache, was auf die Eigeninitiative der Bewohner zurückgeht. Ebenso steht mensch hier auf Häusern und immer wieder die Trikolore flattern. — Die soziale Diskriminierung der katholischen/nationalistischen Minderheit wurde durch „Hillsborough“ nicht vermindert. Ein Beispiel dafür, wie die sektiererische Praxis der Subventionsvergabe auch noch in den 80er Jahren funktioniert, bietet die Belfast-Werft Harland & Wolff. Auf dieser Werft sind fast ausschließlich Protestanten beschäftigt, sie gilt als Hochburg des militanten „working-class“-Loyalismus. 1979 erhielt Harland & Wolff Subventionen in einer Höhe von 291 Millionen britischen Pfund, während die Thatcher-Administration — gemäß ihrer monetaristischen und marktwirtschaftlichen Philosophie — gleichzeitig erhebliche Einschnitte bei den Sozialleistungen etc. vornahm, die gerade die nordirischen Unterschichten hart trafen. 1980 forderte der „Economist“, die Subventionen für Harland & Wolff einzustellen. Es handelte sich genau betrachtet um Unterstützungsgeldungen für militante protestantische Arbeiter, die in einem Industriezweig beschäftigt seien, der ansonsten überall untergehe. Doch die konservative britische Regierung betreibt bezüglich Harland & Wolff auch weiterhin eine maximal-interventionistische Praxis. Harland & Wolff ist hier die Ausnahme von der Regel. Mit 7.269 britischen Pfund wird jeder Arbeitsplatz in diesem Unternehmen jährlich subventioniert. Zum Vergleich: In der britischen Schiffbaudustrie beträgt diese Summe 3.359 Pfund, also weniger als die Hälfte. Harland & Wolff kommt zudem bevorzugt in den Genuss von staatlichen Rüstkaufträgen.

War das „Hillsborough“-Abkommen innerhalb der Minderheit zunächst auf mehrheitliche Zustimmung gestoßen, so ist die anfängliche Euphorie mittlerweile einer weit verbreiteten Ernüchterung und Skepsis gewichen. Viele Katholiken mußten zu der Auffassung gelangen, daß damit die Einführung von Reformen verbunden war und die Architekten des Abkommens der Minderheit Schutz vor der loyalistischen Reaktion bieten konnten. Das Wahler-

gebnis, daß die SDLP im Januar 1986, zwei Monate nach Unterzeichnung des Abkommens, errang, dürfte wohl in die Annalen als das beste dieser Partei eingehen. War es schon damals nicht gelungen, Sinn Fein entscheidend zu düzieren und in die Knie zu zwingen, so zeichnete sich bereits wenige Monate später anlässlich von Neuwahlen im Raum Enniskillen ein Trend zugunsten des radikalen Republikanismus ab.

Europa

Dennoch findet das Abkommen bei Teilen der Minderheit noch immer eine gewisse Zustimmung. Diese Zustimmung lebt nicht von reformerischen Veränderungen, sondern ausschließlich von der begrenzten Konfrontation zwischen Polizei und radikalen Loyalisten. Am Verhältnis der Polizei gegenüber der Minderheit haben die Auseinandersetzungen zwischen der RUC und militanten Loyalisten allerdings überhaupt nichts geändert. Zudem läßt sich das Vorgehen der RUC in Sachen militanter Loyalisten mit der polizeilichen Praxis in den katholischen Vierteln noch immer nicht vergleichen. Aber die Reaktion der Loyalisten und die begrenzte Konfrontationspolitik der Polizei suggerieren, daß an dem Abkommen vielleicht doch „etwas dran“ ist.

Dennoch findet das Abkommen bei Teilen der Minderheit noch immer eine gewisse Zustimmung. Diese Zustimmung lebt nicht von reformerischen Veränderungen, sondern ausschließlich von der begrenzten Konfrontation zwischen Polizei und radikalen Loyalisten. Am Verhältnis der Polizei gegenüber der Minderheit haben die Auseinandersetzungen zwischen der RUC und militanten Loyalisten allerdings überhaupt nichts geändert. Zudem läßt sich das Vorgehen der RUC in Sachen militanter Loyalisten mit der polizeilichen Praxis in den katholischen Vierteln noch immer nicht vergleichen. Aber die Reaktion der Loyalisten und die begrenzte Konfrontationspolitik der Polizei suggerieren, daß an dem Abkommen vielleicht doch „etwas dran“ ist.

Faschistischer Terror

Die Loyalisten sehen sich damit konfrontiert, daß die britische Regierung — ihrer Rebellion zum Trotz — am Abkommen festhält, wenngleich nur hinsichtlich dessen sicherheitspolitischer Inhalte. Ihr Verhalten wirkt zuweilen irrational bis absurd: Sie rebellieren gegen ein Abkommen, das bislang noch nicht die kleinste Reform zum Ergebnis hatte, sondern immer offensichtlicher ausschließt der Bekämpfung ihres Hauptfeindes, der IRA, gilt. Doch für die Loyalisten ist das, was Dublin und London vereinbart haben, noch nicht ausreichend.

Vor einigen Wochen haben die „Democratic Unionist Party“ (DUP) — Führer Ian Paisley und Peter Robinson sowie der Sprecher des „Ulster Clubs“ (eine Basisorganisation des Anti-„Hillsborough“-Widerstandes), Alan Wright, eine neue Organisation mit dem Namen „Ulster Resistance“ aus der Taufe. 3.000 Loyalisten hatten sich zu diesem Anlaß in der Belfast-Stadthalle versammelt. Die Konstituierung der faschistischen Bürgerwehr erfolgte unbehelligt von den staatlichen Organen. Auch dies hat Tradition: Obgleich unter dem Deckmantel der größten paramilitärischen Organisation „Ulster Defence Association“ (UDA) Todesschwadronen operieren, die sich „Ulster Freedom Fighters“ nennen, blieb der legale Status der UDA bisher unangestastet. Die Formierung der „Ulster Resistance“ ist ein loyalistisches Signal der Eskalationsbereitschaft. Es ist das erklärte Ziel der „Ulster Resistance“, „die wahren Feinde — Sinn Fein und IRA — zu zerstören“.

Die IRA hat sich gegenüber dem faschistischen Terror bisher eher zurückhaltend gezeigt. Ein wesentliches Motiv hierfür ist die Furcht, sich durch ständige Vergeltungsaktionen auf eine Konfliktstufe zu begeben, wo die Auseinandersetzung nicht mehr primär zwischen der IRA und den offiziellen „Sicherheitskräften“, sondern zwischen der republikanischen Guerilla und den loyalistischen Paramilitärs verläuft. Eine derartige Auseinandersetzung würde vom britisch-irischen Disput ablenken und zudem den Eindruck eines „Religionskrieges“ erwecken, andererseits steht die IRA vor dem Problem, daß ihre Reputation Schaden nehmen würde, wenn sie dem loyalistischen Terror nicht Einhalt gebietet und der „community“ nicht den notwendigen Schutz gewährleistet. Bisher beschränkte sich die IRA gegenüber den loyalistischen „Paramilitärs“ auf defensive Operationen. Auch der Fall Bingham steht noch in diesem Zusammenhang. Im September eskalierte die IRA John Bingham, Anführer der „Protestant Action Force“-Todesschwadronen im Belfast-Shankill-Bereich. Die „Provos“ bezichtigten Bingham, Hintermann jener sektiererischen Mord zu sein, die seit „Hillsborough“ die katholischen/nationalistischen Enklaven im Norden Belfasts in Angst und Schrecken versetzten. In einer Erklärung stellte die IRA klar, daß die Tötung Bingham nicht Aufakt einer sektiererischen „Kampagne“ sei, sie sich andererseits jedoch das Recht vorbehalte, auch in Zukunft Führer des loyalistischen Untergrundes zu exekutieren, sofern deren Verantwortung für die Ermordung katholischer Zivilisten erwiesen sei.

Jerusalem: Konflikte in der Altstadt

Wiederum ist in Israel die Debatte über das aufgeflammt, was sich möglicherweise hinter dem Begriff vom „Jüdischen Untergrund“ verbirgt. Mit dem verstärkten (Aus-)bau von Siedlungen im seit dem Juni-Krieg 1967 besetzten Gebiet des Jordan-Westufers, formierte sich in Israel eine von den etablierten Parteien unabhängige recht bis rechtsradikale Bewegung. Besonders sind zu nennen die Siedlerorganisationen „Gush Eizmann“, bekannt u.a. durch Rabbi Levinger aus Hebron/Kirjat Arba und die offen faschistische „Kach“ von Meir Kahane. Offene Ohren und eine gewisse Breite finden sie in einigen Kreisen, in denen strenge Religiosität und anti-arabischer Chauvinismus sich durch die Regierungspolitik nicht mehr genügend vertreten sehen.

Welt über die Parole „Araber raus“ (aus dem von Gott verheißenen Groß-Israel) hinaus gingen 1980 die Bombenattentate gegen die der PLO-Mitgliedschaft verdächtigten Bürgermeister der größten Westuferstädte Hebron und Nablus. Die damalige Tätergruppe, der auch weitere ähnliche Aktionen zugerechnet werden, wurde als „Jüdischer Untergrund“ bezeichnet.

Die drei, die angegeben haben sollen, der PFLP anzugehören, stellen die Tat als Vergeltung gegenüber an Arabern verbüßte Repressalien dar (Jerusalem Post — Internationale Ausgabe, 3.1. 1987).

Die durch die israelische Besatzungspolitik sowieso angespannte Situation auf dem Westufer erfährt in Jerusalem in den letzten Jahren zusätzliche Verschärfung. Der Erwerb einiger Häuser im arabischen Teil der Altstadt für öffentlichen nationale/religiöse Zwecke förderte die — ab und zu gelobte — friedliche Koexistenz zwischen Palästinensern und Juden nicht. Der seit 1967 wieder aufgebaute jüdische Altstadtteil hingegen findet vergleichsweise auch bei arabischen Bewohnern Akzeptanz.

Gruppen von Studierenden der „Schuva Baruch Jeschiva“, der auch Amedl angehört, trieben ihren Haß auf Araber über verbale Attacken hinaus zu körperlichen Angriffen gegen Bewohner der Nachbarschaft. Hier konnten sie auch im angrenzenden neuen jüdischen Viertel „absuchen“. Nach dem Tode Amedl steigerten sie und andere ihre Überfälle auf arabische Altstadtbewohner.

kehr eine Woche darauf demonstrativ begleitet.

Die Hetzaktionen der jüdischen Rechtsradikalen konnten einerseits unter den Augen von Polizei und Armee stattfinden, stießen aber andererseits auch auf Ablehnung und teilweise Verurteilung durch Repräsentanten des öffentlichen Lebens und der Medien. In diese Situation hatte die Dachorganisation „Schalom achschaw“ (Frieden jetzt) eine Kundgebung vor den Altstadtmauern setzen wollen. Sie ließ jedoch davon ab, als Bürgermeister Kollek der gereizten Stimmung wegen davon abriet. So waren es nur kleinere Aktionen der jüdischen und arabischen Linken, wie „Jesch Qwu!“ (Es gibt eine Grenze) und „Campus“, die öffentlich Stellung gegen Repression und Besatzung bezogen. Nach weiteren Ereignissen (s.u.) protestierte auch die KP, „Rakach“, in größeren Kundgebungen im Norden des Landes. Hervorzuheben sind die Streiks der Ladenbesitzer und anderer Bewohner der Altstadt an mehreren Tagen sowie die vielen späteren Demonstrationen in fast allen Orten des Westufers und des Gazastreifens. Last not least muß die mutige arabische Presse im anerkannten Ost-Jerusalem genannt werden.

In einer israelischen Kabinetsrunde wurde u.a. mit Vertretern der Polizei über die Lage gesprochen. Einer der Jerusalemer Polizeichefs, Kraus, befürchtete noch schärfere Ausschreitungen gegen Araber, da seinen Hinweis nach in einigen Jeschivas (Religionschulen) Waffen versteckt worden. Zu Hausdurchsuchungen wurde erst nach fast drei Wochen geschritten, nachdem eines Nachts drei Männer in einem Auto vor einer Polizeikontrolle flüchteten und danach mit Explosivmaterial gefaßt wurden. Der Fahrer, der kurzzeitig in Gewahrsam blieb, und die anderen gehören den im Auge gefaßten Schulen an. Die Durchsuchungen der Schuva Baruch Jeschiva und der Jeschiva auf dem Zionberg erbrachten keinerlei Funde — nur etwas Handge-

menge und den Besuch Kahanes vor Ort.

Mittlerweile gibt es für die palästinensische Bevölkerung neue wichtige Ereignisse, die Kämpfe im Libanon zwischen der schottischen Amal und PLO-Kräften. Es gab Demonstrationsversuche, zuerst in Bir Zeit, der größten palästinensischen Universität. Dabei wurden zwei Studenten (aus Gaza) erschossen. Zwei weitere Jugendliche wurden nahe eines Flüchtlingslagers bei Nablus in den folgenden Tagen ebenso Opfer der Armee.

In allen Fällen hat nach amtlicher Version Notwehr bestanden; die Soldaten hätten sich, wie vielerorts, vor Steinewerfern sichern müssen. Nach Warnschüssen seien die Vier bei gezielten Schüssen auf die Beine tödlich getroffen worden.

Bald darauf ließ es von Seiten der untersuchenden Behörden, die Soldaten hätten in Bir Zeit die Todeschüsse nicht abgegeben, da sie andere Munition verwenden als die, die die Studenten lösete. Tage später stellt sich heraus, daß ein Soldat zwar der Schütze war, er aber privat als Begleiter eines israelischen Siedlers in Notwehr getötet wurde.

Dazu muß man wissen, daß viele Soldaten auch außer Dienst Waffen tragen, es daneben verschiedene bewaffnete Wächtergruppen gibt und es Westuferweilern zusätzlich erlaubt ist, Waffen zu tragen.

Durch mehrere Ereignisse fühlen sich die Rechtsradikalen ermutigt. Ein alterer orthodoxer Jude wird Mitte Dezember, vermutlich von zwei Arabern, in West-Jerusalem mit einem Messer schwer verletzt. Eine Aktion, die umgehend von vielen palästinensischen Persönlichkeiten, so auch vom Herausgeber der im arabischen Teil Jerusalems erscheinenden Zeitung „Al Fajr“ (Die Dämmerung) verurteilt wurde. Nur Tage später wird ein bemerkenswert mildes Urteil gegen einen Planer der „Terroristischen Organisation“, die die oben erwähnten Attenta-

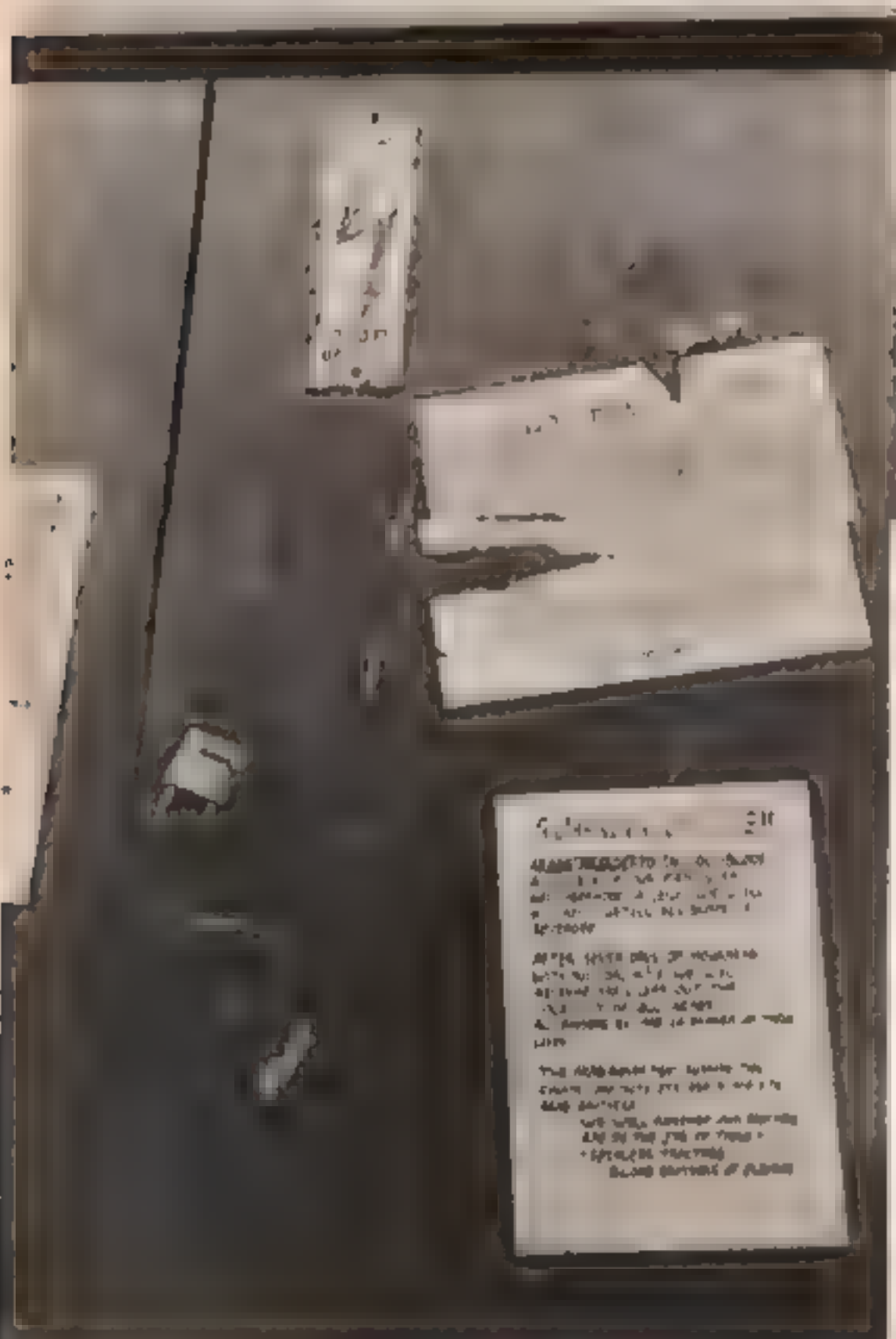
te ausführte, gesprochen. Im Kappaport, der nach Jahren des Exils in den USA kürzlich nach Israel zurückkehrte, wurde vor einem Jerusalemer Gericht nur noch zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt, weil u.a. seine zuvor geleistete Gemeindeförderung für ihn spreche.

Engegen internationalen Abmachungen wird zur selben Zeit Frankreich die Auslieferung des israelischen Staatsbürgers W. Nakasch, der vor vier Jahren in Besancon einen Araber ermordete, verweigert. Nakasch beruft sich darauf, aus politischen Gründen gehandelt zu haben. Dagegen haben es arabische Zeitungen schwer, wenn sie tatsächlich einen oppositionellen Kurs halten wollen. Eine Zeitung ist noch verboten, der Herausgeber einer anderen ist gerade deportiert worden, und „Al Fajr“ durfte um die Jahreswende für zwei Wochen nicht erscheinen.

Die Kach Meir Kahanes schickte inzwischen an die Adresse jüdischer Linker, die sich im vergangenen November mit PLO-Vertretern in Rumänien getroffen hatten, Leichenwagen und ähnliche „Aufmerksamkeiten“ (FR 6.1. 1987). Für die deutschsprachige israelische Zeitung „Israel Nacht“ war es trotzdem schon am 25.12. 1986 klar: „Es gibt keinen jüdischen Untergrund“.

Was in Israel noch legal oder schon Untergrundtätigkeit ist, vermag ich im Moment nicht zu beurteilen, genauso was möglicherweise über die Hände von staatlichen Stellen gehen mag. Als nicht wirksam genug wird sich jedenfalls eine Beschneidung der parlamentarischen Möglichkeiten des rechtsextremen Abgeordneten Kahanes erweisen, wie sie die „Jerusalem Post“ nahelegt.

Eine wirksame Kontrolle rechtsradikal gewirkter Gruppierungen wird möglicherweise so lange auf sich warten lassen, wie die Änderung der offiziellen Politik gegen die Palästinenser.



„WARNING — RACHE! Araber ermordeten kaltblütig ein Mitglied unserer Familie und Nachbarschaft, einen Juden. Wir werden nicht ruhen, bis sein Blut gerächt ist. Nach sieben Tagen der Trauer werden wir mit selbstmörderischen Akten Rache üben und die Altstadt von allen Arabern säubern. Alle Passanten sind in Lebensgefahr! Die arabische Regierung (gemeint: die Regierung Israels — Anm. AK) dieses Landes schützt ihre Sitze und ihre arabischen Brüder. Wir wollen unsere Brüder rächen und die Arbeit dieser rückgratlosen Verräter tun. Blutsbrüder von Eijahu“

Dieses Plakat wurde im November und Dezember 86 — in einer englisch- und einer hebräischsprachigen Version — in der Jerusalemer Altstadt angeheftet.

net. Nach Enthüllungen und einer wahrhaft nationalen Debatte wurde deutlich, daß für die Mehrheit der Israelis ein derartiges Agieren unakzeptabel ist, da es gegen die Humanität oder zumindest gegen staatliches Recht verstößt. Einige Täter wurden zu drei Jahren Haft verurteilt. Ob das „Untergrund“-Netz gänzlich aufgedeckt wurde, steht dahin.

Die aktuelle Diskussion läuft seit zwei Monaten. Anlaß sind die Racheakte nach dem Mord an dem jüdischen Jeschiva- (Religions-)studenten Eijahu Amedl am 15. November 1986 in der arabischen Altstadt von Jerusalem. Aufgrund ihrer Geständnisse, Amedl gestanden zu haben, wurden drei 20-22-jährige Palästinenser aus Jenin Ende Dezember zu lebenslanger Haft verur-

Mehrere durch Brandsätze verwüstete Wohnräume und Ladenöffnen und einige Verletzte sind Höhepunkte einer Welle der Gewalt. Währenddessen fanden mehrere Gedenk- und Anklagekundgebungen in der Straße statt, in der Amedl umgebracht wurde. Die größte versammelte über 150 Menschen. Polizei-, Grenzpolizei- und Armeeinheiten sicherten den Ort über acht Stunden massiv ab und ließen dadurch keine Ansätze von Protesten nach verstimmen. So wie sicher nicht alle Kundgebungssteilnehmer den genannten rechten Gruppierungen angehörten, so bekundeten auch religiöse und orthodoxe Juden Solidarität mit verfolgten Arabern, wenn sie z.B. eine Gruppe Araber, die vor der Gewalt hatten fliehen müssen, bei ihrer Rück-

NATO-Truppen im Irak?

Türkisches Eingreifen im Golfkrieg wird vorbereitet

Von der bundesdeutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, wird im NATO-Staat Türkei offen über einen Einmarsch türkischer Truppen im Nordirak diskutiert. Die International Herald Tribune veröffentlichte ein Szenario in vier Punkten, das sich in der türkischen Hürriyet (5.11.86) folgendermaßen liest:

1. Der Iran wird die irakische Verteidigung durchbrechen.
2. Bevor die iranischen Truppen Kirkuk erreichen, wird die Türkei in den Irak eindringen.
3. Die UdSSR wird der Türkei drohen.
4. Die USA wird zur Verteidigung der Türkei und der Erdölanlagen in Kirkuk die schnellen Eingreifstruppen ins Land schicken ...

Hintergrund solcher Szenarios ist die aktuelle Entwicklung im Golfkrieg, die lang gehegte Expansionswünsche der Türkei nun realisierbar erscheinen lassen: Die Stadt Kirkuk, etwa 200 km südlich der türkischen Grenze gelegen, ist wirtschaftlich und strategisch wichtig wegen ihrer Erdölanlagen (die bedeutendsten des Irak überhaupt). Dort wird auch Petroleum für die Türkei raffiniert, das über eine irakisch-türkische Pipeline nach Doriyol am Golf von Iskenderun fließt. Diese Erdölleitung quer durch Kurdistan war mehrfach das Ziel von Angriffen der irakisch-kurdischen Guerilla, die ihrerseits vom Iran unterstützt wird. Aktivitäten „kurdischer Separatisten“ hat die Türkei wiederholt zum Anlaß für militärische Aktionen im Nordirak genommen (zuletzt die Bombardierung mehrerer kurdischer Dörfer im August).

In der Türkei wird in den Medien massiv das Bild vermittelt, die türkische Sicherheit sei unmittelbar bedroht. Nachdem der Iran erklärt hatte, auch Kirkuk zum Ziel militärischer Aktionen zu machen, und die iranische Nachrichtenagentur IRNA die Einigung von Barzani PDK-Irak und Talibani PLK im Kampf gegen die irakische Regierung bekannt gegeben hatte, kündigte die Türkei an, sie werde die Erdölleitung auf jeden Fall schützen. Gleichzeitig erschienen in der Presse „historische“ Artikel, nach denen Kirkuk sowieso der Türkei angehöre und

sehr viele Türken dort lebten.

Die Hoffnung, auf diese Weise aus dem Golfkrieg Kapital schlagen zu können, ist alt: Schon am 15.7.83 meldete der New Statesman, Ankara wünsche von Washington „freie Hand, in den Irak zurückzukehren und die Kontrolle der Ölfelder von Kirkuk zu übernehmen, falls die Bagdader Regierung Saddams Hussains stürze“. Mittlerer US-Beamte, so der New Statesman damals, schloßen nicht aus, daß solche Vorschläge weiter oben geprüft wurden.

Es ist unwahrscheinlich, daß über die türkischen Ambitionen nicht auch auf der 32. Tagung des NATO-Rates gesprochen wurde, die just im November in Istanbul stattfand. Der der politischen Kommission vorgelegte Bericht betonte jedenfalls die wachsende strategische Rolle des Südostens der Türkei angesichts der Entwicklungen in Syrien und im Iran. Die Stellungnahme des bundesdeutschen SPD-Abgeordneten und Berichterstatters der politischen Kommission des Nordatlantisch-

pakts, Peter Cortner, kann jedenfalls nur als Ermunterung an die Türkei begriffen werden. Auf die Frage der Milijet (13.11.86), ob es möglich sei, daß die NATO aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten ihren „Verantwortungsbereich“ ausdehne oder ihre bisherige Strategie verändere, antwortete Cortner: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß die NATO ihre Grenzen erweitert oder verändert. Das heißt aber nicht, daß die NATO durch Probleme außerhalb ihrer Mitgliedsländer nicht beeinträchtigt wurde. Allerdings gibt es keine feste Strategie der NATO gegenüber dem Nahen Osten, ... Gerade in den Fragen bezüglich des Nahen Ostens fällt der Türkei von der Sache her eine besondere Verantwortung zu“.

J./KB Freiburg

Informationen aus: Türkei-Depesche 12/86 und Türkei-Information Nr. 21

RAUS AUS DER NATO

Aufkleber A

RAUS AUS DER NATO

Aufkleber B

Selbstdruckaufkleber 15 x 10 cm schwarz / weiß / blau
 bei 9 Stück: 1,- DM 10-49 Stück: 0,80 über 50: 0,60

Nur gegen Vorkasse Stichwort: "Ant Nato Aufkleber"
 Konto-Nr. 38 32 44 305 Postfachamt Hannover
 BLZ 250 100 30

Bemerkungen (mit Einzahlungsbetrag oder Scheck) an:
 M. Klein, Kewergarten 9, 3000 Hannover 91

Über die Rolle der Polizei in Nicaragua

Interview mit der Chefin der „Policia Sandinista“

Was bringt einen Linken, einen Teilnehmer an einer der bundesdeutschen Arbeitsbrigaden für Nicaragua dazu, sich als Souvenir seiner schweißtreibenden Solidarität, ein Uniformhemd der sandinistischen Polizei mit in die Heimat zu nehmen und stolz zur Schau zu tragen. (Und das ist keine erfundene Geschichte!) Wir kennen Polizei durch Knuppel und Reizgase, als observierende Zivil und Under Cover-Agents, sagen wir als das Gegenteil von „Freund und Helfer“. Wie stehen wir aber zum polizeilichen Apparat eines revolutionären Landes? Was wird anders an einer Polizei, wenn sie sich sandinistisch nennt? Was ist die Funktion einer Polizei innerhalb eines revolutionären Prozesses?

Wir haben aus der Zeitschrift „Pensamiento Prople“ (1) ein Interview mit der Polizeichefin Nicaragua, Doris Tijerino, übersetzt. Das Interview läßt vieles offen und es ist sicherlich in Rechnung zu stellen, daß es sich um eine Selbstdarstellung handelt und somit einige Aspekte einer kritischen Hinterfragung würdig wären. Aber es ist einer der wenigen Texte überhaupt, die es zum Aufbau und Konzept der Polizei in Nicaragua gibt.

Der Polizeiparapparat ist ein Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und damit Faktor zur Stabilisierung staatlicher Macht. Dies ist in Nicaragua nicht anders als in anderen Ländern. Entscheidend zur Einschätzung sind die Fragen, wer diese Macht in den Händen hält und wie sie wem gegenüber aufrechterhalten wird. Tijerino äußert sich in dem Interview zu dieser allgemeinen Funktion der Polizei nicht. Einige Aspekte erscheinen uns jedoch unterstreichenwert und erlauben diese Schlussfolgerungen:

— Tijerino reduziert den Aufgabenbereich der Polizei und zieht den Schwerpunkt polizeilichen Handelns in der Regelung des Straßenverkehrs.

— Tijerino sieht Kriminalität als Folge sozialer Probleme, die mit sozialpolitischer, nicht mit polizeilicher Prävention zu lösen sind. Im Gegensatz zu bundesdeutschen Polizeikonzepten bspw. wird die Polizei nicht zu einem „Hüter der gesunden Gesellschaft“, sondern der reduzierte direkte Zuständigkeitsbereich führt zu einer Zusammenarbeit der Polizei mit anderen gesellschaftlichen oder politischen Organisationen, wie bspw. INSSB (2) oder AMNLAE (3). Siehe im Text das Beispiel zur Prostitution.

Was die Zusammenarbeit der Polizei anging sind uns zwei weitere Aspekte wichtig:

— Die Polizisten sind im Durchschnitt sehr jung. Die Polizei als Ausdruck der Erwachsenengeneration, die gegen jugendliches Protestverhalten vorgeht ist für Nicaragua undenkbar.

— Und schließlich ist es die Tatsache selbst, daß mit Doris Tijerino die sandinistische Polizei als einzige der Welt eine Frau zur Chefin hat. Warum soll man dies nicht programmatisch nehmen?

Alles in allem entspricht die sandinistische Polizei nicht dem Bild eines Polizeiparappates, den man von einem Land im Notstand und im Kriegszustand erwartet. Daß dem nicht so ist, liegt u.a. auch an einer klaren Arbeitsteilung im MINT (4), in das neben der Polizei noch die speziellen Truppen (bewaffnet) und der Staatssicherheitsdienst eingegliedert sind.

Die Sandinisten übernahmen aus der Somozazeit, als die Nationalgarde als Repressionsorgan gleichzeitig Militär, Sicherheitsdienst und Polizei verkörperte, ein schwere Erbe. Ihr Ziel war, eine neue, andere Polizei zu schaffen. In Nicaragua bleibt die Polizei weiterhin Instrument zur Bewahrung der staatlichen Gewalt. Jedoch ist sie kein Repressionsorgan, d.h. sie verteidigt diesen Staat nicht gegen das eigene Volk. Von ihrem Selbstverständnis und ihrer Organisationsstruktur her ist sie Teil der bewaffneten Volksmacht.

Doris Tijerino wurde 1965, als Studentin, in die FSLN aufgenommen. Sie arbeitete eng mit Carlos Fonseca zusammen, Gründer der FSLN. 1968 wurde sie in die Nationale Leitung aufgenommen. Zwischen 1967 und 1978 fiel sie viermal in die Hände der Somozisten und erlitt Folter und

Gefängnis. Nach der Besetzung des Nationalpalastes 1978 wurde auch sie aus den Kerker der Somozas befreit. Nach dem Sieg der Revolution begann sie in der Abteilung für internationale Beziehungen der FSLN zu arbeiten und 1980 wechselte sie ins Innenministerium. Dort übernahm sie 1985 die Führung der sandinistischen Polizei (Policia Sandinista).

U. + L.

Welche Erfahrungsgrundlage hatte die FSLN in Bezug auf Rolle und Funktion der Polizei nach dem 19. Juli 1979?

Doris Tijerino: Im geschichtlichen Gedächtnis des nicaraguanischen Volkes gibt es nur die Nationalgarde, die in jeweils verschiedenen Uniformen aufgetreten ist, um die verschiedenen Aufträge der Diktatur zu erfüllen. Wir hatten keine, sagen wir, Polizeikultur, wie in anderen Ländern, in denen die Polizei vom Militär und vom Sicherheitsapparat getrennt ist. Wir mußten also recht erfinderisch sein.

Lassen wir die Geschichte beiseite. Welche Bedürfnisse und welche Erfahrungen waren ausschlaggebend für den Aufbau der sandinistischen Polizei?

Nach dem Sieg der Revolution war die sandinistische Polizei ein Gebot der Stunde. Es gab ja den Straßenverkehr, es gab den Handel, die Vergnügungszentren und es gab Probleme. Das alles mußte geregelt werden. So war es notwendig, eine Polizei zu organisieren. Auf welcher Erfahrungsgrundlage? Schlicht auf gar keinen! Bis zu diesem Moment waren wir Guerilleros, die in militärischen Zusammenstößen mit der Diktatur ein gewisses Entwicklungsniveau erreicht hatten. Das hat aber überhaupt nichts zu tun mit den Aufgaben einer Polizei. Klar, wir wußten, zu den Funktionen der Polizei gehört die Verkehrsregelung, die Ausgabe von Lizenzen für dies und das, und die Kriminalitätsbekämpfung, also all das, was mit öffentlicher Ordnung zu tun hat. Von dieser allgemeinen und einfachen Erkenntnis her, begannen wir, die Polizei aufzubauen.

Die Polizei und das EPS waren die ersten Einheiten, die aus den bewaffneten Kräften hervorgingen. Im August 1979 war die sandinistische Polizei bereits ins Leben getreten. Sofort daraufhin begannen wir die Erfahrungen anderer Länder zu untersuchen, zum Beispiel Panama hatte eine entscheidende Mitwirkung.

Man sagt, nach dem ersten Jahr habe es eine radikale Wende in der Polizei gegeben.

Das war ganz normal. Jeder Organismus macht Reinigungsprozesse durch. In unserem Fall war es folgendermaßen: Wer 1979 zur Polizei kam, hatte keine Ahnung, was auf ihn zukam. Heute hingegen wissen die Leute, was in der Polizei gemacht wird. Und wir haben viel Wert darauf gelegt, daß der Großteil unserer Jugendlichen technisch und beruflich ausgebildet wird. Es genügt jetzt einfach nicht mehr, nur Polizist sein zu wollen, sondern man muß auch als Polizist ausgebildet sein.

Wie ist die sandinistische Polizei heute zusammengesetzt?

Unsere Arbeit stützt sich auf die direkte Teilnahme der Massenorganisationen in Form der Freiwilligen Polizei (Policia Voluntaria) und dem Gebäude- und Objektschutz (Cuerpo de Protección Fisco). Der Schutz von Fabriken bspw. wird nicht von der Berufspolizei geleistet, sondern durch Leute, die aus den Massenorganisationen kommen und in ihrer Freizeit die Uniform anziehen. In politischer und beruflicher Hinsicht ist dies eine sehr effektive Polizei, da sie aus der Gemeinde kommt und dort Autorität und Respekt genießt. Als ausgebildete Polizeitruppe, als professionelle Polizei sind wir zahlenmäßig nur eine kleine Gruppe, etwa 3.000 Berufspolizisten und dazu etwa 8.000 Mitglieder der Freiwilligen Polizei.

Neben der Jugendlichkeit der Polizei und der besseren Ausbildung gilt ein Charakteristikum der sandinistischen Polizei ihr gutes Verhältnis zur Bevölkerung. Wie habt ihr das erreicht?

Commandante Tomás Borge hat einmal gesagt, wir sollten nicht eher ruhen, bis sich der Polizist zu einem Menschen entwickelt hat, der von dem Kriminellen gefürchtet und vom Volk geliebt wird. Nun ist dies fürwahr keine leichte Aufgabe. Dies erfordert politische Arbeit der Verantwortlichen auf allen Ebenen. Wir haben aber auch einen ganz speziellen Mechanismus entwickelt, um die direkte Verbindung zur Bevölkerung herzustellen. Innerhalb seines Arbeitsplanes muß jeder Verantwortliche einen ganzen Tag vorsehen, um Leute zu empfangen, deren Beschwerden entgegenzunehmen, ihre Vorschläge anzuhören und ihre Probleme, die sie im Umgang mit der Polizei haben.

Ein allgemeines Problem in fast allen Polizeiparapeten der Welt ist die Korruption. Wie wird diesem Problem in der sandinistischen Polizei begegnet?

Bislang sind mir keine Praktiken über Schmiergelder zu Ohren gekommen und ich glaube auch, daß das nicaraguanische Volk die Polizei in dieser Hinsicht respektiert. Die Schmiergelder sind praktisch abgeschafft worden.

Was sind die beunruhigendsten Delikte derzeit?

Als Polizei beschäftigen wir uns mit Eigentumsdelikten, also Raub und auch mit der Jugendkriminalität. Ich meine

gesellschaftliche Erscheinung. Das hat was zu tun mit der Tendenz, daß Jugendliche sich immer in Gruppen zusammenschließen, auch hier in Nicaragua. Das Problem entsteht dann, wenn zu dieser Tendenz bestimmte Einflüsse, die nichts mit der Realität des Landes zu tun haben, hinzukommen. Konkrete: Wenn Filme gezeigt werden, die Jugendbanden verherrlichen, die dann im Film tatsächlich kriminell sind.

Ich habe mit vielen Jugendlichen gesprochen aus solchen Gruppen, die die öffentliche Ordnung gestört haben und nicht immer kommt es soweit, daß sie Delikte begehen. Unsere Sorge besteht darin, daß sich in diese Gruppe Einzelne einschleichen, seien es Drogenabhängige oder Kriminelle, die die Jugendlichen zu Straftaten verführen.

Alles in allem kann man sagen, ist Managua eine der sichersten Städte in Lateinamerika, nach La Habana. Was meinen Sie?

Ja, ich glaube, daß es eine der sichersten Städte des Kontinents ist, abgesehen von Einzelfällen. Man kann, wo auch immer, ruhig auf die Straße gehen, ohne Angst vor einem Überfall. Hier vielleicht eine interessante Zahl: 1985 wurden 75% aller Fälle aufgeklärt. Die Verbrechen gegen Personen sind weniger geworden, es handelt sich vor allem um Verkehrsdelikte.

In Bezug auf eines der Grundübel an-

Revolution handelte Somoza mit Heroin und Kokain, aber die Ware gelangte nie bis zur Bevölkerung. Somoza war der größte Drogenhändler in ganz Lateinamerika, und die Nationalgarde und die Polizei waren seine Verteilungskanäle. Ich erinnere mich nicht, daß die USA jemals Somoza des Drogenhandels bezichtigt haben, selbst dann nicht, als eines seiner Flugzeuge voller Kokain abstürzte.

Dennoch klagen sie heute die Führer der Revolution des Drogenhandels an.

Ja, aber einfach nur deshalb, weil der Imperialismus ihr Ansehen zerstören muß. Aber wir kennen die moralischen Qualitäten unserer Führer; die Diktatur kannte sie auch. Die Diktatur konnte sie weder brechen noch korrumpieren. Die Verleumdungskampagne der USA soll Wirkung zeigen in anderen Regierungen, um schließlich leichter eine Invasion durchführen zu können. Sie wissen genau von wo hier mit Drogen gehandelt wird, und ich rede nicht von Marihuana.

Denn der größte Drogenkonsument sind die USA selbst.

Es wäre viel wichtiger, daß sie Mittel ergreifen, in Bezug auf ihre eigene Bevölkerung, die von dem Problem betroffen ist, als ihre Aggressionspolitik zu rechtfertigen.

Ein anderes Thema: Der Alkoholkonsum ist ein weiteres schweres Problem der



derer Gesellschaften, den Drogenmißbrauch; wie manifestiert sich dieses Problem in Nicaragua?

Tja, die Drogenproblematik entstand hier erst verhältnismäßig spät, in den 70er Jahren und es handelt sich vornehmlich um Marihuana. Es ist also ein Übel, das nicht allzu sehr verbreitet ist.

Besonders grassierte der Drogenmißbrauch im modernen Lumpenproletariat, einigen Mitgliedern der Mittelschichten und innerhalb der Schüler und Studenten. Damals haben wir, die FSLN, gemerkt, daß der Drogenkonsum von der Diktatur gezielt in die Studentenschaft eingeführt wurde. Wir versuchten das Phänomen mit unserer politischen Arbeit zurückzudrängen. Wir machten den Jugendlichen klar, daß dies nur ein Mittel war, um sie vom Kampf abzuhalten. Heute, kann ich sagen, und die Statistiken beweisen es, beschränkt sich der Drogenkonsum auf Asoziale und Kriminelle. Wir gehen dabei besonders gegen den Drogenhandel und die Herstellung vor. Der Konsument steht unter geringerer Strafe, fast immer einhergehend mit einer Untersuchung der Gründe die ihn zur Droge führten. So haben wir eine ganze Reihe jugendlicher retten können.

Und der Gebrauch harter Drogen?

Aufgrund unserer Statistiken kann ich versichern, daß wir kein Problem haben mit einer anderen Art von Drogen. Die Polizei hat keine Kenntnis von solchen Phänomenen. Vor dem Sieg der

Nicaraguaner.

Der Alkoholkonsum hat viel zu tun mit den 50 Jahren Somozismus und mit dem Druck, den die US-Aggression auf unser Land ausübt. Also sagen wir, es ist ein Problem, das keine polizeiliche, sondern eine soziale Lösung erfordert. Gemeinsam mit der FSLN, den CDS und den Massenorganisationen sind wir dabei zu analysieren, wieweit es nötig und möglich ist, das kulturelle Leben unseres Volkes zu reaktivieren. Es geht darum, intensive Kampagnen durchzuführen und Alternativen anzubieten für die Freizeitgestaltung, insbesondere für Jugendliche.

Der einzige Aspekt, der hierbei unter polizeiliche Verantwortung fällt, ist der Straßenverkehr. 1985 haben wir ein Programm durchgeführt, um hart gegen Alkohol am Steuer vorzugehen.

Und wir haben es geschafft, daß der Alkohol als Unfallverursacher vom Platz eins auf Platz vier gerückt ist.

Ein weiteres Problem, dem sich die Polizei gegenüber steht, ist die Prostitution ...

Ja, während des Somozismus waren die Ortskommandanten die Besitzer der größten Bordelle oder zumindest kassierten sie Steuern. Wir haben es geschafft, die Bordelle als Institution abzuschaffen und damit diese Art der Ausbeutung von Frauen vom rechtlichen Standpunkt aus zu zerstören. Die Prostitution besteht nicht mehr. Aber dennoch gibt es immer noch organi-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

stier Prostitution. Es gibt Bars und Tanzlokale, wo die Frauen und der Besitzer gemeinsam von der Prostitution profitieren. Das wird von uns weiterhin bekämpft. Wenn wir ein solches Lokal aufspüren, nehmen wir dem Besitzer die Lizenz zum Alkoholausschank und schließen das Lokal. Selbstverständlich wissen wir, daß dies keine Lösung ist, weil andere Orte entstehen, sogar in Privathäusern und das Problem besteht weiter. Wir gehen hier sehr vorsichtig vor. Vor allem dann, wenn es sich um arme Frauen handelt mit tausenden von Problemen. Deshalb unterstützen wir die Projekte diverser Wiedereingliederungshilfen von INSSBI. Auch nehmen wir teil an den INSSBI-Operationen gegen die Prostitution. Unsere Aufgabe ist es, zu erreichen, daß niemand tätlich angegriffen wird und wir helfen, daß die Frauen, die zur Prostitution gebracht worden sind, zur Schule gehen können. Selbstverständlich können wir sie nicht dazu zwingen.

Die Vergewaltigungen sind ebenfalls ein ernstes Problem?

Ja, Ende des letzten Jahres haben wir der Presse unsere Besorgnis ausgedrückt, da in den ersten zehn Monaten des Jahres 1985 alle zwei Tage eine Vergewaltigung geschah. Und das war zuviel.

Wir haben entsprechende Mittel ergriffen im Zusammenhang mit der revolutionären Nachwache (Vigilancia Revolucionaria). Aber die Vergewaltigungen werden nicht immer in der Öffentlichkeit begangen, sondern vielfach in den Privathäusern. Darauf können wir keinen Einfluß nehmen. Was wir machen können, ist, gemeinsam mit Psychologen und anderen Spezialisten sowie Regierungsstellen, Pläne ausarbeiten, um die Ursachen und die Art des Problems zu bestimmen und sehen, inwieweit wir mit politisch-spezialistischen sowie Regierungsstellen, Pläne ausarbeiten, um die Ursachen und die Art des Problems zu bestimmen und sehen, inwieweit wir mit politischen Mitteln zur Lösung beitragen können.

Ein ganz offensichtlicher Erfolg der Frauen in dieser Revolution, ist die Tatsache, daß eine Frau an der Spitze der Polizei steht. Was ist die Vorgeschichte dieser Ernennung?

Bis 1980 arbeite ich mit Comandante Tomás Borge im Innenministerium und eines Tages ging es um die Ernennung eines neuen Chefs für die Polizei und eines Chefs für die Truppen. Und zweifellos konnte ich nicht Chef der Truppen werden.

Warum?

Das war nie meine Spezialität. Ich hatte vielmehr immer zu tun mit politischer und organisatorischer Arbeit und da die Polizeiarbeit — unabhängig davon, daß es sich um einen zwangsausübenden Apparat handelt — grundsätzlich eine politische ist und mit der Bevölkerung zu tun hat, hat mich Borge dazu ausgewählt. Danach sagte er mir, daß er ein wenig Angst hatte, wie das wohl ausgehen mag, aber daß er überzeugt sei, daß ich es schaffe. Und jetzt sagt er, er sei zufrieden. Ich fühle mich auch wohl mit meiner Aufgabe. Am Anfang dachte ich, da bist du fehl am Platz. Ich beherrsche ja noch nicht einmal das politische Vokabular. Es hat mich viel gekostet, zu verstehen, von was sie überhaupt reden. Zum Glück hatte ich Unterstützung durch die Verantwortlichen, die schon länger dabei sind als ich. Die haben mich eingebelehrt.

Wie sieht es mit der Eingliederung der Frauen in die Polizei aus?

Im Moment sind wir erst dabei, geschlechtsbezogene Daten zu erheben. Bisher gab es nur Daten allgemeiner Art. Jedoch habe ich den Eindruck, daß die Anzahl der in der Polizei beschäftigten Frauen in der Tendenz eher gesunken ist. Als ich hierherkam, gab es keine Frauen als Verantwortliche in den kriminalpolizeilichen Untersuchungen. Jetzt versuchen wir rauszukriegen, woran das liegt und wie wir mehr Frauen motivieren können für diese Arbeit.

In anderen Bereichen gibt es ja auch Frauen in verantwortlichen Stellungen. Warum nicht auch bei der Polizei? Früher gab es eine außerordentliche Anzahl Frauen in der Straßenverkehrsregelung, aber auch da hat die Zahl im Vergleich zu 81/82 abgenommen. Heute sitzen die Frauen mehr im Verwaltungsbereich. Im operativen Sektor ist ihr Anteil zurückgegangen. Unter anderem wollen wir einen Kindergarten aufbauen, um Müttern mit Kleinkindern die Arbeit in der Polizei zu erleichtern.

Denn das ist und bleibt eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß Frauen ihre Arbeit verlassen.

Auf der anderen Seite existiert auch das Problem des Machismo?

Ja klar, es gibt Machismo in Nicaragua. Es gibt reale, objektive Schwierigkeiten bei der Einbeziehung der Frauen in den Beruf. Die Revolution hat nicht die Möglichkeit, in ausreichender Anzahl Kindertagesstätten aufzubauen, damit Frauen mit Kindern arbeiten können. Außerdem gibt sehr dramatische Fälle von Männern, die Frauen schlagen. Andere mögen nicht mit Frauen zusammenarbeiten. Es gibt auch Frauen, die nicht mit Männern zusammenarbeiten wollen. Es gibt auch den umgedrehten Machismo, Diskriminierung von Frauen durch Frauen. Trotz all dieser Einschränkungen, allein die Tatsache, daß sie uns anerkennen, als menschliche Wesen, die in der Lage sind, sich egal in welcher Sache nach unseren Möglichkeiten zu entwickeln, das ist bereits ein Erfolg. Auch die Gesetzeslage hat sich für die Frauen verbessert. Es geht nicht nur um die Integration in den Arbeitsprozeß aus ökonomischer Notwendigkeit oder aus dem geistigen Bedürfnis, sich als Mensch zu entwickeln, sondern es geht auch um eine Verpflichtung innerhalb des revolutionären Prozesses dafür zu arbeiten, daß wir nicht als Frauen diskriminiert werden.

In der Nationalen Leitung der FSLN gibt es jedoch keine Frauen.

1967 war ich Mitglied der Nationalen Leitung. Später, ab 1969 aufgrund notwendiger Umstrukturierungen, übernahm ich andere Verantwortlichkeiten. Es gab auch Frauen in der zweiten Linie der Leitung, aber diese Tatsache ist wenig bekannt. Ich glaube nicht, daß die Abwesenheit von Frauen in der Nationalen Leitung ein Ergebnis von Diskriminierung und Herabsetzung unserer Fähigkeiten ist. Im Augenblick des Sieges der Revolution gab es eben nur Männer in der Nationalen Leitung. Aber gut, irgendwann wird es einen Kongreß geben und wer weiß, wird vielleicht eine Frau in die nationale Leitung gewählt werden.

Anmerkungen:

- 1) Pensamiento Prople (eigenes Denken)
- 2) INSSBI = Instituto Nacional de Seguridad Social y Bienestar, nicaraguanisches Wohlfahrtsinstitut
- 3) AMNLAE = nicaraguanische Frauenorganisation
- 4) MINT = Innenministerium
- 5) In Managua und auch in anderen Städten der Pazifikküste hat sich im Laufe des Jahres 1985 das Phänomen der Jugendbanden entwickelt, das zum Teil den Ruf der „schwarzen“ Städte in Frage stellt. Diese Banden bekämpfen sich gegenseitig, sind bewaffnet und überfallen Passanten, auch werden ihnen Vergewaltigungen vorgenommen.

**VERTREIBUNG
VERHINDERN**

Vertreibungen

— bedeuten Elend und Hematiosigkeit für derzeit 20 Millionen Menschen (Kurden, Athiopier, Afghanen, Bahai, Assyrer, Stammesvölker in Indien, Indianer), davon nur etwa 11 Millionen offiziell registriert und "betreut"

Bedroht und vertrieben

— von Bürgerkrieg und Völkermord, von Rassenwahn, Habgier und Landraub
— von ökologischem Raubbau und falschem Fortschritt

Helfen Sie mit Ihrer Spende

— die Weltöffentlichkeit aufmerksam zu machen auf diese Menschenrechtsverletzungen
— gegen diese Vertreibungen zu protestieren

Gesellschaft für bedrohte Völker
Gemeinnütziger Verein
Postfach 2024 · 3400 Göttingen
Tel: 0551/55822-3
Postgltz Hamburg 935-200
BLZ 200 100 20



Waffen sammeln oder Kaffee ernten?

Perspektivdiskussion der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung

Der Kongreß (ca. 200 Anwesende) wurde im wesentlichen bestimmt durch die Auseinandersetzung um die Fragen: Mit welcher Zielrichtung soll die Solidaritätsbewegung weiterarbeiten, ist Nicaragua der Hauptbezugspunkt (bzw. El Salvador) oder die BRD, ist eine möglichst große Breite der Bewegung anzustreben oder ist Radikalisierung angesagt?

Hintergrund der Auseinandersetzung ist die eigentlich von allen akzeptierte Tatsache, daß die Solidaritätsbewegung in einer Krise steckt, über die Gründe dieser Krise jedoch besteht keine Einigkeit.

Für die Leute vom Westberliner Ides besteht die Krise in dem Bedeutungsverlust der radikalen Linken seit Ende der 70er Jahre. Die Solidaritätsbewegung hat sich in die Breite entwickelt, was an und für sich noch nicht schlecht wäre, wenn sie nicht angesichts der vom US-Imperialismus betriebenen Verschärfung der Lage in Mittelamerika, des Kneiges, den die USA in Nicaragua seit mehr als fünf Jahren führen lassen, und der (auch politischen) Offensive der Contra versagen würde. Die Entführung der BRD-Brigade im Mai, die Ermordung von Bernd Koberstein und anderen Internationalisten und das ideologische Wirken der Contra der BRD haben keine adäquate Antwort der Solidaritätsbewegung gefunden, die Kampagne „Waffen für El Salvador“ ist am Einschlafen. In der Bewegung machen sich statt dessen die Grünen, die SPD und ihr Anhang immer mehr breit, gefördert durch Kampagnen wie die zur Städtepartnerschaft, die natürlich nicht ohne diese Parteien durchführbar sind.

Nur dann, das ist für die Leute vom Ides und eine Reihe von Komitees die Konsequenz, wenn die verschiedenen radikalen Bewegungen in der BRD wieder gemeinsam auftreten (Anti-AKW, Startbahn, WAA usw.), kann es gelingen, von einer Position der Stärke aus mit anderen Kräften konkrete Aktionsbündnisse einzugehen, ohne dabei einen inhaltlichen Substanzverlust zu erleiden. Dafür muß die internationalistische Bewegung nicht nur klar machen, daß der Anti-AKW-Widerstand auch ihr eigener Kampf ist, es muß ihr auch gelingen, inhaltlich zu bestimmen, daß die Solidarität mit den ant imperialistischen Befreiungsbewegungen ein Teil des Kampfes gegen die imperialistische Fortsetzung hier ist. Es muß deutlich werden, daß die radikale Linke zwar mit verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten, aber doch gemeinsam kämpft.

Dem steht die Haltung des Hamburger Nicaragua-Komitees total entgegen, das auf seinen Veranstaltungen zu Nicaragua Kritik an der SPD als nicht zum Thema gehörig betrachtet. Die Krise ist danach bedingt durch die Unfähigkeit, der Desinformationskampagne der Rechten zu Nicaragua etwas entgegenzusetzen zu können, einer Desinformationskampagne, in „deren Sog sich auch die Kioske und Wschnewskis begeben haben“. Das soll jetzt mit dem großen gemeinsamen Solidaritätsprojekt mit der nicaraguanischen Revolution anders werden, und das heißt, mit allen (potenziellen) Sym-

pathisanten zusammenzuarbeiten, inklusive SPD, Gewerkschaften, Kirchen. Dazu sei es notwendig, die nicaraguanische Revolution um ihrer selbst willen und ihrer Bedeutung für den Antimperialismus wegen zu unterstützen und sie nicht zu einem Projekt unter vielen zur Beeinflussung der Situation in der BRD zu machen. „Radikalisierung der Bewegung auf einen kompromißlosen Antimperialismus“ könne „einer Aufgabe gemeinsamer Perspektiven mit anderen Kräften“ gleich (Aus der Stellungnahme des Hamburger Nicaragua-Komitees, veröffentlicht im West-Berliner Ides vom 14.11.86). Dreimal darf man raten, wer damit gemeint ist.

Das große Projekt ist die von Nicaragua initiierte weltweite Kampagne „Nicaragua muß überleben“, für die die Hamburger und ein paar andere kräftig Geld sammeln wollen, mit Nicaragua-Fahrzeugen und Buttons.

Nun hat niemand etwas dagegen, Nicaragua in der jetzigen Situation des Embargos und des eskalierenden Krieges auch materiell zu unterstützen, das ist im Gegenteil notwendig und wird auch von den anderen Komitees gemacht, aber man kann die Wirksamkeit einer Bewegung nicht durch Unterschriftenkampagnen und Sammeln nach dem Motto „Jetzt erst recht“ steigern, und wir können erst recht nicht soviel Geld sammeln, wie die Bundesregierung Nicaragua verweigert: 40 Mio. DM, die doch die SPD-Regierung Nicaragua gesperrt hat. Schon dafür müßte der Kampf hier forciert werden.

Der Debatte (am Samstag) zur Frage „Wie weiter?“ stellten sich dann diejenigen nicht, die den ant imperialistischen Kampf allein den Nicaraguasern überlassen wollen. Die Debatte zeigte dann aber neben den verschiedenen Arbeitsgebieten, zu denen jetzt schwerpunktmäßig Untersuchungs- und Mobilisierungsbereiche geleistet werden soll (IWF-Tagung 1988 in West Berlin, Contra in der BRD, BRD-Interessen in Nicaragua), daß es eine verheißungsvolle Meinung der Komitees (noch) nicht gibt („Wir sind keine Partei“), daß eine Reihe von Komitees und Gruppen sich zwischen dem Hamburger und dem Ides Standpunkt einordnen und daß schließlich die inhaltliche Bestimmung der Verbindungsstellen zwischen den Kämpfen hier und den ant imperialistischen Kämpfen der Völker der sog Dritten Welt noch nicht geleistet ist.

D., HH

Das Jahrhundert der Wirbelwinde

Gespräch mit Eduardo Galeano anlässlich seiner Rückkehr nach Uruguay

Das Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“ ist immer noch weltweit ein Bestseller des Autors aus Uruguay. Nun steht E. Galeano mit seiner historischen Trilogie „Memory of Fire“ in der Endphase der Produktion. Seine neue Geschichte endet 1984, mit seiner Rückkehr aus einem zwölfjährigen Exil. In diesem Interview kommt er auf seine Gefühle zurück, die er hatte als er nach einer langen Zeit wieder Fuß auf den Boden von Montevideo setzen konnte, und er erzählt von der Rolle des Intellektuellen in der „3. Welt“.

Mit Eduardo Galeano sprach Beatriz Bisio für die Zeitschrift „third world“ (Rio de Janeiro, Nr. 3, August/September 1986). Unsere Übersetzung ist leicht gekürzt.

E. Galeano: Ich kehrte nach fast zwölfjähriger Abwesenheit Ende Februar 1985 zurück. In dem Moment, in dem ich mich wieder in Uruguay befand und meinen Fuß auf den Boden dieses Landes setzen konnte, wußte ich sofort, daß ich dort war, wohin ich gehörte. Ich kehrte in das Land zurück, das ich am meisten liebe, trotz seiner Fehler.

Tatsächlich glaube ich, daß sich das Land im Wesen nicht verändert hat. Es ist verletzt worden, ja natürlich — in gewisser Hinsicht sehr verletzt worden — während all der Jahre unter der Militärdiktatur.

Die ökonomische Tragödie ist überall zu sehen. Nicht nur die Statistiken zeigen dir, daß die Menschen in Uruguay weniger Schuhe kaufen und weniger Milch trinken. Es ist ein schockierendes Drama, das dich zutiefst berührt. Die Zahl der mitleidenden Menschen, die vom Müll und anderen Überresten anderer Menschen leben, ist in diesen Jahren enorm gestiegen. Eine erschreckende Zahl von Menschen durchwühlen Müllhaufen auf der Suche nach Edbarem. Sie sind zu einer marginalen Existenz verdammt, von einem System, das sie ausschließt und ihnen die Arbeit verweigert.

Mein Land leidet weiterhin unter der Flucht der Menschen; sie begannen als das Militär die Macht übernahm. Die Gründe dafür sind sowohl politischer als auch ökonomischer Natur. Die politischen Gründe sind heute vielleicht aus der Welt, aber die ökonomischen bestehen weiter. Das Land mag nun frei sein, aber die Möglichkeit Arbeit zu finden ist klein, und viele Menschen sind gezwungen ihre Arbeit woanders zu suchen.

Ein Schriftsteller, der sich mit dem menschlichen Leben und den herben Realitäten befaßt, also einer wie du, sieht wahrscheinlich Dinge, die anderen Besuchern dieses Landes nicht auffallen.

steht wahrscheinlich Dinge, die anderen Besuchern dieses Landes nicht auffallen.

Das mag sein, aber nicht deshalb, weil ich ein Schreibender bin, sondern weil ich dorthin gehöre. Weil ich ein Teil des nationalen Körpers bin, eine Pflanze, die auf dieser Erde gewachsen ist, ein kleiner Krümel dieses Brotes. Deshalb haben gewisse untergründige, geheim Signale eine unmittelbare, direkte Bedeutung für mich. Ich denke, daß ich besser als ein Tourist diese bestimmten Anzeichen sehe, und darüberhinaus bin ich schon ein paar Monate hier.

Es braucht seine Zeit, bis man bestimmte Dinge im gegenwärtigen Uruguay mitbekommt. Erst dachte ich einige Zeit, ich sei nach Uruguay zurückgekehrt, ohne es jemals verlassen zu haben. Später erkannte ich, daß ich das Land wirklich verlassen hatte und in ein Land zurückgekehrt bin, das nicht mehr das gleiche war, das sich verändert hatte. Nicht in seinem Wesen, wiederhole ich ausdrücklich. Es ist immer noch das anregende, lebenswerte Heimatland, in das ich zurückkehren wollte. Die Menschen sind sehr freundlich, und ich habe sie sehr gern. Aber irgendwie haben sie sich verändert. Niemand überlebt eine zwölfjährige Diktatur unbeeinträchtigt.

Zwölf Jahre lang durften die Menschen in Uruguay nicht denken. Das hängt noch immer in der Luft — man kann es fast anfassen und fühlen. Zwölf Jahre lang mußten die Menschen lernen um zu überleben. Man erinnert sich nicht einmal mehr an die alten Namen vertrauter Dinge.

Das Gefängnis, in dem die meisten politischen Gefangenen saßen wurde „Freiheit“ genannt. Die Sprache wurde auf den Kopf gestellt, und diese linguistische Verkehrung beeinflusste das

tägliche Leben aller Uruguayer. Das Militär zwang die Bevölkerung in eine Art kollektiver Schizophrenie, die Dinge waren nicht mehr das, was sie zu sein schienen. Taten nahmen andere Namen an. Die Lüge wurde von der Zensur aufgedrängt — Ziel das Überleben. Man mußte seine Familie, seine Freunde, sich selbst belügen. Der kulturelle Schaden durch die Diktatoren Uruguays ist nicht ausgeblendet. Die ruinöse ökonomische Politik unterstützte mehr die Spekulation als die Produktion. Ich denke, die Politik hing ab vom Finanzkapital, und nicht vom Industriekapital. Dies produzierte ein Bewußtsein, das nicht nur in der herrschenden Klasse zu finden war, sondern auch in der Mittelklasse und sogar in bestimmten Sektoren der Arbeiterklasse. Die Vorstellung, daß Arbeiten zu nichts nütze ist, daß nur Dummköpfe arbeiten müssen, war in dieser Gesellschaft unterschwellig verbreitet. Aber zum Vorschein gebracht und mit der entsprechenden Weite versehen wurde diese Einstellung mittels einer offiziellen Politik, die die Arbeit zum allerletzten Dreck hinabwürdigte.

Kein Gott verfluchte Uruguay

Gleichzeitig scheint eine ganze Generation zu fehlen. Einige sind aus dem Exil nicht zurückgekehrt, andere sind irgendwo auf der Strecke geblieben, hängengeblieben. Die im Lande blieben litten am meisten unter der Diktatur, wurden tiefer in Mitleidenschaft gezogen. Wie sieht du diese Generation der 20- bis 40jährigen?

Uruguay hat ganz sicher viele der vitalsten und kreativsten Bürger verloren. Gleichzeitig war es verboten überhaupt zu wissen, daß das Leben im Rest der Welt weiterging. Kein Wunder, daß das Land so weit runtergekommen ist.

Die Menschen, die du ansprachst, haben weniger Mut, weniger Entwicklungsgedanken, weniger Vorstellungskraft. Die neue Generation scheint ein tiefes Verlangen danach zu haben, die Dinge zu verändern, aber dies Verlangen findet noch kein Ventil. Ich hoffe daß sich die „Frente Amplio“ sich so etwas erweisen kann, denn Uruguay kann gegenwärtig verändert werden. Kein Gott hat Uruguay verflucht. Es leben dort mehr als fünfmal so viele Menschen wie in den Niederlanden, das Staatsgebiet ist fünfmal größer — ein Gebiet das mit einem Überfluß an Wasser gesegnet ist; eine viel größere Bevölkerung könnte dort leben. Aber immer noch treibt es Menschen fort.

Nun, dies ist der Punkt, an dem sowohl militärische wie zivile Repressionen im größten Maße versagt haben. Natürlich bin ich zufrieden, daß mein Land wiederum eine demokratische Herrschaft hat, und wie jeder andere

Natürlich bin ich zufrieden, daß mein Land wiederum eine demokratische Herrschaft hat, und wie jeder andere auch genieße ich die frische Luft der Freiheit. Ich kann dir gar nicht sagen, wie glücklich ich war, als ich frei über die Bürgersteige der Stadt gehen konnte, die ich so gern habe, frei mit meinen Freunden und Freundinnen reden und hören konnte, was sie zu sagen haben. Dies muß man bedenken, wenn man mit der Kritik beginnt. Darüberhinaus denke ich, daß das Land immer noch

In Furcht lebt?

Ja, ein gewisses Maß der Angst schwebt noch überall. Angst ist ein Gift, das länger wirkt als wir uns das vorstellen. Es wird lange dauern bis die Luft wieder rein ist.

Du hast als Schriftsteller und Journalist im Exil gelebt. Fühlst du dich nun verpflichtet politisch zu arbeiten, nachdem du zurückgekehrt bist?

Darüber habe ich ziemlich viel und genau nachgedacht. Ich denke an keinen politischen Aktivismus in dem Maße, wie ich ihn eigentlich ausüben möchte. Ich bekomme tagtäglich Einladungen hier und da Vortrags zu halten. Aber das würde mich zu sehr unter Druck setzen. Letztes Jahr hatte ich einen Herzinfarkt aus schwerer Überanstrengung. So mußte ich eine Zeitlang kürzer treten. Nun fühle ich mich wohl auf nach langen Jahren des Aktivismus. Ich gab ich die Zigaretten auf.

Beeinflusste deine Herzkrankheit die Entscheidung, nach Uruguay zurück zukehren?

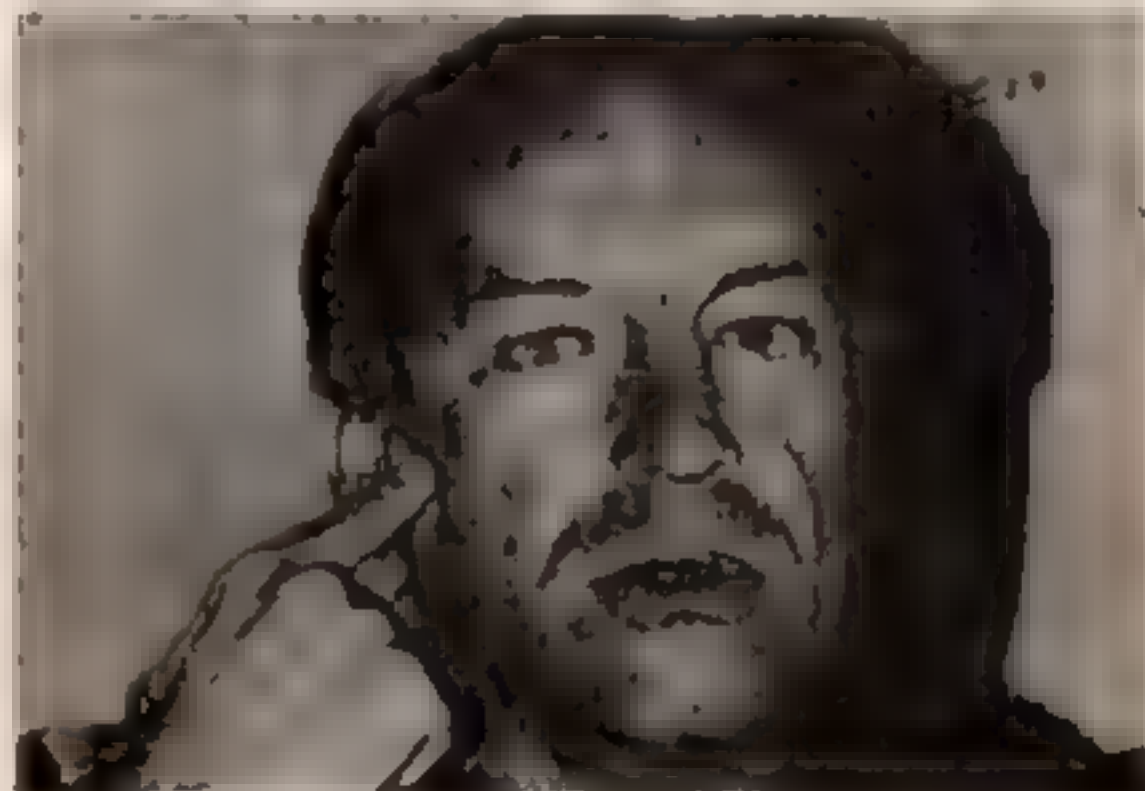
Vielleicht. Dieser Herzanfall traf mich genau zu dem Zeitpunkt, als ich im

letzten Jahr von meinem ersten Aufenthalt in Uruguay und Argentinien nach Spanien zurückkehrte. Diese kurze Reise hat mich berührt. Wir wissen ja so wenig über das, was in uns vorgeht. Mein Herzanfall war sicherlich einer Reihe von Dingen geschuldet, nicht nur den Zigaretten. Ich verbrachte einen ganzen Monat in Buenos Aires, und versuchte mit meinen Gefühlen fertig zu werden. Ich suchte eine Wiederbegegnung mit meinen Gestirten aus meinem Buch — nach all den Jahren. Dies Treffen mit Überlebenden und alten Plätzen muß Dinge tief in mir selber angeregt haben.

Die 70er haben wahrhaftig ihre Spuren auf uns allen hinterlassen. Man kann keine glühende Asche anfassen ohne sich zu verbrennen. Man merkt es nicht immer, aber man kommt nie ungechoren davon.

Dein Anliegen war, die Erinnerung Lateinamerikas wachzurufen; das ist auch eine politische Aufgabe.

Alles ist politisch, sofern es etwas mit dem Wechselspiel zwischen Mensch und Gesellschaft, zwischen Kassen und Macht zu tun hat. Alles was man tut hat einen politischen Inhalt, solange es andere Menschen berührt, ganz gleich ob oberflächlich oder nicht.



Man entscheidet sich fortwährend zwischen Freiheit und Angst, schlägt sich mal auf diese, mal auf jene Seite, sogar dann wenn man glaubt sich rauszuhalten. Denn das Raushalten ist auch eine Entscheidung für diese oder die andere Seite. Was ich sagen will: Man tanzt mit, sogar dann wenn man denkt, man schaue nur von der Tür aus zu. Dies passiert einem besonders bei der Art Literatur, wie ich sie schreibe.

In dem Augenblick, in dem man etwas veröffentlicht, ist man mitten im

der Art Literatur, wie ich sie schreibe. In dem Augenblick, in dem man etwas veröffentlicht, ist man mitten im politischen Leben, man beeinflusst das Denken anderer Menschen. Deshalb glaube ich auch, daß die Wahlfreiheit zwischen Literatur und Politik nur scheinbar gegeben ist, denn man läßt nur von der Politik ab. Das, was ich schreibe ist in keiner Weise mit gedanklicher Selbstbefriedigung zu vergleichen. Es ist keine Erklärung der Eigenliebe, sondern die Entwicklung eines Raumes, in dem ich mich mit meinen Mitmenschen treffe. Mich drängt es danach zu schreiben, weil ich versuchen will, mit anderen ins Gespräch zu kommen — ein Abenteuer, das zum Erfolg oder zum Fehlschlag werden kann.

„All die Schrecken und Wunder“

Du arbeitest an dem dritten Teil deiner Trilogie „Memory of Fire“...?

Dieser Teil handelt von dem verworrenen 20. Jahrhundert. Unser Jahrhundert ist tatsächlich ein Lebensbaum mit einer endlosen Zahl von Ästen und Verzweigungen. Ein Jahrhundert vollkommener Verrücktheit. Alle Schrecken, Irrtümer und Wunder der Menschheit und im 20. Jahrhundert zum Vorschein gekommen. Es scheint als sei alles in diese eine Zeitsperiode gepreßt.

Ich habe die Geschichte beschreiben beginnend mit dem 16. Jahrhundert, und heute kann ich überlegen, daß in unserem Jahrhundert in einer Woche ebensoviel passieren kann wie in vielleicht zehn Jahren vor zwei oder drei Jahrhunderten. Dies ist ein Jahrhundert in sehr schneller Bewegung, ein ziemlich verrücktes Jahrhundert, aber

immer noch ein wunderbares. Ich bin froh, in diesem Jahrhundert geboren zu sein, und ich schreibe gern darüber, wenn es auch eine gewaltige Aufgabe ist.

Im Brennpunkt steht für mich Lateinamerika. Ich verbringe viel Zeit über Büchern, tauche in die wirren Wasser der Geschichte, und werde oft fündig.

Gestern z.B. las ich eine Biographie über Salvador Allende. Ich erwähne dies, weil es das jüngste Beispiel ist. Es ist die Geschichte eines Indianers in Südamerika, der in die Stadt Tepic reist, um Saatgut zu kaufen und Verwandte zu sehen. Irgendwo in der Stadt findet er ein Buch in einem Müllhaufen. Er nimmt es auf und beginnt darin zu lesen. Denn er kann lesen, langsam und beschwerlich zwar, aber er kann.

Dieser Indianer kommt von einer Gemeinschaft mit 150 Familien, ein Ort der keinen Namen hat. Auf dem Rückweg zu seinem Dorf liest er dies Buch. „Wir haben nun einen Namen“ und seine ersten Worte, in dem Dorf angekommen.

Während der nächsten acht Tage liest er seinem Völkchen das Buch vor. Als er endet und sie alle einverstanden haben einen angemessenen Namen für ihre Gemeinschaft gefunden. Das Buch handelt von einem entfernten Land namens Chile, wo fürchterliche und wunderbare Dinge sich ereignen können; und der Hauptdarsteller dieses Buches ist ein Mann, der nicht eine Minute zögert als er zwischen Verrat oder Tod zu wählen hatte. Die 150 Familien entschieden, sich den Namen



des Mannes, der immer sein Wort hielt, zu ihrem eigenen zu machen. Und heute sagen sie, wenn sie auf dem Weg nach Hause sind: „Wir gehen nach Salvador Allende.“

So sind die Geschichten, nach denen ich beständig suche, und die ich so oft finde, denn das wirkliche Leben ist voll von ihnen.

Gott und der blaue Tiger

Gott und der blaue Tiger

Jedes Buch, jede Geschichte spiegelt die Realität auf seine und ihre Weise wider. Aber das Leben wäre ohne einen Rest Ungewißheit schrecklich.

Das Leben ohne Rätsel wäre langweilig. Alles was wir tun können ist, ein paar kleine Geheimnisse zu erklären. Für mich hat diese Aufgabe eine politische Bedeutung. Denn indem die Wahrheit versteckt wird, ist es möglich, daß die bestehenden Machtssysteme, die herrschenden Klassen und internationale Machtssysteme es einigen Menschen ermöglichen, von der Ausbeutung anderer zu leben. Sie verstecken sowohl die Wirklichkeit der Vergangenheit, in dem sie das kollektive Gedächtnis erobern haben — offizielle Geschichtsschreibung ist ein Bündel von Lügen — als auch die Wirklichkeit der Gegenwart. Sie ist das Ziel von Zensur und verfälscht durch die Medien. Dies hält Menschen davon ab wahrzunehmen, daß das Bestehende verändert werden kann, daß es keine festgelegte Vorherbestimmung gibt.

Die Wirklichkeit ist nicht vorherbestimmt. Die Wirklichkeit besteht daraus, daß sie verändert wird. Wie in der „guaraní-Legende“: ein blauer Tiger liegt schlafend unter Gottes Hängematte; er wartet darauf, daß Gott ihn befiehlt, die Welt zu zerreißen, denn die Welt will zerstört sein um neu aufgebaut zu werden. Die Welt selbst betet den Gott an, daß er dies zulasse, um eine andere Welt zu werden. Und während der Gott zögert und abwartet, bleibt der Tiger schlafend unter seiner Hängematte.

So ungefähr ist es heute: überall verlangt die Wirklichkeit danach, verändert zu werden.

Könntest du in deinem geschichtlichen Werk, das mit dem 16. Jahrhundert beginnt, eine dominante Idee ausfindig machen, die eine ganze Periode charakterisiert? Was denkst du, ist die dominierende Idee des 20. Jahrhunderts. Worin unterscheidet sich das 20. Jahrhundert von seinen Vorläufern?

Es ist schwer ein ganzes Jahrhundert auf einen Begriff, eine Idee zu reduzieren, aber ich denke das 20. Jahrhundert ist das der Wirbelwinde. Ähnlich wie das 18. Jahrhundert als das der Aufklärung gilt, sollte das 20. Jahrhundert als das der Wirbelwinde gelten.

Und wir als Gefangene dieses Wirbelwindes sind uns oft der Geschwindigkeit nicht bewußt, mit der wir leben. Sind wir oberflächlicher als unsere Vorfahren? Fehlt uns die Zeit für ein tiefergehendes, gedankenvolles Leben oder ist unser Gehirn so viel schneller geworden, daß wir jede Minute des Lebens bewußt aufnehmen können?

Generalisierungen sind im allgemeinen unzureichend. Andererseits können sie uns eine Richtung geben, auf daß wir nicht ziellos herumirren wie ein Bänder auf dem Schlachtfeld. Es gibt einen gefährlichen Trend zur Oberflächlichkeit, die mit dem Getümmel des modernen Lebens zusammenhängt. Und, unter anderem, hängt dies auch mit dem kleinen Apparat zusammen, den es früher nicht gab: dem Fernsehen.

Andererseits erscheint mir dieses Jahrhundert viel intensiver, dichter zu sein als irgend ein anderes vorher. Es ist eine Zeit seltener Intensität, eine Zeit in der alles in einer verwirrten Situation ist als je zuvor. Die Spielkarten, die bis zu unserer Zeit wohlgeordnet waren, sind nun vollkommen gemischt. Alles ist mehr miteinander verwoben als in der Vergangenheit.

Irgendwie gefällt mir dieses Zeitalter. Wenn ich eine Wahl hätte, würde ich viel lieber in diesem Jahrhundert leben als in einem anderen. Kein vergangenes Jahrhundert bot jemals solch ein Maß an Freiheit. Gleichzeitig ist die Welt ein einziges Desaster, wenn man bedenkt, was sie sein könnte.

Heute bekommen die Menschen mehr Informationen und Nachrichten, aber sie sind auch manipulierter. Daran ist das Fernsehen nicht unschuldig: es erlaubt einen viel höheren Grad einer Kontrolle über die öffentliche Meinung, höher als er z.B. für die Kirche je erreichbar war, oder für einen Prediger oder tausend Priester.

„Der selbstlose Schatten“

Als Frau möchte ich dir noch eine bestimmte Frage stellen. In deinen Büchern über die vorangegangenen Jahrhunderte nährst du dich der Realität durch verschiedene Figuren. Die Realität wird von Menschen aus Fleisch und Blut gemacht, und es wurde gesagt, daß dieses Jahrhundert Augenzeuge des Aufstands der Frauen ist.

Schon, obgleich der Anteil der Frauen aus diesem Jahrhundert Augenzeuge des Aufstands der Frauen ist.

Schon, obgleich der Anteil der Frauen an der Geschichte immer sehr viel größer war als dies wahrgenommen wird. Die offizielle Geschichte wird von Eroberern geschrieben, und die Eroberer waren allesamt männlich. Frauen bleiben im Hintergrund, obwohl sie eine größere Rolle in der Weltgeschichte spielen. Ich meine nicht als schwächere Frauen, als Begleitung für die Männer, was eigentlich das Größte ist was ihnen in einer macho-dominierten Gesellschaft passieren kann.

Die Gesellschaft erkennt höchstens an, daß „eine ergebene Frau hinter jedem erfolgreichen Mann steht“.

Die ergebene Begleiterin ohne ein eigenes Leben. Ein selbstloser, treuer Schatten. Tatsächlich sind nicht wenige Rebellionen in Amerika von Frauen angeführt worden, vor allen Dingen von schwarzen und indianischen Frauen. Nur wurden sie später sorgfältig wieder aus den Geschichtsbüchern entfernt.

Matrarchalische Gesellschaften gibt es bei ihnen öfter als in der weißen westlichen Welt.

Tatsächlich betonten die Gesellschaften, in denen die versklavten Afrikaner ursprünglich lebten, wie auch die einheimischen Gesellschaften, die die europäischen Eroberer vorfanden. Die Gleichheit mehr als die europäische Gesellschaft, die aus Herren und Sklaven bestand. Diese nicht-europäischen Gesellschaften waren in gleicher Weise gerechter und demokratischer. Und Frauen spielten eine gewichtigere Rolle. Wie schon gesagt, manche größere Revolte auf dem amerikanischen Kontinent wurde von Frauen geführt, was für Europa undenkbar gewesen ist. (...)

World Antikommunist League: „Dem Terrorismus an die Wurzel ...“

„Im Kessel sitzen keine Medaillen, sondern eiskalte Realpolitik, die ständig versuchen, sich zu erheben (...) was sie bekommen können.“ (1)

„Man könne mit Sicherheit davon ausgehen, daß in allen derzeitigen Konflikten Moskau auf irgendwelche Weise seine Hand im Spiel habe: Man nehme nur das recente Beispiel des libanesischen Angriffs auf den Tschad.“ (2)

„Der Weltkommunismus betreibt seine Aggression jedoch auch auf andere Weise, wovon die brutale des Terrorismus sei: Dieser (bei uns) an der Wurzel bekämpft werden!“ (3)

Verlautbarungen eines oder mehrerer CDU-Politiker? Möglich schon, tatsächlich aber in diesem Fall nicht. Die Zitate geben die neueste Stimmung und Stoßrichtung der Antikommunistischen Welt-Liga — World Antikommunist League, WACL — wieder. Zurückgehend auf Kältkriegszeiten in den 50er Jahren wird WACL seit 1967 vor allem von Taiwan und Südkorea aus gesteuert. Neuerdings tritt sie aber zunehmend aus dem Schatten eher undurchsichtiger Drahtzieher für diverse Propaganda- und Terroraktivitäten heraus, — Aktivitäten, die in den vergangenen Jahren vor allem in Richtung Lateinamerika, Asien und Osteuropa liefen.

Seit Beginn der 80er Jahre und nun Öffentlichkeitswirksam mit dem 19. Kongreß im September 86 in Dommeidingen/Luxemburg verdient WACL verstärkte Aufmerksamkeit. 1. WACL konsolidiert sich zunehmend als inoffizielles Organ des internationalen Konservatismus, speziell der US-Administration unter Reagan sowie — tendenziell — der westeuropäischen Christdemokratie. 2. Über ihre ideologisch-propagandistischen Bemühungen hinaus fungiert WACL heute als eine der zentralen Koordinierungsstellen für staatsterroristische Interventionen unterhalb der offiziellen Staats- bzw. Regierungsebene.

Selbstverständlich sind beide Aspekte nicht getrennt zu sehen, sondern ergänzen sich gegenseitig.

Agentur für Contra-Hilfe
ganzten sich gegenseitig.

Agentur für Contra-Hilfe

Für die Größenordnung der WACL-Aktivitäten insgesamt müssen einige Hinweise genügen: Allein für ihren Kongreß in Washington 1978, laut damaliger Angabe des saudi-arabischen Scheichs Janyoom (Chef der regionalen WACL-Abteilung), ließ die Organisation 300.000 Dollar springen. Zu dem diesjährigen 3-Tage-Kongreß in Luxemburg steuerte die asiatische WACL-Sektion, APACL, den Einzelkosten von 100.000 Dollar bei.

Den nicaraguanischen Contras floßen im vergangenen Jahr aus der Kasse der US-Abteilung von WACL („American Council for World Freedom“) u.a. 400.000 Dollar zu. (4)

Dementsprechend fielen bzw. fallen denn auch die Wünsche aus, die von „Freiheitskämpfern“ bei WACL vorgebracht werden. Auf dem Kongreß 1985 in Dallas/USA wünschten sich die RENAMO-Contras aus Mozambique: 500 Boden-Luft-Raketen, 500 Bazookas, 100 Jeeps mit Maschinengewehren und 5 Küstenschiffe. (5) Der simple Schluß aus solchen Hinweisen ist, daß durch die Kassen der WACL Dollarbeträge in mehrstelliger Millionenhöhe fließen.

Das allein wäre allerdings keine besonders neue Erkenntnis. Neu ist aber die Funktionalisierung der langjährig erprobten WACL-Kanäle für den aktuellen Staatsterrorismus der Reagan-Administration v.a. in Mittelamerika.

Noch Mitte der 70er Jahre war WACL vor allem aus drei Zentren gruppiert: die taiwanisch-südkoreanischen Alt-Antikommunisten der Kuomintang und des Koreanischen CIA (einschließlich des Finanzimperiums der Mun-Sekte), die, neben arabischen Quellen, vornehmlich für die Finanzierung sorgten; die Alt- und Neofaschisten der osteuropäischen Emigration („Ustascha“, der ukrainische „Anti-Bolschewistische Block der Nationen“, ABN, u.a.); schließlich die lateinamerikanischen, offen antisemitischen und terroristischen „Confederacion Anticomunista Latinoamericana“ (CAL) mit dem mexikanischen Oheimhund „Tecos“ als Zentrum, mitverantwortlich für die Terrorkampagnen der Todeschwadronen gegen Linke, Gewerkschafter, Priester usw.

Mit Übernahme des WACL-Vorsitzes durch den US-Anthropologen Roger Pearson, einen rassistischen Wissenschaftler mit politischem Ambitionen, versuchte sich WACL auch in Europa eine breitere Basis zu verschaffen — und zwar im eindeutig neofaschistischen Lager. So tauchten u.a. G. Almirante von der italienischen MSI oder S. Pons von der spanischen Fuerza Nueva auf WACL-Kongressen auf. Nicht weniger als 17 Neonazi-Gruppen bemühten sich damals um die Aufnahme in die WACL-Gemeinde. (6)

Diese Entwicklung wirkte in liberalen und linken Kreisen der USA (u.a. die „Washington Post“) und Europa jedoch so viel Staub auf, daß WACL zunehmend in den Ruf einer nationalistisch-antisemitisch-terroristischen Organisation geriet.

Der Pearsonsche Nazi-Kurs wurde also gestoppt, und unter Vorsitz des belgischen Ex-NATO-Generals Close wurde 1983/84 schließlich auch der besonders anrüchige südamerikanische WACL-Zweig CAL ausgeschlossen.

Damit war aber nicht nur das Make-up aufgefrischt; die inhaltliche Neuorientierung stand an. Close-Nachfolger als WACL-Präsident wurde 1984 der US-amerikanische Ex-General John E. Singlaub. Seine militärische Vergangenheit — Guerillakämpfer in Korea und Vietnam (dort Chef der „Green Berets“) setzte sich zu der Zeit in seiner Funktion als Militärberater der US-Regierung fort; für den Raum Mittelamerika und in Sachen „unkonventioneller Kriegsführung“ (soll heißen: Terror, Sabotage, psychologische Kriegsführung etc.).

Für seine neuen WACL-Aufgaben war und ist Singlaub jedoch hauptsächlich aufgrund seiner zahlreichen Kontakte und Querverbindungen geeignet. Laut einer Untersuchungskommission des US-Parlamentes ist Singlaub „Leiter von fünf der dreizehn wichtigsten Vereinigungen in den USA, Arm AA, die private Gelder sammeln für die Contras“ (7).

Hervorzuheben und unter anderen — engste Kontakte Singlaubs zu der Führungsmannschaft der US-Zeitschrift bzw. Söldneragentur „Soldier of Fortune“; so diente Söf-Chef Robert K. Brown in Vietnam in Singlaubs „Special Operations Group“ (8).

Daneben gehört Singlaub z.B. zum „Internationalen Rat der Könige für die Freiheit“; so diente Söf-Chef Robert K. Brown in Vietnam in Singlaubs „Special Operations Group“ (8).

Daneben gehört Singlaub z.B. zum Leitungsgremium des Council for National Policy, CNP, ein Verband für Top-Politiker und Geschäftsleute, um Geld in die Hände der Contra-Gruppen zu schleusen (Sammelergebnis eines CNP-Treffens: 100.000 Dollar). (9)

Einen der Höhepunkte des diesjährigen WACL-Treffens stellte dementsprechend der Auftritt von Mario Calero (Bruder des FDN-Führers Adolfo Calero) dar, der, enger persönlicher Freund Singlaubs und Zentralfigur des Contra-„Oberkommandos“ in New Orleans, über die Kommandostrukturen der nicaraguanischen Contras referierte und entsprechende Vorschläge für die Verwendung der mittlerweile wieder legalen US-offiziellen Hilfspflicht unterbreitete. (10)

Daneben traten u.a. auf: der Europa-Vertreter der RENAMO (Mozambique), Armando E. Gumbo, der übrigens in der BRD residiert. Ein weiterer WACL-Gast war der französische Ex-Geheimdienstoffizier Pierre de Villamont (mit guten Kontakten zu Le Pen, „Front National“), der für die CIRPO — Konferenz der Wider-

standsbewegungen in Breztnen Ländern — auftrat. Die CIRPO, wie WACL selbst, koordiniert Waffenlieferungen usw. für Contra-Gruppen, allerdings mit Schwerpunkten in Südostasien und Indien (Sikh-Separatisten). Interessant auch die Information, daß WACL-USA in Pakistan einen „ständigen Repräsentanten“ platziert hat, um die afghanischen „Rebellen“ besser unterstützen zu können.

Die Konferenz beschäftigte sich im übrigen speziell mit dem Thema „Terrorismus“. Die ehemalige UNO-Botschafterin der USA, Jean Kirkpatrick, als Rechtsaußenpolitikerin in einschlägigen Contra-Hilfskreisen ohnehin tätig, steuerte ein Referat zum Thema „Internationaler Terrorismus“ bei. (11) Als Ergebnis der Arbeitsgruppe zu eben dem Thema — unter Vorsitz des Ex-NATO-Generals Roméo — plant WACL die Herstellung „formeller Beziehungen zu westlichen Lehrinhalten zur Koordinierung psychologischer und politischer Kriegsführung gegen kommunistische und blockfreie Staaten weltweit“ (12).

Neben der notwendig gewordenen Neuorganisation der lateinamerikanischen WACL-Sektion, die sich jetzt „Federation of Democratic Latin American Groups“, FEDAL, nennt, ratifizierte die WACL-Konferenz die Aufnahme der US „Young Conservative Federation“ und erklärte sie zum offiziellen internationalen WACL-Jugendverband. Unter seinem neuen Namen World Youth Freedom League, WYFL, bleibt dieser Jungkonservativisten-Verband aber natürlich genau das, was er bislang schon war: sozusagen ausführendes Organ der „Heritage Foundation“, die als führende konservative Ideologenschmiede der USA von zentraler Bedeutung für die Reagan-Administration ist, mit der sie auch persönlich engsten verflochten ist. WYFL verfügt u.a. über ein Schulungszentrum für psychologische Kriegsführung in Washington und lädt Jung-WACL-Mitglieder zur Einweisung in Methoden der „politischen Technologie“ (Werbung, PR u.a.) ein. (13)

Konservative Koordination

Die Einbindung der WACL in das Um-

Konservative Koordination

Die Einbindung der WACL in das Umfeld der Reagan-Administration zeigt deutlich ihr zweites, ideologisches Gesicht: ihre Etablierung als Koordinierungsinstrument des internationalen (Neo-) Konservatismus mit starker Betonung der militärischen Seite.

Als Gastgeber des diesjährigen Kongresses trat Singlaubs Vorgänger im Amt des WACL-Vorsitzenden auf, der derzeitige WACL-Chef in Belgien, Generalmajor Robert Close (geb. 1922), mit Funktionen u.a. beim Oberkommando der Alliierten Streitkräfte in Europa/Shape (1961-65), Berater des belgischen Verteidigungsministers (65-66), beauftragter Kommandant und Studiendirektor am NATO-Verteidigungskolleg (74-76), Senator (für die Liberale Partei) von Brüssel (ab Nov. 80), Vizepräsident der politischen Kommission der Westeuropäischen Union (86). (14)

Neugewählter WACL-Präsident, d.h. Nachfolger Singlaubs, ist der 61-jährige Belgier Joost Desmarre. Seine Kurzbiographie (15): „In dem Jahren 1979-81 war er Vizepremier und abwechselnd Verteidigungs-, Planungs-,

Wissenschafts- bzw. Ministerpräsident. Seit 1983 gehört der christdemokratische Politiker (...) dem Senat an. 1983 gründete Desmarre das „Mouvement pour le rassemblement des Belges“ und seit 1984 ist er zudem Nationalpräsident der Vereinigung „Atlantique Belge“.

Als Stargast und Aushängeschild zur Demonstration des neuen seriösen WACL Konservatismus trat schließlich der ehemalige niederländische Außenminister und langjährige NATO-Generalsekretär Joseph Luns auf, um über „die Stärke und die Schwäche der westlichen Demokratien“ zu referieren. Noch 1983, als WACL zum erstenmal in Luxemburg kongressierte, war es nicht gelungen, einen ähnlich „seriösen“ Vertreter des europäischen Konservatismus aufzubieten. 1986 fand sich Luns bereit, ohne sich allerdings auf die allerplatteste Propaganda der zahlenmäßig stark vertretenen WACL-Traditionisten einzulassen, weshalb er auch „nur einen lehrnen hofischen Applaus“ bekam, wie beobachtet wurde. (16)

Wieviele Finger der westdeutsche Konservatismus, sprich CDU/CSU und „Braunzone“ ringsum, in diesen WACL-Machenschaften stecken hat, ist bislang nicht eindeutig festzustellen. WACL selbst hält sich gern bedeckt — so wurde vom luxemburger Treffen keine Teilnehmerliste veröffentlicht, angeblich „aus Sicherheitsgründen“ (17). Was die BRD angeht, herrscht offenbar die — berechtigte — Einschätzung vor, ein offenes Auftreten sei zur Zeit inopportun. Über eine Konferenz in der BRD wird dort gemutmaßt: „In der Bundesrepublik wäre es eine politische Provokation, obschon die ABN-Leute (Exil-Ukrainer, AK) am liebsten in Berlin tagen würden.“ (17)

Die wenigen bisher publik gewordenen westdeutschen WACL-Namen lassen nur ahnen, was sich hierzulande von WACL-Seite aus tun mag:

— In den 70er Jahren fungierte als einer der BRD-WACL-Leute Theodor Oberländer, Alt-Naz und später BHE, dann CDU-Vertriebenensminister (erzwungener Rücktritt 1960); CDU Abgeordneter bis 1965.

— 1978, beim 11. WACL-Kongreß in Washington, war der Alt-Naz Heinrich Härle zu Gast, Allertuifigur im Umkreis von „Stahlhelm“, DKEG, NPD u.a. Gruppierungen der „Braunzone“. (18) Zum gleichen Sektor gehört der in einer Liste von aufrechten WACL-Freunden genannte Otto

— 1978, beim 11. WACL-Kongreß in Washington, war der Alt-Naz Heinrich Härle zu Gast, Allertuifigur im Umkreis von „Stahlhelm“, DKEG, NPD u.a. Gruppierungen der „Braunzone“. (18) Zum gleichen Sektor gehört der in einer Liste von aufrechten WACL-Freunden genannte Otto

Auch zur Stelle war 1978 der CSU-Abgeordnete Hans Graf Hays, ebenfalls in der „Braunzone“ wohl bekannt und engagiert, freilich von anderem Kaliber als irgendein überalterter Nazi-Op. Inzwischen hat Hays es zum ranghöchsten ideologischen Berater, der für das Bundesinnenministerium angerechnet über „Moskau und der internationale Terrorismus“ als Gefahr für „die Menschenrechte“ referieren kann. (20)

Mittlerweile im Leiter der BRD-Sektion der WACL Wolfgang Brügge, Brigadegeneral und CDU-Politiker („Der Lothar Späth beispielsweise ist ein Duzfreund von mir. Auch Kohl kenne ich persönlich sehr gut.“). 1983 in Dallas und 1986 in Luxemburg war Schall auf den WACL-Kongress anwesend. Seine persönlichen Daten:

Fortsetzung nächste Seite

Deckname Schiller

Ein neues Buch beleuchtet die EAP

„Organische Dichtung wird von den Griechen als Mittel gegen das Waldsterben vorgeschlagen. Frage: Wieviel Grün und wieviel, um einen Baum zu sägen? Antwort: Auf irgendwelche Weise, aber für diesen werden vier benötigt, um ihn zu überleben, in die Knochenmühle zu stecken.“



Richtig, diesen „Witz“ gibt es in manchen Variationen. Allen gemeinsam ist der faschistische Geist, der aus ihnen herausdröhnt. In der eben zitierten Form findet sich der „Witz“ in der Zeitschrift „Fusion“, Nr. 1/1984. Ebenfalls aus dem gleichen Geist: „Was ist schwarz und sitzt auf einem Baum? — Ein Grüner nach einem Wahlbrand.“

Herausgeberin der Fusion ist die EAP, Europäische Arbeiterpartei. Als wichtige europäische Filiale der in den USA beheimateten NCLC, National Caucus of Labor Committees, hat die EAP seit Anfang der 70er Jahre einen weiten Bogen von Linksaßen nach Rechtsaußen zurückgelegt. Ihr jüngstes Produkt sind die aggressiv rechts von der CDU agierenden „Patrioten für Deutschland“, die zu den niederrheinischen Landtagswahlen 1986 erstmals antraten und immerhin 0,3 % der Stimmen kassieren konnten.

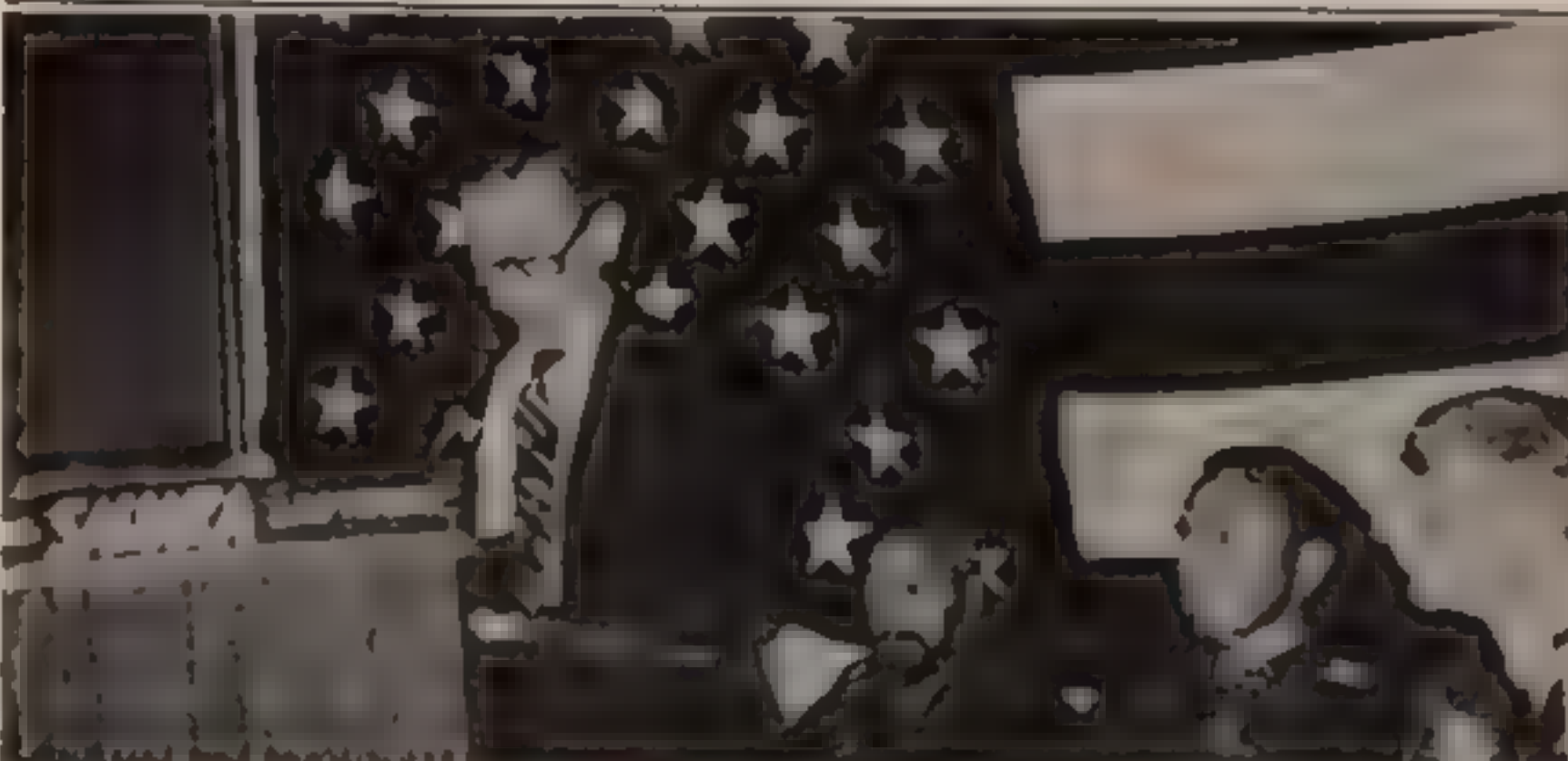
Die EAP hatte, als sie vier Jahre zuvor dort unter eigenem Namen kandidiert hatte, nur ein Zehntel dieses Ergebnisses erreicht. Der EAP scheint damit ein, wenn auch vorerst nur kleiner, Einbruch in das traditionelle Revier der CDU gelungen zu sein. Das verbläßt aber gegen den Erfolg der US-

„... was auch immer das heißt, dann ein, wenn auch vorerst nur kleiner, Einbruch in das traditionelle Revier der CDU gelungen zu sein. Das verbläßt aber gegen den Erfolg der US-Muttergruppe, die sich ganz regulär als Fraktion in der demokratischen Partei etabliert hat und erstaunliche Ergebnisse bei der Nominierung der demokratischen Kongresskandidaten in einigen Wahlkreisen vorweisen kann, in mindestens zwei Fällen sogar die von ihr lancierten Kandidaten durchsetzen konnte.“

Soeben ist bei Rowohlt ein Buch erschienen, das konkurrenzlos das Beste bietet, was bisher an Informationen über die EAP greifbar ist: „Deckname: Schiller“ von Helmut Lorscheid und Leo A. Müller. Da fühlte sich der Rezensent in angenehmer Weise an die früheren vorzüglichen Untersuchungsarbeiten aus dem ehem. Reents Verlag erinnert. Freilich, ein kleiner alphabetischer Nachschlagezettel zu den einschlägigen Personen und Organisationsnamen, statt des dürftigen Registers, hätte ruhig auch noch dabei sein dürfen.

Die Darstellung von Lorscheid/Müller ist auf dem aktuellsten Stand. Im Mittelpunkt stehen die neueren Kampagnen der EAP & Co. für SDI im besonderen und Hochtechnologie im allgemeinen. Das dazu vorgelegte Material, etwa über die vertraulichen Beziehungen der EAP zu deutschen Raketenforschern u.a. mit NS-Vergangenheit, ist in dieser Fülle und Präzision wohl weltweit neu. Auch die ausführlichen Darlegungen zu den Connections der Gruppe in den USA selbst (Nachdruck eines Artikels aus der US-Zeitschrift New Republic) sind zweifellos ein Gewinn. Andererseits kann man selbstverständlich auf 190 Seiten nicht alles schreiben, was eigentlich nötig wäre. So sind Aspekte wie die große Anti-Drogen-Kampagne der NCLC/EAP vor wenigen Jahren und die daraus resultierenden Connections oder die aktuelle AIDS-Kampagne der Gruppe kaum aufgenommen worden. Auch zu den „linksextremen“ Konsumpielen der Gruppe in den 70er Jahren und zu ihrem paranoiden Weltbild erfährt man aus dem Buch nicht viel.

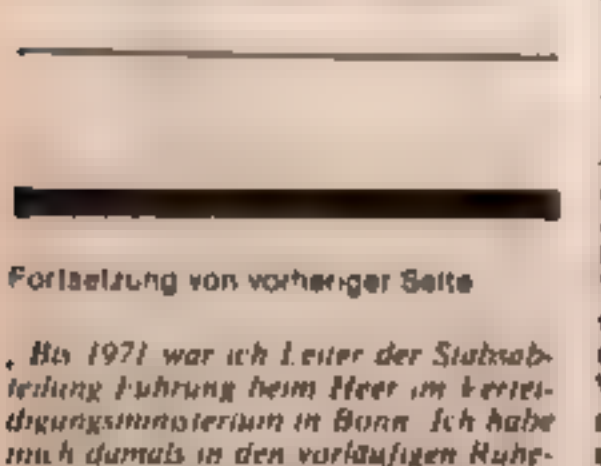
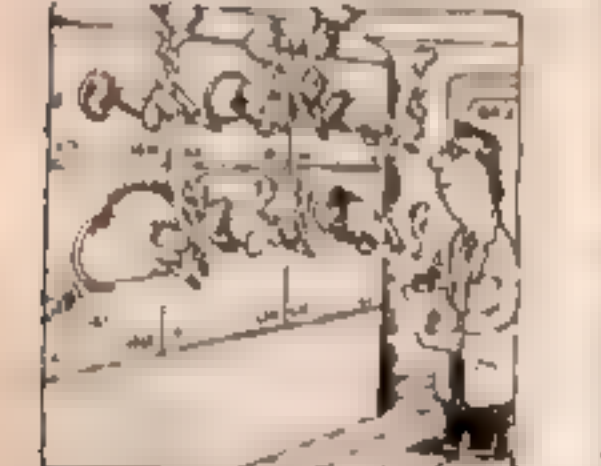
Helmut Lorscheid und Leo A. Müller: Deckname: Schiller — Die Deutschen Patrioten der Lynden LaRouche, herausg. von, Dezember 1986, DM 10,80.



General John K. Singlaub als WACL-Chef im September 84 bei „Soldier of Fortune“ (zweiter von rechts). Hassan Gaitani, afghanischer Guerilla-Führer

Visionen des Späth-Kapitalismus

Über Lothar Späths Entwürfe für die „moderne Industriegesellschaft“



Fortsetzung von vorheriger Seite

Bis 1971 war ich Leiter der Staatsabteilung Führung beim Heer im Verteidigungsministerium in Bonn. Ich habe mich damals in den vorläufigen Ruhestand versetzen lassen, um Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg zu werden. (21) Bis 1984 war Schall CDU-Abgeordneter im Europaparlament. Ergänzend weiterhin seine Aktivitäten für die „Panoeuropäunion“ (1979 Leiter des Arbeitskreises „die strategische Bedeutung des südlichen Afrika für die Verteidigung Europas“) und seine Beiträge zu diversen Zeitschriften dieses konservativ-reaktionären Feldes. (22)

Lauf Schall — 1985 noch immer beim Europa-Parlament engagiert, als Mitglied des Baden-Württembergischen Europa-Ausschusses — hält sich WACL in der Bundesrepublik im Hintergrund. Hier „treten wir nicht so stark unter dem Namen Antikommunistische Weltliga auf, (...) denn es gibt bei uns ja genügend andere antikommunistische Organisationen. Unsere Aufgabe ist, deren Arbeit zu koordinieren mit der Spitze der Antikommunistischen Weltliga. Wir stehen in Verbindung mit sämtlichen Vertriebenenverbänden. Der maßgebende Mann für uns ist dabei der Präsident, der Bundestagsabgeordnete Dr. Czaja. Wir arbeiten zusammen mit der Gesellschaft für Menschenrechte und mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Tudenhofer, der sich für Afghanistan einsetzt. Wir sind eigentlich ein Verbindungsbüro.“ (23)

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Anmerkungen
(1) J.P. Kahlberg, WACL-Präsident in Berlin. laut „Journal“ 9.9.86
(2) Robert Closs, damals WACL-Präsident, laut dem WACL-Freundlichen, kleinen konservativen „Luxemburger Wort“ (LW), 9.9.83.
(3) José Desmarais, neugewählter WACL-Präsident laut LW 9.9.86
(4) Searchlight, Okt. 86
(5) Forum „Luxemburgisches Monatsmagazin“ Okt. 86, S. 7. In der Darstellung der WACL-Geschichte etc. stützt sich Forum vor allem auf das neue Buch John Lee Anderson über die Antifa, beide he 1986, New York 1986
(6) „Forum“, 8.8.
(7) „Forum“, 8.8.
(8) Searchlight, Juni 1986.
(9) Forum 3.9.86
(10) LW 9.9.86 und Searchlight, Okt. 86 — auch in die folgende Passage
(11) LW 27.8.86
(12) Searchlight, Okt. 86
(13) LW 8.8.
(14) LW 30.8.86
(15) LW 9.9.86
(16) Forum 8.12.
(17) LW 10.
(18) AK 13.7.86
(19) W 6.9.86
(20) AK 27.12.86, S. 11/18
(21) et al. 11.86
(22) „Bräuterei zwischen CDU/CSU und Neofaschismus“ Hamburg 9.9.86, S. 130
(23) et al. 11.86

Visionen des Späth-Kapitalismus

Die Späth'schen Zukunftsvisionen erschienen 1985 in seinem Buch „Wende in die Zukunft — Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Zukunftsgesellschaft“. Darin erkennt er: „Die ständig wachsende Notwendigkeit der Politik, besser informiert zu sein und unterschiedliche gesellschaftliche Interessen zu einem tragfähigen Konsens zusammenzuführen, zwingt zu neuen politischen Führungs- und Kommunikationsstrukturen“ (S. 234/235). „Das ist am ehesten der Fall, wenn Politik ein Maximum an Informiertheit mit einem Optimum an Wahl- und Entscheidungsfreiheit zu verbinden weiß und mit der wiederentdeckten Erfahrung, daß ein Volk und seine politischen Repräsentanten auch in krisenhaften Zeiten gemeinsam und zukunftsorientiert handeln können, wäre zugleich der Grundstock zum Erfolg für die „Gesellschaft danach“ gelegt“ (S. 236).

Diese Gesellschaft nennt er „Versöhnungsgesellschaft“. Er will die „stärkere Konturierung der Staatsautorität dort, wo sie verloren ging: in der Schutz- und Wächterfunktion“ und wendet folgerichtig gegen die „Gegensatzpaarung“, die „im Parlament sitzen und den Bestand der Gesellschaft gefährden“. Gefordert sei aber „Verantwortungsethik“ für die „Gemeinschaft“. „Der Staat, der nicht mehr vom ökonomischen und sozialen Verteilungskampf vollständig beansprucht wird, gewinnt Freiraum für die Fragen jenseits von Angebot und Nachfrage“ Gemeint ist damit eine forcierte staatliche Wirtschaftsförderung- und Infrastrukturpolitik, die die Spitzenpositionen westdeutscher Konzerne auf dem Weltmarkt sichern soll, staatliche Gesellschaftsplanung, die der Kontrolle durch Öffentlichkeit und Parlament total entzogen ist.

Politisierung der Verwaltung

Politisierung der Verwaltung

Und weist der Ministerpräsident diese Ideen in seinem Musterlande gleich in die Tat umsetzen will, läßt er die konkreten Schritte von den richtigen Leuten ausarbeiten. Nach dem Motto „Dem Bürger kann es schwerlich zugemutet werden, sich beruflich und privat flexibel, kommunikativ und vorsorgend zu verhalten, während beim Staat alles beim alten bleibt“ (S. 234) wurde eine „Kommission Neue Führungsstruktur Baden-Württemberg“ beauftragt, über Strukturen politischer Führung und die Organisationsformen der Verwaltung nachzudenken.

Diese Kommission wurde vom Vorsitzenden der Geschäftsführung der IMB Deutschland, Sparberg, dem Vorsitzenden des Vorstandes der Allianz Lebensversicherung Stuttgart, Baumer, dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Stuttgart, Bulling, und dem Oberbürgermeister von Ebingen, Vetter, gebildet. In ihrem im Juli 1985 vorgelegten Bericht sehen sie ihre Aufgabe darin, „ein Land wie Baden-Württemberg, das eine Spitzenstellung innerhalb der BRD einnimmt“, im Rahmen eines „Aufbruchs der Teilsysteme ... an die besonderen Aufgaben der Zukunft anzupassen“. Dabei haben sie erkannt, „daß generelle Führungsprinzipien aus der freien Wirtschaft durchaus sinnvoll

Lothar Späth, angeblich ein „liberaler“ Konservativer, ist darangegeben, seine Zukunftsvisionen zur Bewältigung „krisenhafter Zeiten“ in die Tat umzusetzen: Die Zusammenfassung von staatlicher Exekutive und staatlicher Legislative in einem einheitlichen „Staatsicherheitskomplex“ erinnert an das „Ministerium für Liebe“ in Orwells „1984“. Die Zusammenfassung sämtlicher Instrumente der Massenbeeinflussung (Kunst, Kultur, neue und alte Medien nebst dem völlig ungehinderten „Datenverbund“ untereinander) in einem gigantischen „Manipulationskomplex“ findet ihre Parallele in Orwells „Wahrheitsministerium“. Baden-Württemberg: Vorreiter für den Späth-Kapitalismus insgesamt?



und erfolgversprechend in verstärktem Maße auch auf die Regierung eines deutschen Bundeslandes angewandt werden können“

Das steht dann so aus: „Der Führungsbereich in den Ministerien soll straffer gegliedert werden. Die Ministerien müssen von den bisher den breitesten Raum einnehmenden Einzelfallentscheidungen befreit werden, politische Planung, gefördert durch politische Zielvorstellungen (visions) neuartiger Beratungskreise soll einen stärkeren Akzent auf die mittelfristige und langfristige Planung und Durchsetzung zukünftiger politischer Ziele setzen.“ Dazu soll in den Zentralstellen eine abgegrenzte „Denkfabrik“ eingerichtet werden, in der die „politischen Führungsgehilfen im kritischen Dialog mit dem Politiker bestehende Ziele und Programme überprüfen, Ideen aufgreifen und Initiativen entwickeln“ sollen, ohne vom üblichen Kleinkram beeinflusst zu werden.

Zur besseren Anbindung an das Kapital „sollen künftig bei den Ministerien institutionalisierte Beratungskreise eingerichtet werden, die aus unabhängigen Persönlichkeiten der Bereiche Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft bestehen und die Aufgabe haben, in politischen Leitbildern, sogenannten Visionen (in Amerika und Japan: visions) ein Gesamtbild über vorstellbare und wünschbare Zukunftsentwicklungen zu erarbeiten.“

„Die innere Ministerialstruktur soll wesentlich gestrafft und mit größeren Führungsspannen in stärker ausgewogene Referate und Abteilungen aufgeteilt werden. Insgesamt soll so die Zahl der Referate und der Abteilungen um rund ein Drittel verringert werden. Führungskräfte werden dann wesent-

lich stärker ausgefüllt, aber auch stärker gefordert sein.“

„Führungspersonal, das wesentlich besser ausgebildet werden und in seiner Leistungsmotivation gestärkt werden soll. Die Kommission schlägt deshalb die Bildung einer „Elite-Nachwuchsschule“ nach dem Muster der französischen ENA vor.“ (Die Führungsakademie gibt es seit Oktober 1986.)

„Stärkere Mobilisierung der Führungsstellen: alle Führungsstellen sollen nach verschiedenen, detailliert vorgeschlagenen Modellen nur auf Zeit, regelmäßig 5 Jahre besetzt werden.“ Der Zentralstellenleiter soll „für den Verwaltungsapparat das kritische Gewissen“ sein und deshalb die Rolle des „Controller“ übernehmen.

Der Big Brother: Das Universallnetz

Die so gestaffelte Führungsspitze muß jetzt nur noch mit gut aufbereiteten Informationen versorgt werden. Dazu wurden die Firmen Diebold, Dornier und IKOSS beauftragt, ein „Landessystemkonzept“ zu erarbeiten, mit dem Ziel, ein umfassendes Kommunikationssystem aufzubauen. Es soll nach und nach alle im Lande entstehenden Daten-Einzelsysteme miteinander verbinden, wobei die Post mit ihrem ISDN-Netz (Breitbandverkabelung) Voraussetzungen schafft, die niemand

binden, wobei die Post mit ihrem ISDN-Netz (Breitbandverkabelung) Voraussetzungen schafft, die niemand mehr beschließen muß.

Schon innerhalb weniger Monate konnte man die Netze der Finanzverwaltung, des Statistischen Landesamts, des RSJW (Rechenzentrum der Sozial-, Justiz-, Wirtschafts-, Finanz- und Innenministerien) und des Ernährungsministeriums zu einem einzigen Netz zusammenlegen. Das geht so einfach, weil deren Computer und Datenterminals schon heute weitgehend nach den Normen des gleichen EDV-Herstellers arbeiten. Man müßte deshalb diese Normen bloß noch — wie auch das Diebold-Dornier-IKOSS-Gutachten empfiehlt — konsequent anwenden, etwa im Rahmen des SNA-Konzepts (Systems Network Architecture). Dadurch entsteht ein riesiges Verwaltungsnetz, an das man auch die Netze der Polizei, Vermessungs- und Oberbürgermeister anschließen könnte. Mit seiner Hilfe könnten die Personalachbearbeiter einer Oberfinanzdirektion, der Referent im Innenministerium, der Kriminalbeamte einer Polizeidirektion, der Baureferent eines Hochbauamts, der Programmierer des Landesversorgungsamts, der Vermessungsgenieur eines Vermessungsamts mit jedem Mitarbeiter irgendeiner Behörde in Baden-Württemberg elektronische Akten austauschen, telefonieren, elektronische Post und Fernkopien, Bux-Mitteilungen und Fernschreiben im Rahmen der Bürokommunikation versenden und empfangen. Außerdem könnten sie mit Hilfe dieser Technik von allen Computern aller Behörden des Landes Daten abrufen und diese an andere Behörden oder Privatpersonen beliebig versenden. (1)

Der Trend zu freiem Datenfluß und die damit verbundene faktische Unkontrollierbarkeit sind notwendige Voraussetzungen für den effektiven Einsatz des Landesystemkonzepts, denn jede Einschränkung der Kommunikationsmöglichkeiten aus Datenschutzgründen stellt eine Beeinträchtigung der Bürokommunikation dar und würde den Nutzen der teuren Geräte mindern.

So erleichtert das System auch den bewußten Mißbrauch: Hinterläßt es doch keine Spuren, wenn jemand per Knopfdruck Daten über Bürger unbefugt weitergibt. Sein Risiko, entdeckt zu werden, ist dabei gleich Null. (1)

Für die Verwaltungsangestellten bedeutet die elektronische Bürokommunikation aber auch, daß Maßnahmen



Späth

zur Kontrolle von Verwaltungsvorgängen auch leicht gegen sie verwendet werden können, z.B. zu einer umfassenden Leistungs- und Verhaltenskontrolle, zumal es hierzu weder rechtliche, noch technische oder organisatorische Schutzvorrichtungen gibt.

Die Datenschutzbeauftragte, Ruth Leuze, sieht in dem Landesystemkonzept eine starke Bedrohung: „... denn es steht die Verwaltung als Informationseinheit. Der Datenschutz dagegen verlangt vom Staat, sein Wissen auf zahlreiche kleine Informationseinheiten aufzuteilen. Das Landesystemkonzept will eine von Hindernissen weitgehend freie Kommunikation zwischen den Behörden, der Datenschutz dagegen, daß jeder Bürger grundsätzlich selbst darüber entscheidet, welcher Behörde er welche Informationen für welche Zwecke zukommen lassen will.“ Dabei verweist sie auf das Volkszählungsurteil, in welchem das Grundrecht betont wird, daß jeder selbst über Preisgabe und Verwendung seiner Daten zu bestimmen hat.

Das Wahrheitsministerium

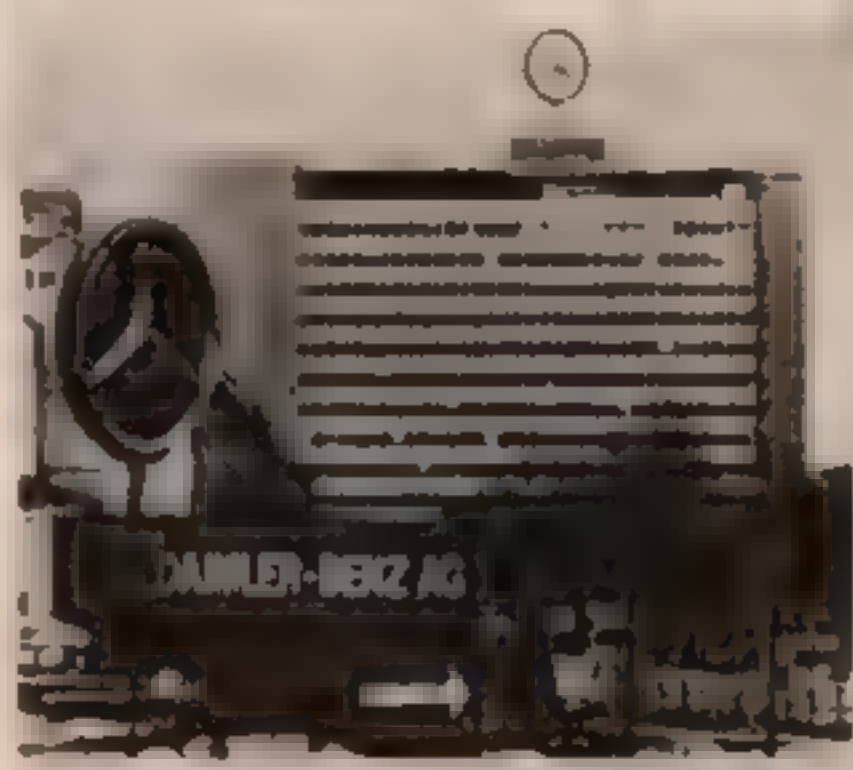
Das Wahrheitsministerium

Das 60-seitige Grundsatzpapier kommt jedoch mit der trivialen Aussage aus: Der Datenschutz ist zu beachten. Wie der Datenschutz beachtet werden soll, wird deutlich, wenn man sich noch den entsprechenden Vorschlag der Kommission Neue Führungsstruktur ansieht. Dort ist nämlich vorgesehen, daß innerhalb eines neu zu schaffenden „Ministeriums für Kommunikation und Kunst“ eben dieses Ministerium für die Durchführung des Landesystemkonzepts, für die amtliche Statistik, für Bibliotheken und Archive, für alte und neue Medien, für Kunstförderung und Kulturantrag und auch für den Datenschutz zuständig sein soll. Damit soll ausgerechnet das Ministerium für die Ausgestaltung und Auslegung des Datenschutzes rechtfertigend sein, zu dessen wichtigsten Aufgaben es gehört, den Einsatz der modernen Kommunikations- und Informationstechniken voranzutreiben, und das auch noch für die amtliche Statistik verantwortlich ist. Eine Verknüpfung, die deutlich macht, wie wichtig sein wird, den Widerstand gegen Volkszählung und Mikrozensus zu forcieren.

Das Ministerium für Liebe

Aufgeschoben, aber keineswegs aufgehoben ist der Vorschlag, das Innenministerium und das Justizministerium zu einem Superministerium zusammenzuführen. Die Kommission Neue Führungsstruktur meint, „die Zusammenlegung bringt eine Konzentration aller Kräfte zur Sicherung des Rechtsstaates unter einem Dach“. Die Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze widerspricht diesem Vorschlag, denn „er zeigt mit aller Schärfe, wie die Kommission viel zu sehr auf Effizienz und Leistungsfähigkeit der Staatsführung abzielt und wie sie viel zu wenig Sensibilität für die Aufgabe unseres Rechtsstaates entwickelt, dem Bürger auch einen effektiven Schutz gegen den Staat selbst zu gewähren und dafür

Fortsetzung nächste Seite

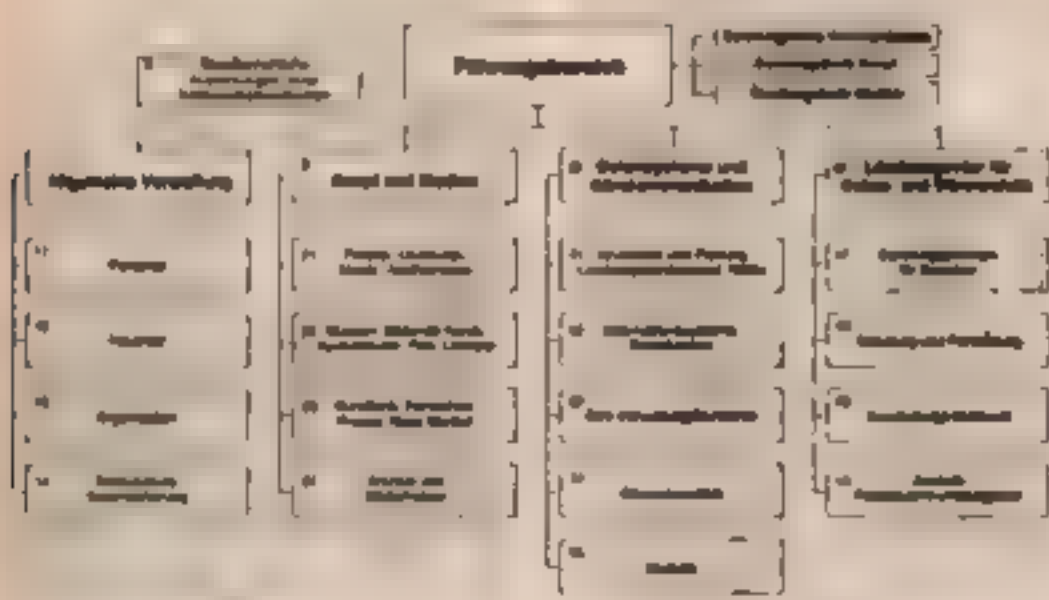


„Späth-Kapitalismus. Ein aufgehender Stern?“

Nicht übertreiben Genossen!

Freiburger Autonome zum BWK-Begriff des Späth-Faschismus

Ministerium für Kommunikation und Kunst



Da die von Späth vorangetriebene Umstrukturierung des Staatsapparates bisher kaum untersucht wurde, mangelt es bisher auch an linken Erklärungsansätzen dieser Entwicklung. Das unten auszugsweise abgedruckte Papier wendet sich insbesondere gegen eine Sichtweise, die von der Späth'schen Politik einen direkten Übergang zu einem neuen Faschismus entwirft. Diese Analyse sei zu „Platz“.

Die Autonomen wenden sich damit gegen die Auffassungen des BWK, der — bisher als einzige linke Organisation — versucht hatte, die Späth-Konzeption einzuschätzen.

Insbesondere folgende Punkte werden in der Replik kritisiert:

— Die BWK-Analyse, „Späth legt Rosenkonzernen zu Füßen“, die Landesregierung sei „Tochterunternehmen von Daimler-Benz“.

— Die BWK-Einschätzung von der „Ersetzung von Restriktionen bürgerlichen Parlamentarismus durch faschistische Organisationsformen und Maßnahmen“.

— Die BWK-Prognose, daß die Späth-Politik zur Zerschlagung der Gewerkschaften führen werde („die Arbeiterklasse hat von dieser Politik ... Zerschlagung ihrer Interessensvertreter und politische Verfolgung bis zur Vernichtung der Opposition zu befürchten“). (BWK zu o. „Beilage“ 3/86, S. 11/12)

Mit Marcuse sprechen die autonomen Genossinnen von einer „präventiven Konterrevolution“, lehnen aber die Kennzeichnung „Faschismus“ als „leichtsinnig“ ab.

Die Kritik der autonomen Genossinnen

(...) „Lenin hat in seiner Kritik des Imperialismus nachgewiesen, daß das imperialistische Monopol den bürgerlichen Parlamentarismus beseitigt, weil er der Konkurrenz und nicht dem Monopol entspricht. Das ist nicht nur eine allgemeine Gesetzmäßigkeit, sondern Bestandteil der gegenwärtig stattfindenden Politik der Reaktion“, schreibt ihr (...) und vermittelt an dieser Stelle, (...) daß sich aus dieser Beseitigung des bürgerlichen Parlamentarismus automatisch die Installation des Faschismus ergibt.

Wir fragen uns, ob die Beseitigung des Parlamentarismus gegenwärtig überhaupt Bestandteil der stattfindenden Politik der Reaktion ist? Und Aus welchen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen würde sich diese Notwendigkeit im Augenblick überhaupt ergeben?

Bedeutet denn die von Späth forcierte Politik „zu neuen Formen direkter Diktatur des Monopole“ automatisch

Bedeutet denn die von Späth forcierte Politik „zu neuen Formen direkter Diktatur des Monopole“ automatisch die Installation des Faschismus?

Wir meinen Nein!

Eure Begründungszusammenhänge sind vielfach zu platt und z.T. an den Haaren herbeigezogen. Auch mit der Schlußfolgerung aus dem Lenin-Zitat sind wir nicht einverstanden, denn Lenin schreibt unseres Wissens nicht, daß die Herrschaft der Monopole automatisch Faschismus bedeutet. Lenin schreibt sogar nicht, daß die Monopole das Parlament beseitigen müssen (sondern er schreibt, daß die Herrschaft des Monopole die Verschärfung der Unterdrückung in allen Regierungsformen des Kapitals mit sich bringt!).

Und was uns überhaupt nicht klar ist, ist die Vorstellung, wie der von Euch propagierte Späth-Faschismus überhaupt aussehen könnte? Kann man das, was ihr als Späth-Faschismus beschreibt, überhaupt so nennen?

Wir können feststellen, daß im Augenblick eine verstärkte Konzentration des Kapitals stattfindet, wir sehen auch, daß die verstärkte innerimperialistische Konkurrenz (SDI-Eureka z.B.) die Monopolbildung der jeweiligen Unternehmen in den kap. Ländern erzwingt, wir sehen allerdings im Moment noch nicht, daß sich die Richtlinien und die Rolle des Parlaments in den letzten Monaten oder Jahren verändert hätten. Wir sehen auch nicht, daß die von Späth betriebene Politik in Baden-Württemberg einen Ausnahme-fall im Rahmen der Aufgaben staatlicher Politik im Kapitalismus darstellt.

Wir teilen eure Ansicht, Späth versucht, die direkten Zugriffsmöglichkeiten der Monopole auf die Entscheidungen der Landesregierung zu verbessern, doch ist dies qualitativ etwas „Neues“?

Wir sehen, daß die von Späth betriebene Politik — Späth ist nicht nur der Laufbursche von Daimler-Benz son-

dern auch Akteur — allerdings auch auf die Zukunftstechnologie setzt — und damit auf Monopole, da diese als einzige in der Lage sind, die notwendigen Entwicklungskosten aufzubringen, aber deshalb ist Daimler-Benz noch immer nicht die Identität von Baden-Württemberg.

Das nationale Kapital ist im Moment dazu gezwungen, seine internationalen Wettbewerbsbedingungen zu verbessern, deshalb findet über verstärkten Konkurrenzkampf eine Konzentration statt, deshalb stellt es auch härtere, konkretere Forderungen an die Regierungen und deshalb bilden sich über verstärkte Konkurrenz neuere Monopole heraus (z.B. Aufkauf von MTU, Dornier, AEG durch Daimler). Diese Monopolbildung soll die Wettbewerbsfähigkeit von Daimler verbessern, soll die Entwicklung von besserem und umfangreicheren Know-how ermöglichen, soll Daimler in direkte Konkurrenz zum größten Automobilkonzern General Motors bringen. Die Entwicklung von Daimler-Benz hat also nationale Bedeutung. Und überhaupt wird von Daimler auch nicht in regionalen Größenordnungen gedacht, wenn man um den Weltmarkt geht.

Zudem bedeutet Monopol-Kapitalismus nicht, daß es nur ein Monopol gibt, sondern es gibt natürlich mehrere Monopole. Auch in Baden-Württemberg wird nach weiterer Konzentration nicht nur ein Monopol und zwar Daimler übrigbleiben. (Ganz davon abgesehen, ob es im Moment überhaupt die konkrete nachweisbare Tendenz zur Monopolbildung in BaWü gibt (Monopolbildung als Endpunkt der Konzentration).

Somit kann Späth nicht nur die Interessen von Daimler-Benz vertreten, sondern er muß auch die Interessen anderer Monopole und Großkonzerne etc. vertreten ... oder sich in Widerspruch zu ihnen begeben (Thomson und Brand z.B.). Nach traditionell-marxistischem Staatsverständnis (Engels) wäre ja auch gerade dies die Aufgabe des Staates (und damit von L. Späth).

2. Wer benötigt aktuell den Faschismus? Hat der Konzern Daimler-Benz ein Interesse an Faschismus?

Da ihr in eurer Argumentation ja sehr gerne zurückgreift auf Auseinandersetzungen aus der Zeit des Faschismus, möchten wir an dieser Stelle auf das Buch von Alfred Sohn-Rethel „Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus“ verweisen. Sohn-Rethel beschreibt die Kontroversen zwischen den beiden Kapitalfraktionen des Brüning-Lagers und der Harzburger Front vor 1933.

Die Zitate aus dem Buch von Sohn-Rethel machen deutlich, welche logischen Fragestellungen sich anschließen müssen z.B.

Welche ökonomischen Kräfte drängen im Moment zum Faschismus? Nach Sohn-Rethel waren es vor 1933 gerade die unproduktive arbeitenden Unternehmen (also die in die Krise geratene „Vergangenheitstechnik“), die zur Rettung ihrer Profite eine Konzentration aller wichtigen Teile des Kapitals verlangten.

— Um zu behaupten, daß Daimler-Benz den Faschismus benötigt, müßte also nachgewiesen werden, daß Daimler-Benz ohne Installation des Faschismus nicht mehr in der Lage ist, genügend Mehrwert zu realisieren und damit nicht mehr wettbewerbsfähig ist (oder wird der Faschismus gebraucht, um die Arbeiterbewegung bei Daimler-Benz zu zerschlagen?).

— Daraus ergibt sich dann, daß die deutschen Konzerne in der Gesamtheit nach dem Faschismus verlangen müßten, damit sie in der Konkurrenz zu den USA und Japan bestehen können. Also: Bundesweite Konzentration aller Kräfte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, oder?

— Oder wird der Faschismus von den Vertretern der Stahlindustrie und der Werften benötigt, damit diese Unternehmen wieder Profite realisieren können — also diese Fraktion im Gegensatz zur Daimler-Großkapital-Fraktion?

— Fragen über Fragen ... aber sie müßten beantwortet werden, denn ohne ökonomischen Zwang, also ohne die ökonomische Notwendigkeit, wird es keine Faschismus geben. Es müßte also analysiert werden, welche Kräfte im Moment für den Faschismus wären und welche nicht (wenn), um dann konkrete Aussagen machen zu können.

3. Natürlich ist es richtig, daß gerade in den letzten Jahren ein verstärkter An-

griff auf die Arbeiterrechte stattgefunden hat. Der Angriff des Kapitals erfolgt auf allen Ebenen (Flexibilisierungs-Programme, Angriff auf § 116 etc.). Aber sind dies alles Tendenzen, die in Richtung Faschismus gehen?

Verfolgt mensch die Argumentation von Späth in seinem Buch zur Gewerkschaftsfrage, so wird ohne weiteres festgestellt, daß er nicht von der Zerschlagung der Gewerkschaften spricht, sondern daß er ihnen nur eine neue Rolle zubilligen will. Die Gewerkschaft soll dann den Arbeitern bei der Aushandlung von individuellen Zeitverträgen etc. beratend zur Seite stehen. Sie sollen sich den Anforderungen der Zeit stellen.

Außerdem wird das Parlament auch nicht abgeschafft, sondern es wird im Späth'schen Sinne „verbessert“. Ideologisch wird damit die parlamentarische Demokratie „verbessert“. Auch die Freiheiten des Einzelnen werden größer etc.

Über den reaktionären Gehalt in Späth's Forderungen brauchen wir nicht zu streiten, auch daß seine Verordnungs-gesellschaft die klare Abspaltung breiter Bevölkerungsteile mit sich bringt ... nur: Seine Argumentation ist nicht faschistisch, sondern bewegt sich klar und deutlich im Sinne der demokratischen „Argumentationsketten“. Somit können wir — nach der Definition dieser Art von Angriff gefragt — diesen Angriff nur als Steigerung der reaktionären Politik bezeichnen, oder: Die Anpassung des Staates und seiner Bewohner unter die geänderten Anforderungen des Kapitals, was heißt: Arbeitsrechte müssen verändert werden, Unterdrückung wird verstärkt, Spaltungen der Klassen werden vorangetrieben.

Späth's Politik ist ausgerichtet auf die Befriedigung der Interessen eines großen Teils der Bevölkerung bei Ausgrenzung eines anderen Teils. Späth muß bei seinen Forderungen mit keinem großen Widerstand rechnen, denn er weiß, wie groß die Verbürgerlichung des „Proletariats“ im Späthkapitalismus schon vorangeschritten ist.

„Der Kapitalismus kann die Produktivität der Arbeit steigern bei gleichzeitiger Abhängigkeit der Bevölkerung. Das Gesetz des kapitalistischen Fortschritts liegt in der Gleichung: technischer Fortschritt = wachsender gesellschaftlicher Reichtum (wachsendes Brutto-sozialprodukt) = wachsende Knechtschaft. Die Ausbeutung rechtfertigt sich damit, daß die Warenwelt und das Angebot an Dienstleistungen sich ständig vermehren — die Opfer gehören zu den laufenden Unkosten, zu den „Unfällen“ auf dem Weg zum guten Leben.“ (Herbert Marcuse, Konterrevolution u. Revolte, S. 10) „Die Konsumsphäre auf dem Weg zum guten Leben“ (Herbert Marcuse, Konterrevolution u. Revolte, S. 10). „Die Konsumsphäre ist eine Dimension des gesellschaftlichen Seins der Menschen und bestimmt als solche sein Bewußtsein, das wiederum der Faktor ist, der sein Verhalten und seine Einstellung zur Arbeit wie zur Freizeit prägt.“ (S. 13). „Die Konsumgesellschaft ist die Form, in der der staatsmonopolistische Kapitalismus sich in seinem fortgeschrittenen Stadium reproduziert. Und in eben diesem Stadium erfolgt die Reorganisation der Unterdrückung; die „bürgerlich-demokratische Phase“ des Kapitalismus endet in einer neuen konterrevolutionären Phase.“ (S. 32).

„Entscheidend ist, ob die gegenwärtige Phase (präventiver) Konterrevolution nicht einer späteren faschistischen Phase den Boden bereitet.“ (S. 33).

Dieser letzten Fragestellung von Marcuse können wir uns anschließen. Mit der Analyse auf die konkreten Veränderungen — den Faschismus im Auge behaltend — eine realistische Gegenstrategie entwickeln und nicht Konfirmierung von Faschismus reden.

Späth's Modell entspricht den Anforderungen des Kapitals und es kann auf die ideologische Vorbereitung und a.T. Akzeptanz der Arbeiter und Angestellten bauen. Späth wird die Gewerkschaften nicht vernichten, er wird sie über Sozialpartnerschaft anderweitig einsetzen, er wird mit seinem Hauptgedanken die monopolkapitalistische Politik verstärken mit dem Argument „volkswirtschaftlich notwendig, damit es uns allen besser geht“ voranbringen und mit brutalen Repressionsmaßnahmen gegen alle vorgehen, die nicht bereit sind, den Angriffen des Kapitals ohne Widerstand zu weichen.

Späth's Modell entspricht den Anforderungen des Kapitals und es kann auf die ideologische Vorbereitung und a.T. Akzeptanz der Arbeiter und Angestellten bauen. Späth wird die Gewerkschaften nicht vernichten, er wird sie über Sozialpartnerschaft anderweitig einsetzen, er wird mit seinem Hauptgedanken die monopolkapitalistische Politik verstärken mit dem Argument „volkswirtschaftlich notwendig, damit es uns allen besser geht“ voranbringen und mit brutalen Repressionsmaßnahmen gegen alle vorgehen, die nicht bereit sind, den Angriffen des Kapitals ohne Widerstand zu weichen.

Vier autonome Genossinnen/Genossen aus Freiburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

Vorkehrungen zu schaffen. Wie sehr die Kommission dieses Verfassungsgebot vernachlässigt, sieht man gerade auch am datenschutzrechtlichen Aspekt. Ob Verfassungsschutz, Polizei, Staatsanwaltschaft oder Strafvollzug: alle sammeln und speichern in großem Umfang Informationen über Bürger aus durchaus unterschiedlichen Gründen für durchaus unterschiedliche Zwecke. Faßt man diese Bereiche unter dem Dach eines Supersicherheitsministeriums zusammen, wäre zu befürchten, daß sich die jetzt schon erkennbare Tendenz verstärkt, intensiver als bisher Querverbindungen herzustellen und die Daten des einen Bereichs auch für den eines anderen zu nutzen. Man muß deshalb kein Prophet sein, um vorzusagen, daß im Fall eines Ministeriums für Inneres und Justiz auch die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaft in der Datenverarbeitung auf eine Art und Weise intensiviert würde, wie sie niemand wünschen kann.“

Kommandozentrale „1984“

Nur finanzielle Gründe verhinderten bisher, daß der Vorschlag zum Bau eines „Regerungszentrum Baden-Württemberg“ verwirklicht wurde. Eine „Erhöhung der Entscheidungskraft und Verwaltungseffizienz“ wolle die Kommission in der gemeinsamen Unterbringung aller Ministerien in einem einheitlichen Gebäude „Die direkten Kontakte und Kommunikationsmöglichkeiten für den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß sind finanziell gar nicht abschätzbar“, meint die Kommission und nennt folgende Vorteile, die hier einmal ausführlich zitiert werden sollen.

— Für die Kabinettsarbeit. Der Ministerpräsident und die Minister können werden sollen.

— Für die Kabinettsarbeit. Der Ministerpräsident und die Minister können sich in der täglichen Arbeit optimal abstimmen und so leichter für eine einheitliche Regierungspolitik sorgen. Konflikte der Ressorts können im Dialog der Minister gelöst werden und beschäftigen damit nicht mehr zwangsläufig das gesamte Kabinett. Der Minister kann sich deshalb auf die politischen Grundsatzfragen konzentrieren.

— Für die Ministerialarbeit. Die Mitarbeiter können räumlich konzentriert von der Amtsleitung besser geführt werden. Es gibt keine externen Abteilungen mit ihren offenkundigen Nachteilen. Entscheidend für die Zusammenfassung aller Ministerien ist aber, daß jederzeit Querkontakte zwischen den einzelnen Ressorts möglich sind, und zwar auf jeder Führungs- und Arbeitsebene (...). Die Papier- und Mitzeichnungsflut wird durch Besprechungen eingedämmt, die Verfahrensdauer deshalb erheblich gekürzt.

— Für die Einführung moderner Kommunikationstechnologie. Das neue Haus der Landesregierung kann mit vorbildlicher Büroautomation und Datenverarbeitung dem Land einen Voranruf auf diesem Gebiet verschaffen. In einem solchen Neubau ist der Aufbau eines internen, ressortübergreifenden Kommunikationsnetzes sehr viel einfacher und billiger möglich als zwischen verstreut liegenden alten Gebäuden, die dafür nicht ausgerüstet sind. (2)

Big Brother und Little Brother

Nicht umsonst wird hier stets mit der Erhöhung der Effektivität und der Sicherung des technischen Fortschritts argumentiert, denn die Nennung dieser Ziele begeistert die Experten für Sachzwänge. Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich, daß der Ministerpräsident darüber nachdenken läßt, wie wir zu einer größeren Effektivität in der Exekutive dieses Landes kommen können. Wir stellen als SPD mit Befriedigung fest, daß diese Kommission eine Reihe von Vorschlägen gemacht hat, die alten Forderungen der SPD entsprechen“ (SPD-Fraktionschef Lang in der Landtagsdebatte zu dem Kommissionsbericht).

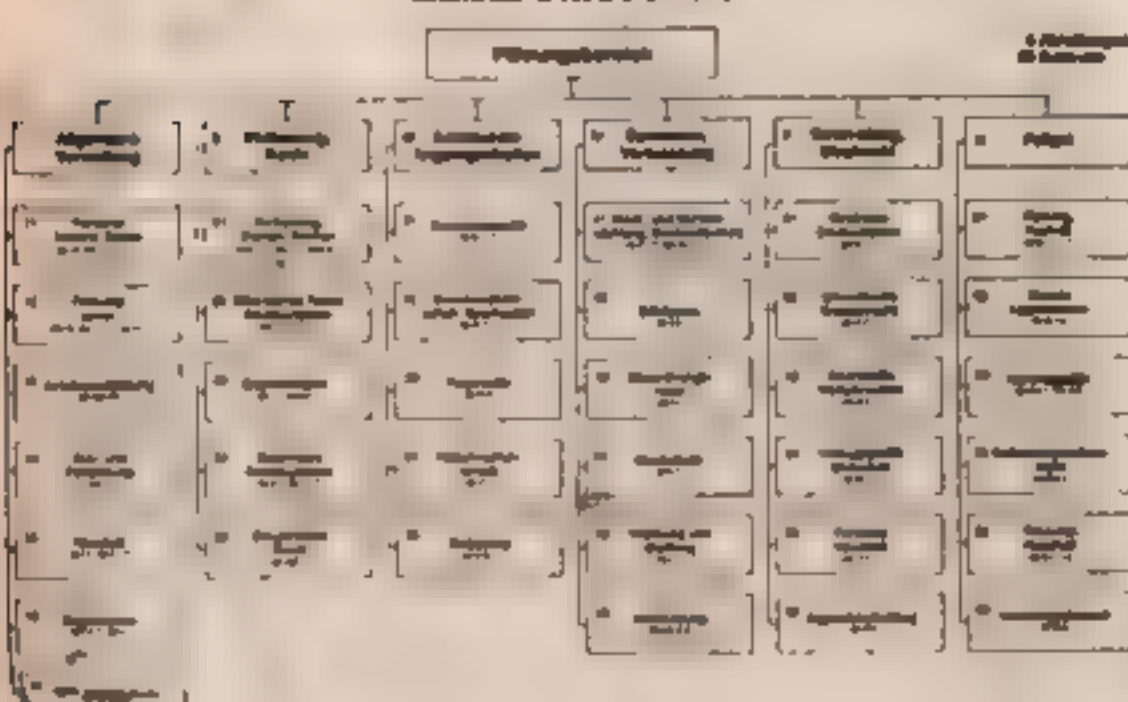
Balser, Stuttgart

Balser, Stuttgart

Literatur:

1. Sechster Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz, Aug. 14.86. Druckache 8/2540
2. Bericht der Kommission Neue Führungsstruktur Baden-Württemberg, Band 1, Leitbilder und Vorschläge, Juli 1986

Ministerium für Justiz und Inneres



Journalisten sind häufig faul und neigen zu übermäßigem Alkoholkonsum. Wahlabend gerät für die schreibende Zunft nicht selten zur Leber-Party. Dieses Phänomen war der kommentierenden Wahleinschätzung nicht immer dienlich. In einer Reihe bekannter Redaktionen zwischen Hamburg, München und Berlin/DDR ist man daher diesmal dazu übergegangen, die Kommentare zum Ergebnis der Bundestagswahl bereits am Neujahrsabend in aller Nüchternheit zu Papier zu bringen. Auf nicht näher zu beschreibenden Wegen gelang unserem Sonderkorrespondenten Gerd Eggeling der Zugang zu einigen der Manuskrifte. Der ARBEITERKAMPF veröffentlicht sie als Vorabdruck.



Tier 128
von Theo Sommer

Helmuth Kohl ist es gelungen, sich aus den fallstricken politischer Vorwürfe freizuschwimmen. Er ließ sich auch vom gewichtigen bayerischen Ministerpräsidenten keine überflüssigen Steine ins Marischgepäck legen. Der moralische Schwung, mit dem Bruder Johannes die SPD aus dem Sumpf der Selbstzerfleischung ziehen wollte, war bereits lange vor dem Wahltag vertraut. Die Profilhaftigkeit des SPD-Kandidaten war es denn wohl auch, die es den schillernden Turnschuhpolitikern der Grünen ermöglichte, abermals in Bonner Bundeshaus zu regeln. Hans-Dietrich Genscher hat bewiesen, daß sich die Liberalen in der Außen- und Sicherheitspolitik trotz der Gegenrichtung aus München auf dem Podest der Koalition halten können. Ob Helmut Kohls Versicherung, der Aufschwung gehe weiter, auch auf dem Arbeitsmarkt durchschlägt, erscheint zweifelhaft. Die Wirtschaft mag motiviert sein, die Konjunktur jedoch blühe auf wackeligem Boden und die Gewerkschaften schweigen bei Themen wie Flexibilität noch murrend im Abseits.

BILD

Helmuth Kohl bleibt Kanzler. Der Aufschwung geht weiter. Es soll noch mehr Arbeitsplätze und mehr Umweltschutz geben, sagt der Kanzler und Umweltminister Wismann. Unsere äußere Sicherheit wird nicht durch rot-grüne Experimente gefährdet. Es wird aus sicherer Position mit dem Osten verhandelt. Der Glückwunsch des amerikanischen Präsidenten zeigt, wir sind mit starken Freunden auf dem richtigen Weg.

Bayernkurier
von Wilfried Schernagl

Die Koalition der Mitte ist vom Wahler bestätigt worden. Der Wahler hat sozialistischen Experimenten, rot-grünen Parolen und den Helfersbühnen manipulierenden Politikrhetorik eine kräftige Abfuhr erteilt. Die Träume sozialdemokratischer Funktionäre, sie könnten, gestützt von grünen Linksradikeles, die Bundesrepublik in sozialistisches Fahrwasser führen, sind gescheitert. Ohne den kraftvollen Einsatz der CSU, die sich in diesem Wahlkampf erneut als Kampfgenossenschaft bewährt hat, wäre der Erfolg der Unionsparteien in dieser eindrucksvollen Stärke nicht erreicht worden. So ist es nur verständlich, daß namhafte Parlamentarier vorschlagen, die Bundesregierung durch die Berufung des Vorsitzenden der CSU ins Kabinett zu stärken. Daß aus den Reihen der FDP dazu bereits unqualifizierte Äußerungen zu hören sind, kann nicht überraschen. Hans-Dietrich Genscher fühlt sich offensichtlich nach wie vor der verbliebenen liberal-sozialistischen Koalition mehr verbunden, als dem Bemühen um eine Wende in der Innen-, Rechts- und Sicherheitspolitik. Genschers Ouzpolitik liegt in ihrem kampfphatischen Bemühen, den kommunistischen Diktaturen „Kontinuität“ zu signalisieren, nicht weit entfernt von Egon Bahr'schem Konzept des Schlafwandels durch Anbiederung. Auch scheint es äußerst zweifelhaft, ob Wahlen, die der FDP vor allem aus wirtschaftspolitischen Motiven ihre Stimme gaben, auf Dauer einen falschverwanderten Liberalismus andeuten wollen, der im Häufchen von Gewerkschaften und Terroristen besteht.

Aus den Redaktionsschubladen gefischt

Pressestimmen zum Wahlausgang

Ein Alarmsignal ist das Abschneiden der Grünen. Damit ist erneut eine Fraktion von Politchaoten, Neutralismusräumern und utopischen Phantasien im Bundestag. Auch von Seiten der Union wurde die Auseinandersetzung mit dieser linksradikalen Gruppierung, die der Vorsitzende der CSU treffend als trojanische Sowjetkavallerie charakterisierte, nicht immer mit der gebotenen Schärfe geführt. Angesichts der Vorliebe der noch allzu oft als „Umwertpartei“ verhandelten grünen Extremisten für gewalttätige „Demonstrationen“ und amerikanischen Parolen war es menschlich verständlich, daß Pankows heiserer Statthalter, der DKP-Boss Herbert Mies, seiner Gefolgschaft die Summaabgabe für die Grünen befahl.

FAZ
von Michael Stürmer

Der Jubel im Konrad-Adenauer Haus war verständlich. In eindrucksvoller Weise hat der Wahler die Politik der christlich-liberalen Koalition bestätigt. Die CDU/CSU stand einem aerfassem Lager politischer Gegner gegenüber. Selten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren die Sozialdemokraten so uneins über ihr politisches Wollen. Die Wunschvorstellung von einer eigenen Mehrheit für die SPD hatte zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte Chance der Realisierung. Die Zeiten der sozialliberalen Koalition sind widerbringlich dahin, und die Neigung sozialdemokratischer Funktionäre zu rot-grünen Pakten verspricht zum Leidwesen der Neomarxisten Wahler gerade dort, wo sie ihre „Mazzenbaas“ gerne hätten — bei den Arbeitnehmern.

Die FDP ist als Partner in der Koalition bestätigt worden. Sie wäre jedoch gut beraten, die ihr vorwiegend durch Wechselwähler zuziel gewordene Gunst nicht als Blankoscheck für das Scharren auf einigen fragwürdigen Positionen in der Innen- und Außenpolitik zu betrachten. Die Frage beispielsweise, ob eine forcierte Abstinenz bei Waffenexporten angesichts ungeheurer Waffenströme aus dem sowjetischen Imperium in Krisenregionen Lateinamerika und Afrika im deutschen Interesse liegen kann, bedarf der ernsthafte Erörterung.

Daß eine Politik des global orientierten Engagements, die der historischen Konfrontation zwischen den Demokratien und dem leninistischen Totalitarismus nicht ausweicht, auch Risiken in sich birgt, ist unbestritten. Über vier Jahrzehnte nach Kriegsende bieten sich jedoch bei einer zunehmend nüchternen Betrachtung der jüngeren deutschen Geschichte die Chance, die Deutschen wieder als Subjekt in die Weltpolitik einzufügen zu lassen. Zu den zahlreichen Fragen, die in diesem Zusammenhang offen bleiben müssen, gehört vor allem eine: die deutsche Frage.

Frankfurter Rundschau
von Roderich Reitenrath

Die Niederlage der Sozialdemokraten ist nicht nur eine Schlappe für Johannes Rau. Schärfer denn je zeigt sich in ihr das Dilemma

der SPD, die durch Wechselwähler von rechts und links gebeutelt wurde. Der sozialdemokratische Tanker hat Manövriere Schwierigkeiten zwischen dem konservativen Block und den Grünen, deren Attraktivität vor allem bei jungen Wählern ungebrochen ist. Gegenüber den Kräften von der SPD, die sich für eine Kooperation mit den Grünen aussprechen, hatten sich mit Rau die Befürworter einer strikten Ausgrenzungstrategie durchgesetzt. Diese Haltung wird den Engpaß der SPD nicht beheben können. Ob es den Grünen in den kommenden vier Jahren gelingt, ihre Politikfähigkeit unter Beweis zu stellen, bleibt abzuwarten. Eine von Berührungslängsten freie SPD könnte den Prozeß der Parlamentarisierung der Grünen fördern und damit langfristig neue Möglichkeiten für eine Mehrheitfähigkeit sozialdemokratischer Politik schaffen. Den Grünen müßten dabei noch heftige Auseinandersetzungen mit den Fundamentalisten in den eigenen Reihen bevor, ehe sie zum akzeptierten Partner der SPD werden könnten. Die Sozialdemokraten werden sich mit der Hoffnung auf ein allmähliches Regenerieren in der Opposition nicht begnügen können. Außer den Konturen eines neuen Programms müssen sie ihr Verhältnis zu den Grünen klären.

taz
von Max Thomas Mehr

taz
von Max Thomas Mehr

Das „pflanzliche Gesamtwerk“, wie es Joschka Fischer einmal nannte, bleibt Kanzler. Die CDU/CSU konnte sich als wirtschaftspolitischer Hoffnungsträger be-

haupten und Themen wie Arbeitslosigkeit und neue Armut erfolgreich an den Rand drängen. Linke Wählerbeschimpfung sollte jetzt nicht die Antwort sein. Sozialdemokraten und Grüne wären gut beraten, auf der Oppositionsbank über praktikable wirtschaftspolitische Vorstellungen nachzudenken. Wenn die Grünen realpolitisches Profil ausprägen wollen, müssen sie auch das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ernst nehmen, das nicht durch einfach „weg mit“ Parolen zu befriedigen ist. Der SPD gelang es nicht, ein neues ökologisches und friedensbewusstes Profil zu gewinnen. Ein blockübergreifender Denkanstoß, der die Unterdrückung der Menschenrechte in Osteuropa nicht wie die traditionelle SPD-Ouzpolitik ausblendet, ist Verfechtung der Jalta-Ordnung wie Brandt und Bahr ohnehin fremd. Die Wengung der Sozialdemokraten, stärker auf den realpolitischen Hügel der Grünen zuzugehen, hat zu dem schlechten Ergebnis der SPD fraglos beigetragen. Der Erfolg der Grünen aber hätte noch deutlicher ausfallen können, wenn nicht traditionssozialistische Ebermänner mit Klassenkämpferischen Parolen aus verstaubten K-Gruppen-Zeiten potentielle grüne Wähler dort verprellt hätten, wo für die Grünen ein großes Reservoir ist — bei den wertkonservativen Mittelschichten.

Arbeiterkampf

Es war nicht anders zu erwarten. Das Volk,

Arbeiterkampf

Es war nicht anders zu erwarten. Das Volk, dem die NATO lieb und teuer ist und das sich in seiner Mehrheit von Russen und Asylantern mit durch US-Atomraketen ernüchelt bedroht sieht, hat den Kanzler gewählt, den es verdient. Kein Skandal, keine



Lüge und kein deftiger Vergleich von Gorbatschow und Goebbels durch Kohl reichen aus, um die Mehrheit zu erreichen, auf die sozialdemokratische Strategen und grüne Realos mit zumindest einem Auge geschaut hatten. „Aufschwung“ für den BRD-Imperialismus an der Seite seines amerikanischen Onkels war angesagt. Da nutzte „Bruder Johannes“ weder ein pastoraler Tonfall noch die Aushandlung der asylanterisierten Zone Mitteleuropa. Auch alle Treuschwüre zur NATO waren für die Kanzler. Die Zeiten des sozialdemokratischen „Moskai Deutschland“ sind auf any Sicht vorbei. „Weiter so Deutschland“, lautet die Parole. Mehr Bullen und mehr Bomben, noch mehr Ausbeutung der Dritten Welt, noch mehr Waffen für reaktionäre und rassistische Regimes. Daß die Grünen tatsächlich bereit gewesen wären, provokativ so polarisierend in den Wahlkampf einzugreifen, war nicht einmal in Hamburg zu erkennen. Die Wahl der Grünen war diesmal politisch so ergiebig wie das Füttern eines Hamsters im Laufrad, wobei man dem Hamster immerhin zu Gute halten muß, daß er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten ernsthaft um ein Vorabkommen bemüht. Bei dieser Wahl blieb die rote Karte zahlreicher Linker für die Grünen noch aus. Die grüne Partei sollte sich nicht sicher sein, daß dies so bleibt. Das abschbare mickrige Abschneiden der Friedensliste und der Avantgarde der Arbeiterklasse von BKK bis MLPD bestätigen die in dieser Zeitung schon unger vorgebrachten Warnungen vor unruhigen Wahlbesuchern, die nur auf eine Verschwendung von Finanzen und personellen Kräften hinauslaufen.

UZ
von Georg Polkeil

Mit nationalistischer und sozialer Demagogie ist es den Rechtskräften gelungen, eine Wahlmehrheit für CDU/CSU und FDP zu gewinnen. Doch die Bäurke der Rechtskoalition werden nicht in den Himmel wachsen. Die Arbeiter- und Friedensbewegung bleibt ein nicht zu überschender Faktor im politischen Leben unseres Landes. Im Bundestagswahlkampf zeigte sich die Richtigkeit der Orientierung des Parteivorstandes der DKP auf die Abgabe der Erststimme für die Friedensliste und der Zweitstimme für SPD oder Grüne, um ein politisches Klima gegen Rechts zu schaffen. Leider hat es die SPD veräumt, gemeinsam mit den Grünen dafür zu kämpfen, der Wende ein Ende zu bereiten. Doch auch bei den Grünen waren Töne unüberhörbar, die mehr auf eigene Stimmengewinne als auf ein gemeinsames Ziel der Linken abzielten. Unsere Landeszielen „Nicht zufriedenerden kann das Ergebnis der Friedensliste. Der Antikommunismus und die undemokratische Fußprobenbehörde haben maßgeblich dazu beigetragen, daß die breite Zustimmung zu den Zielen der Friedensliste sich nur unzureichend in Wahlresultaten niederschlug. Mächtig denn je ist heute der außerparlamentarische Kampf der Gewerkschaften und der Friedensbewegung, die Aktionsfähigkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, das Zusammengehen von Christen, Liberalen, Grünen und Sozialisten gegen die Pläne der Rechtskräfte. Notwendig ist vor allem auch die weitere Stärkung der DKP und die Gewinnung neuer Leser für die einzige Zeitung, die den arbeitenden Menschen gehört, die UZ.

die einzige Zeitung, die den arbeitenden Menschen gehört, die UZ.

Ein Blick in die ausländische Presse

Neues Deutschland

Nach dem Wahler der Regierungskoalition fragen sich politische Beobachter in Bonn, welchen Kurs die Bundesregierung der BRD künftig steuern wird. Im Wahlkampf waren feindselige Tiraden gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion unüberhörbar. Es wurden Behauptungen deutlich, der „Stahlhelmfraktion“ militanter Entspannungsgegner nach dem Munde zu reden. Klar erkennbar waren Versuche, sich der Konfrontationslinie aggressiver Kreise in den USA anzupassen. Gleichzeitig waren aus den Reihen des Bundeskabinetts auch Töne der Vernunft zu vernehmen, die auf die Notwendigkeit eines von Sachlichkeit und gutnachbarlichen Beziehungen geprägten Klimas in Europa hinwiesen. Der Bundeskanzler der BRD und sein Kabinett werden entscheiden müssen, ob sie die Versäße mit der DDR und den anderen sozialistischen Staaten als Grundlage zum Aufbau guter nachbarschaftlicher Beziehungen nutzen wollen. Der Bundeskanzler wird die Frage beantworten müssen, ob er nach wie vor zu der am 12. März 1985 gemeinsam mit dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, unterzeichneten Erklärung über die Unverletzlichkeit der Grenzen steht, oder sich den abenteuerlichen Ambitionen einiger auf Konfrontation zielender Kreise beugen wird. Die DDR wird nach wie vor alles tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht und durch eine Koalition der Vernunft gutnachbarliche Verhältnisse zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gefördert werden.

SPD Den Besten für Deutschland: Johannes Wimmer



DS pro GRÜNE * VSP pro SPD und GRÜNE

„Die Rechten sind nur zu schlagen, wenn sich SPD, Grüne und die übrige Linke darüber im Klaren sind: Hier stehen zwei gesellschaftliche Lager zur Wahl“, so hatte die Redaktion der SoZ, Zeitung der aus ehemals GIM und KPD/ML neugegründeten „Ver-einigten Sozialistischen Partei“ (VSP), eine Konsequenz aus dem Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl formuliert (SoZ 2, 20.11.86). Zu nicht befürchteten die SoZler einen konservativen Wahlsieg bei den Bundestagswahlen und konstatierten, daß die Chancen für die Ablösung Kohls schlecht stünden, eine Regierungsalternative sei nicht in Sicht. Ja, ja, doch erhalten blieb die Resthoffnung, durch „entschlossene Mobilisierung für die gewerkschaftlichen und politischen Fortschrittlichen Forderungen“ dem „Wendelager“ doch noch eine Niederlage zu bereiten.

VSP: „SPD, Grüne und die übrige Linke“

Zwei gesellschaftliche Lager? Das mochten nicht alle in der VSP so sehen. Dabei liegt diese Sichtweise durchaus in der Konsequenz ihrer Bundestagswahlklärung, verabschiedet bei der Gründung. Die vermeintlich eine Wahlaussage und formulierte allein „Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung!“ Das ließ — der GIM sei dank (?) — offen, SPD oder Grüne zu wählen, nichts anderes heiße „zu deutsch“ diese Parole, meinte einer der Protokollleserbriefe in der SoZ Nr. 4/5 vom 18.12.86. Hier artikuliert sich Widerspruch zu der redaktionellen Präzisierung der Wahlaussage: „In einer sozialistischen Zeitung sollte es nicht nötig sein, die Leser zu langweilen mit unseren Erfahrungen mit der SPD“ meinte bisag die OG Karlsruhe der VSP. Und tat es per Aufzählung dann doch, da die Redaktion dies offensichtlich anders sehe. Das Abwägen von Kritik an der Perspektivlosigkeit der SPD und ihrer Beförderung in „unser gesellschaftliches Lager“ hat nach Karlsruher Meinung lauter nur eine Konsequenz: „Hauptsache man wählt das alibekannte kleinere Übel“. Die OG Karlsruhe war auf dem Vereinigungsparteitag übrigens mit ihrem lapidaren Antrag unterlegen, sich explizit gegen die Wahl von SPD und Grünen auszusprechen.

„DKP, ich hör dir trabben“, schreibt Peter aus Hamburg (die DKP hat neben der Erststimme für die „Friedensliste“ mit der Zweitstimme zur Wahl von SPD oder Grünen aufgerufen), der im übrigen der Meinung ist, daß die SPD selber „sich schon lange im Klaren (ist), in welchem gesellschaftlichen Lager sie steht“. „Wählt grün, aber führt eure Kämpfe selber“, dieses Motto wünscht sich die Mitgliederversammlung Weser-Ems der VSP. „Eine Empfehlung zur Wahl der Grünen als Oppositions- und Protestpartei (kann) den Bruch mit der SPD erleichtern“ begründen sie ihre Ablehnung des gültigen VSP-Aufrufs, der „bestenfalls ein „Nichts“, einfach überhaupt keine Taktik, keine konkrete Politik (ist). Schlimmstenfalls ist er jedoch Anbiederung an die Anhänger der SPD und an die SPD selbst, und wenn nach den Hamburger Erfahrungen keine Änderung eintritt: bedingungslose Anbiederung an die SPD.“

„Das zur Wende oppositionelle Lager“ SoZ-Redakteur Horst Dieter Koch (früher KPD) hat es für die Redaktion übernommen, deren Position zu verteidigen. Offenkundig in Sorge, allzu sehr in DKP-Nähe zu geraten, die die SPD explizit im Lager der zu wählenden „Linkskräfte“ ansiedelt, wehrt er „Scheingefechte“ um den Begriff „links“ ab: „Die Formulierung „übrige Linke“, womit die SPD in die „Linke“ einbezogen wäre, ist nach meinem Verständnis nur insofern gerechtfertigt, als im allgemeinen Sprachgebrauch der Begriff „links“ immer relativ ist.“ Peinlich, peinlich, also ein Austrittsrecht? „Die Unterstellung, daß mit dieser Formulierung SPD, Grüne, VSP u. a. zu einer politischen Ecke zusammengefaßt werden sollen, scheint mir reichlich unhaltbar zu sein.“ Das ist eigentlich keine klare Absage, kann auch nicht, da mit anderen Formulierungen dieselbe These wiederholt wird, indem jetzt von „dem Lager der Wende einerseits und dem zur Wende oppositionellen Lager andererseits“ die Rede ist. Zwar spiele die SPD „eine die

Bewegung eher hemmende, keine die Linksentwicklung dieser Bewegung stärke“ Rolle, im Gegenteil, „aber läßt sich wirklich behaupten, daß SPD „eigentlich“ nicht zum gegenüber der Wende oppositionellen Lager gehört?“ fragt Koch rhetorisch, um aus dem selbstaufgebauten Nichtwahlargument ein Wahlargument für die SPD zu konstruieren. Nein, meint er natürlich, man kann nicht sagen, denn sonst käme man nur zu der Auffassung, bei dieser Wahl günden die Grünen und die „übrige Linke“ gegen den bürgerlichen Rest. Das aber darf nicht sein, da sonst der einmal beschlossene Wahlauftritt und seine „hauptsächliche politische Differenzierung“ (eigentlich müßte es heißen „Undifferenzierung“) „keinen politischen Sinn“ mache. Macht er ja auch nicht, so lange man eine solchen Eiertanz um seine wirkliche Konsequenz macht, nämlich die SPD doch noch als für Sozialisten

der Person Rau etwas zu viel zutraut. Selbstverständlich bestimmt aber die Partei SPD über die mögliche gesellschaftliche Polarisierung bei Wahlen mit. Mit der Entscheidung für Rau und für die Parole „Versöhnen statt Spalten“ hat sie sich bewußt für das Gegenteil von inhaltlicher gesellschaftlicher Polarisierung entschieden. Dem steht kein sozialdemokratischer Basisdruck entgegen. Um so fragwürdiger ein kaum verdeckter Wahlauftritt von „Revolutionären Sozialisten“ für die SPD, der wiederum seine Wurzeln nicht in der Taktik hat, wie Koch behauptet, sondern in der Strategie aus dem Lager der Vierten Internationale. Wäre das nicht der Fall, dann könnte die VSP das Kapitel SPD relativ schnell abhaken, würde sie sich an die politischen Gegebenheiten halten, und könnte kräftig über Sinn und Unsinn eines Wahlauftritts für die Grünen streiten.

DS: „Die Grünen so stark wie möglich machen“

Wesentlich weniger schwer tun sich damit die „Demokratischen Sozialisten“ (DS). Der Bundesausschuß der DS hat am 6. Dezember einen Aufruf „Für eine Mehrheit SPD/Grüne im Bundestag“ für eine kritische Wahlunterstützung der Grünen! verabschiedet. In diesem Aufruf warnen die DS davor zu bezweifeln, daß eine konservative Mehrheit nicht auch weiterhin ihren Worten Taten folgen lassen werde und ihre mögliche Mehrheit „zur Fortsetzung und „Vollendung“ dieser Politik der „Wende“ benutzen wird“. Wer diese Wahl im voraus verloren gebe, „scheint zu vergessen oder zu verdrängen, daß (sie) möglicherweise eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik darstellen wird“. In fünf zentralen

Punkten nicht der Aufruf eine andere Mehrheit: Raketenstationierung, AKW-Ausstieg, § 116, Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. „Eine Mehrheit auf dieser Grundlage wäre sowohl in Übereinstimmung mit der Beschlußlage der SPD von Nürnberg als auch mit dem, was die Grünen an „Minimalforderungen“ unterstützen könnten.“ Doch anders als die VSP kommen sie zu dem Ergebnis, daß die Chancen für eine solche gegen die Konservativen gerichtete Konstellation gering sind. „Die Möglichkeiten, am Wahltag mit dem Stimmzettel noch auf diese politische Konstellation Einfluß zu nehmen, sind gering.“ Die Gründe dafür werden als „Niederlagenpolitik“ der SPD benannt: Die Rau-Linie der SPD, diejenigen in den Gewerkschaften, die über Arrangements mit der Kohl-Regierung spekulieren und sich mit der Behandlung des Falles Neue Heimat selbst das Wasser abgraben.

Ohne sich als Sozialisten mit den Grünen zu identifizieren, sehen die DS als „einzige Möglichkeit der Einflußnahme mit dem Stimmzettel, die Grünen im Bundestag so stark wie möglich zu machen.“ Neben der minimalen Chance auf rechnerisch rot-grün heben sie dabei hervor: „Je stärker die Grünen werden in Relation zum Ergebnis der SPD, um so größer wird der Druck auf diese Partei. Die Grünen sind zur Zeit die fortschrittlichste Kraft im Bundestag.“ Daher rufen die DS auf, mit der Zweitstimme die Grünen zu wählen, mit der Erststimme Grüne oder „Friedensliste“, in Ausnahmefällen auch linkssozialdemokratische SPD-Kandidaten, die in Gegnerschaft zur Rau-Linie stehen (Zitate aus: „linke zeitung korrespondenz“ 2, 16.12.86).

Die Erststimme für die „Friedensliste“, die Zweitstimme für die Grünen

fordert als Minderheitsvotum des DS-Bundesausschuß Hartmut Ritzheimer in der selben Zeitung. Der Unterschied besteht einerseits in einer stärkeren Betonung der Rolle der „Friedensliste“. Die Stimmabgabe für für sie soll „konsequente Demonstration für die Zusammenarbeit aller linken und fortschrittlichen Kräfte“ sein, als „Zeichen für eine neue Politik“. Andererseits steht das Minderheitsvotum in der Einschätzung der VSP-Position näher, wenn es ebenfalls von der Polarisierung ausgeht, die „nicht dem Willen und teilweise den Interessen der SPD entspricht.“ Dennoch „steht sie sich — gemeinsam mit Grünen und Gewerkschaften — in das Lager der lohnabhängigen und unterdrückten Klasse gestellt, die ein objektives Interesse an einer neuen Regierung, an einem Ende der konservativen Wende hat“.

In einem weiteren DS-Beitrag nimmt Dieter Storck gegen die Kandidatur der „Friedensliste“ und deren Wahlauftritt, Zweitstimme für SPD oder Grüne Stellung. Prinzipiell, so Storck, können „ohne die SPD auf absehbare Zeit keine anderen Mehrheitsverhältnisse in Bonn erreicht werden ... Aktuell ist diese Begründung aber grundfalsch“, daher auch eine Gleichsetzung der Stimmabgabe für SPD und Grüne. „Wahlen finden immer in einer konkreten politischen Situation statt, zu der man sich dann auch konkret verhalten muß. Hinweise auf quasi historische Funktionen bestimmter Parteien ... führen da auf den falschen Weg.“ Sein Fazit: „Die Kandidatur der Friedensliste für die Erststimme ist nicht schädlich, weil sie keinen Einfluß auf den Wahlausgang hat. Aber besondere Gründe, sich für die Friedensliste zu engagieren, sehe ich bei der Bundestagswahl '87 nicht.“

hr.



Es gibt keinen Grund, SPD zu wählen

Manfred Coppik zur Bundestagswahl

Die SPD trudeht von Niederlage zu Niederlage und weiß nicht, was sie am 25. Januar 1987 nun wirklich ernsthaft will. Johannes Rau predigt zwar immer noch die absolute Mehrheit. Oeglaubt wird ihm das aber nur noch und allenfalls auf internen Parteiveransammlungen, wenn er mit seiner eigentlich eher peinlichen Willy-Brandt-Tonfall-Imitation sich und andere besoffen geredet hat. Verlassen die Gläubigen dann die Versammlungskirche und ist der Rausch des politischen Meßweins vorbei, dann tritt wieder das ein, was derzeit das Bild der SPD bestimmt: eine totale Demobilisierung, weil es an einer realistischen Perspektive mangelt.

Niemand, der ein Ende der CDU/FDP-Regierung in Bonn will, kann sich über diesen Zustand der SPD freuen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die SPD selbst jemals das Ende der gegenwärtigen Regierung bei der kommenden Bundestagswahl gewollt hat. Da unrealistische Wahlziel der absoluten Mehrheit und die Ablehnung einer Kooperation mit den Grünen sprechen deutlich dagegen. Es ging wohl mehr darum, linkssozialdemokratische Wähler von den Grünen zurückzuholen, „weil mit denen sowieso nichts läuft“. Man hoffte wohl, auf diese Weise nach NRW-Muster die Grünen unter die 5 Prozent zu bekommen und damit bundesweit langfristig die SPD wieder mal zur einzigen als kleineres Übel für jedermann wählbaren Oppositionspartei zu machen. Dieser Schuß gegen die Grünen ging für die SPD nach hinten los. Gerade kritische ehemalige SPD-Wähler entscheiden sich in Anbetracht der von diesen Wählern erkannten Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Grünen nunmehr direkt für die Grünen. Da nennenswerte Zugewinne von der CDU auch nicht zu erwarten sind, reduziert sich die Wählerschaft der SPD zunehmend auf den Kreis der genetischen Stammwähler, für die seit Generationen die SPD-Wahl genauso selbstverständlich ist wie in anderen Familien der sonntägliche Kirchgang.

Für welche politischen Kräfte sollte es auch einen Grund geben, die SPD zu unterstützen? Die Reaktionen und Konservativen fühlen sich bei der derzeitigen Regierung gut aufgehoben. Ihr System funktioniert im Interesse des Kapitals. Man braucht derzeit keine Regierungs-SPD, die z.B. die Gewerk-

schaften befriedet. Die befrieden sich selbst. Das Kapital braucht jetzt auch keine Versöhnung mit dem Prediger Rau. Derzeit wird nicht versöhnt, sondern Kasse gemacht. Die SPD mit ihrer Versöhnung, der „Solidarpakt“ und ihrem offenbar ungebrochenen Wunsch nach Reformen in der Umarmung mit den Kräften des Kapitals ist für diese Kräfte heute weder nützlich noch ein Gegner, sondern schlicht überflüssig.

Manfred Coppik verließ als Bundestagsabgeordneter unter der Schmidt-Regierung 1982 zusammen mit Karl-Heinz Hansen die SPD und gründete die „Demokratischen Sozialisten“. Im August 1985 verabschiedete er sich von den DS, die er als gescheitert betrachtete, als Freund. „Heimlich, still und leise“ ist er, wie die „Grüne Illustrierte Niedersachsen“ (Nr. 12/86) schreibt, bereits im Februar 1986 Mitglied der Grünen in Offenbach geworden. Den nebenstehenden Beitrag von Manfred Coppik haben wir der „linke zeitung korrespondenz“, herausgegeben von den DS, entnommen (Nr. 2, 16.12.86).

Und für kritische Wähler? Wer in seinem politischen Gedächtnis nicht alles verdrängt, kann sich noch gut an die Ära Schmidt, das „Modell Deutschland“ und an all das erinnern, wozu die real existierende Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung alles fähig war: Aufrüstung, Sozialabbau, Abbau demokratischer Rechte, kurzum: die Einleitung der Wende. Heute ist die SPD verbal von vielen ihrer Fehler in der Regierungszeit abgerückt. Sie erweckt den Eindruck, als wäre sie nie an der Regierung gewesen und hätte nie irgendwas mit alledem zu tun gehabt. Wie folgerlos und unglaubwürdig diese verbale Richtungsänderung ist, wird aber schon an der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Grünen deutlich. Während man in der Koalition mit der FDP zu jedem Zugeständnis an die Kapitalinteressen bereit war, lehnt man nun eine Kooperation mit den Grünen ab, weil diese eine drastische Rüstungsreduzierung und

vielleicht sogar den Austritt aus der NATO wollen. So jemand scheidet als Partner aus. Schließlich will er einen Zustand, den früher mal die SPD selbst forderte: Keine Bewaffnung der Bundesrepublik, kein Eintritt in die NATO. Kooperation mit den Grünen wäre also eine Kooperation mit den positiven Teilen der eigenen Geschichte. Nein, dann lieber warten, bis mal wieder Ebert und Noske gebraucht werden. Oder eine große Koalition. Für kritische Wähler ist das allerdings keine Perspektive.

Die SPD kann auch nicht mehr auf die sogenannten Halbpotentialwähler zählen, die zwar die gegenwärtige Regierung ablehnen, zugleich aber Mißtrauen gegenüber andersartigen Lebensformen haben und deshalb bis vor kurzem die Grünen nicht wählten. Diese Kulturschranke zerbröckelt, sogar im gewerkschaftlichen Bereich. Zum einen sind die Grünen nicht annähernd so alternativ wie ihr Ruf. (Es besteht eher die Gefahr, daß sie sich anpassen und zu einem zwar schimpfenden, aber ansonsten funktionierenden Rädchen in der Maschinerie der Herrschenden werden; eine Gefahr, freilich, der noch begegnet werden kann.) Zum anderen gilt der Anti-Grüne-Bannstrahl z.B. der Gewerkschaftsführungen bei den Mitgliedern nicht mehr allzuviel. Zu sehr haben sich Teile dieser Führungen kompromittiert, nicht nur durch die Neue Heimat, auch durch die zeitweilige bedingungslose Gefolgschaft gegenüber dem SPD-Schmidt. So ist für viele frühere SPD-Wähler der Schritt, grün zu wählen, einfacher geworden. Und immer mehr erkennen, daß bei den Grünen zumindest die richtigen Fragen gestellt werden, die zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme eine Antwort finden müssen: von der Arbeitslosigkeit bis zur Kriegsgefahr.

Sicherlich könnte die SPD etwas tun, um eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Das Beispiel Schwandorf und das Wahlergebnis dort zeigen es: konsequent und konfliktbereit die Probleme angehen und deutlich bekennen, auf welcher Seite der Barrikade man steht. Aber Rau ist nicht Schürer und dieser nicht die SPD-Norm. So bleiben für den 25. Januar 1987 wenig Hoffnungen auf einen Wechsel. Für die langfristige Perspektive könnte allerdings ein gutes Ergebnis der Grünen eine Hoffnung sein.

Als wär' sie eine Unbekannte

Die VSP und ihr Verhältnis zur SPD

Eine KB-Arbeitskonferenz zur gesellschaftlichen Lage vor den Bundestagswahlen befaßte sich auch mit der Haltung der SPD zu den fortschrittlichen sozialen Bewegungen und der vermeintlichen Neuorientierung sozialdemokratischer Programmatik. Die Auffassungen anderer sozialistischer Organisationen über die Entwicklung der SPD waren ebenfalls Bestandteil der Diskussion. — Nachdem im AK 276 die Auffassungen des BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) dargestellt wurden, folgt an dieser Stelle eine Kritik der Ansichten der VSP (Vereinigte Sozialistische Partei; Zusammenschluß von GIM und KPD) und der KG/NHT (Kommunistische Gruppen/Neue Hauptseite Theorie).

„Die Bourgeoisie gibt den Ton an“

Eine wirklich systematische, umfangreiche Auseinandersetzung der VSP mit der SPD liegt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor. Die in den Vereinigungsdokumenten, der Stellungnahme zu den Bundestagswahlen und der SoZ („Sozialistische Zeitung“) veröffentlichten Standpunkte liefern aber genügend Anhaltspunkte für eine kritische Wertung.

„In der CDU/CSU, der FDP und auch in der SPD geben die ausschlaggebenden Kreise der Bourgeoisie durch ihre politischen Gewährsmänner und durch ihre Finanzkraft den Ton an, wenn auch das große Kapital in der SPD personell deutlich geringer vertreten ist als in den Unionsparteien und der FDP“ (1). Ob die VSP mit dieser Einschränkung die enge Einbeziehung aller führenden SPD-Politiker in das bürgerliche System bestreiten will, wird durch den unmittelbar folgenden Satz des Programms noch weniger klar: „Unter der parlamentarischen Oberfläche zeigen sich ... die Unternehmerorganisationen und besondere Interessen großer Konzerne und Finanzgruppen als bestimmende Faktoren der Regierungspolitik und Gesetzgebung im allgemeinen sicher durch“ (1). Dieser Vollzug bürgerlicher Politik läßt sich auch mit der SPD gut bewerkstelligen, denn in der politischen Auseinandersetzung gehe sie „vom Erhalt des kapitalistischen Systems und von der Wahrung der imperialistischen Interessen“ aus (1).

nelligen, denn in der politischen Auseinandersetzung gehe sie „vom Erhalt des kapitalistischen Systems und von der Wahrung der imperialistischen Interessen“ aus (1).

SPD am Ende?

Trotz dieser scheinbar deutlichen Abgrenzung gelingt der VSP zugleich eine scharfe Unterscheidung der SPD von den Regierungsparteien. „Die Opposition der Sozialdemokratie gegenüber diesem Erstarken reaktionärer Tendenzen in den Unternehmerverbänden und im konservativen Lager drückt sich vor allem im sozialdemokratischen Auftreten gegen den Klassenkampf von oben aus“ (1). Der Kohl-Regierung werde „auch unter Krisenbedingungen“ eine Politik der Wahrung des „sozialen Friedens“ entgegengesetzt, die „kalkulierte Zugeständnisse“ an die Gewerkschaften einschleife. Wer beim angeblichen „Erstarken reaktionärer Tendenzen“ die Sturmglocken des Faschismus läuten hört, muß — politisch durchaus folgerichtig — die Einheitsfront mit der SPD suchen. Und tatsächlich, im Kommentar zur Hamburger Bürgerschaftswahl schreibt die SoZ-Redaktion: „Aber eines ist sicher: Die Rechten sind nur zu schlagen, wenn sich SPD, Grüne und die übrige Linke darüber im Klaren sind: Hier stehen zwei gesellschaftliche Lager zur Wahl“ (2). Die SPD, im Programm der VSP noch auf dem Boden von Kapitalismus und Imperialismus, befindet sich plötzlich im selben Lager wie Grüne und übrige Linke, und Stimmen für die SPD werden so zu Stimmen für die fortschrittlichen Kräfte.

Diesen Bewertungswandel hatte die VSP in ihrer Stellungnahme zu den Bundestagswahlen (3) vorbereitet. Dort wurde bereits „Verständnis“ für SPD-Wähler geäußert, und nicht mehr bewußte bürgerliche Politik, sondern nur Mangel an Erkenntnis wird der

SPD darin vorgehalten: „Die ohnehin bescheidenen Versprechungen, die die SPD etwa im Sachen Arbeitslosigkeit oder Umweltschutz macht, erfolgen, ohne daß die SPD die Realität der krisenhaften kapitalistischen Entwicklung und des Klassenkampfes thematisiert. Damit umgeht die SPD die Anerkennung der Tatsache, daß wirkliche Verbesserungen für die Arbeiterklasse nur im Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden können“. Daran stimmt nicht! Ein Peter Glotz und andere SPD-Strategen „thematisieren“ die kapitalistische Krise und den Klassenkampf sehr wohl (4). Als „politische Gewährsmänner“ der Bourgeoisie „anerkennen“ sie gerade das Bestreben der Arbeiterklasse, Verbesserungen durchzusetzen, und versuchen, dagegen ideologische und praktische Dämme zu errichten. Dazu gehört das Versprechen der SPD zur „sozialistischen Eindämmung des Klassenkampfes“, schreibt die VSP selbst im gleichen Wahlauftritt, und beweist so, daß nicht die Stellungnahmen der SPD, sondern die eigenen wenig durchdacht sind.

Die Möglichkeiten zur Umsetzung sozialdemokratischer Politik sieht die VSP allerdings zusehends untergraben: „Je mehr der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sich objektiv verschärft, je weniger die Kapitalisten die Wahrung des ‚sozialen Friedens‘ als vorrangiges politisches Ziel betrachten, desto deutlicher wird der Widerspruch der sozialdemokratischen Ideologie und Propaganda zur Realität“ (1). Eine Zukunft hat demnach die SPD auf absehbare Zeit nicht: Auf der einen Seite bewegen sich „Kapital und Reaktion“, die einen Kurs der Konfrontation gegen alle Teile der Arbeiterklasse fahren und die das sozialdemokratische Konzept der Krisenlösung nicht mehr brauchen; auf der anderen Seite entlarvt sich die SPD-Programmatik mit ihrem Widerspruch von Worten und Taten bzw. Handlungsmöglichkeiten für Teile der Lohnabhängigen als illusorisch. Fast von selbst, als Ergebnis des „Kampfes für einfache ökonomische Forderungen“ (1) kann sich der Ablösungsprozeß von der SPD entwickeln. Deshalb ist es notwendig, sich um „die gemeinsame Aktion, wo immer möglich, gegen das Kapital, seinen Staat und seine Parteien“ zu bemühen, denn nur so „kann die politische Überzeugung der Anhängerinnen und Anhänger der SPD für revolutionär-sozialistische Positionen Raum greifen“ (5).

So ungenau wie die Voraussetzungen, so verworren ist das Ergebnis. Ob „vorrangig“ oder nicht, der Erhalt des „sozialen Friedens“, der Zustimmung möglichst großer Teile der Gesellschaft zum kapitalistischen System wird von

So ungenau wie die Voraussetzungen, so verworren ist das Ergebnis. Ob „vorrangig“ oder nicht, der Erhalt des „sozialen Friedens“, der Zustimmung möglichst großer Teile der Gesellschaft zum kapitalistischen System wird von der gegenwärtigen Regierung nicht konfrontativ in Frage gestellt. Vor dem Hintergrund des zeitweiligen weltwirtschaftlichen Aufschwungs konnte die konservativ-liberale Regierung eine Vielzahl von Verschlechterungen unter Beibehaltung einzelner integrativer Maßnahmen durchführen. Der „soziale Frieden“ war kaum gefährdet. Die sozialdemokratischen Entwürfe bewegen sich nicht in „Widerspruch ... zur Realität“ (s.o.), sondern die Realität des „sozialen Friedens“ führt dazu, daß die SPD in diesen klassenpolitisch ruhigen Zeiten von der Bourgeoisie nicht verschissen werden muß. Diese Nähe zur Wirklichkeit macht die SPD auch für einen stabilen Anteil reformorientierter Wählerinnen und Wähler unattraktiv. Aus dieser Erkenntnis läßt sich ein sinkender Masseneinfluß der SPD nicht zwingend ableiten. Vielmehr hat die SPD in den vergangenen Jahren verschiedentlich angedeutet, z.B. bei ihrer Art des Zugehens auf die Friedensbewegung oder mit Lafontaine als Spitzenkandidaten im Saarland, daß in der „Baracke“ findige Köpfe sitzen, die in der Lage sein könnten, in Zeiten tatsächlich scharfer sozialer Konfrontation die SPD wieder als sozialintegrative Partei herzurichten.

„Bürgerliche Partei oder Partei des Kapitals?“

Unter dieser Überschrift setzt sich Paula Komenaky von den KG/NHT (Kommunistische Gruppen/Neue Hauptseite Theorie) mit der Einschätzung der SPD bei KPD und BWK auseinander (6). Sie kritisiert an beiden Organisationen, daß sie den unscharfen Begriff „bürgerliche Partei“ benutzen, da die-

ser „verschiedene Interpretationsmöglichkeiten“ offen lasse. Demnach könne es sich bei der SPD um eine „verbürgerliche Arbeiterpartei“ handeln oder um eine Partei, „die zwar ideologisch auf der Grundlage der bürgerlichen Demokratie steht, praktisch aber Arbeiterinteressen vertritt“, oder, als dritte Möglichkeit, um eine Partei, „die voll zum bürgerlichen Lager gehört und Politik im Interesse des Kapitals macht“.

Die Auffassung der KG hebt Komenaky mehrfach eindeutig hervor: „Die Politik der Klassenzusammenarbeit, gestützt auf die sozialdemokratische Hegemonie in den Gewerkschaften, taugt ebenso zur Lohnsenkung und Akkumulationszirkulation wie die Konfrontationspolitik. Innerhalb des Kapitals werden sicher Differenzen über den einzuschlagenden Weg bestehen. Die SPD bietet eine (etwas) andere Strategie an als die CDU. Deshalb ist sie aber nicht weniger eine Partei des Kapitals“. Zurecht kritisiert Komenaky die in unserem Artikel auch bei der VSP festgestellte Tendenz, im heute angeblich notwendigen Kampf gegen die „reaktionären Kräfte“ des Kapitals die SPD umstandslos im linken Lager anzusiedeln: „Für diese Zusammenarbeit und für die Einheitsfront müssen in der Realität Ansatzpunkte vorhanden sein, deshalb wird die SPD auch nicht eindeutig als Partei charakterisiert, die Bestandteil der bürgerlichen Demokratie ist und Politik im Interesse des Kapitals macht“.

Ebenfalls im Gegensatz zur VSP warnen die KG vor der Annahme, daß „die SPD auf verlorenem Posten zwischen Sozialismus (zu dem sie sich nicht durchringen könne) und Reaktion (zu der sie sich höchstens stückchenweise und im Gegensatz zur eigenen Wählerbasis bewegen könne) steht, mit einem unausgeglichenen Konzept, auf das die Kapitalisten pfeifen“ (7). Vor dem Hintergrund eines erwarteten stabilen sozialdemokratischen Masseneinflusses lehnen die KG ein Parteibildungskonzept ab, das sich vor allem darauf konzentriert, massenwirksame Politik in den Gewerkschaften an Hand der Fragestellung, Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf? zu entfalten. Auch die KG beanspruchen, „praktisch den engsten Schulterschluß mit den immer wieder beschworenen ‚klassenkämpferischen Kräften‘ zu suchen“, aber „ohne eine Sekunde in der Kritik an den Unzulänglichkeiten und Halbheiten ihrer politischen Auffassungen innezuhalten“, denn „ohne diese Abgrenzung wird bei den schwachen theoretischen und politischen Grundlagen der Kommunisten ein Absinken auf das Niveau der spontanen Arbeiterbewegung, auf einen Nachbär der Sozialdemokratie unvermeidlich sein“ (8).

Keine Anhaltspunkte für Bündnispolitik?

Der opportunistische Annäherungskurs an die SPD innerhalb der sozialistischen Linken wird von den KG zurecht der Kritik unterzogen. Die KG-Veröffentlichungen haben aber einen Hang, die Komplexität sozialdemokratischer Hegemonie nicht zu beachten. Unbestritten sind „hegemoniale Teile der SPD mit der BRD-Bourgeoisie verbunden“, und es ist ersens absolut un-

wahrscheinlich und zweitens keine Frage aktueller Tagespolitik, „diese Partei als ganzes“ für eine Politik gegen den konservativen Trend gewinnen zu können (9). Dennoch gibt es als „Nebenseite, als Anhaltspunkt Aktionsinhalte mit nicht-hegemonialen Teilen der Sozialdemokratie. Darin drückt sich einerseits der Versuch der Wiedereingliederung sozialer Bewegungen, andererseits auch die Tatsache aus, daß auch reformistisch gesinnte Menschen, Kräfte mit gebrochenem bürgerlichem Bewußtsein sich auf die Sozialdemokratie beziehen, insofern bleibt der KG-Begriff von der „Partei des Kapitals“ verkürzt. Dennoch muß Klarheit darüber bestehen, daß diese inhaltlich begrenzten Aktionsinhalte weit entfernt sind von der bewußten Einheitsfront zwischen reformistischem und revolutionärem Flügel der Arbeiterbewegung. Wer, wie die VSP, heute die Nebentendenzen zum Drehpunkt seiner Taktik macht, verhindert gerade die Ablösung reformistischer Kräfte von der Sozialdemokratie.

fo.

Anmerkungen:

1. Programm der VSP
2. SoZ/Sozialistische Zeitung 20.11.1986
3. Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung! (Stellungnahme zur Bundestagswahl 1987)
4. Als Beispiel sei hier erwähnt: Peter Glotz, Manifest für eine Neue Europäische Linke, Westberlin 1985
5. Resolution zum Selbstverständnis der VSP
6. Paula Komenaky, Bürgerliche Partei oder Partei des Kapitals?, in: Aufsätze zur Diskussion Nr. 36 (Juni 86)
7. Manfred Weiß, Der Weg aus der Krise — Solidarität, in ebd.
8. ders./Ailred Schröder, Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf (Beiträge zur Programmdiskussion Nr. 7), Frankfurt 1985
9. „Das spontane Streben des Proletariats“ hin zur SPD, in: AK 278, S. 39.



„Wir suchen Herrn und Frau Meier“

Friedensliste sucht ganz gewöhnlichen Wähler

Wenn es mehr nicht ist, Meiers findet man nicht auf den Telefonbüchern. Doch in dem kleinen blauen Werbeheft stehen Meiers stellvertretend für „fast alle Menschen in unserem Land“, die „sich große Sorgen um die Zukunft machen“. Und mit diesen „fast allen“ möchten die Herausgeber der Broschüren reden. Hinter diesem bescheidenen Heft und Titel verbirgt sich der geballte bundesdeutsche friedenspolitische Sachverstand. Die Heft erstellen in „gemeinsamer Verantwortung“: Ärzte warnen vor dem Atomkrieg, Appell Gesundheitswesen für den Frieden, Arbeitskreis „Darmstädter Signal“, Forum Informatiker für Frieden..., Forum Naturwissenschaftler für..., Friedensinitiative Psychologie/psychosoziale Berufe, Koordinierungsausschuß der betrieblichen Friedensinitiativen, Künstler in Aktion, Kulturwissenschaftler für Frieden..., Ordensleute für den Frieden, Pädagoginnen und Pädagogen für..., Sportlerinnen und Sportler für..., Richter und Staatsanwälte für..., Verantwortung für den Frieden — Naturwissenschaftler-Initiative, Pfaffen, Lehrer, Richter, Generale gemischt mit den Proleten rufen mit vereinigtem Zeigefinger und einstimmig: Abrüstung wählen! Es entspricht offenbar der Kultur dieses unseres Landes, daß je breiter und „kompetenter“ (s.o.) die Runde, umso schlichter und

einfältiger scheint diesem Kreise das zu behandelnde Gemüt des gesuchten Ansprech-„Opfers“. Aber die Generale und Co wollen gar nicht — jedenfalls selbst nicht — mit den Meiers reden, das sollen Multiplikatoren den Meiers überbringen. Diesen soll folgende Liste nahegebracht werden:

„Wir haben die Chance, auszubrechen aus dem Teufelskreis von immer mehr Waffen und immer weniger Sicherheit. Gerade unser Land — direkt an der spannungsgeladenen Ost-West-Grenze gelegen — kann viel dazu beitragen, die Dinge zum Besseren zu wenden. Gerade jetzt kann jeder von uns etwas dazu beitragen. Denn im Januar 1987 ist Bundestagswahl. Alles wird davon abhängen, welche Kandidaten durch unsere Stimmen in den Bundestag einziehen.“ Nichts da, Rot-Grün oder Chaos; denn: „In allen Parteien gibt es Politiker, die entschlossen sind, unser Land aus der atomaren Miere herauszuführen.“ Da kann ja fast schon nichts mehr schief gehen.

Im Auftruf der Initiative heißt es dann: „Unsere Forderung zur Wahl lautet: Der neue Bundestag muß (!!!) aktiv Friedenspolitik betreiben. Dazu gehört vor allem: Keine Stationierung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik. (...) Einkerbung weiterer (???) politischer Maßnahmen, die Europa gänzlich von atomaren, biologischen und chemischen Waffen freimachen. Hinwirken (!!!) auf das Verbot von Weltraumwaffen und Ablehnung jegli-

cher Beteiligung an der Erforschung und Entwicklung entsprechender Systeme. Änderung unseres (!!) Verteidigungsbetrages in eine strikt defensive, also nicht angriffsfähige Konzeption. Einfrieren und schrittweise Verringerung der Rüstungsausgaben in der Bundesrepublik sowie Abbau (!!) des Rüstungsexportes. (...) Wir bitten alle Wählerinnen und Wähler, diese Anliegen sehr ernst zu nehmen und bei der Stimmabgabe zu berücksichtigen. Unsere Aufforderung lautet, Prüfen Sie für Ihre Erststimme, welche Kandidaten ohne Wenn und Aber für die genannten Ziele eintreten. Prüfen Sie für Ihre Zweitstimme, welche Kandidaten ohne Wenn und Aber für die genannten Ziele eintreten.“ Das könnte man fast so interpretieren, als sei das eine Wahlauforderung für die Friedensliste bei der Erststimme und eine für die Grünen bei der Zweitstimme. Das ist aber falsch, wie der letzte DVZ z.B. zu entnehmen ist, die Initiative habe auf einer Pressekonferenz erklärt: Es sei erfreulich, daß die SPD so fleißig bei der Friedensbewegung abgeschrieben hat“, meinte der Jurist Eckart Rotka. Diese Initiative wolle selbst „bis zur Wahl das ganze vielseitige Programm der Friedensbewegung ergänzen.“

Ob dann der Spuk solcher friedenspolitischer Nulloptionen wirklich vorbei ist? Wir glauben es nicht!

a.

Konstruktive Debatte

Betr.: VSP-Artikel (AK 275)

Der Artikel von fo. zum Vereinigungs-
partei der VSP hat mir aus mehreren
Gründen gefallen: Zum einen legt
er den Finger auf offene Wunden, was
das vorläufige Programm betrifft, zum
anderen wird daran deutlich, daß es
auch im KB Genossen und Genossin-
nen geben muß, die den Blick auf kriti-
sche Punkte und offene Fragen lenken,
von denen das Selbstverständnis und
die heutige praktische Politik der revo-
lutionären Linken zu einem wesentli-
chen Teil abhängt — also ein mög-
licher ernstzunehmendes offenes Ange-
bot zur Debatte scheint zum Teil vor-
handen zu sein. Hinzu kommt, daß in
der Tat der Eindruck entstehen kann,
die Mitglieder der ehemaligen GIM
würden ihre eigenen Positionen nicht
konsequent genug vertreten?

Es hat heute keinen Sinn mehr, über
den Weg zur Vereinigung zu debattie-
ren. Die Chancen, die nun bestehen,
müssen genutzt werden. Die neue VSP
ist eine programmatisch heterogene
Organisation, die, will sie sich konsoli-
dieren, im Prozeß der programmatis-
chen Diskussion sicher einen Schwer-
punkt ihrer alltäglichen Arbeit setzen
muß. Im Artikel von fo. wurden hierzu
einige Beispiele gebracht, von denen
ich drei aufgreifen möchte.

1. Vergleich Warschauer Pakt — NATO.

Besonders in der gegenwärtigen poli-
tischen Situation halte ich einen Ver-
gleich von WP und NATO als gleicher-
maßen aggressiv für schlicht absurd.
Der WP als militärischer Schild gegen
die imperialistische Aggression ist von
seiner Entstehung und seiner Funktion
her im Bereich der Außenpolitik nicht
mit der NATO zu vergleichen. Auch
das baderische Beispiel Afghanistan
kann keinen Gegenbeweis anbringen,
der dies grundsätzlich in Frage stellen
könnte. Insgesamt hat sich die SU bis-
her an die Verträge von Jalta und Pots-
dam gehalten, was von den USA nicht
behauptet werden kann. Angesichts
der Abrüstungsoffensiven der SU und
dem Engagement der US-Imperialisten
in Nicaragua dürften die Fronten klar
werden. Zwar betreibt die SU in unse-

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser,
ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

rem Sinne keine revolutionäre Außen-
politik, die auf die von der Arbeiter-
klasse selbstbestimmte Entwicklung
abzielt (alles unter Kontrolle), dennoch
ist jeder Sieg einer von der SU unter-
stützten Befreiungsbewegung und einer
eingeleiteten antikapitalistischen
Politik für die internationale Arbeiter-
bewegung ein Erfolg. Die Bedingungen
für die Entwicklung sozialistischer Ge-
sellschaften werden im wesentlichen
vom Imperialismus gesetzt, nicht von
der SU.

2. Die Einschätzung der SU.

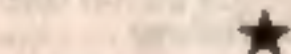
Es gibt keinen einzigen Grund, wes-
halb sich revolutionäre Sozialisten
innerhalb der VSP von den programma-
tischen Grundlagen der linken Opposi-
tion um Leo Trotzki verabschieden
müßten (für revolutionäre Sozialisten
außerhalb der VSP viele Gründe, sich
mit ihnen auseinanderzusetzen). Fast
alle theoretischen Versuche, der SU eine
kapitalistische Wirtschafts- und Ge-
sellschaftsordnung nachzuweisen, hal-
ten sich an Betrachtungen auf der Er-
scheinungsebene auf. Zwar kann hier
keine Debatte mit dem Leserbrief ge-
führt werden — der interessierte Leser,
die interessierte Leserin kann dazu
Zugang erhalten — aber für eine Stand-
ortbestimmung reicht es: Die SU ist als
ganzes verteidigungswert gegenüber dem
Imperialismus. Unsere Kritik richtet
sich gegen politische Orientierungen
der Bürokratie und die Unausgereif-
theit der sozialistischen Demokratie.
Unsere Kritik an der SU muß daher so-
lidalistisch sein.

3. Die „Arbeitsgemeinschaft Volks-
front“

fo. weiß sicher genau, daß die AG
Volksfront nicht vergleichbar ist mit
der politischen Ausrichtung der KI in
den dreißiger Jahren. Die Situation ist
eine völlig andere, wir brauchen nicht
weiter darauf einzugehen. Allerdings:
Die theoretischen Anleihen der
„Volksfront“ sind die schlechten, dies
muß gesagt werden. Revolutionäre So-
zialisten und Sozialistinnen versuchen
die Einheitsfront herzustellen, darauf
hinzuwirken. Volksfront und Einheits-
front sind in der Tat unterschiedliche
Taktiken, und zumindest muß dies den
Mitgliedern einer Organisation klar
sein. Der in den dreißiger Jahren ge-
führte Kampf um die korrekte Taktik
wurde nicht aus Namensgründen oder
intellektueller Liebhaberei geführt. Die
diese Debatten begründenden Faschis-
musanalysen müssen ernsthaft be-
trachtet werden: Nicht zuletzt daraus
resultierte die tragische Sozialfaschis-
musdebatte der stalinisierten Thälmann-
KPD.

Zum Schluß: Die offenen Wunden
gibt es auch im KB. Wo es möglich ist,
sollte eine politische Debatte und even-
tuelle Praxis erfolgen. Auch der KB ist
keine homogene politische Organisati-
on, steht also vor gleichen oder ähnli-
chen Problemen. Neben der Entwick-
lung praktischer Politik kommt gegen-
wärtig der theoretischen Schulung und
konstruktiven Debatte die derzeit
wichtigste Bedeutung zu.

Paul, Bremen, VSP



Herausforderung

Betr.: Artikel zu Broders „Der ewige
Antisemit“ (AK 277)

Die beiden sehr akribisch geführten
Nachweise der schludrigen bis uner-
rörmlichen Arbeitsweise des Journalisten
H.M. Broder im letzten AK sind m.E.
unwiderlegbar. Was als Essenz für den
Leser dieser beiden Artikel bleibt, läßt
sich so zusammenfassen: wer eine sol-
che windige These wie Broder (linker
Antizionismus als eine Hauptform des
Antisemitismus nach dem 2. Welt-
krieg) vertritt, muß zwangsläufig mit
Erfindungen, Kontextentstellungen
und ans Demagogie grenzenden Zu-
spitzungen arbeiten, um sie glaubwür-
dig darzustellen. Hinzu kommt, daß
das von K. ins Feld geführte Haupt-
argument, daß der Antisemitismus als
politische Theorie ausschließlich der
Rechten zuzuordnen ist, unbestreitbar
bleibt. Da stellt sich das Gefühl ein:
wir haben wieder mal recht gehabt.

Aber angesichts unbestreitbarer Ent-
gleisungen auf linker Seite (die vielfach
geübte pauschale Gleichsetzung von
Zionismus und Faschismus) hätte es ein-
er Zeitung, die sich der Tradition der
Selbstkritik verpflichtet weiß, besser
angestanden, die sachliche Herausfor-
derung, die Broders Ansatz — alle
methodische Unseriosität zugestanden

— im Kern zugrunde liegt, aufzugrei-
fen, aufzubereiten und zur Diskussion
zu stellen. Kt. deutet diese Möglichkeit
in einem letzten „Hätte“-Satz an. Wa-
rum die Kritiker solche Herausforde-
rungen sehen (auch Kt.?) und dennoch
nicht zur eigenen (besseren als Broders)
Theoriebildung aufgreifen, müssen sie
selber beantworten. Ich möchte kurz
darstellen, worin ich solche Herausfor-
derung für die kommunistische Linke
sehe.

1) Sicher sind die Broderschen Aus-
führungen über die anthropologische
bzw. soziale Natur des Antisemitismus
sehr vorläufige. Wer aber akzeptiert,
daß wir es hier mit einem über Ge-
schichtsepochen tradierten Vorurteil
zu tun haben, anerkennt auch die Rea-
lität des Irrationalen. Eine Kritik, die
Broder nur vorhält, er lasse den „Anti-
semitismus im Mythologischen versin-
ken“, verkennt die gefährlich reale
Tiefe dieses Vorurteils. Seine ge-
schichtliche Besonderheit besteht dar-
in, epochenübergreifende Konstante zu
sein. Entstanden in der spätrömischen
Skavenhaltergesellschaft, ausgelebt in
Kreuzzügen und Pogromen des Mittele-
alters und biologisch aufgeklärt fortge-
führt in der bürgerlichen Gesell-
schaft. Wenn wir in diesem Zusam-
menhang nicht von Erbmasse (oder
Erbünde) sprechen wollen, dann aber
über die gesellschaftliche Institution,
die immer ideologischer Träger des
Antisemitismus war: die christliche(n)
Kirche(n). Ihre geschichtliche Konstanz
entspricht exakt der Zähigkeit des
antijüdisch/antisemitischen Vorur-
teils. Deshalb verfehlt jeder die He-
rausforderung der These vom „ewigen
Antisemitismus“, der die libidinöse
Qualität dieses Vorurteils oberflächlich
rationalistisch in Frage stellt. Die ma-
ximalistische Religionskritik bietet doch
die Möglichkeit, mit der mehr als my-
thologischen und mehr als rationalisti-
schen Kategorie einer „tradierten
opiathaften Obsession“ zu arbeiten.

2) Sicher ist die generelle Identifizie-
rung von Antisemitismus und Antisemi-
tismus unzutreffend. Es gibt auch viele
jüdische Antizionisten, sogar im Staate
Israel. Ihnen Antisemitismus vorzu-
werfen, wäre absurd. Trotzdem würde
an dieser Stelle die Herausforderung
darin bestehen, danach einmal genauer
zu fragen, wo denn antizionistische Kri-
tik in Antisemitismus umkippt. Wenn
man die Möglichkeit dessen nicht in
Abrede stellen will! Eigenartigerweise
höre ich schon ehrliches Fragen in diese
Richtung (leider auch nicht im AK).
Ich würde auf diese Frage dreierlei an-
worten:

Antizionismus wird zu Antisemitismus
a) wo die zionistische Bewegung, der
Zionismus pauschal mit Imperialis-
mus, Rassismus oder gar Faschismus
gleichgesetzt wird. Wer nicht aner-
kennt, daß der Zionismus das Unter-
nehmen war, das jüdische Volk aus der
internationalen antisemitischen Bedro-
hung mit macht- und national-
politischen Mitteln zu befreien, ist ein
ungeschichtlich denkender Ignorant.
Die moralische Problematik dieses
Mittels hat nichts damit zu tun, daß es
historisch leider das einzig realistische
war. Trotz dieses allgemeinen Unrechts
bestreitet niemand einem anderen Volk
sein Recht auf einen (heute eben leider
fast überall bürgerlichen) Staat. Nur
wer den Antisemitismus in seiner das
jüdische Volk existentiell bedrohenden
Qualität nicht anerkennen will, kann
das Existenzrecht des Staates Israel
verneinen./4)

b) wo die historische Einmaligkeit des
industriell durchorganisierten vollzoge-
nen NS-Völkermordes am Judentum
in Abrede gestellt wird. Damit wird
nichts mythologisiert, sondern nur auf
der Schreckensseite der Menschheits-
geschichte ernstgemacht mit der Tatsu-
che von „Fortschritten“. Im Gegen-
satz zu früheren Diskussionen im Zu-
sammenhang mit der sog. Vergangen-
heitsbewältigung erleben wir derzeit
ein kaum erstaunliches, unisones Inter-
esse an der „Normalisierung“ der
deutschen NS-Vergangenheit von
rechts. Die Linke stünde heute besser
da, wenn sie damals schon an der Ein-
maligkeitstheorie vom NS-Völkermord
nicht nur eine falsche Dämonisierung
der Person Hitlers kritisierte, sondern
auch den mit den Mitteln der kapitalis-
tischen Gesellschaft einmalig und per-
fekt durchgeführten Wahn erblickt
hätte.

c) wo nicht anerkannt wird, daß a) und
b) einander bedingen. Wer das Exis-
tenzrecht des Staates Israel angesichts
des „ewigen Antisemitismus“ im
Zweitausendjährigen Abendland und

seiner grauenhaften Zuspitzung im
deutschen Nationalsozialismus nicht
anzuerkennen vermag, hat weder Ge-
fühl noch Blick für die „ewige Lei-
den Geschichte“ des jüdischen Volkes.
Berechtigte politische Kritik an zioni-
stischer Politik darf nicht die allge-
weine Berechtigung der zionistischen Be-
wegung in Zweifel ziehen. An diesem
Punkt schlägt Antizionismus — der
Begriff ist in der Tat zu pauschal — in
Antisemitismus um.

Ich wünsche mir, daß die analytische
Kritik an Broder sich in eine Debatte
verwandelt, die die für alle interessante
theoretische Herausforderung an-
nimmt: die eine historische Betrachtung
des „ewigen Antisemitismus“ er-
öffnen würde.

K.P.L.

Anmerkung:
1) Die sozialistische Bewegung (auch Marx)
hat oft den Fehler gemacht, die Juden nicht
als Volk anzuerkennen, sondern die Lösung
der Judenfrage mit der Lösung der allge-
meingewaltigen Emanzipationsfrage
vollkommen zu verknüpfen. Nicht assimili-
erungswillige Juden können darin kaum die
Wahrung ihrer Identität erblicken. Steht
doch diese Sicht die Existenz eines jüdi-
schen Volkes und damit zwangsläufig sein
Existenzrecht in Frage.



Schauspiel

Betr.: „Reagan Niedergang kommt
spät“ (AK 277)

Reagan ist mit der Iran-Affäre nicht in
einem „Sumpf von doppelter Moral,
Korruption und bürgerlicher Kriminali-
tät“ angelangt, wie wo. schreibt.
Dort war er nämlich schon immer drin,
ein demokratisch gewählter Führer lebt
ja gerade dadurch, oder — wie die
„Süddeutsche Zeitung“ schreibt:
„Daß der republikanische Monarch
mal ... nicht die ganze Wahrheit sagt,
mag das Wahlvolk noch durchgehen
lassen“, solange er's nur gut verkaufen
kann.“

Die große Aufregung ist nur die, daß
der große Schauspieler im demokrati-
schen Massentheater den zahlenden
Zuschauern eine andere Handlung bie-
tet als sie auf den Plakaten am Eingang
angegeben war — schlechte Inszenie-
rung! Also: Ärger über den Intendan-
ten, vielleicht muß sogar ein neuer her,

Erich Fried

Erich Fried
Die Wiederkünftigen
zum Streit um die deutsche Geschichte

Wenn diese Notizen und Stürmer
und wer immer die jetzt wieder sind
die Verbrechen des alten Stalinismus
gegen die alten Verbrechen Amerikas an den Indianern
und die gar nicht so alten Verbrechen in Vietnam
aufrechnen wollen gegen die Verbrechen des Hitlerfaschismus
so wäre das noch zu verstehen
denn auch all diese ändern
haben wirklich vor Zeiten Blutschuld auf sich geladen
und Gorbatschow tut heute was er kann
um die Reste der Stalinzeit
in der Sowjetunion zu bekämpfen

Und ich hoffe die Labourparty
wird England befreien von Frau Thatcher
und jetzt werden Reagans Verbrechen
von Amerika selber entdeckt
Und natürlich bin ich auch gegen
einen antideutschen Rassismus
und jeder deutsche Antifaschist hat das Recht
wenn er ankämpft gegen das heutige Unheil in Deutschland
auch in anderen Ländern Verbrechen der Herrschenden anzuklagen
die meist Bundesgenossen der Herrschenden Deutschlands sind

Aber wenn diese Notizen und Stürmer
diese hebermasiösen Gesellen
jetzt wieder der Hafer sticht
das alles aufzurechnen
damit der Hitlerfaschismus desto weniger einmalig scheint
wollt alles doch relativ sei
dann will ich abrechnen mit ihnen
im Namen meiner Toten
und im Namen der Lebenden

Denn die wollen der deutschen Geschichtsbetrachtung helfen
oder helfen ihr doch — auch wenn sie es nicht bewußt wollen
nicht auszugleichen im gestern vergessenen Blut
sondern sich für die Zukunft wieder die Hand freizumachen
zu Untaten
wie sie angeblich ja alle Völker begehen

Solche Aufrechner die nie
Antifaschisten waren
und saubere Hände
aber keine saubere Dankweise haben
sind nicht nur eine Gefahr für Deutschlands Zukunft
sondern machen es Deutschland auch heute
schon leicht sich mit Schuld zu beladen
durch Behandlung von Ausländern als Menschen zweiter Klasse
und durch Ausweisung von Zufluchtuchenden in ihren Tod
im Libanon und im Iran und in der Türkei

Darum muß man abrechnen
mit diesen Geschichtsklitterern
mit diesen Aufrechnern
und menschlichen Rechenmaschinen
die heutigen Friedensverbrechen
und künftigen Kriegsverbrechen
Vorschub leisten
mit ihrer heillosen Suche nach Rechtfertigungen

aber — dann weiter so, wie's der erste
angefangen hat, the show must go on.
Nicht das Stück ist schlecht, auch nicht
die Schauspielerscrew insgesamt, und
folglich besteht auch keine Feindschaft
zum Ensemble, höchstens zu einem
Statisten, aber das macht die Schau-
spieltruppe unter sich aus.

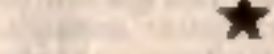
Gibt es Feindschaft „gerade im bür-
gerlichen Lager...“, bis in die ganz gro-
ße Politik hinein? Der Sprecher der
Demokraten, Byrd, ein ehemaliges Ku-
Klux-Klan-Mitglied, sagt: „Wir wol-
len, wir brauchen einen starken Präsi-
denten.“ Also, lieber wieder wie früher
einfach nur Bomben und Krieg gegen
Terrorismus, Kommunismus, Fanatis-
mus, und alles ist o.k.

Und hier bei uns? Die einzigen Sor-
gen, die die demokratischen Massen-
blätter bewegen, sind, „daß das Weiße
Haus in Unordnung“, „in Lähmung“
geraten könne (FAZ), daß das „Sün-
denbockritual des Hinauswurfs von
Polenländern und North zu spät kam“
(Süddeutsche), daß Reagan „gebro-
chen“ gewirkt habe (Bild), daß „die
Liebesaffäre zwischen Reagan und
dem amerikanischen Volk“ beendet
sei. (Spiegel)

Niemand, weder in der demokrati-
schen Öffentlichkeit Amerikas noch
Europas, schert sich um Waffenge-
schäfte bzw. Contra-Finanzierung, das
war eben nicht falsch.

Folglich ist die Fortsetzung der
Reagan-Politik (notfalls ohne Reagan)
natürlich gesichert, und folglich ist der
größere Einfluß von Kongreß und Se-
nat nicht ein Hemmnis für die Reagan-
Leute, sondern eher eine Kontrolle, ob
sie auch wirklich die ganzen Schweine-
reien richtig machen, für die sie ge-
wählt wurden.

Martin



Kommunismus

Liebe Genossinnen und Genossen,
Bitte nicht weiter so, Kommunismus!
Und bitte nicht auf der ersten Seite un-
serer Zeitung! Auf der Ebene des
Geschmacks, auf der sich nicht strei-
ten, wohl aber protestieren läßt, ste-
hend möchte ich sagen: Diese Jubi-
läumsanzeige ist abstoßend.
wa./23.12.86

SPENDEN-ERGEBNISSE

SPENDEN-ERGEBNISSE

SUMME Nov. bis AK 277 9.172
Nach dem 13.12.

Ja.P., Kinderbereich	100
U., Metallstudenten	1.000
ga., antirep	1.500
H., Antimil	1.500
F.P., Mulheim	100
Ch.M., Siegbach	20
xy, Hamburg	30
KB Dortmund	1.412,5
A.B., Bielefeld	700
Knl., Quickborn	500
Ph., Altona	50
G.M., Bielefeld	50
A.B., München	20
R.G., Marburg	20
KB Frankfurt	300
M.B., Hagen	50
H.B., Nürnberg	100
CL.K., Westberlin	100
G.F., Hannover	50
U., Antimil	500
ch., Antimil	500
Chr., Hamburg	100
Frauenzelle Eimsbüttel	100
St.St., Hamburg	100
W., Eimsbüttel	600
M.K.Sch., Bornheim	50
U.S., Westberlin	200
KB-Nürnberg	5.000
J.V., Hamburg	600
M., Darmstadt	400
H.K., Hamburg	300
Ra., KB-Kiel	200
K.Sch., Gütersloh	60
M.V.C., KB-Hannover	50
F.F., Hannover	50
M.O., Kiel	80
U., KB-Bochum	500
KB Bremerhaven	1.050
KB-Stuttgart	115
Genosse aus Verden	100
M.Sch., Bielefeld	50
K.Sch., Hamburg	50
Genossen und Sympis	
KB-Gruppe Bremen	850
W., Rickling	2.000
W.P., Hannover	400
H.W., Hamburg	100
Yv., Hamburg	50
H.C., Hamburg	250
Ru., + Ang., Bergedorf	200
Ro., Mönchengladbach	500
Sympis, Frankfurt	500
N.N., Hamburg	70
Th.Ch.,	650
H.P.M., Marburg	15

Summe seit AK 277 23.942,5

Summe Total 33.114,5

Lebenswelt im Imperialismus

Haftstrafen für das Verbrennen von Geld in Jugoslawien

ZAGREB, 8. September (dpa). Während der laufenden Saison haben etliche deutsche Urlauber in Jugoslawien Geldscheine verbrannt und sind dafür zu Haftstrafen verurteilt worden. Das berichtete das Generalkonsulat der Bundesrepublik am Freitag in Zagreb. Allein dieser Behörde seien elf Fälle gemeldet worden, bei denen Deutsche unter Alkoholeinfluss vor den Augen der einheimischen Dinarscheine als Zeichen der Geringschätzung dieser Währung angezündet hatten. Eine solche „Staatsbeleidigung“ komme nur bei deutschen Touristen vor, hieß es bei jugoslawischen Behörden. Der kleinste Dinarschein (zehn Dinar) ist fünf Pfennige, die gängige 100-Dinar-Note fünfzig Pfennige wert.

Notizen zum imperialistischen Chauvinismus des „kleinen Mannes“, anlässlich einer Zeitungsnotiz vom 6. September 1986 in der FAZ.

Über die Währung ist jeder Staatsbürger einer erfolgreichen imp. Nation mit dieser verbunden. Das gilt sowohl hinsichtlich des Verbrauchs ausländischer Waren im Inland und — häufig noch etwas augenscheinlicher — beim Aufenthalt im feindlichen oder befreundeten Ausland. Woher hat Prolet Szepan aus dem Ruhrpott seine „Kaufkraft“, wenn er in Jugoslawien „die Sau rausläßt“? Warum bekommt er soundsoviel Dinare für 100 Mark und kann davon „dort unten“ überraschend gut leben und sich bedienen lassen wie „Gott in Frankreich“? Wieso gibt umgekehrt die DDR ihren Westreisenden so wenig „harte DM-West“ mit auf den Weg und wieso teilte der

französische Staat 1983 seinen Bürgern nur umgerechnet 600 DM in ausländischer Währung zu? (Franzosen können jedoch in der kolonialen „Franc-Zone“ Urlaub machen — zur Landeswährung!)

Die BRD-Bundesbank und die diversen Banken verfügen über jede Menge Lire, Dinare etc., an denen sie eigentlich kein sehr großes Interesse haben. Diese Sorten stammen z.B. aus Warenkäufen von Ausländern in der BRD, die beispielsweise die begehrten Maschinen und Anlagen bei Thyssen in DM zahlen müssen und sich dazu bei irgendeiner Bank eben mit DM eindecken mußten, wofür sie dort Dinare etc. hergeben mußten. Häufig gelingt das übrigens nicht: wenn etwa ein Kapitalist aus Ghana bei AEG einige Turbinen kaufen will, kann er auf die Kaufkraft seiner Landeswährung nicht

rechnen, denn dafür gibt ihm niemand Dollar oder DM. Da muß er schon auf ein paar Touristen, Gastarbeiterüberweisungen, Weltbank-Kredite hoffen, die einige von den begehrten Scheinen ins Land bringen und dann braucht er noch einen guten Draht zum Staat, der die knappen Devisen zuteilt. Es ist daher auch der größte Stolz aller Entwicklungslander wie auch aller RGW-Staaten, wenn sie ein kleines Fremdwährungspolier besitzen. An den internationalen Währungsreserven ist die westdeutsche DeMark immerhin mit 12% beteiligt (alle IWF-Mitgliedstaaten hielten 1984 zusammen 118 Milliarden DM in Reserve, zweidrittel aller Weltwährungsreserven werden von EL gehalten, vgl. Geschäftsbericht der Bundesbank 1984, S. 74).

Der bundesdeutsche Tourist wechselt seine DM an der Grenze oder bereits in Oberhausen bei der Dresdner (Gewerkschafter bei der BfG) in Dinare und dies — da das Interesse an Dinare weltweit gegen Null tendiert — „sehr günstig“. (Er wußte das bereits aus der BILD-Zeitung oder dem SPIEGEL).

Schon hier und dann endgültig im Land selbst sieht und merkt er, daß er beneideter Besitzer kostbarer Scheine ist und er ist auch schlau genug um herauszufinden, daß diese Jugos zwar grenzenlos viel Maschinerie in der Beerdie ordern wollen, aber selber nicht soviel imponierendes anzubieten haben, um auf diese Weise ihre Devisenkassen zu füllen. Zwar überweisen bekannterweise die jugoslawischen Siemens-Arbeiter viele DM in Richtung Belgrad und auch die Touristen stehen ganz im Dienst der selbstverwalteten Volkswirtschaft, aber es ist allgemein bekannt, daß das alles hinten und vorne nicht reicht.

Nur wer dauerhaft erfolgreich billiger produziert, wer zudem stets neue „Investitionsgüter“ produziert und dadurch anderen Maßstäbe setzt, wer demzufolge auch „günstig“ verkauft, — nur der hat keine Devisenprobleme; außer vielleicht dem, permanent drittklassige Sorten angeboten zu bekommen.

Es ist diese Konkurrenz der Produktivitäten & Innovationen (eben Konkurrenz total, incl. der besseren Moral und sonstiger ideologischer Beschleuniger des Arbeits- und Mitmachens), die über die internationale Verteilung mächtig des Arbeits- und Mitmachens, die über die internationale Verteilung der Hart-Währungsreserven entscheidet. Der Stahlarbeiter aus Oberhausen erhält sich ja gerade an der schönen blauen Adria von den vielfältigen Folgen der „Rolle“, die er in diesem Konkurrenzkampf in den „restlichen“ 48 Wochen des Jahres spielt. Er hat also — unfreiwillig und ungefragt, aber mit der bekannten ideologisch-moralischen Begeisterung derjenigen, die gelernt haben zu wollen, was sie müssen — mit (daher Mit-Arbeiter) an der Grundlage gearbeitet, auf der er in fremden Ländern nun den „King“ spielen kann. Und er ist „dort unten“ auch ein bißchen der King, — natürlich nur im bescheidenen Rahmen seiner westdeutschen Alltagshorizonte. Meistens geht's ohnehin nur um Fressen & Saufen, aber es geht auch sehr ums herumkommandieren. (Adam Smith spricht immer von der Arbeit, die man mit einem bestimmten Quantum Geld kommandieren kann) von Kellnern, Kellnerinnen; und insbesondere von Frauen, die bekanntlich noch vor dem Gesang (der im BRD-TV gelernt „Nationalhymne“) drankommen und dank DM ebenfalls „günstig“ sind. Noch die Formen der Angeberei verweisen auf die in der (teuren + teuren) Heimat gültigen Grenzen: Westberliner „Penner“ fahren rüber in den „Osten“, um sich dort billig volllaufen zu lassen, usw. Dennoch, — in dieser Sorte Auftreten kommt den Leuten zu Bewußtsein, daß ihre individuelle Reproduktion ein Moment der Reproduktion des BRD-Kapitals und der Stellung des BRD-Staates in der internationalen Hierarchie ist und darauf beziehen sie sich bewußt affirmativ! Konkrete genießen sie den momentanen (für sie und aus ihrer Perspektive gültigen) Vorteil, der sich aus ihrem sonstigen Mitmachen in der Firma BRD, bei Abwesenheit jedweden Klassenbewußtseins, ergibt. Daß dieser Vorteil kleinkariert und schäbig ist — gemessen am Preis lebenslanger Lohnarbeit, Untertänigkeit, etc. — das steht auf einem anderen Blatt. Relevant für die Leute sind ihre Maßstäbe und da zählt eine Riesenportion Scheinwertschöpfung zu Fünfmark einigen.

(G.O.J.)

aktuell

Hamburg: Noch ist nicht geräumt — Was wird aus der Hafenstraße?S. 8
Volkszählung 87: „Ihr Privatleben ist vollkommen Ihr Bier...“S. 9
Kein WahlaufzugS. 30

Betrieb und Gewerkschaft

Neue Kraftproben mit den Gewerkschaften
Montanmitbestimmung läuft aus und Arbeitszeit soll flexibilisiert werdenS. 10

„Betriebliche Umsetzung der 38,5-Stundenwoche“S. 11

Kampf dem Faschismus

World Anticomunist League: „Dem Terrorismus an die Wurzel...“S. 26

Kampf den Atomkraftwerken

SPD gibt grünes Licht für AlkemS. 5

Ein zweiter Anlauf
Bundeskongress der Anti-AKW-BewegungS. 5

Grüne und Alternative

Dem Müll eine Abfuhr erteilen — Joschka Fischer organisiert den NotstandS. 16

Uble Eskapaden eines grünen MdBS. 16

Außenpolitik alternativ: Nachbemerkungen zur Moskau-Reise der GRÜNENS. 17

Staat

Dialog mit der Jugend...
und ein Waldspaziergang
Versuchte Deeskalationsgespräche in GöttingenS. 9

Visionen des Späth-KapitalismusS. 27

Nicht übertreiben Genossen!
Freiburger Autonome zum BWK-Begriff des Späth-FaschismusS. 28

Europa

Ein Jahr britisch-irisches Abkommen: Ein Ende des Alptraums ist nicht in SichtS. 21

Mittel

„Der letzte Aufstand zeigt, daß unser Volk geeint hinter der PLO steht“
Interview mit Yassir Arafat über die Lage im LibanonS. 4

Fattah-Truppen weigern sich, Maghoubbeh zu verlassenS. 4

Jerusalem: Konflikte in der AltstadtS. 22

NATO-Truppen im Irak?
Türkisches Eingreifen im Golfkrieg wird vorbereitetS. 22

Asien

VI. Parteitag der KP-Vietnam: Reform an HauptS. 3

Lateinamerika

Über die Rolle der Polizei in Nicaragua
Interview mit der Chefin der „Policia Sandinista“S. 23

Waffen sammeln oder Kaffee ernten?

.....S. 23
Waffen sammeln oder Kaffee ernten?
Perspektivdiskussion der Mittelamerika-SolidaritätsbewegungS. 24

Frauen

Konservative Frauenpolitik: Nur neue Propaganda
Replik auf die Thesen zur CDU in AK 276S. 19
Verfassungsklage gegen den 218 — Das Ziel erreicht?S. 20

Kultur

Über den Wahnsinn der Normalität
Gespräch mit Boli-Preisträgerin (1986) Elfriede JelinekS. 13
Das Jahrhundert der Wirbelwinde — Gespräch mit Eduardo Galeano anlässlich seiner Rückkehr nach UruguayS. 25

Westdeutsche Linke

Klaus Jüschkes Offener Brief an die RAF (in ungekürzter Fassung)S. 18
Es gibt keinen Grund, SPD zu wählen — Manfred Coppel zur BundestagswahlS. 32
Linke zu den Bundestagswahlen: DS pro GRÜNE — VSP pro SPD und GRÜNES. 32
Als war' sie eine Unbekannte — Die VSP und ihr Verhältnis zur SPDS. 32
„Wir suchen Herrn und Frau Meier“
Die Friedensliste auf der Suche nach dem gewöhnlichen WählerS. 32

Nachts

Deckname Schiller — Ein neues Buch beleuchtet die EAPS. 26

Geschichte

Der Traum vom Sattwerden — Hamburg in den Jahren 1945/46S. 12
Vor 45 Jahren: Wannsee-Konferenz zur „Endlösung der Judenfrage“S. 12

Ohne Rubrik

Olympia am 37. Breitengrad — Informationskomitee Südkorea und Olympia gegründetS. 2
Der Erkennerruf — Hallo Gorbil,S. 2
Die Spätgeburt Draufische Antworten auf KanzlerbeleidigungenS. 6
Bundesverband Homosexualität gegründetS. 17
Vorabdruck: Exklusiv im AK — Aus den Redaktionschubladen gefischtS. 29
Lebenswelt im ImperialismusS. 34

Bis zum 28.2.87 noch zum alten Preis!

Arbeiterkampf

Absender:
An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4

2000 Hamburg 19

Ich will wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—

☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postfachamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Ort, Datum
Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsere* Girokontos.

*Nichtzustreffendes bitte einstreichen

Kto. Nr.
Kto. Inhaber
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen.

BLZ

den

(Unterschrift)